

Sitzungsbericht

28. Sitzung der Tagung 1999/2000 der XV. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich

Montag, den 19. Juni 2000

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Freibauer (Seite 736).
2. Nachruf für verstorbenen 3. Landtagspräsidenten a.D. Hubert Auer (Seite 736).
3. Mitteilung des Einlaufes (Seite 736).
4. Anfragebeantwortungen (Seite 738).
5. Ltg. 478/V-8: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001.
Berichterstatter: Abg. Roth (Seite 745).
Redner: Finanzreferent LR Mag. Sobotka (Seite 746).
6. **Generaldebatte:**
Redner: Abg. Mag. Weinzinger (Seite 755), Abg. Rosenkranz (Seite 759), Abg. Sacher (Seite 763), Abg. Mag. Schneeberger (Seite 769).
Abstimmung (Seite 773).
7. **Spezialdebatte:** Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung.
Berichterstatter: Abg. Roth (Seite 773).
Redner: Abg. Moser (Seite 773), Abg. Hrubesch mit Resolutionsantrag und Abänderungsantrag (Seite 775), Abg. Mag. Riedl (Seite 777), Abg. Mag. Weinzinger mit Resolutionsantrag (Seite 779), Abg. Nowohradsky (Seite 783), Abg. Kautz mit Resolutionsantrag (Seite 785), Abg. Präs. Ing. Penz (Seite 789), Abg. Rosenkranz mit 3 Resolutionsanträgen (Seite 790), Abg. Mag. Wilfing (Seite 792), Abg. Weninger (Seite 793), Abg. Dipl.Ing. Toms (Seite 795), Abg. Waldhäusl mit Resolutionsantrag (Seite 796), Abg. Dr. Michalitsch (Seite 800), Abg. Mag. Fasan mit Resolutionsantrag (Seite 801), Abg. Dkfm. Rambossek mit Resolutionsantrag (Seite 804), Abg. Keusch mit Resolutionsantrag (Seite 805), Abg. Erber (Seite 807), Abg. Rosenkranz (Seite 808), Abg. Mag. Riedl (Seite 809), Abg. Kautz (Seite 809), Abg. Dr. Michalitsch mit Resolutionsantrag (Seite 809), Abg. Auer (Seite 809), Abg. Keusch (Seite 809).
Abstimmung (Seite 810).
8. **Spezialdebatte:** Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit.
Berichterstatter: Abg. Roth (Seite 811).
Redner: Abg. Mag. Fasan (Seite 811), Abg. Pietsch (Seite 812), Abg. Ing. Hofbauer (Seite 814), Abg. Mag. Weinzinger (Seite 816), Abg. Egerer mit Resolutionsantrag (Seite 817), Abg. Mayerhofer mit 2 Resolutionsanträgen (Seite 820), Abg. Haberler (Seite 822), Abg. Cerwenka (Seite 822), Abg. Erber (Seite 824), Abg. Mag. Weinzinger (Seite 825), Abg. Pietsch (Seite 826), Abg. Ing. Hofbauer (Seite 826).
Abstimmung (Seite 827).
9. **Spezialdebatte:** Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft.
Berichterstatter: Abg. Roth (Seite 827).
Redner: Abg. Kautz (Seite 828), Abg. Hiller (Seite 830), Abg. Cerwenka mit 3 Resolutionsanträgen (Seite 832), Abg. Erber (Seite 836), Abg. Mag. Fasan mit Abänderungs- und Resolutionsantrag (Seite 837), Abg. Haberler mit Resolutions- und Abänderungsantrag (Seite 840), Abg. Jahrmann (Seite

841), Abg. Mag. Heuras (Seite 842), Abg. Auer mit Resolutionsantrag (Seite 844), Abg. Hofmacher (Seite 847), Abg. Mag. Weinzinger mit Resolutionsantrag (Seite 849), Abg. Rosenkranz mit 3 Resolutionsanträgen (Seite 852), Abg. Sacher (Seite 855), Abg. Moser (Seite 857), Abg. Cerwenka (Seite 859), Abg. Auer (Seite 860), Abg. Mag. Fasan (Seite 860).

Abstimmung (Seite 861).

10. **Spezialdebatte:** Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus.

Berichterstatter: Abg. Roth (Seite 862).

Redner: Abg. Mag. Weinzinger mit 2 Resolutionsanträgen (Seite 862), Abg. Jahrmann (Seite 865), Abg. Ing. Hofbauer (Seite 867), Abg. Haberler mit Resolutionsantrag (Seite 868), Abg. Leichtfried (Seite 869), Abg. Präs. Ing. Penz (Seite 871).

Abstimmung (Seite 873).

* * *

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER (*um 10.00 Uhr*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich ersuche Sie um eine Trauerkundgebung für den verstorbenen Kollegen Präsident Hubert Auer. (*Die Damen und Herren Abgeordneten erheben sich.*)

Hubert Auer, Dritter Präsident des NÖ Landtages a.D. ist am 3. Juni diesen Jahres nach schwerer Krankheit von uns gegangen. Er wurde am 13. Juni am Friedhof in Fischamend zur letzten Ruhe bestattet. Viele Freunde haben ihn auf seinem letzten Weg begleitet.

Präsident Hubert Auer wurde 1934 geboren. Schon sehr früh verlor er seinen Vater im Krieg. Er erlernte das Schlosserhandwerk. Sehr bald engagierte er sich in der Interessensvertretung der Arbeiter. Er war u.a. Sekretär der Fraktion christlicher Gewerkschafter, Sekretär im Österreichischen Gewerkschaftsbund und 1974 bis 1991 Vizepräsident der NÖ Arbeiterkammer.

Dem NÖ Landtag gehörte Hubert Auer durch 19 Jahre von 1974 bis 1993 an und bekleidete die letzten Jahre auch die Funktion des Dritten Präsidenten. Präsident Auer hat sich im Landtag vor allem für die Interessen der Arbeitnehmer und damit verbunden auch in Fragen der Wirtschaftspolitik sehr engagiert. 1987 - 1993 war er Aufsichtsratspräsident der ECO-PLUS und hat sich auch in dieser Funktion um die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Land Niederösterreich verdient gemacht.

An seinem Grab sprachen, seinem Wunsch entsprechend, Altlandeshauptmann Siegfried Ludwig und der frühere Arbeiterkammerpräsident

und Bundesminister a.D. Josef Hesoun. Und das zeigt wohl sehr deutlich, wie sehr der Verstorbene über alle Parteigrenzen hinweg geachtet und geschätzt war. Hubert Auer hatte manchmal eine raue Schale, immer aber ein gutes Herz. Wir werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren. Ich danke für die Trauerkundgebung. (*Die Damen und Herren Abgeordneten nehmen Platz.*)

Ich bringe dem Hohen Haus folgenden Einlauf zur Kenntnis:

Ltg. 479/B-23/1 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Bauordnung 1996. - Dieses Stück weise ich dem Bau-Ausschuss zu.

Ltg. 469/A-1/27 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Riedl, Kautz u.a. betreffend Änderung des NÖ Gemeindeärztegesetzes 1977. - Dieses Stück habe ich bereits am 12. Mai 2000 dem Gesundheits-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 480/F-6 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Feuer-, Gefahrenpolizei- und Feuerwehrgesetzes. - Dieses Stück habe ich am 8. Juni 2000 dem Kommunal-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 481/Sch-1 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Schul- und Kindergartenfondsgesetzes. - Dieses Stück habe ich am 8. Juni 2000 dem Schul-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 483/B-4/2 - Bericht des Rechnungshofes über die Stadtgemeinde Mödling

und den Gemeindeverband für die Abfallbeseitigung im Bezirk Mödling. - Dieses Geschäftsstück habe ich bereits am 8. Juni 2000 dem Rechnungshof-Ausschuss zugewiesen.

Die folgenden acht Geschäftsstücke, nämlich:

- Ltg. 472/B-32/2 - Bericht der Landesregierung betreffend Bericht über die Landesentwicklung 1999/2000, -
- Ltg. 473/B-38/2 - Bericht der Landesregierung betreffend Darlehensaufnahmen der verschiedenen Fonds und Leasingverbindlichkeiten des Landes 1999, -
- Ltg. 474/B-33/2 - Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Gemeindeförderungsbericht 1999, -
- Ltg. 475/B-43/2 - Bericht der Landesregierung betreffend die finanziellen Auswirkungen des EU-Beitrittes für das Jahr 1999, -
- Ltg. 476/R-1/2 - Bericht der Landesregierung betreffend Rechnungsabschluss des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, -
- Ltg. 482/S-5/7 - Vorlage der Landesregierung betreffend Erweiterung der Donau-Universität Krems (Universitätszentrum für Weiterbildung) und Ausbau zu einem Bildungszentrum, -
- Ltg. 484/H-9 - Vorlage der Landesregierung betreffend Landeshaftung für landwirtschaftliche Siedlungsverfahren - Erweiterung der Zweckwidmung der Haftung auf die Maßnahmen „einzelbetriebliche Investitionen und Beihilfe für die 1. Niederlassung“ - und
- Ltg. 485/A-1/28 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Dipl.Ing. Toms, Keusch u.a. betreffend Änderung des NÖ Wohnungsförderungsgesetzes. Diese acht Stücke habe ich bereits am 8. Juni 2000 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 478/V-8 - Vorlage der Landesregierung betreffend Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001. - Auch dieses Geschäftsstück habe ich bereits am 8. Juni 2000 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und steht nach Erledigung im Ausschuss auf der heutigen Tagesordnung.

Ltg. 486/B-42/2 - Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Energiebericht 1999 - „Bericht über die Lage der Energieversorgung in NÖ 1998“. - Dieses Geschäftsstück weise ich dem Finanz- und Wirtschafts-Ausschuss zu.

Ltg. 477/E-1/17 - Eingabe des Gemeinderates der Stadt Krems betreffend Änderung des NÖ Naturschutzgesetzes. - Dieses Stück weise ich dem Umwelt-Ausschuss zu.

Eingelangt sind folgende Anfragen:

An Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop:

Ltg. 470/A-4/85 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan betreffend Wohnbauförderung.

An Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer:

Ltg. 471/A-4/86 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Vollzug tierschutzrechtlicher Bestimmungen.

Ltg. 487/A-4/87 - Anfrage des Abgeordneten Hrubesch betreffend Gipfelhaus am Jauerling und Verein „Naturpark-Jauerling-Wachau“.

An Herrn Landesrat Mag. Sobotka:

Ltg. 488/A-5/111 - Anfrage des Abgeordneten Dkfm. Rambossek betreffend umfangreiche Umwidmungen von Grünland in Bauland in Oberwaltersdorf.

Alle eingelangten Anfragen wurden an die zuständigen Regierungsmitglieder zur Beantwortung weitergeleitet.

Weiters eingelangt sind die Anfragebeantwortungen von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll zu Ltg. 461/A-4/84; von Frau Landeshauptmannstell-

vertreter Prokop zu Ltg. 450/A-4/79 und Ltg. 470/A-4/85; von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer zu Ltg. 459/A-4/82; von Herrn Landesrat Blochberger zu Ltg. 455/A-5/109, von Frau Landesrat Kranzl zu Ltg. 451/A-5/106; von Herrn Landesrat Knotzer zu Ltg. 447/A-5/104; von Herrn Landesrat Mag. Stadler zu Ltg. 452/A-5/107. Die Anfragebeantwortungen haben folgenden Inhalt:

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Muzik an LH Dr. Pröll betreffend Ausbau der Schnellbahnlinie S2, Ltg. 461/A-4/84:

„Am 12. Juli 1994 wurde zwischen der Republik Österreich und dem Land Niederösterreich ein Vertrag über den Ausbau der Schnellbahnlinie S2 unterzeichnet. Entsprechend diesem Vertrag sollen die notwendigen Ausbaumaßnahmen auf der S2 von den Österreichischen Bundesbahnen geplant und baulich umgesetzt werden. Voraussetzung für diese Tätigkeiten der Österreichischen Bundesbahnen ist eine Übertragungsverordnung des Bundesministers für Infrastruktur durch welche zunächst die Planung, später der Bau der betreffenden Bahnlinie an die Österreichischen Bundesbahnen übertragen wird. Diese Verordnung wurde Ende des Jahres 1999 erlassen. Seit diesem Zeitpunkt sind nach Angaben der Österreichischen Bundesbahnen Aktivitäten zur Umsetzung des Projektes wie Vermessung oder Ausschreibungen von Planungsleistungen im Gange. Das Land Niederösterreich geht daher von einer vertragskonformen Projektumsetzung aus.“

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzierer an LHStv. Prokop betreffend Landes-Pensionistenheim Trautsonstraße, St. Pölten, Ltg. 450/A-4/79:

„Zu 1. Ja

In den letzten Jahren wurde untermauert durch mehrere Landtagsbeschlüsse im Zusammenhang mit den Ausbau- und Investitionsprogrammen der NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheime (Landtagsbeschlüsse vom 2. April 1992, Ltg. 400/S-5/5, vom 20. Oktober 1994, Ltg. 195/S-5/4 und vom 3. Juli 1997, Ltg. 618/S-5/19) in Niederösterreich mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von ca. S 4 Milliarden ein regional ausgewogenes Versorgungsangebot an Pflegeplätzen für pflegebedürftige Menschen in Niederösterreich geschaffen.

Es darf in Erinnerung gerufen werden, dass noch zu Beginn der 80iger Jahre das Angebot an Pflegeplätzen in 6 zentralen Pflegeheimen vorhanden war, heute erfüllen die 51 NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheime in ganz Niederösterreich diesen regionalen Versorgungsauftrag.

Dazu nur eine kurze Statistik zur Entwicklung im Bereich der NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheime:

Im Jahr 1981 standen 1.758 Pflege- und Betreuungsplätze zur Verfügung, heute sind es 5.018. Die detaillierte Entwicklung der Pflegeplätze, vor allem die Umstrukturierung von Wohn- auf Pflegebetten ist vor allem dem Landtagsbeschluss vom 3. Juli 1997 zu entnehmen.

Zu 2. Ja

Zu 3.

Seit 1991 wird der Bedarf an Pflegeplätzen in Niederösterreich aufgegliedert nach Verwaltungsbezirken durch das Zentrum für Alternswissenschaften und Sozialpolitikforschung unter der Leitung von Herrn Univ.Prof. Dr. Amann in Dreijahresabständen berechnet, zuletzt im Bedarfs- und Entwicklungsplan 1997. Zur Zeit wird bereits an der Evaluierung des Altersalmanach 2000 gearbeitet. Diese neuen Daten werden im Spätherbst 2000 vorliegen. Zur Bedarfsfeststellung 1997 im Verwaltungsbezirk St. Pölten inkl. Stadt St. Pölten:

Bedarf 2001: 494

Bedarf 2006: 546

Bedarf 2011: 617

Bedarf 2016: 703 Pflegeplätze

Dem gegenüber steht folgendes Versorgungsangebot an Pflegeplätzen:

LPPH St. Pölten, Neubau: 121 + 15 Tagespflegeplätze

Seniorenwohnheim Stadtwald: 114 = Vertragsheim

Haus St. Elisabeth der Caritas: 78 = Vertragsheim

LPPH Herzogenburg: 63

LPPH Wilhelmsburg: 108

Plätze in privaten Pensionisten- und Pflegeheimen:

111 Pflegeplätze (Maria Anzbach, Kirchstetten, Pottenbrunn, Neulengbach)

Es sind somit insgesamt 595 Pflegeplätze und 15 Tagespflegeplätze = 610 Pflegeplätze im Bezirk St. Pölten vorhanden. Diese Zahlen belegen, dass mit diesem Angebot der Bedarf abgedeckt ist.

Zu 4.

Es gibt keine Basisvariante zur Abschaffung von 50 Wohnplätzen, sondern es ist die Umstrukturierung von Wohn- auf Pflegeplätzen aus der Entwicklung der letzten Jahre abzuleiten. Wie bereits zur Frage 1 dargelegt, hat sich der NÖ Landtag mit den oben erwähnten Beschlüssen zur Zielsetzung der Umstrukturierung von Wohn- auf Pflegeplätze bekannt. Parallel zum regional ausgewogenen Versorgungsangebot an Pflegebetten in den Pensionisten- und Pflegeheimen, dem flächendeckenden Ausbau der Hauskrankenpflege sind in den letzten

Jahren Seniorenwohnungen bzw. Sozialzentren in den Gemeinden entstanden, die mit Mitteln der Wohnungsförderung mit einem speziellen Zuschlag von den jeweiligen Gemeinden und anderen Trägern finanziert wurden.

Zu 5.

Aus dem bestehenden Wohnteil übersiedeln insgesamt 23 HeimbewohnerInnen auf qualitativ hochwertige Wohnplätze in andere Einrichtungen. Diese stehen im Seniorenwohnheim Stadtwald, im LPPH Herzogenburg und im LPPH Pressbaum zur Verfügung. Die angebotenen Wohnplätze gliedern sich hauptsächlich in Einbettzimmer mit Vorraum und Balkon (LPPH Pressbaum) und in Einzelzimmer und Zweibettappartements (Seniorenwohnheim Stadtwald und LPPH Herzogenburg). Im Zusammenhang mit dem Angebot von geeigneten Wohnplätzen für die HeimbewohnerInnen aus dem bestehenden Wohnteil wurde in den letzten Wochen durch persönliche und intensive Gespräche mit den Betroffenen, mit den Angehörigen und mit den Sachwaltern im Sinne und zum Wohle dieser HeimbewohnerInnen akzeptable und gute Vereinbarungen getroffen. So wurde u.a. zur Vorbereitung der Übersiedlung allen Bewohnern die neue Heimstätte gezeigt. Auch wurde den Angehörigen und Sachwaltern angeboten, beim Besuch dabei zu sein. Dieses Angebot wurde auch von vielen angenommen. Beim Besuch dieser Heime bestand auch die Möglichkeit, sich die Einzelzimmer persönlich nach eigenen Vorstellungen auszusuchen. Mit allen Beteiligten wurde auch der Übersiedlungszeitplan erarbeitet.

Darauf hinzuweisen ist, dass von den von der Übersiedlung betroffenen Bewohnern 10 vor der Heimaufnahme in St. Pölten wohnhaft waren, 5 davon können im Stadtwaldheim St. Pölten aufgenommen werden.

Zu 6.

Zu diesem Punkt wird festgestellt, dass alle derzeit in den Pflegeabteilungen wohnenden HeimbewohnerInnen in das neue Pflegeheim übersiedeln können. Es findet daher keine ‚Verteilung‘ von pflegebedürftigen SeniorenInnen statt.

Zu 7. und 8.

Durch die komplette Übersiedelung aller HeimbewohnerInnen aus dem Pflegebereich kommen andere Einrichtungen für eine eventuelle Aufnahme nicht in Frage.

Zu 9.

Aus den vorhandenen, aktuellen Vormerklisten der Bezirkshauptmannschaft St. Pölten (Stand 28. April 2000) kann entnommen werden, dass derzeit

zur Aufnahme in Pflegeabteilungen aus dem Stadtgebiet St. Pölten und dem Bezirk St. Pölten Land insgesamt 31 BürgerInnen vorgemerkt sind. Der angesprochenen Vormerkliste ist zu entnehmen, dass von den 31 Antragstellern 9 ihren Hauptwohnsitz in St. Pölten haben, außerdem ist in der Gesamtziffer von 31 ein Antrag auf Kurzzeitpflege im LPPH Wilhelmsburg inkludiert.

Zu 10.

Auf Grund der Erfahrungswerte wird davon ausgegangen, dass für Aufnahmen in eine Pflegeeinrichtung mit einer durchschnittlichen Wartezeit von 6 Wochen zu rechnen ist. Zukünftig ist davon auszugehen, dass nach dem abgeschlossenen Um- und Zubau eines privaten Ordensheimes in Maria Anzbach (zukünftiges Vertragsheim) mit einer deutlichen Reduktion der Warteliste zu rechnen ist.

Zu 11. und 12.

Es ist nicht geplant und auch nicht notwendig, dass HeimbewohnerInnen aus dem bestehenden Wohnteil in Pflegeabteilungen anderer Einrichtungen übersiedelt werden. Eine einzige Ausnahme ist, dass eine Heimbewohnerin des Wohnteiles (seit 8.3.1983 im LPPH St. Pölten) über eigenen und Wunsch der Angehörigen im LPPH Wilhelmsburg wohnen möchte. Die betroffene Dame (dzt. Pflegestufe 3) und ihre Angehörigen stammen aus Wilhelmsburg.

Zu 13.

Es wird noch einmal angeführt, dass mit den Betroffenen, Angehörigen und Sachwaltern persönlich in ausführlichen Gesprächen die Angebote von Wohnplätzen in anderen Einrichtungen erklärt und abgestimmt wurden (siehe Punkt 5.).

Zu 14., 15. und 16.

Nein, das Heim in der Trautsonstraße wird wie im Landtagsbeschluss vorgesehen, geschlossen und Liegenschaft samt Objekt zum Verkauf angeboten. Es wird in diesem Zusammenhang besonders darauf hingewiesen, dass die Schließung des Heimes in der Trautsonstraße und der Neubau aufgrund der geprüft ungünstigen Bausubstanz entschieden wurde. Das alte Heim stammt aus der Jahrhundertwende und entspricht in keiner Weise mehr einem pflegegerechten Standard in Umsetzung des Art. 15a B-VG Vertrages zwischen dem Bund und den Ländern aus dem Jahr 1993.“

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan an LHStv. Prokop betreffend Wohnbauförderung, Ltg. 470/A-4/85:

„Zu den aufgeworfenen Fragen 1 bis einschließlich 8 wird wie folgt Stellung genommen:

Frage 1: Innerhalb welchen Zeitraumes nach Erteilung der Benützungsbewilligung muss der Bauträger die Endabrechnung vorlegen?

Gemäß § 30 NÖ Wohnbauförderungsgesetz (NÖ WFG) und den entsprechenden Auflagen im Förderungsvertrag (amtliche Zusicherung) muss der Förderungswerber unverzüglich nach Erteilung der Benützungsbewilligung mit der Landesregierung einen Schlussbesprechungstermin vereinbaren und muss innerhalb eines Jahres nach Rechtskraft der baubehördlichen Benützungsbewilligung eine Endabrechnung vorlegen.

Frage 2: Wird das Amt der Landesregierung tätig, wenn die Endabrechnung nicht innerhalb dieser Frist vorgelegt wird? Wenn nein, warum nicht?

Das Amt der Landesregierung wird insofern tätig, dass der Förderungswerber nach Vorlage der Benützbarkeitsbestätigung der Baubehörde aufgefordert wird, den Schlussbesprechungstermin so rasch wie möglich, jedoch spätestens innerhalb von 9 Monaten zu vereinbaren. Nach erfolglosem Ablauf dieser Frist wird die Vorlage urgiert und wird bei weiterem erfolglosem Ablauf die Einstellung der Zuschüsse angedroht.

Frage 3: Welche Möglichkeiten haben die Käufer/innen, wenn hier ein Fristversäumnis des Bauträgers vorliegt?

Da es sich beim Förderungsvertrag um ein Vertragsverhältnis zwischen dem Land Niederösterreich und dem Bauträger handelt (Privatwirtschaftsverwaltung), kann sich der/die Käufer/in einer geförderten Wohnung lediglich auf dem Zivilrechtswege schadlos halten.

Frage 4: Sind Sanktionen des Landes vorgesehen, wenn die Bauträger die Frist nicht einhalten? Wenn ja, welche?

Sollte der Förderungswerber trotz der in Frage 2 erwähnten Maßnahmen des Amtes der NÖ Landesregierung den Schlussbesprechungstermin nicht vereinbaren, die Endabrechnung nicht vorlegen, wird die Auszahlung der Zuschüsse gemäß § 26 Abs. 2 Zi. 6 NÖ WFG eingestellt.

Frage 5 und 6: Welche Folgen hätte eine Insolvenz des Bauträgers, der ja nach wie vor als Eigentümer im Grundbuch aufscheint, für die Käufer/innen, wenn bereits alle das gegenständliche

Bauprojekt betreffenden Rechnungen beglichen wurden?

Welche Folgen hätte eine Insolvenz des Bauträgers für die Käufer/innen, wenn diese während der Errichtungsphase zu einem Zeitpunkt eintritt, zu dem die Teilbeträge der Käufer/innen bereits geleistet wurden?

Zur Beantwortung dieser beiden Fragen muss auf das gültige Bauträgervertragsgesetz (BTVG) BGBl. 7 vom 10. Jänner 1997, verwiesen werden. Dieses Bundesgesetz regelt die Rücktrittsrechte sowie die Sicherung von geleisteten Zahlungen des/der Erwerbers/in einer Wohnung; weiters wird in diesem Bundesgesetz u.a. die Bestellung eines Treuhänders, die Rückforderungsansprüche des/der Erwerbers/in bei vorzeitiger Zahlung sowie die Haftung des Bauträgers für Rückforderungsansprüche des/der Erwerbers/in einer Wohnung geregelt.

Gemäß § 13 Abs. 5 NÖ WFG darf Förderungswerbern, die weder gemeinnützige Bauvereinigungen noch Gemeinden sind eine Förderung nur dann zuerkannt werden, wenn sie die ordnungsgemäße Ausführung und zügige Bauvollendung mit einer Erfüllungsgarantie nachweisen. In dieser Erfüllungsgarantie übernimmt der Garant (Bank/gemeinnützige Bauvereinigung mit entspr. Bonität) die Verpflichtung, dass die Abwicklung mit den Wohnungswerbern im Sinne der Vorverträge so erfolgt, dass die Wohnungswerber/innen zu keinerlei unmittelbaren Vermögensschaden kommen können.

Frage 7: Wie beurteilen Sie das Risiko, dass für die Käufer/innen bei der Anwendung dieses Förderungsmodelles aufgrund der geschilderten Praxis eintritt?

Beim gegenwärtig in Anwendung befindlichen ‚Förderungsmodell 1993‘ hat sich das Risiko für die Käufer/innen einer geförderten Wohnung zu den Förderungsmodellen, die in der Vergangenheit in Niederösterreich Anwendung fanden, nicht verändert.

Frage 8: Sehen Sie Möglichkeiten, das Risiko der Käufer/innen auf ein Maß zu beschränken, wie dies auch bei anderen Bauprojekten üblich ist, wo nach Baufortschritt bezahlt wird?

Das NÖ Wohnbauförderungsgesetz sieht keine verpflichtende Bestimmung betreffend Höhe und Zeitpunkt der Zahlung von Eigenmitteln der künftigen Wohnungsnutzer vor.

Da das Bauträgervertragsgesetz grundsätzlich für sämtliche zu errichtende Wohnungen Gültigkeit besitzt (geförderte oder frei finanzierte Wohnungen), besteht auch beim Förderungsmodell 1993 die Möglichkeit gemäß § 10 BTVG den vereinbarten Preis (Eigenmittelanteil) in Raten nach Baufortschritt zu entrichten.

Anmerkung:

Beim im Schreiben des Herrn Abgeordneten Fasan angeführten Projekt der AURA in Trumau (Benützungsbewilligung April 1998) konnte unter der ha. KZ F2-B-02/330.224 die Endabrechnung nach Vorlage der restlichen Unterlagen durch die AURA am 18. Mai 2000 erledigt werden.“

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Friewald an LHStv. Dr. Bauer betreffend NÖ Gebiet nach der Vogelschutz-Richtlinie und der Habitat-Richtlinie, Ltg. 459/A-4/82:

„zu Ad 1:

Eine Präzisierung der Gebietsvorschläge ist nur dann möglich, wenn neue wissenschaftliche Daten zu den richtlinienrelevanten Lebensräumen und Arten vorliegen. Daher wurde Anfang 1999 ein EU-weites Ausschreibungsverfahren für einen Auftrag zur flächenscharfen Festlegung der Schutzgegenstände in den nominierten Regionen gestartet. Am 19. Februar 1999 wurde die Ausschreibungsbekanntmachung an das Amt für Veröffentlichung in Luxemburg gesandt. Mit Regierungsbeschluss vom 6. Juli 1999 wurde der Auftrag zur ‚Flächenscharfen Erhebung, Bewertung und GIS-Implementierung der gemäß den Richtlinien 79/409/EWG und 92/43/EWG zu schützenden Lebensräume in den von NÖ nominierten Natura 2000-Gebieten‘ an eine Bietergemeinschaft unter der Federführung des Umweltdachverbandes ÖGNU vergeben.

zu Ad 2:

Da bei Auftragsvergabe absehbar war, dass für die 3 alpinen Vorschlagsflächen nach der FFH-Richtlinie eine Positivkartierung, also eine flächenscharfe Festlegung der Schutzziele für das abschließende Seminar nicht leistbar ist, wurde der Auftragnehmer beauftragt, zeitgerecht eine Negativkartierung dieser Gebiete vorzulegen. Dabei werden mittels Fernerkundungsmethoden verbaute Flächen, Materialabbaugebiete, Verkehrsflächen, land- und forstwirtschaftliche Intensivflächen definiert, die – nach zoologischer Prüfung – als nicht richtlinienrelevant identifiziert werden. Durch Verschneidung dieser Negativflächen mit der Baulandumhüllenden entstanden überarbeitete Gebietskarten für die 3 alpinen Regionen, die mit Regierungsbeschluss vom 2. Mai 2000 der Kommission fristgerecht vorgelegt wurden. Dabei wurde darauf

verwiesen, dass erst nach Fertigstellung der laufenden Kartierungsarbeiten alle erforderlichen Daten vorliegen, die Natura 2000-Gebiete exakt abzugrenzen.

zu Ad 3:

Für die nach der Vogelschutz-Richtlinie vorgeschlagenen Regionen ist kein Auswahlverfahren vergleichbar zur FFH-Richtlinie vorgesehen. Die Flächen sind bis 2004 in das Netz Natura 2000 einzubringen. Gegenstand des vergebenen Kartierungsauftrags ist daher eine Festlegung der im Sinne der Vogelschutz-Richtlinie relevanten Flächen, die mit Ende 2001 vorliegen wird und die Grundlage für eine wissenschaftlich fundierte Adaption der Gebietsgrenzen bilden wird.

zu Ad 4:

Voraussetzung für den Dialog im Zusammenhang mit Natura 2000 ist eine ausreichende Kenntnis der richtlinienrelevanten Gebiete und der erforderlichen Nutzungsbeschränkungen. Bei der derzeit in Gang befindlichen Erhebung der richtlinienrelevanten Lebensräume wird für einen Vertreter der Gemeinde bzw. der Bezirksbauernkammer die Möglichkeit gegeben sein, den Kartierer zu begleiten. Die Beurteilung der Fläche hat dabei auf wissenschaftlichen Grundlagen zu erfolgen, um die Akzeptanz der Neumeldung von Seiten der Kommission nicht zu gefährden. Die Informationsveranstaltungen in den Landesvierteln haben den massiven Informations- und Diskussionsbedarf nochmals deutlich gemacht. Daher betrachte ich es als ein wesentliches Ziel der Jahre bis 2004, die Schutzziele aus Natura 2000 zu vermitteln und Umsetzungsmaßnahmen im Dialog mit den Betroffenen festzusetzen.“

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an LR Blochberger betreffend Europa-Plattform Pro Waldviertel und mit ihr in Verbindung stehende Initiativen, Ltg. 455/A-5/109:

„Die in der Anfrage genannten Vereine und Gesellschaften haben aus meinem Ressort Förderungen für folgende Projekte erhalten.

zu 1.

‚Waldland-Vermarktungsgesellschaft m.b.H.‘

S 113.865,72 für das Projekt ‚Präsentation pflanzlicher und tierischer Spezialitäten und Vermarktungsaktivitäten‘

S 63.868,94 für das Projekt ‚Präsentations- und Verkaufszentrum für pflanzliche und tierische Alternativen‘

S 80.953,72 als Vermarktungshilfe für Bioprodukte

Die Förderungen wurden von der Abteilung Landwirtschaftsförderung abgewickelt.

zu 2.

„Humuvit Umwelt- und Kompostiertechnik Gesellschaft m.b.H.“

Diese Gesellschaft hat aus meinem Ressortbereich keine Förderungen erhalten.

zu 3.

„Verein zur Förderung der Holz-, Umwelt- und Energiewirtschaft im Waldviertel“

S 40.035,80 für das Projekt „Kompostierung, Landwirtschaftsentwicklung“

Diese Förderung wurde ebenfalls über die Abteilung Landwirtschaftsförderung abgewickelt.

zu 4.

„Waldviertel Projekt Management“

S 627.000 für das Projekt „Internet zum Ortstarif“

S 121.000 für das Projekt „Internet zum Ortstarif – Erweiterung Bezirk Melk (nördlich der Donau)“

S 52.000 für die Präsentation bei der BIOEM und Landesmesse Krems

S 22.000 für das Projekt „Verbesserung der Beratungsqualität im Bereich der Telematik“

S 242.000 für das Projekt „Land- und Wirtschafts - Perspektiven regionaler und grenzüberschreitender Kooperationsprojekte“

S 2.000 für den Besuch einer Telematik-Fachveranstaltung in Hannover.

Diese Förderungen wurden von der Abteilung Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft ausbezahlt.

zu 5.

„Fleischveredelungszentrum Waldviertel GmbH“ S 3.806.494

Bemerken darf ich, dass das Fleischveredelungszentrum Waldviertel GmbH keine Beziehung zur „Europa-Plattform Pro Waldviertel“ hat. Diese GmbH wurde als Projektträger für das Fleischveredelungszentrum in Vitis gegründet. Für dieses Fleischveredelungszentrum wurden die oben genannten Förderungsmittel von der Abteilung Landwirtschaftsförderung zur Verfügung gestellt.“

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan an LR Kranzl betreffend Hauskrankenpflege Payerbach, Ltg. 451/A-5/106:

„Gemäß § 44 NÖ SHG, LGBl. 9200-0, hat das Land als Träger der Sozialhilfe die Versorgung der Bevölkerung mit sozialen Diensten (ambulante, teilstationäre und stationäre Dienste) sicherzustellen. Das Land kann diese Dienste entweder als Träger von Privatrechten selbst einrichten oder die Träger der freien Wohlfahrtspflege hierzu heranziehen.“

Für die Sicherstellung eines Versorgungsangebotes von sozialmedizinischen und sozialen Diensten hat das Land NÖ den zweiten Weg eingeschlagen und honoriert die Tätigkeit von 5 landesweit tätigen Wohlfahrtsorganisationen (das sind: NÖ Hilfswerk, Volkshilfe NÖ, Caritas der Erzdiözese Wien, Caritas der Diözese St. Pölten sowie das Rote Kreuz). Diese 5 großen Organisationen bieten von 223 Sozialstationen aus ein flächendeckendes Angebot an medizinischen und pflegerischen Hilfen, praktische Alltagshilfen sowie therapeutischen Hilfen an. Die Durchführung und Förderung dieser sozialmedizinischen und sozialen Betreuungsdienste ist durch Richtlinien der NÖ Landesregierung geregelt. Die derzeit gültige Fassung wurde von der Landesregierung am 6.7.1999 beschlossen.

Sämtliche Leistungen werden in Teamarbeit von Fachkräften (diplomiertes Krankenpflegepersonal, Alten- und Pflegehelfer, Heimhelfer,) entsprechend den von der NÖ Landesregierung erlassenen Richtlinien zur Durchführung der sozialmedizinischen und sozialen Betreuungsdienste in Niederösterreich erbracht und auch entsprechend der hierfür festgesetzten Leistungsentgelte honoriert.

Zu Punkt 1. Wie hoch ist der Pflegestundenförderungssatz des Landes für die Hauskranken- bzw. Altenhilfen bei den Vereinen Hilfswerk und Volkshilfe?

Das von der NÖ Landesregierung in den Richtlinien zur Durchführung der sozialmedizinischen und sozialen Betreuungsdienste in Niederösterreich festgesetzte Leistungsentgelt wird an alle 5 landesweiten Organisationen in derselben Höhe geleistet unabhängig davon, mit welchem Aufwand (Fahrtkosten etc.) die Betreuungsleistung verbunden ist. Die Leistungen werden getrennt nach Berufsgruppe und Vorliegen eines Dienstverhältnisses (= Beschäftigungsverhältnis über oder unter der Geringfügigkeitsgrenze) pro Leistungseinheit (= tatsächliche Betreuungszeit beim Patienten) honoriert.

Die Leistungsentgelte betragen:
fix angestellte Kräfte
Diplomkrankenschwester S 305,-
Alten-/Pflegehelfer S 195,-
Heimhelfer S 155,-
freie Mitarbeiter
Diplomkrankenschwester S 115,-
Alten-/Pflegehelfer S 65,-
Heimhelfer S 50,-

Das durchschnittliche Leistungsentgelt (= Mischsatz aller Berufsgruppen) betrug 1999 S 203,-. Der Ausbau der sozialmedizinischen und sozialen Betreuungsdienste ist mit dem zur Verfügung stehenden Budget pro Jahr beschränkt. Dies wird den betroffenen Organisationen auch jeweils rechtzeitig bekannt gegeben. Wird über diesen budgetär gedeckten Ausbau erweitert, so hat dies grundsätzlich die Organisation selbst zu tragen. Daher wurden nicht alle tatsächlich erbrachten Stunden gefördert, sondern nur 88,7 %, sodass das tatsächlich ausbezahlte durchschnittliche Leistungsentgelt nur S 180,- pro Stunde betrug.

Zu Punkt 2: Wie hoch ist der Pflegestundenförderungssatz des Landes für die Hauskrankenpflege Payerbach?

Da aufgrund der bereits oben genannten Richtlinien die Organisation der sozialmedizinischen und sozialen Dienste auf landesweite Wohlfahrts-Organisationen beschränkt ist und der Hauskrankenpflegeverein Payerbach keinen landesweiten Versorgungsauftrag wahrnimmt, erhält er aus dem Bundesgesetz für sozialmedizinische und soziale Dienste keine Förderung.

Im Bezirk Neunkirchen sind derzeit 4 landesweit tätige Organisationen vertreten, sodass die Wahlfreiheit des einzelnen Patienten zwischen dem Angebot des NÖ Hilfswerkes, der Volkshilfe NÖ, der Caritas Wien und dem Roten Kreuz besteht.

Zu Punkt 3: Wie beurteilen sie die Pflegequalität der Hauskrankenpflege Payerbach?

Da dieser Verein aus meinem Budgetansatz nicht gefördert wird, ist mir auch nichts näheres bezüglich der ausgeübten Pflegetätigkeit bekannt.

Zu Punkt 4: Welche Umstände haben zur Erhöhung des Förderungssatzes von S 6,25 auf S 20,- pro Stunde geführt?

Da aus meinem Budget keine Förderung erfolgt, kann ich hierzu auch nicht Stellung nehmen.

Zu Punkt 5: Gibt es Unterschiede in der Art und Weise der Pflege zwischen den beiden ge-

nannten großen Vereinen und dem genannten privaten Verein? und

Zu Punkt 6: Sollten die genannten Unterschiede bei der Förderung stimmen, halten sie dann etwaige Unterschiede in der Pflege für derart gravierend, sodass sie solch massive Förderungsunterschiede rechtfertigen?

Lediglich aus der Begründung Ihrer Anfrage ist ersichtlich, dass 3 Schwestern, offensichtlich Diplomkrankenschwestern, beschäftigt sind, und diese 40 Patienten betreuen. Wenn man davon ausgeht, dass 80 % der Arbeitszeit einer diplomierten Krankenschwester als Einsatzzeit zu rechnen ist, werden 3 diplomierte Krankenschwestern im Monat ca. 400 Einsatzstunden leisten. Bei 40 Patienten wären dies ca. 10 Einsatzstunden pro Patient und Monat.

Der Hauskrankenpflegeverein Payerbach bietet somit im Gegensatz zu den nach den Landesrichtlinien geförderten Trägerorganisationen nicht eine integrierte Pflege und Betreuung sondern nur die pflegerische Versorgung von Patienten im Rahmen der so genannten medizinischen „Hauskrankenpflege“. Bei den vom Land geförderten Organisationen wird genau darauf geachtet, dass das diplomierte Pflegepersonal nur die ihm nach dem Gesundheits- und Krankenpflegegesetz vorbehaltenen pflegerischen Aufgaben wahrnimmt. Die diplomierten KrankenpflegerInnen leiten das andere Personal zwar an, übernehmen jedoch keine Aufgaben im Rahmen der prakt. Alltagshilfen oder Hausarbeit. Die durchschnittlichen von diplomierten Krankenpflegern pro Patient und Monat geleisteten Einsatzstunden betragen daher auch nur 4 – 5 Stunden (durchschnittliche Betreuungsleistung 19 Stunden).

Die NÖ Landesregierung hat den Beschluss gefasst, dass nur die Tätigkeit landesweiter Wohlfahrtsorganisationen honoriert wird, da nur durch diese der Versorgungsauftrag in ganz Niederösterreich und die Qualität einer integrierten umfassenden Betreuung daheim sichergestellt wird. Diese Organisationen erhalten unabhängig von dem im Einzelfall mit der Betreuungsleistung verbundenen Aufwand jeweils dasselbe Leistungsentgelt, d.h., dieselbe Stundensatzhonorierung für eine Betreuungsleistung ohne Fahrtzeit und eine Betreuungsleistung, die mit einer Fahrtzeit von z.B. 45 Minuten verbunden ist.

Im Anhang zur Pflegevereinbarung ‚Art. 15a Vereinbarung über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder für pflegebedürftige Personen‘ sind Qualitätskriterien für soziale Dienste festgelegt. Nach diesen Qualitätskriterien muss die

Leistung ganzheitlich erbracht werden und dem pflegebedürftigen Menschen eine Wahlmöglichkeit eingeräumt werden. Diese Kriterien werden durch das Angebot der großen Wohlfahrtsorganisationen in Niederösterreich voll erfüllt. Ebenso sichert der erzielte Ausbaugrad eine flächendeckende Versorgung in ganz Niederösterreich zu und räumt den pflegebedürftigen Menschen auch eine Wahlmöglichkeit zwischen den einzelnen Organisationen ein.

Zu Punkt 7: Halten sie es für wünschenswert, dass die Hauskrankenpflege Payerbach auf eine sichere solide Basis gestellt wird, um ihrer Tätigkeit im Sinne alter und pflegebedürftiger Menschen auch weiterhin nachkommen zu können?

Der Hauskrankenpflegeverein Payerbach beschränkt seine Tätigkeit auf einen verhältnismäßig kleines räumliches Gebiet. Es gibt in Niederösterreich noch einige andere im Bereich der Hauskrankenpflege tätige Vereine und selbstständig tätige Krankenpfleger, die Hauskrankenpflege ohne Förderung des Landes betreiben und ihre Leistung von ihren Patienten honoriert erhalten. Das Angebot von freiberuflich tätigen diplomierten Krankenschwestern besteht vor allem in einigen Orten des Industrieviertels, da in diesem Gebiet auf Grund der Besiedlungsdichte und der Eigenleistung der Patienten offensichtlich auch eine gewerbsmäßiges Angebot möglich ist. Dieses Angebot ist in anderen Landesvierteln nicht vorhanden. Die Förderung nach den Richtlinien der sozialmedizinischen und sozialen Dienste wird nur an Organisationen ausbezahlt, die einen flächendeckenden Versorgungsauftrag wahrnehmen. Da die Budgetmittel in den letzten Jahren nicht zur vollen Abgeltung der erbrachten Leistungen den Organisationen ausgereicht haben, erscheint eine Ausweitung der Förderung an andere Anbieter, die keinen generellen Versorgungsauftrag wahrnehmen, nicht möglich.“

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Hrubesch und Waldhäusl an LR Knotzer betreffend Stadtgemeinde Gföhl, Aufsichtsbeschwerden, Vergabewesen, Ltg. 447/A-5/104:

„1. In welcher Form wurden die in der Begründung angeführten Aufsichtsbeschwerden von der Gemeindeaufsichtsbehörde inhaltlich überprüft?

5. Wurden Gemeindeorgane in die aufsichtsbehördliche Überprüfung miteinbezogen? Wenn ja, in welcher Form?

Wie immer bei sogenannten Aufsichtsbeschwerden wurde die betroffene Stadtgemeinde um Stellungnahme ersucht, welche auch samt Beilagen im September 1999 einlangte.

2. Wie lautet das Ergebnis dieser Überprüfung?

Selbst wenn eine Gemeinde bei Auftragsvergaben die – nicht im Gesetzrang stehende – Ö-NORM A 2050 nicht beachtet und dadurch die Vorteile des Marktes nicht für sich nützt, bedeutet die Regelung des § 92 NÖ Gemeindeordnung 1973, dass die Aufhebung eines derartigen Gemeinderatsbeschlusses wegen einer Verletzung der Prinzipien der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Gemeindeverwaltung im Lichte der Ausführungen in der kommentierten Ausgabe der NÖ Gemeindeordnung, herausgegeben von der NÖ Studiengesellschaft für Verfassungs- und Verwaltungsrechtsfragen (2. Auflage, Wien 1988, zu den §§ 85 Abs. 1, 89 Abs. 2 und 92 NÖ GO 1973, insbesondere S. 302) nicht möglich ist und daher weitere aufsichtsbehördliche Maßnahmen nicht möglich sind.

3. Wurden die Beschwerdeführer vom Ergebnis dieser Überprüfung verständigt?

6. Wurde die Gemeinde Gföhl vom Ergebnis der Überprüfung informiert? Wenn ja, wann?

Die beschwerdeführende FPÖ-Stadtgruppe und die Stadtgemeinde Gföhl wurden mit den Schreiben von 10. April 2000 im vorgenannten Sinn informiert.“

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Mag. Weininger an LR Mag. Stadler betreffend Projekt „Zentrum für chinesische Medizin“ Gars im Hochwasserabflussgebiet, Ltg. 452/A-5/107:

Zu Punkt 1:

Die Hochwassersituation des Kamp ist durch die Gutachten der Abteilung Hydrologie, B/3-D-49/2772a-89 vom 6. September 1989, WA5-4/240A-97 vom 5. Februar 1989 und WA5-4/80-00 vom 27. April 2000 genauestens erfaßt. Die zuständigen Amtssachverständigen wurden auch dem Wasserrechtsverfahren beigezogen.

Zu Punkt 2:

Laut Auskunft der Bezirkshauptmannschaft Horn liegt das „Alte Badhaus“, und daher auch das geplante ‚China Zentrum‘, innerhalb des 30-jährlichen Hochwasserabflußgebietes.

Zu Punkt 3:

Das auf dem Grundstück Nummer 142/2 der KG Gars am Kamp geplante „Zentrum für chinesische Medizin“ ist als Neubau im Sinne des § 14 Zif. 1 der NÖ Bauordnung 1996 anzusehen, da das zur Zeit auf dem vorgenannten Grundstück bestehende ‚Alte Badhaus‘ zur Gänze entfernt werden soll.

Zu Punkt 4:

Das Grundstück Nummer 142/2 der KG Gars am Kamp ist im rechtsgültigen Flächenwidmungsplan der Marktgemeinde Gars am Kamp als Bauland-Sondergebiet ausgewiesen. Aus baurechtlicher Sicht ist daher dieser Neubau – im Hinblick auf die bestehende Flächenwidmung – als zulässig zu betrachten. Gemäß § 15 Abs. 4 NÖ Raumordnungsgesetz 1976 sind die Tatbestände des § 15 Abs. 3 Zif. 1 bis 5 leg.cit., wonach Flächen, die auf Grund der Gegebenheiten ihres Standortes zur Bebauung ungeeignet sind, als Bauland nicht gewidmet werden dürfen, auf Flächen innerhalb eines geschlossenen Ortsgebietes nicht anzuwenden.

Aus Sicht der Wasserrechtsbehörde wird zu prüfen sein, ob durch das verfahrensgegenständliche Projekt die gegenwärtige Hochwassersituation nachteilig beeinflusst wird.

Zu Punkt 5:

Die Bauverhandlung bezüglich des Projektes ‚Zentrum für chinesische Medizin‘ hat am 24. Jänner 2000 in der Marktgemeinde Gars am Kamp, Suppé-Promenade 139, stattgefunden.

Zu Punkt 6:

Der Inhalt der Niederschrift der Bauverhandlung vom 24. Jänner 2000 umfaßt insbesondere die Erörterung des eingereichten Projektes sowie die Stellungnahmen der Parteien und Beteiligten dazu.

Seitens des Vertreters der Wasserrechtsbehörde wurde die Bewilligungswerberin darauf hingewiesen, daß das verfahrensgegenständliche Projekt einen Bewilligungstatbestand gem. § 38 WRG 1959 darstellt. Für die Errichtung des Bauwerkes ist demnach um eine wasserrechtliche Bewilligung anzusuchen. Eine Vorsprache beim zuständigen wasserbautechnischen Amtssachverständigen wurde der Bewilligungswerberin empfohlen.

Zu Punkt 7:

Im Zuge des wasserrechtlichen Bewilligungsverfahrens ist eine wasserrechtliche Bewilligungsverhandlung mit Ortsaugenschein für 31. Mai 2000 anberaumt.

Zu Punkt 8:

Bewilligungswerber ist die ‚Willi Dungal’s chinesisches Zentrum für Gesundheitspflege GmbH.‘ Vertreten wird diese GmbH durch die Geschäftsführerin Dr. Andrea Zauner-Dungl. Zwischen Frau Dr. Zauner-Dungl und mir gab es keinerlei Kontakte.

Zu Punkt 9:

Der Bewilligungswerberin wurde mit Bescheid des Bürgermeisters der Marktgemeinde Gars am Kamp vom 27. Jänner 2000, Zl. 2000/001, die baubehördliche Bewilligung für das genannte Projekt erteilt.

Zu Punkt 10:

Die Wahrnehmung der Belange des Hochwasserschutzes obliegt alleine der Wasserrechtsbehörde. Die Baubehörde wäre daher nicht befugt, Auflagen in dieser Hinsicht zu erteilen.“

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Damit kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich ersuche Frau Abgeordnete Roth, durch ihren Bericht die Verhandlungen zum Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, Ltg. 478/V-8, einzuleiten.

Berichterstatterin Abg. ROTH (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Als Berichterstatter obliegt mir die Aufgabe, dem Hohen Landtag den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Die Landesregierung hat gemäß Artikel 29 Abs. 2 der NÖ Landesverfassung 1979 den Voranschlagsentwurf der Einnahmen und Ausgaben des Landes für das Jahr 2001 rechtzeitig erstellt. Die Vorlage wurde vom Finanz-Ausschuss eingehend durchgearbeitet.

Der Aufbau des Landesvoranschlages entspricht den Bestimmungen über Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Länder, der Gemeinden und von Gemeindeverbänden. Die vertikale Gliederung des ordentlichen und außerordentlichen Teiles in Gruppen, Abschnitte, Unter- und Teilabschnitte sowie Voranschlagsstellen erfolgt nach funktionellen, finanzwirtschaftlichen und ökonomischen Gesichtspunkten. Die horizontale Gliederung stellt die Einnahmen und Ausgaben des Voranschlages 2001 den Einnahmen und Ausgaben des Voranschlages 2000 und des Rechnungsabschlusses 1999 gegenüber.

In Gegenüberstellung zum Voranschlag 2000 steigen die Ausgaben von 54,35 um 2,76 auf 57,11 Milliarden und die Einnahmen von 50,23 um 2,86 auf 53,09 Milliarden Schilling. Der Abgang sinkt von 4,12 um 0,1 auf 4,02 Milliarden Schilling. Dieser Brutto-Abgang ergibt nach Verringerung um die mit 1,52 Milliarden veranschlagte Tilgung der Finanzschulden einen Netto-Abgang von 2,5 Milliarden

Schilling, um den die Finanzschulden im Voranschlagsjahr steigen. Bei der Berechnung nach Maastricht-Kriterien werden von den Ausgaben und Einnahmen die Finanztransaktionen wie Darlehen und Rücklagen ausgeschieden. Diese Berechnung ergibt für das Jahr 2001 einen Abgang von 0,27 Milliarden Schilling.

Herkunft, Zweckwidmung und Begründung der einzelnen Einnahmen und Ausgaben sind in den Erläuterungen ausführlich dargestellt, Änderungen gegenüber dem Vorjahr sind aus der Horizontalgliederung ersichtlich.

Die Ausgaben des ordentlichen Teiles steigen gegenüber dem Vorjahr um 2,52 und die Einnahmen um 2,70 Milliarden. Der Abgang von 3,22 Milliarden liegt um 0,18 Milliarden unter dem Abgang 2000 von 3,40 Milliarden Schilling. Der Anteil der Personalausgaben der Verwaltung an den ordentlichen Ausgaben (ohne Personalausgaben für Landeslehrer) beträgt im Voranschlag 2001 so wie im Vorjahr 20 Prozent. Die Ausgaben des außerordentlichen Teiles steigen um 0,24 und die Einnahmen um 0,16 Milliarden. Der Abgang von 0,80 Milliarden ist um 0,08 Milliarden Schilling höher als der Abgang 2000 von 0,72 Milliarden Schilling. Die einzelnen Vorhaben sind in den Erläuterungen zum außerordentlichen Teil des Voranschlages näher beschrieben.

Zur Budgetentlastung soll die Finanzierungsform für Investitionsgüter im Rahmen von Beschaffungsprogrammen, welche zur Erfüllung der laufenden Verwaltungsaufgaben erforderlich sind, sowie von Bauvorhaben schrittweise auf die Nutzungsdauer dieser Güter abgestellt werden. Im Jahresvoranschlag 2001 steht in diesen Fällen nur mehr ein Teilbetrag des Anschaffungs- bzw. Herstellungspreises zur Verfügung. Der gesamte Kaufpreisrest bildet dann eine Vorbelastung künftiger Finanzjahre. Die zur Erfüllung dieser rechtsverbindlichen Verpflichtungen aus den Kauf- bzw. Werkverträgen erforderlichen Landesausgaben in den folgenden Jahren bedürfen vor ihrer Vollziehung der Genehmigung durch den Landtag. Als Ausdruck des Einverständnisses ist eine diesbezügliche Ermächtigung im Punkt 3.7. des Antrages enthalten.

Zur Durchführung des Landesvoranschlages 2001 werden wieder alle jene Bestimmungen beantragt, die sich schon bisher für den Budgetvollzug als notwendig oder zweckmäßig erwiesen haben.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Wir kommen nun zur Generaldebatte. An der Spitze steht natürlich das Referat des Herrn Finanzreferenten, Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka.

LR Mag. SOBOTKA (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Herr Landeshauptmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren der NÖ Landesregierung! Werte Damen und Herren auf den Galerien.

Zwei Tage lang, heute und morgen, steht im Hohen Haus der Haushaltsentwurf 2001 zur Debatte und zur Beschlussfassung. Zwei Tage sind es auch, die uns vom Sommerbeginn 2000 trennen. Für viele Landwirte beginnt damit die Zeit des Erntens, heuer durch die Dürre etwas eingeschränkt. Für uns aber und unsere Aufgabe im Hohen Haus ist es, die Zeit des Säens zu beginnen. Des Säens für das kommende Jahr mit diesem Budget.

„Gute Freunde“ – sagt der Volksmund – „strenge Rechnung“. So ist das auch mit dem Budget 2001 mit seinen rund 12.000 Positionen, das Ihnen zur Beratung und Beschlussfassung vorliegt. Ein streng berechnetes Zahlenwerk für Sie als gute Freunde des Landes Niederösterreich, als Mandatäre. Und selbstverständlich auch für unsere Landsleute, für alle Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher.

Wie aber eine Schwalbe bekanntlich noch keinen Sommer macht, um beim Volksmund zu bleiben, macht auch das Budget 2001 für sich allein noch keine zukunftsorientierte, moderne, den Bedürfnissen des Landes und seiner Bevölkerung entsprechende Landespolitik. Aber es geht um nicht mehr und schon gar nicht weniger als um eine Weichenstellung. Eine Weichenstellung für diese Politik. Und für die Landesfinanzen heißt dies: Für den Bürger rechnen und mit dem Bürger rechnen! In einer Zeit, in der die innenpolitische Diskussion in Österreich schärfer geworden ist, in der mit gesprochenen und geschriebenen Worten schon sehr viel politisches Porzellan zerschlagen wurde, sollten wir uns alle vor Augen halten: Gerade die Budgetdebatte ist ein denkbar ungeeignetes Forum, um mit Aussagen für die Galerie zu polarisieren oder tagespolitisches Kleingeld zu wechseln. Dafür geht es um zu viel. Um viel zu viel! Ich ersuche Sie daher, sich heute und morgen sachlich - selbstverständlich kritisch - mit dem Budgetentwurf auseinander zu setzen, aber bitte immer mit dem Blick auf das große Ganze: auf unser Heimatland Niederösterreich!

Lassen Sie mich zunächst den Ihnen vorliegenden Haushaltsentwurf präsentieren und in die Kernsätze und Leitthemen zusammenfassen: Wir sind auf dem richtigen Kurs! Dabei geht es darum, zwei sehr unterschiedliche, um nicht zu sagen gegensätzliche Stoßrichtungen zu vereinen. Nämlich einerseits die Budgetkonsolidierung konsequent

voranzutreiben und damit auch einen Beitrag zur Sanierung aller öffentlichen Haushalte zu leisten und andererseits ebenso konsequent die landespolitischen Ziele zu verfolgen. Das heißt, Niederösterreich unter die Top-Ten-Regionen Europas zu führen, den Wirtschaftsstandort weiter zu stärken und unser Land als die „Insel der Menschlichkeit“ weiter zu entwickeln.

Hohes Haus! Ich möchte in der Folge meine Ausführungen in drei Blöcke gliedern: Aber zunächst scheint es angebracht, auf eine Reihe von Problemen und offene Fragen einzugehen, deren Tragweite weit über die Landesgrenzen und auch über das Haushaltsjahr 2001 hinaus reicht, und dazu die Positionen Niederösterreichs festzuhalten. Weiters darf ich die Eckdaten des Entwurfes erläutern und daran einige Überlegungen knüpfen, ob und wie wir die budgetpolitischen Ziele erreichen. Jene, die wir uns selbst gesetzt haben sowie jene, die uns auferlegt wurden. Im dritten Teil schließlich wird es um die erwähnten Schwerpunkte gehen und um den Niederschlag, den sie im Haushaltsentwurf gefunden haben.

Ich behaupte, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir können entsprechende Leistungen erbringen und die gesetzten Ziele auch erreichen, wenn man uns lässt! Angesichts der Rahmenbedingungen, unter denen der Budgetentwurf 2001 erstellt wurde, und der Unsicherheiten, der offenen Fragen, die in der zweiten Hälfte dieses Jahres noch gelöst werden müssen, ist vor allem Partnerschaft gefragt. Partnerschaft mit dem Bund, mit den Ländern, mit den Gemeinden, und auch mit Brüssel. „Geht's ums Geld“, heißt ein alter Spruch, „hört sich die Freundschaft auf.“ Mag sein, aber in unserem Fall richtiger und vor allem wichtiger wäre: Wenn es ums Geld geht, ist - unbeschadet der persönlichen, der parteipolitischen oder sonstiger Freundschaften oder Gegnerschaften - im Interesse aller Beteiligten eine faire Partnerschaft anzustreben. Wobei es im Wesen der Partnerschaft liegt, dass sie keine Einbahnstraße sein kann, sondern auf Geben und Nehmen, auf dem Austausch, dem Dialog, auf einem Win-Win-Denken basiert.

Diese Partnerschaft hat auch einen Namen: Föderalismus! Und wie immer, wenn gespart werden muss und die Finanzausgleichsverhandlungen vor der Tür stehen, treten sogenannte Experten auf und rechnen uns vor, dass das historisch begründete und gewachsene Miteinander von Gemeinden, Bund und Ländern, dass das eigentlich viel zu teuer ist. Und auch diesmal scheinen diese Stimmen in den Medien wie das „Ungeheuer von Loch Ness“ aufzutauchen. Und im Finanzministerium haben sie offenbar ein ganz besonderes offenes Ohr gefun-

den. Ich darf Ihnen ganz offen sagen: Als Finanzreferent des größten Bundeslandes werde ich mich entschieden gegen jeden Anschlag auf den bewährten Föderalismus einsetzen. Und ich rechne dabei auch mit der Unterstützung aller hier im Landtag und im Land vertretenen Kräfte! *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Gratzler.)*

Natürlich werden wir vermeiden Doppelgleisigkeiten weiter auszubauen. Und ich bin auch zu jeder Diskussion bereit, wenn unter dem Strich tatsächlich Einsparungen übrig bleiben. Aber wie schaut es in der Praxis aus? In vielen Bereichen – etwa im Gewerbe- und im Wasserrecht, bei der Altlastensanierung oder im Vollzug des Mineralrohstoffgesetzes – verschieben sich die Kompetenzen vom Bund hin zu den Ländern. Und das ist im Prinzip ja letzten Endes auch gut so und entspricht unserem Leitsatz „Näher zum Bürger, schneller zur Sache“. Nur müsste dies bei der Aufteilung der Mittel in der gleichen Art und Weise berücksichtigt werden. Tatsächlich ist es aber so, dass sich der Bund viel erspart, aber nichts einspart!

Hohes Haus! Diese Partnerschaft und die Bereitschaft zur Fairness bei den entscheidenden Verhandlungen über den zukünftigen Finanzausgleich, die Krankenhausfinanzierung und die Wohnbauförderung wird in den kommenden Wochen und Monaten auf dem Prüfstand stehen! Genau das sind auch die Unwägbarkeiten dieses Budgets. Wir sind dabei – wie ich meine – von realistischen Szenarien ausgegangen: Eine Weiterentwicklung des bestehenden Finanzausgleiches, eine Aufhebung der Deckelung der Beiträge, die der Bund und die Sozialversicherungen zur Krankenhausfinanzierung zu leisten haben sowie eine Beibehaltung der Mittel zur Wohnbauförderung. Ich möchte Ihnen in wenigen Sätzen unsere Position gerade zu diesen drei Themen hier erläutern.

Erstens zum Finanzausgleich: Wenn ich diese zentrale Bedeutung, die diese Vereinbarung für die Länder hat, analysiere, so zeigt sich, dass 77,4 Prozent der Gesamteinnahmen unseres Landes Niederösterreich vom Finanzausgleich bestimmt werden! Und unter diesem Aspekt ist es nur recht und billig, wenn wir verlangen, dass die Länder von der Abgabendynamik im gleichen Ausmaß profitieren wie die anderen Gebietskörperschaften. Von 1992 bis 1998 haben sich die Anteile des Bundes am Gesamtabgabenertrag um 33,4 Prozent erhöht, jene Anteile der Gemeinden um 20,9 Prozent, und jene der Länder eben nur um 18,6 Prozent. Und daher darf ich von dieser Stelle aus den Bund erinnern, dass die Finanzverfassung ihn verpflichtet, den Abgabenertrag so zu verteilen, dass die Länder ihren Aufgaben auch nachkommen können. Dass

sie ihre Aufgaben auch finanzpolitisch erfüllen können!

Verschärfend kommt dazu, dass die Maastricht-Kriterien einzuhalten sind, die wir gemeinsam, Bund, Gemeinden und wir als Länder, einhalten müssen, was Druck und Gegendruck zwischen den Gebietskörperschaften erzeugt und den Finanzierungsspielraum der Länder natürlich auch einschränkt. Wir bekennen uns zum gemeinsam ausgehandelten Österreichischen Stabilitätspakt, aber nicht zu dem ohne Absprache mit den Ländern und Gemeinden beschlossenen Stabilitätsprogramm des Bundes in der derzeitigen Form. Weil sich deutlich zeigt, dass die hier vorgesehenen Maastricht-Überschüsse der Länder beim besten Willen nicht erzielt werden können! Außer den Ländern werden zusätzliche Mittel aus der Finanzausgleichsmasse zur Verfügung gestellt. Den Ländern aber neue Aufgaben aufzubürden, ihnen im gleichen Atemzug Geld wegzunehmen und gleichzeitig 0,5 Prozent Budgetüberschüsse zu erwarten, diese Quadratur des Kreises kann und wird nicht funktionieren.

Zu beseitigen ist auch die nach wie vor bestehende „Schieflage“ gegenüber Wien, die sich bei annähernd gleicher Bevölkerungszahl – und wir werden die neue Volkszählung hier mit großer Aufmerksamkeit, mit großer Wichtigkeit auch verfolgen können – wie sich hier die Entwicklung dieser beiden Länder darstellt. Bei annähernd gleicher Bevölkerungszahl heißt das aber für Wien, nur aus dem Finanzausgleich allein um 8,65 Milliarden Schilling mehr zu kassieren im Vergleich zu Niederösterreich. Dazu kommt noch ein Mehr bei der Krankenhausfinanzierung, ein Mehr bei der Wohnbauförderung. Und summa summarum bezieht Wien etwa um 13 Milliarden pro Jahr mehr als Niederösterreich aus dem Finanzausgleich und aus den Transferzahlungen.

Die Forderung nach der Abschaffung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels in den Finanzausgleichsverhandlungen wird natürlich von Niederösterreich im Sinne einer Partnerschaft mit unseren Gemeinden auch unterstützt. Es sind aber tiefere neue Ansätze notwendig, um unter grundlegend geänderten Voraussetzungen und Bedingungen dem Namen „Ausgleich“ auch gerecht zu werden. So kann auf Dauer die Bevölkerungszahl nicht der einzige Indikator sein. Es scheint gerade gerechtfertigt im Angesicht auch der internationalen Verflechtungen, dass auch die Agrarquote und die Gebietsgröße heranzuziehen sind. Die Berücksichtigung der Agrarquote würde den erheblichen zusätzlichen Aufwendungen der Länder Rechnung tragen, die vor allem Niederöster-

reich als Agrar-Bundesland Nr. 1 seit dem EU-Beitritt am stärksten betroffen haben und nach wie vor betreffen. Oder denken Sie an die Aufgabe Niederösterreichs, das bei weitem längste Straßennetz aller Bundesländer zu erhalten – die Einwohnerzahl spielt hier sicherlich keine Rolle! Und hier werden wir einiges in Bewegung zu bringen haben, um den Finanzausgleich endlich wirklich zu einem solchen zu machen!

Das sind keine egoistischen Forderungen, die im Widerspruch zu meiner Forderung nach einer fairen Partnerschaft stehen. Ganz im Gegenteil! Sie würden letztendlich nicht nur Niederösterreich, sondern auch Ländern wie der Steiermark, Kärnten und dem Burgenland Mehreinnahmen bringen. Also jenen Ländern, in denen das Brutto-Inlandsprodukt pro Kopf letztlich unter dem Bundesschnitt liegt. Und das ist doch letztlich im Sinn eines gerechten Finanzausgleiches!

Immer öfter höre ich in der letzten Zeit die Forderung nach einer verstärkten Steuerautonomie der Länder. Das klingt beim ersten Hinhören und aus theoretischer Sicht recht interessant, ja sogar verlockend. Schließlich haben die Länder derzeit kaum einen Einfluss auf ihre eigenen Einnahmen. Dabei wird aber übersehen, dass in Österreich die Steuern großteils nicht nach dem Aufkommens-, sondern nach dem Zahlungsprinzip regional zugerechnet werden. Und dadurch ist Niederösterreich stark benachteiligt, denn es erbringt rund 16,5 Prozent der österreichischen Wertschöpfung, erzielt aber im gleichen Atemzug nur 10,5 Prozent des Steueraufkommens. Warum? Viele Unternehmen produzieren zwar in Niederösterreichs Betriebsstätten, den Unternehmenssitz haben sie aber oft in einem anderen Bundesland, hier vor allem in Wien. Und dort wird auch die Steuer zugerechnet und abgeführt. Eine verstärkte Steuerautonomie – zumindest so, wie sie derzeit diskutiert wird – würde uns in eine fatale Situation führen: Entweder durch höhere Steuern kleinräumigen Wettbewerb noch zusätzlich zu produzieren, Investoren zu vergraulen und damit Arbeitsplätze letztlich zu vernichten, oder auf Einnahmen zu verzichten und damit unseren Gestaltungsspielraum im operativen Bereich stark einzuschränken. Von dem damit verbundenen administrativen Aufwand gar nicht zu reden.

Zweitens: Zur Krankenhausfinanzierung. Die alte Forderung nach der Beseitigung der „Deckelung“ ist nach wie vor aufrecht. Von unserer Seite ist nicht einzusehen, dass die Entwicklung der Beiträge von Bund und Sozialversicherungsträgern losgelöst von der tatsächlichen Kostenentwicklung ist und damit die Kostenschere immer weiter zu Ungunsten der Länder und Gemeinden aufgeht.

Wir verlangen, dass die Beiträge des Bundes und der Krankenkassen so angehoben werden, dass das im Jahr 1997 ausverhandelte Finanzierungsverhältnis zwischen Bund, Sozialversicherungsträgern, Ländern und Gemeinden wieder hergestellt wird. Und für die Zukunft sind die Beiträge mit einem sachgerechten Index zu valorisieren. Die Last dieser Finanzierung können auf Dauer nicht die Gemeinden und das Land alleine tragen. Das ist nur gerecht. Denn die Kostensteigerungen sind im Wesentlichen auf die steigenden Personalkosten, die geänderte Bevölkerungsstruktur, den medizinischen Fortschritt und die durchgeführte Qualitätssicherung zurückzuführen und daher trotz eines leistungsorientierten Abrechnungssystems und zielführender Strukturmaßnahmen in Niederösterreich, wie z.B. die Schaffung von Krankenhausverbänden und -verbänden, nicht kurzfristig einzudämmen.

Die derzeitige Aufteilung der Mittel des Bundes und der Sozialversicherungen basiert auf einem Leistungskatalog aus den Jahren 1994 und 1995. In der Zwischenzeit hat aber gerade Niederösterreich sehr viel getan, um die Versorgung auch im spitzenmedizinischen Bereich zu verbessern. Ich denke an die Einrichtung der Herzchirurgie in St. Pölten oder im Bereich der Schwerpunktversorgung die Installierung einer Strahlentherapie in Wiener Neustadt, der Strahlentherapie in Krems sowie der Neuschaffung einer Neurologie in Horn und in Baden. Im Interesse der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, die selbstverständlich ein Anrecht auf bestmögliche medizinische Versorgung haben, können und werden wir einer Neuregelung der Krankenhausfinanzierung ohne eine Aufhebung der Deckelung der Beiträge des Bundes und der Sozialversicherungsträger nicht so einfach zustimmen!

Im Übrigen zeigt gerade die Spitalsproblematik, wie notwendig es ist, über den Tellerrand eines Ressorts hinauszuschauen. Das leistungsorientierte System hat dazu geführt, dass die durchschnittliche Verweildauer in unseren Krankenhäusern spürbar zurückgegangen ist, weil Kranke früher nach Hause gehen. Dadurch kommt es aber zu einer Kostenverschiebung zu den Sozialhilfebudgets des Landes und der Gemeinden, wobei zusätzliche erhebliche Belastungen im Bereich der Pflege und der Heime auf uns zukommen.

Drittens: Ebenso klar vertreten wir im Schluß mit den anderen Bundesländern den Standpunkt, dass die Wohnbauförderungsmittel unangetastet – unangetastet, zur Wiederholung – bleiben müssen. Und zwar aus familienpolitischen wie auch aus wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Gründen. Denn Experten haben errechnet,

dass schon eine Kürzung der Wohnbauförderung um ein Drittel allein in Niederösterreich 9.000 Arbeitsplätze gefährdet. Und Niederösterreich hat die Forderung nach der subjektbezogenen Förderung, die ja auch von den Experten immer wieder erhoben wird, längst erfüllt. Auch die oft kritisierten Rücklagen in der Wohnbauförderung sind ganz einfach notwendig, aus einer nachhaltigen Budgetpolitik heraus. Sie stellen sicher, dass das Land auch in den nächsten 25 Jahren seine Verpflichtungen, die es eingegangen ist, gegenüber den Förderungsnehmern auch erfüllen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach diesen über das Haushaltsjahr 2001 hinausgehenden und hinausreichenden, aber in meinen Augen sehr notwendigen Klarstellungen komme ich nunmehr zu den Eckdaten des Budgets, über das Sie heute und morgen entscheiden werden.

Es sieht Ausgaben von 57,11 Milliarden Schilling vor, um 2,76 Milliarden oder 5,07 Prozent mehr als der Voranschlag 2000. Die Einnahmen auf der anderen Seite erhöhen sich im gleichen Ausmaß um 2,86 Milliarden oder 5,68 Prozent auf 53,09 Milliarden Schilling. Daraus resultiert ein Brutto-Abgang von 4,02 Milliarden Schilling, um 97,5 Millionen oder 2,37 Prozent weniger als im Voranschlag für das laufende Jahr. Abzüglich der Tilgung von Finanzschulden ergibt sich damit ein Netto-Abgang von 2,5 Milliarden Schilling, um den sich die Finanzschulden des Landes erhöhen. Und das ist, Hohes Haus, immerhin gegenüber dem Voranschlag 2000 eine deutliche Verringerung des Netto-Abganges um 507,8 Millionen Schilling bzw. um 16,88 Prozent. Gerechnet nach den Maastricht-Kriterien ergeben sich damit Ausgaben in der Höhe von 50,10 Milliarden Schilling, denen Einnahmen von 49,83 Milliarden Schilling gegenüberstehen, somit ein Defizit von 273 Millionen Schilling. Und auch hier konnte das Maastricht-Defizit im Vergleich zum Vorjahr praktisch halbiert werden.

Lassen sich diese Zahlen mit dem vom Landtag beschlossenen Budgetprogramm, das Sie ja hier im Hohen Haus beschlossen haben, das von 1998 bis 2003 reicht, vereinbaren? Für das Haushaltsjahr 2000 sah das Budgetprogramm als Marke einen Netto-Abgang – wie Sie wissen – von 2,6 Milliarden Schilling vor. Tatsächlich waren als Folge der Steuerreform, die dem Land insgesamt pro Jahr 1,2 Milliarden Schilling abnötigt, im Voranschlag 3 Milliarden Schilling im Abgang ausgewiesen, also eine Überschreitung des Budgetprogramms um über 400 Millionen Schilling.

Laut Budgetprogramm sollte der Netto-Abgang im Jahr 2001 in der stufenweisen Abfolge auf 2,4

Milliarden Schilling abgesenkt werden. Im vorliegenden Voranschlag liegen wir noch um 100 Millionen drüber, über diesem Budgetprogramm, sind somit wieder sehr deutlich auf Kurs und werden das Programm bis zum Ende dieser Legislaturperiode auch erfüllen können. Allerdings wird es nicht leicht werden. Voraussetzungen dafür sind höchste Disziplin, die konsequente Fortsetzung struktureller Maßnahmen, etwa in der Verwaltung, und größte Sparsamkeit beim Budgetvollzug! Diese Forderung richtet sich sowohl an die Exekutive, als auch an die Legislative und auch an die Verwaltung.

Ein in der Öffentlichkeit kaum registriertes Instrument ist ein kluges und vorausschauendes Finanz- und Schuldenmanagement. Und hier haben wir bereits weitreichende Verbesserungen eingeleitet. Das Schuldenmanagement hat durch die Internationalisierung und die steigende Konkurrenz auf den Finanzmärkten enorm an Bedeutung gewonnen. Um davon zu profitieren bedarf es allerdings einer laufenden Marktbeobachtung und schneller Entscheidungen. Wir können hier schon auf beachtliche Erfolge zurückblicken: So lag die durchschnittliche Verzinsung der Landesschulden in den Jahren 1997 und 1998 deutlich unter jener Marke des Bundes, obwohl dieser durch Ausgliederung seines Schuldenmanagements in die Bundesfinanzierungsagentur seine Konditionen wesentlich verbessern konnte. Im Jahr 1999 ist es uns sogar gelungen, das allgemein niedrige Zinsniveau am Markt zu nützen und die durchschnittliche Verzinsung der Landesschulden unter die magische Grenze der 5 Prozent zu drücken. Der Bund liegt noch etwas über der 5 Prozent-Marke.

Im Bereich der Leasingfinanzierung werden künftig Vorhaben aus den verschiedensten Bereichen von der Finanzabteilung gemeinsam ausgeschrieben. Selbstverständlich auf der Grundlage der von den Fachabteilungen – denen ja auch die Abwicklung der Projekte obliegt – erstellten Ausschreibungsunterlagen. Durch das vergrößerte Ausschreibungsvolumen sind bei den Leasingfinanzierungen wesentliche und spürbare Kosteneinsparungen zu erwarten.

Weiters wurde nicht zuletzt auf Grund von Anregungen des Landes-Rechnungshofes die Zentralisierung der Verwaltung von Girokonten nachgeordneter Dienststellen der Landesverwaltung vorangetrieben, die bis Jahresende abgeschlossen sein soll. Und diese zentrale Geldverwaltung, bei der die Salden von Subkonten und Nebenkonten taggleich und valutagleich auf ein Hauptkonto des Landes übertragen werden, ermöglicht eine effekti-

vere Liquiditätsdisposition durch die Finanzabteilung und eine Verbesserung der Finanzierungskosten des Landes.

In den nächsten Jahren wollen wir die Verwaltung der Landesschulden weiter optimieren und damit Millionenbeträge einsparen. Dieses Ziel soll durch eine enge Kooperation mit der NÖ Hypo erreicht werden, die über entsprechende Erfahrungen verfügt und darüber hinaus auf das Know-how und die Kontakte der Österreichischen Volksbanken AG, die selbst wiederum verbunden ist mit internationalen Großbanken, zurückgreifen kann. Eine Expertenrunde mit Vertretern der Hypo und der Landes-Finanzabteilung soll laufend die Finanzierungssituation des Landes beobachten, die nationalen sowie internationalen Finanz- und Kapitalmärkte analysieren, und hier insbesondere die Zins- und Währungsprognosen verfolgen, eine produktorientierte und produktbezogene Finanzmarktanalyse erarbeiten und daraus die konkreten Finanzierungsinstrumente für das Land und für die Vorhaben des Landes entwickeln.

Bereits in den vergangenen Budgetreden meiner Person habe ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, betont, dass wir in der Landesverwaltung ein effizientes Controlling brauchen, das zugleich als Steuerungsinstrument greift und den Regierungsmitgliedern über die Tagespolitik hinaus Entscheidungshilfen liefert. Das ist natürlich kein Projekt, das von heute auf morgen realisiert werden kann und obwohl hier schon einiges getan wurde, verhehle ich nicht, dass es diesbezüglich auch ein schnelleres Tempo geben könnte und hier noch einiges an Arbeit vor uns liegt.

Umso erfolgreicher ist der „Verfahrensexpress“. Er liefert mit seinem „Verfahrensmonitoring“ bereits jetzt ständig konkrete Zahlen, ermöglicht dadurch ein effizientes Controlling und ist so zu einem Eckpfeiler der niederösterreichischen Standortpolitik geworden. Wie rasant dieser „Express“ unterwegs ist, zeigen die Zahlen: Von mehr als 2.000 Betriebsanlagenverfahren im vorigen Jahr wurden 83 Prozent bereits innerhalb von 13 Wochen erledigt. Und das ist mitteleuropäisch, um nicht zu sagen europäisch eine Spitzenmarke. (*Beifall bei Abg. der ÖVP.*) Die durchschnittliche Verfahrensdauer beträgt dementsprechend zwischen 8 und 10 Wochen. Weitere Steuerungsmaßnahmen sind in diesem Bereich geplant, um die Ergebnisse noch weiter zu verbessern. Der Verfahrensexpress ist und bleibt auf der Überholspur, damit es in Niederösterreich auch weiterhin näher zum Bürger und schneller zur Sache geht.

Besondere Bedeutung kommt damit auch den Projekten zur Erhöhung der Gesamteffizienz zu. In den vier Gruppen der Landesverwaltung „Wirtschaft, Sport und Tourismus“, „Land- und Forstwirtschaft“, „Raumordnung und Umwelt“ sowie „Hochbau“ wurden sie mittlerweile in einer ersten Phase auch durchgeführt und ein Vorschlagskatalog erarbeitet. Zum Teil gibt es auch schon die Folgeprojekte bzw. die Umsetzungsmaßnahmen, die einerseits den Leistungsumfang und andererseits die Organisation, speziell die Abläufe, beinhalten. Vier weitere Gruppen befinden sich mitten in einer Planungsphase, der Katalog der Veränderungsvorschläge soll noch im Sommer vorliegen. Es sind die Gruppen „Baudirektion“, „Wasser“ und die „Landesamtsdirektion“. In den Startlöchern steht selbstverständlich die Gruppe „Finanzen“. Bei diesen Projekten wurden und werden neue Instrumente im Sinne eines „New Public Management“ eingesetzt, das Leistungskatalog, Aufgaben- und Ablaufanalyse, Einmalkostenrechnung usw. umfasst. Ziele sind unter anderem eine klare Aufgabendefinition, eine Optimierung des Ressourceneinsatzes und die Erarbeitung von Kennzahlen für Vergleiche sowohl innerhalb des Amtes als auch mit anderen Verwaltungen im Sinne eines Benchmarkings. Auch Vergleiche mit mehrjährigen Rhythmen sind damit möglich.

Ein weiteres Controlling-Projekt ist die Kostenrechnung in der Straßenverwaltung. Das erste Ziel, die Einführung einer Gesamtkostenrechnung zum „Ist-Kosten-Stand“ mit 1. Jänner 2000 wurde bereits erreicht. Unter anderem wurden ein umfassender Leistungskatalog und Methoden zur Leistungserfassung erarbeitet. Die Umsetzungsphase, an deren Ende Kennzahlen stehen werden, um einerseits mit der Privatwirtschaft vergleichen zu können und andererseits den gesunden Wettbewerb innerhalb der Straßenverwaltung zu fördern, wurde schon gestartet. Ein anderer Bereich, in dem derzeit an der Einführung einer Gesamtkostenrechnung gearbeitet wird, ist die Informationstechnologie. Mit ersten Kennzahlen ist hier Ende 2001 zu rechnen. Diesen Weg müssen wir konsequent weiter verfolgen und weiter vorantreiben!

Hohes Haus! Im dritten Teil meiner Ausführungen darf ich mich mit den Schwerpunkten der niederösterreichischen Landespolitik auseinandersetzen und aufzeigen, wie stark sich der Budgetentwurf 2001 an diesen Zielen orientiert und welche Weichenstellungen hier vorgenommen werden.

Es geht zunächst darum, den Wirtschaftsstandort Niederösterreich weiter zu stärken und das Land unter die Top-Ten-Regionen Europas zu führen. Die Voraussetzungen dafür sind gut. Und die-

ser Weg wird bestätigt durch den Optimismus, den uns die Konjunkturprognosen erwarten lassen, den die Wirtschaftsexperten uns ausstellen. Denn es zeigt sich ganz deutlich, dass auf der einen Seite die Basis in Niederösterreich in den letzten Jahren hervorragend ausgestaltet wurde und dass andererseits die internationalen Rahmendaten dieser Basis auch die nötige Unterstützung bieten werden. Und so wird es möglich sein, dass die Wirtschaft, also Arbeitgeber und Arbeitnehmer in unserem Land, diese Landespolitik gemeinsam mittragen. Und nicht zuletzt gehen vom Budget des Landes selbst gewaltige Impulse aus, die diese Entwicklung weiter verstärken.

Die internationalen Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung haben sich in den letzten Monaten, wie Sie wissen, deutlich verbessert. Das Wirtschaftswachstum hat sich EU-weit beschleunigt. Für das laufende Jahr ist in der Europäischen Union mit einem realen Wachstum von 3,2 Prozent zu rechnen, 1999 betrug das Plus ja noch 2,2 Prozent. Und die österreichische Entwicklung hält mit diesem Entwicklungsschritt gut mit, sodass wir für Österreich eine Prognose des WIFO für heuer um die 3,1 Prozent erwarten dürfen, was deutlich mehr ist als im vergangenen Jahr. Neben den Exporten und den Investitionen ist es auch der private Konsum, der diese Konjunktur stützt. Und das sind deutliche Impulse, die von der Steuerreform und vom zweiten Schritt des Familienpaketes ausgehen, letztlich von jenen Maßnahmen, die uns natürlich auch budgetpolitische Turbulenzen verursacht haben und verursachen. Nicht zu übersehen ist aber dabei allerdings auch, dass das kräftige Wirtschaftswachstum von steigenden Preisen begleitet wird und wir mit einer Preissteigerung von etwa 1,6 Prozent heuer zu rechnen haben.

Im kommenden Jahr werden die internationalen Rahmenbedingungen für die heimische Konjunktur weiterhin günstig bleiben. In der Europäischen Union schätzt man das Wirtschaftswachstum etwa gleich ein wie im heurigen Maß. Die österreichische Wirtschaft wird nach den Prognosen des WIFO etwa um 2,7 Prozent wachsen. Die Preise werden etwas schwächer zulegen, sodass der Gesamtverbraucherpreisindex um etwa 1,4 Prozent steigen wird.

Ausgesprochen positiv klingen damit die Voraussagen für den Arbeitsmarkt. Aufgrund der günstigen Konjunktur wird die Zahl der Beschäftigten heuer um 1,1 Prozent und im nächsten Jahr um 1,2 Prozent steigen. Die Zahl der Arbeitslosen, also die Arbeitslosenquote lag 1999 noch bei 6,7 Prozent, beträgt in diesem Jahr für Niederösterreich 4,8 Prozent. Sie hat also genauso wie das Zinsniveau

die magische 5 Prozent-Marke unterschritten. Und das ist ein Niveau, wie wir es zuletzt vor zehn Jahren hatten.

In diesem internationalen und nationalen Umfeld hat die niederösterreichische Wirtschaft beachtliche Leistungen erbracht. Und ein Blick in den Rückspiegel zeigt: Vor gut einem Monat, etwa am 15. Mai, hat es eine Reihe von Veranstaltungen gegeben zur Erinnerung an die Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrages vor 45 Jahren. In den zehn Jahren davor war Niederösterreich als sowjetische Besatzungszone in einen Rückstand geraten, der vielen unaufholbar schien. Und auch danach bedeutete die geopolitische Lage an der „toten Grenze“ eine schwere Hypothek für die wirtschaftliche Entwicklung. Und dennoch ist es gelungen, ab dem Beginn und vor allem ab Mitte der neunziger Jahre einen Aufholprozess in Gang zu setzen, der auch viele Experten überrascht hat. Sowohl das Wirtschaftswachstum als auch die Beschäftigungszahlen entwickelten sich deutlich über dem gesamtösterreichischen Schnitt. Was aber am wichtigsten letztendlich ist: Die niederösterreichische Wirtschaft wird nach Meinung der Wirtschaftsforscher diesen Aufhol- und Überholprozess auch in der Zukunft fortsetzen können. Das bestätigen sowohl die Arbeitsmarktdaten als auch die Wirtschaftsdaten.

Ende Mai waren in Niederösterreich 526.600 Personen unselbständig beschäftigt. Die höchste Marke, die es je um diese Jahreszeit gab. Die Zahl der Beschäftigten lag damit um 1,5 Prozent höher als noch im Mai des Vorjahres. Und nur 26.500 – um 26.500 zu viel – waren Ende Mai als arbeitslos vorgemerkt. Die Arbeitslosenrate war damit, wenn man sie an Prozenten misst, um 10,4 Prozent niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Besonders erfreulich dabei ist, dass durch die erfolgreiche Pröll-Prokop-Jobinitiative es gelungen ist, die Arbeitslosigkeit bei den Problemgruppen Jugendliche, Frauen und ältere Arbeitnehmer deutlich zu reduzieren.

Und trotz dieser imposanten Leistungen und Erfolge liegt das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Niederösterreich noch immer unter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt. Und neue Herausforderungen, wie etwa die Globalisierung und Internationalisierung, der unaufhaltsame Siegeszug der Technologien und vor allem die auf uns zukommende EU-Erweiterung machen neue Anstrengungen, neue Wege und neue Ideen notwendig. Gerade am Sektor der Standortpolitik, die in ihrem Umfang und in ihrer Qualität weit über die klassische Wirtschaftspolitik hinausgeht, muss dieser Slogan für Niederösterreich gelten: „Wir haben hier

noch sehr viel vor“. Und der Haushaltsentwurf 2001 trägt diesem Gedanken Rechnung! In Form von beträchtlichen Zuwachsraten in jenen Bereichen, in welchen wir im kommenden und in den nächsten Jahren Schwerpunkte setzen müssen und auch setzen werden.

Dazu gehört ganz besonders die niederösterreichische Technologieoffensive. Mit dem Ziel, die Aktivitäten auf dem Technologiesektor zu fördern und zu forcieren, die technologische Entwicklungen in der niederösterreichischen Wirtschaft wirksam zu unterstützen, um ihre Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und den Exportanteil zu erhöhen. Gerade dieser Sektor zeichnet sich durch hohe Wachstumsraten aus, durch eine hohe Wertschöpfung und vor allem die Schaffung von neuen, qualifizierter Arbeitsplätzen.

Es ist ein Irrglaube, dass neue Technologien vor allem „Job-Killer“ sind. Vielmehr gehen Arbeitsplätze dort verloren, wo diese neuen Technologien nicht Einzug finden oder verspätet zum Einsatz kommen. Und es ist ebenso ein Irrglaube, dass die Hochtechnologie nur etwas für große Unternehmen und Konzerne sei. Auch international zeigt sich längst, dass in der Hochtechnologie die Wachstumsdynamik zunehmend von den flexiblen und innovativen kleineren und mittleren Unternehmen ausgeht. Also von Betrieben, wie sie in unserem Land glücklicherweise in großer Zahl es sie gibt. Wie eine umfassende Studie zeigt, liegen die Chancen Niederösterreichs gerade darin, daneben natürlich noch in der Umwelttechnik, Telekommunikation und in der Bio-Energie. Und um diese Chancen zu nutzen, haben wir in der Person des österreichischen Astronauten und Generaldirektors von Space and Communications von Boeing/Europa, Dipl.Ing. Franz Viehböck, einen Technologiebeauftragten eingesetzt und im Bereich der Landesverwaltung eine eigene Geschäftsstelle für Technologie installiert und das Budget mit 15 Millionen Schilling dotiert, um diese Zukunftsaufgabe auch erfüllen zu können. Nämlich Wirtschaft mit Wissenschaft und Forschung enger zusammenzuführen.

Dass die niederösterreichische Technologieoffensive nicht erst in den Startlöchern steht, sondern bereits greift, zeigt die Tatsache, dass unter den im Rahmen der Technologiepolitik des Bundes freigegebenen Kompetenzzentren sich auch zwei befinden, die von Niederösterreich massiv befürwortet wurden und selbstverständlich auch wirksam gefördert werden: Das Kompetenzzentrum EChem im Bereich der angewandten Elektrochemie mit Sitz in Wiener Neustadt und das Projekt WOOD, das neue technologische Methoden der Holzbe- und -verarbeitung entwickeln soll und an dem zwei nie-

der österreichische Unternehmen maßgeblich beteiligt sind. Dementsprechend sieht der Haushaltsentwurf 2001 gerade für die betriebliche Technologieförderung und für die Kompetenzzentren eine gewaltige Steigerung von 25 auf 40 Millionen Schilling vor.

Zum Teil überschneidet sich diese Technologieförderung aber auch mit dem Fitness-Programm, das wir gestartet haben, um unser Land optimal auf die EU-Erweiterung vorzubereiten. Es ist ein historischer Schritt in Richtung Sicherheit und Frieden. Und ich bin überzeugt, dass dieses Europa, Österreich und Niederösterreich wirtschaftlich von dieser Erweiterung profitieren werden, wenn sie mit Augenmaß und nach dem Prinzip „Gründlichkeit ist wichtiger als Schnelligkeit“ vonstatten geht. Es kann aber selbstverständlich auch Verlierer geben. Dass Niederösterreich und vor allem seine Grenzregionen dazu nicht zählen, dazu nicht zu gehören haben, dafür müssen wir schon heute sorgen. Und das Fitness-Programm, dem auch Brüssel ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt hat, soll dieses bewerkstelligen. Dieses Programm steht und ruht auf drei fundamentalen Säulen: Erstens: „Fit im Kopf“ zu sein. Das bedeutet informieren und motivieren. Dieser tiefgreifende Wandel muss vor allem als Chance erkannt werden, ohne dass deswegen die Risiken übersehen werden. Es geht vor allem darum, auch die Eigeninitiative in den Regionen zu wecken und wirksam zu fördern.

Zweitens: „Fit in der Wirtschaft“ umfasst die Impulsprojekte, von denen nachhaltige Effekte für die Entwicklungen der Regionen ausgehen. Bisher sind schon etwa 20 Projekte auf den Weg gebracht worden. Sie lösen mit Fördermitteln von etwa 226 Millionen Schilling Investitionen über 600 Millionen Schilling aus. Und hier spannt sich ein breiter Bogen vom Tourismus bis hin zur Kultur, bis hin zu den Zukunftstechnologien. Beispiele sind die Regionalen Innovationszentren in Krems, Hollabrunn, in Wr. Neustadt, die Telematik-Initiative im Waldviertel, sowie auch der Kamp-Thaya-March-Radweg.

Drittens: „Fit in der Mobilität“ geht davon aus, dass eine moderne, auf künftige Anforderungen ausgerichtete Verkehrsinfrastruktur unabdingbar für die Bewältigung der mit der EU-Erweiterung verbundenen Herausforderungen ist. Daher fordern wir, dass das mit dem Bund von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll ausgehandelte 15 Milliarden Schilling-Straßenausbauprogramm – unter anderem mit der Nordautobahn – so rasch wie möglich verwirklicht wird. Ebenso wie das paktierte Schienen-Ausbauprogramm. Und diese Forderungen werden wir auch gegenüber der Bundesregierung und dem Infrastrukturminister mit allem Nachdruck, mit aller

Nachdrücklichkeit vertreten. Übrigens: Von unserer Seite haben wir im Haushaltsentwurf 2001 gerade in diesem Sektor für Straßen- und Wasserbau sowie Verkehr 4,12 Milliarden Schilling präliminiert. Das heißt, um 252,5 Millionen Schilling oder 6,5 Prozent mehr als im laufenden Jahr. Und hier sind vor allem für den Nahverkehr überdurchschnittliche Steigerungen vorgesehen. Aus Landesmitteln fließt im Rahmen des Fitness-Programms innerhalb von fünf Jahren eine Milliarde Schilling in die Regionen. Mit Geldern, die uns vom Bund und von der EU kofinanzieren, erwarten wir etwa 5 bis 6 Milliarden Schilling.

Und damit bin ich schon bei einem weiteren, für die Stärkung des Standortes Niederösterreich wichtigen Thema: Denn aus Brüssel kommen nicht nur Vorschriften und ungerechtfertigte Sanktionen, sondern auch erhebliche Geldmittel. Welche Bedeutung sie für den Weg Niederösterreichs vom Grenzland zum Kernland haben, zeigen einige Zahlen. Allein in den Ziel 2- und Ziel 5b-Gebieten konnten in den letzten Jahren 3,49 Milliarden Schilling und nicht weniger als 7.000 Projekte unterstützt, Investitionen in der Höhe von 15,8 Milliarden Schilling ausgelöst werden und rund 6.000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden, 22.000 abgesichert werden. Im Rahmen von den Gemeinschaftsinitiativen, vor allem INTERREG, wurden 120 grenzüberschreitende Projekte mit einem Gesamtvolumen von 161 Millionen Schilling gefördert.

Gerade diese Initiativen über die Grenzen hinaus und über die Grenzen hinweg – mit Vorteilen für beide Seiten – sind wichtige Schrittmacher für die kommende Erweiterung der Europäischen Union. Es war daher ein ganz wichtiger Verhandlungserfolg, dass über INTERREG in der Periode von 2000 bis 2006 jährlich jetzt 51,1 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Also dreimal soviel wie bisher. Und dass die EU-Regionalförderungs-mittel für Niederösterreich sich in Summe von 456 auf insgesamt 562 Millionen Schilling pro Jahr erhöhen. Und sehr wesentlich – und das ist unbestritten – hat eigentlich dazu geführt der Vorstoß unseres Landeshauptmannes Dr. Pröll bei der damals zuständigen Kommissarin Monika Wulf-Mathies. Er hat sie ins niederösterreichische Grenzland eingeladen und ihr vor Ort die Notwendigkeit und die Sinnhaftigkeit einer verstärkten Förderung für unser Land vor Augen geführt.

Im Landeshaushalt schlagen sich diese Beiträge, die von Brüssel kommen und nach Niederösterreich fließen leider nicht auf der Einnahmenseite, sondern auf der Ausgabenseite nieder. Denn die Förderung geht direkt zum Projektträger, während die erforderlichen Kofinanzierungsmittel vom

Budget finanziert werden. Das ändert selbstverständlich nichts am Ziel, das wir schon bisher verfolgt haben. Nämlich keinen Euro in Brüssel liegen zu lassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wir stehen mit unserem Ziel, unter diese Top-Regionen vorzustößen, heute im Wettbewerb mit 250 europäischen Regionen. Wer in diesem Wettbewerb letztlich die Nase vorne hat, das wird nicht nur auf dem Feld der klassischen Wirtschaftspolitik entschieden. Zunehmend werden auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von der raschen und effizienten Abwicklung von Behördenverfahren bestimmt. Niederösterreich hat hier mit dem erwähnten „Verfahrensexpress“ schon wesentliche Schritte gesetzt.

Mehr und mehr gewinnen aber auch die „weichen Standortfaktoren“ hier an Gewicht. Dazu gehört die Umweltqualität genauso wie das geistig-kulturelle Umfeld, das Gesundheitswesen, aber vor allem das Angebot an Bildungs-, Freizeit- und Kinderbetreuungseinrichtungen.

Wenn man sich diesen vorliegenden Budgetentwurf in dieser Hinsicht näher ansieht, dann kann man unschwer erkennen, dass wir gerade in diesen Bereichen deutliche Akzente setzen: Ein Plus von 12 Prozent in Sport, Bildung und Kultur, von 5,33 Prozent im Schulwesen von 8 Prozent bei den Krankenanstalten und von 3,17 Prozent im gesamten Gesundheitsbereich, das sind, glaube ich, Zahlen, die für sich sprechen.

Und vor allem zeigt sich da: Die beiden landespolitischen Schwerpunkte – den Standort Niederösterreich im europäischen Wettbewerb weiter zu stärken und gleichzeitig das Land als „Insel der Menschlichkeit“ weiter zu entwickeln – bestehen nicht nebeneinander, sondern miteinander. Ja, sie bedingen sich eigentlich wechselseitig. Weil das Klima der Menschlichkeit zu den „weichen“ Standortfaktoren gehört. Denn ein Land, das zulässt, dass im Namen des Fortschritts Menschen auf der Strecke bleiben und Bevölkerungsgruppen als „Verlierer“ unter die Räder kommen, hat im Kreise der „Top-Ten“ nichts, aber schon gar nichts verloren! Die beste Sozialpolitik war, ist und bleibt eine gute Familienpolitik, die vorbeugend und vorsorgend wirkt. Gesunde, in ihrer wirtschaftlichen Existenz abgesicherte Familien verhindern, dass viele soziale Probleme überhaupt erst entstehen. Wir haben daher allen Grund, stolz darauf zu sein, dass Niederösterreich das Familien-Bundesland Nummer 1 ist. Ich bekenne mich zu dem Ziel, diese Position nicht nur zu halten, sondern sie zu verteidigen und auszubauen.

In den letzten fünf Jahren haben sich die Aufwendungen für die Familien – einschließlich der Wohnbauförderung, die ja auch vor allem eine familienpolitische Maßnahme ist – von 4,9 auf 8,2 Milliarden Schilling erhöht! Und einen besonderen Anteil dabei hat die Kindertagesbetreuung. Derzeit haben sich etwa 47.000 Kinder zwischen 3 und 6 Jahren in diesen Kindergartenplätzen aufgehalten. Und weitere 12.600 aller Altersgruppen werden von den Tagesmüttern in den Horten und in den Kindergruppen betreut. Damit wird erreicht, dass möglichst viele Mütter die freie Wahl haben, ob sie sich ganz der Familie und der Kindererziehung widmen oder ob sie einen Beruf ausüben möchten und hier Beruf und Familie vereinen möchten. Gemeinsam mit dem Bundesland Vorarlberg haben wir die höchste Familienhilfe. Sie kommt heuer 3.600 niederösterreichischen Familien zugute. Nimmt man nun die Tagesbetreuung und die Familienhilfe zusammen, dann weist dieser Haushaltsentwurf eine Steigerung von über 30 Prozent – sage und schreibe 30 Prozent - aus! Nämlich von 240 Millionen um 75 auf 315 Millionen Schilling in einem einzigen Jahr.

Hohes Haus! Gerne würde ich noch auf viele Positionen des Budgetentwurfes eingehen um sie hier darzustellen und damit auch die Zielsetzungen des Landes zu zeigen. Aber das wird die Budgetdebatte in den kommenden zwei Tagen zeigen, die wir über die Runden zu bringen haben, und viele Punkte werden hier sicherlich ausführlicher noch behandelt werden. Somit verbleibt mir am Ende nur ein Wort des Dankes zu sagen. Denn auch diesmal ist dieser Budgetentwurf selbstverständlich das Ergebnis der Arbeit und des Zusammenwirkens vieler Persönlichkeiten und Kräfte.

Mein Dank gilt vor allem den Mitgliedern der Landesregierung, an der Spitze Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll. Natürlich auch allen anderen Damen und Herren der Regierung, die mit Engagement und mit besonderer Hartnäckigkeit für ihre Anliegen und ihre Wünsche gekämpft haben. Sie waren dabei, wie manche der von mir ausgewiesenen Steigerungsraten gezeigt haben, auch recht erfolgreich. Aber gleichzeitig haben sie auch Verständnis für den Finanzreferenten gezeigt und für die Notwendigkeiten der Budgetkonsolidierung. Anders wäre es nicht möglich gewesen, den Finanzkurs wieder in Richtung Budgetprogramm zu führen.

Besonders danke ich allen mit der Budgeterstellung und der Vorbereitung befassten Herren. Vor allem HR Dr. Pecker, Dr. Meißl, Budgetdirektor Pichler und Herrn Stöckelmayer. Sie haben hervorragende Arbeit mit ihrem Team geleistet.

Und vor allem danke ich Ihnen, meine Damen und Herren Abgeordneten, schon im Voraus. Sie haben die Bereitschaft, sich sachlich und konstruktiv mit diesem Entwurf auseinander zu setzen. Und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit, also dazu, in den entscheidenden Fragen das Gemeinsame über das Trennende zu stellen, hat sich Niederösterreich in der Vergangenheit stets bewahrt. Und hat sich damit auch bewährt. Das wird auch in der Zukunft wichtig sein. Nur dann können wir unsere hochgesteckten Ziele auch erreichen. Auch jenes, auf das der vorliegende Haushaltsentwurf hinzielen möchte: Niederösterreich – eine Top-Region im Herzen Europas. Niederösterreich als eine „Insel der Menschlichkeit“ in einer bewegten, in einer bewegenden Welt! (*Beifall bei ÖVP, SPÖ und Abg. Gratzler.*)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Generaldebatte und erteile der Frau Abgeordneten Mag. Weinzinger das Wort.

Abg. Mag. WEINZINGER (*Grüne*): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Teurer Herr Landesrat!

Ich darf mich einer Vorbemerkung von Ihrer Seite anschließen und sie leicht abwandeln und hoffen, dass sachliche, inhaltliche Auseinandersetzung und auch sachliche inhaltliche Kritik, auch wenn sie scharf sein wird in vielen Punkten, weil ich glaube, dass das Budget dies erfordert, nicht als parteipolitisches Kleingeld abgetan wird. Und nicht im parteipolitischen Niveauverlust der Debatte wie ihn an manchen Stellen, bislang noch nicht primär im NÖ Landtag, die letzten Wochen und Monate gebracht haben, hier nicht untergeht. So viel zur Vorbemerkung. Jetzt zum Budget. Wenn ich dieses Budget als Buchhändlerin in ein Regal einordnen müsste, dann würde ich die englische Einteilung bevorzugen. Denn es ist klar, das geht nicht in den Bereich Non-Fiction, sondern eindeutig in den Bereich Fiction, in die Fiktion, wenn ich dieses Budget einordne. Und ich darf Ihnen gern begründen warum.

Erstens habe ich mit Verwunderung jetzt in Ihrer Budgetrede gehört, dass eigentlich in allen Punkten, die Sie angesprochen haben, es mehr Geld geben wird. Es ist schön, wenn es mehr Geld gibt. Allerdings haben Sie vor noch nicht allzu langer Zeit zumindest in den Medien angekündigt, dass es sich hier um ein Sparbudget handelt und einen Konsolidierungskurs. Das halte ich für aufklärungsbedürftig, wenn man auf der einen Seite für alles mehr Geld aufbringen kann und trotzdem dabei einen Sparkurs fährt. Das zweite, das sind jetzt

dann drei Prognosen, die ich anschließen werde, die, ehrlich gestanden, kein großes Risiko in sich bergen wie Sie gleich sehen werden. Das Zahlenwerk als solches ist in manchen Bereichen fiktiv.

Meine erste Prognose: Die Ausgaben, die dieser Budgetvorschlag vorsieht, werden deutlich höher ausfallen. Das kann man sich einfach anschauen am Rechnungsabschluss 1999. Im Vergleich zum Budgetvorschlag 1999 ist die Differenz zirka 3 Milliarden. Ich nehme an, für das Jahr 2000 bewegen wir uns in etwa in derselben Größenordnung. Jedenfalls werden die Ausgaben eindeutig den Budgetvorschlag überschreiten. Daher ist es eine nicht allzu gefährliche Prognose, wenn ich sage, ich gehe einmal davon aus optimistisch, um eineinhalb bis zwei Milliarden werden die Ausgaben höher liegen als dieser Budgetvorschlag vorsieht.

Würden die Einnahmen auch so dramatisch steigen wie die Ausgaben, wäre das ja auch noch kein Problem. Aber, meine zweite Prognose, teurer Herr Landesrat Mag. Sobotka: Diese Einnahmen, die Sie hier budgetiert haben oder vorschlagen, halte ich für unrealistisch und unhaltbar. Ich sehe nicht und beim besten Willen nicht – und ich habe lang gesucht, ich habe jede einzelne Ihrer Positionen durchgeackert, wo ich etwas übersehen habe könnte – aber ich sehe nicht, woher Sie fast eine Milliarde zusätzlicher Mittel vom Bund bekommen wollen. Bei aller Kampfkündigung, die wir in der Budgetrede im letzten Jahr und in dieser Budgetrede von Ihnen gehört haben, ich sehe es beim besten Willen nicht!

Es gäbe eigentlich nur drei Varianten, wie es zu dieser zusätzlichen Milliarde kommen kann. Entweder die Bundesregierung schmeißt ihren bisherigen Budgetkurs und Sparkurs völlig über den Haufen und bekennt sich dazu, deutlich mehr Geld den Ländern zu geben als sie selber hat. Ich halte das für extrem unrealistisch. Und vor allem im glatten Widerspruch zu sämtlichen Aussagen, die bislang von der Bundesregierung und in den letzten Tagen vom Finanzminister gekommen sind. Variante Nummer 2: Es gibt ein Wirtschaftswachstum, das im fast schon zweistelligen Bereich zu liegen kommt, damit die Steuereinnahmen derartig steigen, dass sich das in der Überwälzung auf Niederösterreich so zu Buche schlägt, dass wir tatsächlich eine Milliarde Mehreinnahmen haben von Bundesseite. Oder, dritte Variante: Rein technisch kann es bei den Einnahmen ja nur darum gehen, dass letzten Endes die Umsatzsteuer etwas ergibt. Wenn Niederösterreich eine Milliarde mehr lukrieren können soll von Bundesseite, so müsste die Umsatzsteuer schon ordentlich angehoben werden. Ich weiß ja nicht, ob Sie hier Insiderinformationen ha-

ben. Ich schließe eigentlich alle drei Varianten aus, wie es zu diesen Mehreinnahmen kommen kann und interpretiere daher folgendermaßen: Dass man halt, damit es auf dem Papier so aussieht als wäre man im mittelfristigen Budgetplan, die Einnahmen hoch geschrieben hat, sie aber nicht hoch lukrieren wird können. Das heißt, in diesem Punkt stehen wir auf extrem wackeligen Beinen mit dem Budget. Und das ist sicher der Punkt, wo es als erstes zu krachen anfangen wird.

Und meine Prognose Nummer 3 - ich habe ja drei angekündigt - es wird mit dem heurigen Jahr noch nicht getan sein. Denn es gibt wieder diesen lapidaren Passus über die Sonderfinanzierungen. Allen Kalkulationen nach, die man anstellen kann - denn konkrete Daten liegen ja von Ihrer Seite nicht vor - ist davon auszugehen, dass die Sonderfinanzierungen zunehmen und damit in den Folgejahren Belastungen bereits entstanden sind. Dieses Budget ist derartig intransparent, dass es an keiner Stelle angibt, in welcher Höhe hier Vorbelastungen für künftige Budgets getroffen werden und wie hoch zum Beispiel die jetzt schon eingegangenen Budgetvorbelastungen aus den vergangenen Jahren sind. Das heißt, in punkto Transparenz bleibt dieses Budget vollkommen unbefriedigend.

Die Summe dieser drei schlichten Prognosen: Das Budget wird so nicht halten. Das Budget ist mangelhaft in der seriösen Planung. Und die Zahlen werden es nicht ganz so spielen wie man es gerne gehabt hätte. Da war offenbar der Wunsch Vater des Gedankens. Die Realität wird leider eine andere sein.

Nun zum inhaltlichen Bereich. Auch hier würde ich das in die Rubrik Fiktion einordnen, wenn ich mir die Ausführungen, die medial vorab getätigten und die jetzt ausgeführten, die ja starke Déjà-vu-Erlebnisse an die Budgetrede des letzten Jahres ausgelöst haben. Kleine Fußnote: Lesen Sie keine Budgetrede aus dem Vorjahr ungefähr eine Stunde vorher, Sie erkennen zu viel wieder darin.

Wenn ich mir diese inhaltlichen Versprechungen anschau, bleibt auch das über weite Strecken im Bereich des Fiktiven. Die wesentliche Anforderung, die sich aus unserer Sicht einem Budget stellt und damit an die Politik dahinter ist eine Zukunftsorientierung. Es wurde viel davon geredet, dass dieses Budget Zukunftsorientierung enthält. Allein, bei genauer Ansicht des Budgets stellt man fest, es handelt sich hier um ein klassisches struktur-konservatives Budget ohne Schwerpunkte und ohne jegliche Zukunftsorientierung.

Ein paar Beispiele um das zu untermauern. Es wurde als großer Erfolg hier verkündet, dass für die Technologieförderung man die Mittel von 25 auf 40 Millionen aufgestockt hat, wenn ich das richtig mitnotiert habe von den Ausführungen des Herrn Finanzlandesrates. 40 Millionen für die Technologieförderung, während man an anderer Stelle Ausgaben für Wissenschaft und Forschung gekürzt hat. Während die Ausgaben für Bildung - ich sage nur Beispiel Lehrerfortbildung, Förderung der Lehrerfortbildung, 200.000,- Schilling ist das dem Land wert, also die Ausgaben für Bildung darnieder liegen und allein Strukturhaltung in manchen Bereichen, Stichwort Agrarbehörde, ohne die Interessensvertretungen, nur die Agrarbehörde 129 Millionen Schilling ausmacht. Sagen Sie mir, bitte, wo ist hier die Zukunftsorientierung? Das ist Strukturkonservatismus. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es ist ein Budget, das auch in seinen inhaltlichen Schwerpunkten und Weltbildern, die zum Ausdruck kommen, konservativ ist und bleibt. Wenn ich mir anschau, wie hoch die Frauenförderung ausgefallen ist. Wenn ich mir anhöre, in welchem Kontext das Wort „Frauen“ überhaupt genannt wird, kann ich nur davon ausgehen, dass es hier ein sehr konservatives, traditionelles Frauenbild gibt. Und nur um das auch schon an dieser Stelle festgehalten zu haben, an den Herrn Landesrat - er wird es sicher erfahren: Frauen sollen die Wahl haben zwischen Beruf und Familie, sagt er. Im Prinzip klingt es nicht schlecht. Aber, meine Damen und Herren! Was Frauen heute wollen ist über weite Strecken beides. Und das wird ihnen hiermit sicher nicht ermöglicht.

Das Weltbild dahinter ist auch in wenigen ideologisch geprägten Bereichen ein konservatives geblieben. Es wird zwar gesprochen davon dass man Ökotechnologie fördert, man sucht sie mit der Lupe im Budget. Es bleibt sehr viel mehr beim herkömmlichen Gießkannenwirtschaftsförderungsmodell.

Es gibt einen einzigen Bereich, wo ich mir wirklich die Konservierung, das Erhalten der Struktur wünschen würde. Und genau dort versagt das Budget. Ich würde mir wünschen, dass die Nahversorgungsstruktur in Niederösterreich erhalten bleibt. Dass sie nicht weiter so verfällt, wie dies jetzt der Fall ist. Dass jedes Jahr mehr Gemeinden kein einziges Geschäft in ihrem gesamten Gemeindegebiet mehr haben. Dass hier tatsächlich diese wertvolle Struktur für die Lebensqualität erhalten bleibt. Nur leider, in genau diesem einen Punkt gibt es keine Bewahrung von Struktur.

Nun kurz zu zwei bis drei Schwerpunkten, die inhaltlich angesprochen sind. Ich stelle gerne die Frage, die vielleicht die Bevölkerung, manche Menschen in der Bevölkerung sich stellen: Was bringt mir dieses Budget? Ich stelle die Frage eines Jugendlichen. Was bietet dieses Budget einem Jugendlichen? An Freizeitmöglichkeiten? An Jugendkultur? An beruflicher Perspektive? Jugendliche tauchen auf als Problemfälle, als Jugendwohlfahrt, als Pflegeheimplätze. Wo bleibt die Jugendkultur? Also hier kommt herzlich wenig.

Was bietet dieses Budget einem kleinen Bauern oder einer kleinen Bäuerin, die versucht, mit Regionalvermarktung und biologischen Produkten sich eine Nische aufzubauen, wo man ökonomisch gut überleben kann? Das Budget bietet viel für die Agrarbehörden und die Landwirtschaftsinteressenvertretungen, wenig für die kleinen Bauern oder Bäuerinnen.

Was bietet dieses Budget älteren Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen? Insbesondere, wie weit ist es denn hier mit dem Vorsorgeprinzip bestellt, wo wir wissen, dass hier in genau diesen Konstellationen, wo auf Bundesregierungsebene durch die Pensionsreform verschärfte Probleme für ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen geschaffen werden, kommen werden. Was bietet Niederösterreich denen als Perspektive? Gibt es verstärkte Mittel zur Arbeitsmarktförderung? Zur aktiven Arbeitsmarktpolitik für ältere Arbeitnehmerinnen? Ich sehe keine Erhöhung. Ich finde hier nichts.

Was gibt es schließlich, weil die Wohnbauförderung schon mehrfach erwähnt wurde von Landesrat Mag. Sobotka, was gibt schließlich für junge Familien, die eine Wohnung brauchen, aber wenig Einkommen haben? Es gibt Wohnungen, die sie sich nicht leisten können und für die gibt es eine Förderung. Aber was gibt es für die junge Familie selbst mit wenig Einkommen? Weiterhin nichts! Wir geben zwar Milliarden an Wohnbauförderung aus, aber einerseits stehen Wohnungen leer, andererseits finden junge Familien und Einkommensschwache keine Wohnungen. Offenbar ist es mehr eine Wohnbauträgerförderung oder Bauwirtschaftsförderung als eine Förderung für Einkommensschwache.

Und was schließlich gibt es in der Kinderbetreuung für alle jene, die mit großem Engagement eine eigene Initiative auf die Beine stellen. In einem Land, wo Eigeninitiative gelobt und gepriesen ist. Für die freien Kindergruppen, die elterninitiierten Kindergruppen schaut es weiterhin traurig aus. Und ich sehe hier keine Reaktion darauf, dass

die Kindergartenmilliarde auf Bundesseite offensichtlich nicht mehr erwartet wird und man vielleicht in der Kinderbetreuung Ersatzmittel in einer breiten Angebotspalette zur Verfügung stellt.

Und schließlich ein Wort zum Thema Menschlichkeit. Wie menschlich ist ein Land, wo es für die Flüchtlingshilfe exakt so viel Geld gibt wie für den SC Landhaus? Noch nicht einkalkuliert die anderen Maßnahmen der Gemeinschaftspflege für Landhausbedienstete. Ich habe nichts dagegen, dass man für Landhausbedienstete Mittel verwendet. Ich habe etwas dagegen, dass es deutlich weniger für Flüchtlinge in Niederösterreich gibt. (*Beifall bei Abg. Mag. Fasan.*) Und wie menschlich ist ein Land, in dem es für Entwicklungshilfe ein Drittel der Gelder gibt, die es für die Betreuung von Auslandsösterreichern gibt. Nur eines an dieser Stelle an den Herrn Landesrat: Menschlichkeit ist keine Insel.

Zum Thema Ökologie jetzt noch ein paar Anmerkungen. Weil ich denke, ein zukunftsorientiertes Budget sollte nachhaltige Ansätze haben. Wo kann ich mit diesen Budgetansätzen und der darin ausgedrückten Politik als vielleicht junge Unternehmerin, die im Bereich Ressourcenschonung etwas unternehmen möchte, die Verpackungsmaterial aus nachwachsenden Rohstoffen herstellen möchte, wo finde ich da eine Antwort? Ich finde sie nicht. Wo kann ich als Bewohnerin einer schönen Gegend darauf vertrauen, dass diese schöne Gegend auch erhalten bleibt? Wenn ich zum Beispiel in Ebreichsdorf zu Hause bin. Ich habe Pech gehabt! Wo kann ich als Bürgerin dieses angeblichen Umweltmutterlandes Niederösterreich mich darauf verlassen, dass es tatsächlich im Naturschutz Engagement gibt und mich nicht die EU sogar zwingen muss, Maßnahmen zu treffen oder gar demnächst Österreich Strafzahlungen an die EU leisten muss wegen der Versäumnisse in den Naturschutzregelungen und der Umsetzung von EU-Recht? Nirgends!

Und ein ganz aktueller und großer Brocken. Wo kann ich als Pendlerin zwischen Gänserndorf und Gaweinstal mit der Bahn, weil ich vielleicht kein Auto habe, in Zukunft mich bewegen, wenn die Regionalbahnen eingestellt werden sollen wie die ÖBB das plant? Und vom Land Niederösterreich bislang nur die Antwort gekommen ist: Wir sind schon dafür, dass sie erhalten werden, aber es darf nicht mehr kosten. Dann stellt man die Bahn halt ein. Und wie weit die Terminologie schon verrät, ob es da jetzt Straßen- oder Bahnorientierung gibt, darf ich mit diesem kleinen Vergleich vom „Verfahrensexpress“ belegen. Ich habe vorher überlegt, wie das rein technisch geht bei einem Verfahrensexpress, wo ich annehme, das ist ein Zug, wenn

der auf der Überholspur ist. Auf der Schiene gibt es normalerweise ein Gleis und noch ein zweites Gleis in je eine Richtung. Wenn da ein Verfahrensexpress auf die Überholspur versucht 'rüberzukommen, geht das meistens in Richtung Crash. Überholspur gibt es auf der Autobahn, beim Zug würde ich sie nicht unbedingt anempfehlen. Und ich hoffe auch, dass dieser Verfahrensexpress bei dem Tempo nicht entgleist und halbwegs auf Kurs bleibt.

Und schließlich noch eine kleine Frage: Angenommen ich bin eine Klimabündnispartnerin aus dem Amazonas-Gebiet und frage nach, wieviel CO₂ hat Niederösterreich denn schon eingespart in diesen Jahren, seit dem wir beim Klimabündnis sind? Und wird es das Ziel erreichen, 2010 nur noch die Hälfte CO₂-Emissionen zu haben? Niederösterreich wird eine blamable Antwort geben müssen. In allen zukunftsorientierten relevanten Bereichen versagt nicht nur das Budget, sondern vor allem die Politik, die dahinter steht.

Es gibt nur in zwei Bereichen ein deutliches Ja, das ich herausgelesen habe. Es gibt ein Ja zur Verwaltung. Auch ich bekenne mich zu einem funktionierenden Verwaltungssystem und ich habe etwas gegen dieses Hinhacken auf die Beamtenschaft, das manchmal praktiziert wird. Ich verstehe es aber beim besten Willen nicht, warum die Verwaltungsausgaben laufend zunehmen in Niederösterreich. Laufend in der Strukturbewahrung zunehmen und laufend bei den Repräsentationskosten der Landesregierung zunehmen. Dazu ein eindeutiges Nein.

Aber es gibt ein zweites klares Ja in diesem Budget. Wenn man es genauer anschaut, wo frei verfügbare Mittel im Budget hingehen, so hat Finanzlandesrat Mag. Sobotka zumindest eine großzügige Hand wenn er den Raumordnungslandesrat Mag. Sobotka oder den Umweltlandesrat Mag. Sobotka bedeckt. Immerhin gibt es dort deutliche Erhöhungen. Das heißt, wenn hier von einer Weichenstellung gesprochen wurde, wie Herr Landesrat Mag. Sobotka das getan hat, dann sehe ich keine Weichenstellung. Ich sehe ja eigentlich immer dasselbe. Und da sei vielleicht passend zu diesem Budget „Der Traum - ein Leben“ von Grillparzer zitiert mit: „Es ist stets das Heute nur des Gestern und des Morgen flaches Bild.“

Der Impuls, der hier gefahren wird, ist keiner der Budgetkonsolidierung. Was tunlichst außer Acht gelassen wurde in dieser Budgetrede ist, dass der reduzierte Spielraum der Gemeinden auch nirgendwo aufgefangen wird. Dass hier nichts von den Gemeinden auch nur erwähnt wurde. Sie sind auch nach dem Gemeinderatswahlkampf ein wichtiger

Faktor im Lande und sind schwer belastet durch den Entfall der Getränkesteuer. Es ist auch kein Sparkurs. Polemisch formuliert, es ist ein Fitnessbeschwörungsprogramm. Es fehlte mir nur noch Strunz' „immer lächeln“ dabei als Ansage. Fitness kann man nicht beschwören, da muss man schon etwas tun dazu. Und da frage ich jetzt auch zu jenen Aspekten, wenn es gegen den Bund geht, einfach nach.

Ich stimme ja überein, dass man schauen muss, für Niederösterreich 'rauszuholen was 'rauszuholen ist im Interesse eines Ausgleiches und einer Solidarität. Herr Landesrat, Sie haben das auch letztes Jahr sehr wortreich erklärt. Und ich hätte mir eigentlich heuer zu hören erwartet, was haben Sie denn in diesem Jahr seither verhandelt? Wo stehen wir denn in dieser neuen, für Sie vielleicht sogar günstigeren Bundesregierung in punkto Verhandlungen um den Finanzausgleich, in der Krankenhausfinanzierung? Es ist mir zu wenig, heuer wieder zu hören, dass man sich hier gegen den Bund stark machen muss, aber nichts Konkretes zwischendurch zu erfahren. Es klingt fast schon ein bisschen – und ich möchte Ihnen das eigentlich nicht unterstellen – als wäre es ein Ablenkungsmanöver. Wenn man untereinander in Gefahr gerät, Kritik aneinander zu üben oder uneins zu sein, ist ein gemeinsamer Außenfeind immer gern gesehen.

Ich bin gerne bereit, als Grüne den Schulterschluss mit den Niederösterreichern und den Interessen, die ich für wichtig halte, für das Land zu vollziehen. Ich bin sicher nicht bereit, einen Schulterschluss mit diesem Budget und seinen verkehrten Ansätzen zu vollziehen gegenüber einem virtuellen Feind auf Bundesebene. Denn das ist ja, vielleicht ist das zumindest ein kleiner positiver Effekt, der einzige Tag, Herr Landesrat Mag. Sobotka, wo ich deutliche Kritik an der Bundesregierung von Ihnen höre. Einmal pro Jahr ist das.

Schließlich eine letzte Zusammenfassung. Wenn man schon eine Fiktion wählt, ja, wenn man sagt, reden wir nicht darüber, dass es keine Budgetkonsolidierung ist, dass es der alte Wein in neuen Schläuchen ist, dass eigentlich sich nichts ändert. Wenn man schon eine Fiktion wählt, dann hätte ich zumindest eine andere mir gewählt. Hätte ich andere Ansätze gerne gesehen. Und noch viel lieber würde ich eine andere Realität sehen. Denn so kann ich eigentlich nur mich geistig kurz in die Slowakei oder nach Ungarn bewegen, um geografisch meinen Standpunkt zu verändern und zu sagen: Im Westen nichts Neues. Im Übrigen bin ich der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Als nächste Rednerin zur Generaldebatte kommt Frau Abgeordnete Rosenkranz zu Wort.

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Hoher Landtag! Herr Landesrat Mag. Sobotka!

Sie haben in einer sehr, sehr langen Einleitung sehr wortreich und sehr verständnisheischend dargelegt, wie schwierig Ihre Situation ist. Es war so wortreich und so verständnisheischend, dass man schon der Meinung sein könnte, es fehlt Ihnen vielleicht ein bisschen auch an Selbstbewusstsein bezüglich dessen, was Sie hier vorgelegt haben. Sie haben appelliert, eine sachliche Debatte durchzuführen. Dazu werden wir uns selbstverständlich verstehen.

Sie haben auch appelliert, die Interessen Niederösterreichs über alles andere zu stellen. Auch dazu sind wir natürlich bereit. Es ist uns klar, dass für uns als niederösterreichische Abgeordnete Niederösterreich zuallererst und im Mittelpunkt zu stehen hat. Wir wären auch bereit, einem Budget zuzustimmen, wenn wir uns davon überzeugen könnten, dass es erstens sparsam ist. Sparsam in dem Sinn, dass ja die Schulden von heute die Steuern von morgen sind und es dem Bürger eigentlich nicht mehr zuzumuten ist, ein Mehr an wenig sparsamen und ausufernden Budgets in der Zukunft zu finanzieren. Wir würden auch zustimmen können wenn wir uns überzeugen könnten, dass dieses Budget zukunftsorientiert ist in dem Sinn, dass nicht nur berichtet wird, was alles an guten Vorhaben da drinnen steht, sondern wenn auch eine gewisse Wahrscheinlichkeit dargelegt werden könnte, dass diese Maßnahmen effektiv sind und dass sie zum Erfolg führen. Und zum Dritten würde ein Budget unsere Zustimmung finden, wenn uns die Schwerpunkte einleuchtend wären. Wenn die Schwerpunkte zuträglich sind für das, was wir für die Entwicklung des Landes für notwendig halten.

Wie schaut es mit Punkt 1 aus, Sparsamkeit? Einnahmen von 53 Milliarden Schilling – Ausgaben von 57 Milliarden Schilling. Beinahe so wie im Vorjahr. Man hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten daran gewöhnt, dass praktisch jedes Budget mehr Ausgaben als Einnahmen aufweist. Man wird sich aber, und es pfeifen ja die Spatzen mittlerweile vom Dach, jetzt daran gewöhnen müssen, dass damit einmal Schluss sein muss. Schlicht und einfach deswegen, weil auf Dauer es den Leuten nicht mehr zuzumuten ist, diese ausufernde Budgetpraxis in der Zukunft zu finanzieren. Und, was sich hier ganz deutlich zeigt, es ist auch ein schö-

ner Gleichklang, der Schuldendienst, den wir zu berappen haben dieses Jahr – etwa vier Milliarden – ist in etwa auch das, was der Bruttoabgang ausmacht. Das heißt, hätten wir keine Schulden, müssten wir keine Schulden machen. Und dazu müssen wir uns auf mittlere Frist ganz sicher kennen.

Was auch kontinuierlich in den letzten Jahren erscheint, ist, dass sich neben der ordentlichen Budgetgebarung ein reges finanzielles Leben entwickelt hat sozusagen im Raum der Sonderfinanzierungen. Und da fällt auf, dass Investitionen beinahe vollständig mittlerweile nicht mehr im Budget finanziert werden, sondern durch Sonderfinanzierung. Dazu muss man schon einmal ganz klar sagen, es wird das zwar nicht im aktuellen Entwurf wirksam, aber diese Sonderfinanzierungen belasten die Budgets der künftigen Jahre und schränken den Handlungsspielraum enorm ein.

Nur zwei Zahlen: Die nicht fälligen Verwaltungsschulden, die zum großen Teil eben aus diesen außerbudgetären Finanzierungen entstehen, haben im Rechnungsabschluss 1996 41 Milliarden Schilling betragen und sind bis zum Rechnungsabschluss 1999 auf 52 Milliarden Schilling gestiegen. Das heißt, 1996 noch 95,03 Prozent der Einnahmen der ordentlichen Gebarung, mittlerweile 104 Prozent. Beinahe eine Steigerung um 10 Prozent. Das ist eine äußerst gefährliche Entwicklung. Hier wird die Situation des Budgets verschleiert. Es kommt zu einer massiven und nicht sofort ersichtlichen Vorbelastung auf künftige Jahre und zu einer ganz krassen Einschränkung des Handlungsspielraumes für künftige Budgetgestaltung. Von dieser Praxis müssten wir uns weitgehend zurückziehen. Aber davon kann auch in diesem Budget keine Rede sein. Wir verschulden uns also wieder. Wir verschulden uns neu. Hat das einen Sinn? Sind hier Impulse zu erkennen, die glauben lassen, dass wir mit dieser nochmaligen Verschuldung vielleicht irgendwann einmal dazu kommen werden, dass Einnahmen und Ausgaben in einem gleichmäßigen Verhältnis stehen und dass es dann besser wird? Sind Strukturreformen zu sehen? Sind Anreize zu sehen?

Sie haben sehr lang und sehr ausführlich über den Wirtschaftsstandort Niederösterreich gesprochen. Wir alle kennen seit Jahren und aus vielen Reden – und mittlerweile auch nicht nur vom Herrn Landeshauptmann, sondern von vielen anderen Politikern vor allem der schwarzen Reichshälfte – das Wort der „Top Ten“. Mal sind wir knapp davor, sie zu erreichen, mal sind wir schon dabei. Irgendwie hat das mittlerweile den Charakter einer Beschwörungsformel gewonnen. Und wir sollten hier

lieber die Fakten uns vor Augen führen. Und auch das haben Sie angeführt: Niederösterreich ist, obwohl wir also seit Jahren eben den Top Ten hinten nachlaufen oder schon fast dabei sind, immer noch, was das Pro-Kopf-Einkommen betrifft, unter dem Durchschnitt Österreichs. Es kann hier also etwas noch nicht ganz funktioniert haben. Ich schliesse daraus, dass etwas neu gemacht werden muss.

Wenn ich das Budget durchschaue, sehe ich jedoch wenig Neues im Bereich der Innovation. Es sind also diese 40 Millionen Technologieförderung. Aber damit hat sich's dann schon. Mehr sehe ich nicht. Und ich sehe auch wenig Neues in der Ausbildung. Ich erinnere Sie daran, dass wir gerade vor Kurzem feststellen mussten, dass es mit der Ausbildung nicht so ganz hinlief. Denn wenn ich, obwohl es immer noch schwierig ist, einen Lehrplatz für Jugendliche zu ergattern, feststellen muss, dass 5.000 EDV-Experten fehlen, dann frage ich mich, ob man hier die Ausbildung nicht in völlig falschen Bahnen geschehen lässt. Noch einmal: Ich sehe wenig Impuls und Innovation. Ich sehe eigentlich, dass alles im alten Gleis läuft. Und dafür, meine ich, müsste man sich nicht verschulden.

Wohin wird also das zusätzliche Geld fließen? Es ist von meiner Vorrednerin angesprochen worden, es wird ganz sicher in Verwaltung fließen. Dort haben wir ein Plus von einer halben Milliarde Schilling. Auch ich bin nicht jene, die auf die Beamten loshacken will, obwohl ich schon sagen muss, 18.000 Beamte im Landesdienst und eine Einsparung von 100 Beamten, das ist nicht wirklich eine rasende Verschlinkung. Vor allem der Herr Landeshauptmann verspricht uns seit Jahren eine schlanke Verwaltung. Davon ist wirklich nichts zu sehen. Was aber viel mehr störend ist, ist, dass neben einer relativ aufgeblähten Verwaltung auch zu sehen ist, dass noch anderswo Kosten sehr, sehr deutlich zu Buche schlagen, die, wie ich meine, eigentlich nicht sehr schöne Ursachen haben. Es gibt eine Reihe von Doppelgleisigkeiten, die zu vermeiden wären. Doppelgleisigkeiten vor allem deswegen, weil Strukturen vorhanden sind, dann in berechtigten Reformansätzen neue Strukturen dazu kommen und man nicht den Mut und die Konsequenz aufbringt, die alten Strukturen zumindestens zu reduzieren. Ich spreche hier nur vom Gesundheitsbereich. Wir haben den NÖGUS geschaffen. Mittlerweile ein mit sehr guter Personalanzahl ausgestatteter Fonds. Und trotzdem ist die Abteilung Gesundheit beinahe dieselbe geblieben. Es ist dasselbe auch in der Agrarverwaltung zu sehen. Hier haben wir Doppelgleisigkeiten, die nicht nur den Ablauf nicht leichter machen, sondern die einfach auch kosten. Aber was noch unangenehmer ist: Dass Doppelgleisigkeiten auch dadurch entstehen, dass man in einer Art von ausgewoge-

nem rot-schwarzem Proporzsystem eine Kompetenzverflechtung herstellt, die sicher einiges kostet.

Das schaut dann eben so aus: Traditionellerweise gehört der Gesundheitslandesrat Ihnen, meine sehr verehrten Kollegen von der SPÖ. Deswegen muss es selbstverständlich auch eine Bühne geben, auf der der Herr Landeshauptmann sich gesundheitspolitisch profilieren kann. Und das ist dann zum Beispiel eben das Gesundheitsforum. Mal mit 20 Millionen dotiert, diesmal mit 10. Aber es ist einfach unnötig und viel zu viel. Gerade im Gesundheitswesen, und das wissen Sie natürlich so wie jeder, der hier sitzt, wäre es notwendig, die verfügbaren Gelder zusammenzufassen um sie effektiv einzusetzen. Wir haben dieselbe Sache bei dem Thema Familie und Frauen. Familien rechnet man normalerweise und hauptsächlich zu Ihnen. Es muss also deswegen auch für diese Seite ein Forum geben, Frauenförderung. Ursprünglich war es sehr knapp bemessen, mittlerweile sind wir da schon bei 4 Millionen Schilling. Einfach viel zu viel! Und für die besonders medienträchtigen Themen wie zum Beispiel Drogenpolitik, da müssen sie einfach alle beide ein bisschen Geld haben um sich zu präsentieren. Das ist eigentlich angesichts der Budgetlage sehr un schön. Es ist unnötig, es ist teuer! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir wären hier sehr dafür, dass man eine Kompetenzentflechtung und eine Kompetenzbereinigung in dem Sinn durchführt, dass Kompetenzen wirklich ausschließlich nach sachlichen Kriterien zugeordnet werden.

Was zudem zu sehen ist, auch das ist angesprochen worden, wer eine besonders gute Beziehung zum Finanzlandesrat hat, und das ist zum Beispiel der Umweltlandesrat, der hat auch genügend Körbchengeld um sich zu präsentieren. Und da meine ich doch, unter dem Titel zum Beispiel der Information sind erkleckliche Summen vorhanden. Informationsdienst des Landes, das sind diese vielen bunten Broschüren, von denen man eigentlich gar nicht weiß, ob sie der Landesbürger wirklich schätzt oder ob er das nicht eher als eine etwas penetrante Werbung betrachtet. Unter diesem Titel ist reichlich Geld vorhanden. Weniger Geld ist zum Beispiel im Bereich der Erwachsenenbildung vorhanden. Obwohl das ganz sicher eine parteipolitisch vollkommen unbedenkliche Informationsschiene wäre. Wir werden übrigens, das kündige ich hiermit an, einen Antrag einbringen. 12 Millionen für Erwachsenenförderung und 30 Millionen für den sogenannten Informationsdienst, der vor allem dazu dient, damit sich einzelne Regierungsmitglieder besser darstellen können, das halten wir für ein Ungleichgewicht, das nicht erträglich ist! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zum Thema gelebte Demokratie. Es ist, man muss sich das wirklich erst genau anschauen um es dann auch zu glauben, in Niederösterreich so, dass die einzelnen Büros der Landesregierung und auch die politischen Klubs nicht auf eine gesetzliche Regelung zurückgreifen können, was ihre Mitarbeiter betrifft. Es ist also so, dass die Klubs oder auch das Regierungsmitglied, das einer kleineren Partei angehört, darauf angewiesen ist, dass der Personalreferent, der meistens einer größeren Partei zugehörig ist, Verständnis dafür zeigt, dass die Arbeit reibungslos funktionieren muss. Das halten wir für einen demokratiepolitisch sehr rückständigen Zustand. Und wir werden auch dazu Anträge einbringen, die festlegen sollen, dass so, wie auch auf Bundesebene im Parlamentsklub, gesetzlich festgelegt wird, welcher Klub mit welcher Stärke, welches Regierungsbüro wie viele Mitarbeiter haben kann und wie viele Mitarbeiter zugestanden werden müssen. Damit eben diese Abhängigkeit vom Personalreferenten nicht mehr da ist und dass demokratiepolitisch wirklich man sagen kann, so kann man arbeiten. Also hier sind die Mittel und die Ressourcen gerecht verteilt.

Wo das Geld nicht hinfließt und was unserer Meinung nach sehr schade ist, ist zum Beispiel das Kapitel Sicherheit. Schon zum wiederholten Male wird hier gespart. Es wird dann immer so salopp gesagt, wir haben eine hervorragende Sicherheitspolitik, die Verbrechensraten sinken, die Aufklärungsrate steigt. Das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung ist ein subjektiv zwar ungemütliches, aber die Leute sehen das falsch, die Statistiken sagen etwas anderes. Das möchte ich hier doch einmal ganz klar sagen. Man weiß, dass man mit einer Statistik eine Sache und ihr Gegenteil beweisen kann. Und das zeigt sich hier ganz deutlich. Das subjektive Empfinden der Bevölkerung, dass das Land nicht so sicher ist wie es sein sollte und dass es weniger sicher ist als es beispielsweise vor 20 Jahren war, das stimmt. Denn was hat man in der Statistik gemacht? Man hat die Summe der Bandenverbrechen, die früher einzeln ausgewiesen waren, hat man zusammen gefasst. Also neun Mal Einbruch ist ein Verbrechen. Und man hat auch, wenn ein Täter, was ja in der Regel bei Gewohnheitsverbrechern der Fall ist, mehrere Verbrechen begangen hat, so nennt man das jetzt unter einem Titel und nicht so wie früher, 10 Einbrüche geben eben 10 Verbrechen. Man hat also diese Statistik so verändert, dass man eigentlich sagen kann, sie ist verfälscht und geschönt.

Es stimmt schon: Die Bevölkerung hat Recht: Die Sicherheit ist in Niederösterreich verbesserungsbedürftig! Und wir sind auch der Meinung, dass die Sicherheit an der Grenze verbesserungs-

bedürftig ist. Und da haben wir einen großen Hoffnungsschimmer. Noch im Vorjahr, als der heutige Innenminister als Klubobmann zu diesem Budget gesprochen hat, hat er das ja auch so gesehen. Ich darf das daraus noch einmal zitieren. Strasser hat vor einem Jahr gesagt: Wir müssen feststellen, dass wir nicht genug Personal zum Schutz unserer Grenzen haben. Trotz vieler Vorsprachen, trotz vieler Gespräche, trotz ungeheurer Anstrengungen der Mitglieder der Landesregierung, des Landeshauptmannes, des Landtages beim zuständigen Innenminister - es war damals sein Vorgänger Schlögl - müssen wir festhalten, dass wir eine im Vergleich zu Bayern völlig ungesicherte Grenze haben. Bayern hat eine Grenze von 356 Kilometer, dort 32 Grenzdienststellen und 3,6 Beamte pro Kilometer an der Grenze zu den östlichen Nachbarn. In Niederösterreich haben wir 414 Kilometer Grenze, das sind um 60 Kilometer mehr. Wir haben aber um 10 Grenzdienststellen weniger also nur 22 gegenüber 32. Und wir haben insgesamt nur die Hälfte an Beamten pro Kilometer. Nämlich 1,8 Beamte pro Kilometer. Es ist mehr als berechtigt, dass die niederösterreichischen Landsleute dasselbe Sicherheitsbedürfnis und auch Anspruch auf die Erfüllung dieses Bedürfnisses haben wie die bayerischen Landsleute. Und daher müssen wir verlangen, dass der zuständige Innenminister für die Grenze mehr Personal zur Verfügung stellt. So wie es im internationalen Rahmen auch gang und gäbe ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es freut uns, dass wir uns noch einmal vergewissern konnten, die Sicherheit an Niederösterreichs Grenze scheint gesichert. Der Herr Innenminister ist der Überzeugung, dass einiges getan werden muss. Ich glaube, gerade hier hat die NÖ Landesregierung jetzt wirklich eine offene Tür zu finden. Und ich kann mich nur darüber freuen, dass wir dieses Problem in Kürze gelöst werden haben.

Noch zu einem weiteren Schwerpunkt: Ich möchte diese Debatte nicht vorbei gehen lassen, ohne mein Ceterum censeo anzubringen. Wie Sie wissen, ist das die Familienpolitik. Im Vorjahr, es war das vor den Wahlen, hatten wir in den Budgetreden vor allem eine Reihe von Ansätzen, dass hier jetzt wirklich ein Schub passieren muss. Dass wir hier wirklich grundlegende Reformen anstreben. Es lagen zu diesem Zeitpunkt eine Reihe von Anträgen in den zuständigen Ausschüssen. Und es hat auch so gewirkt, dass, wenn diese Anträge jetzt bearbeitet sind, wenn die damals noch in Arbeit befindliche Untersuchung über die Einführbarkeit des Kinderbetreuungsschecks, wenn das fertig ist, dann wird man also ganz rasch und konsequent sich zu einem weiteren Vorgehen entschließen. Ich habe da auch noch einmal die Stellungnahme aus dem

Vorjahr da. Ein weiterer Punkt ist die Familie, hat der damalige Klubobmann gesagt. Klubobmann Dr. Strasser: Jawohl, das ist für uns ein ganz großer Schwerpunkt, wie es jahrzehntelang in Niederösterreich war. Wir halten zu Gute und wir sind froh darüber, dass es im zuständigen Ausschuss und Unterausschuss eine gemeinsame Vorgangsweise aller drei im Land in den Ausschüssen vertretenen Parteien gibt. Und wir erhoffen uns auf Grund dieser Untersuchungen im Herbst - das ist die Studie, von der ich gesprochen habe - wahrscheinlich gegen Ende des Jahres entsprechende Leitlinien für die weitere Behandlung dieses für das Land Niederösterreich und auch für die Volkspartei Niederösterreich zentralen Themas, nämlich der Förderung unserer niederösterreichischen Familien. So hat das vor den Nationalratswahlen 1999 geklungen. Sie wissen, mittlerweile ist diese Studie natürlich fertig geworden. Die Studie hat eindeutig ergeben, der Kinderbetreuungsscheck ist für Niederösterreich finanzierbar. Voriges Jahr haben wir beklagt, dass die Mittel nicht bereit gestellt sind. Wir waren überzeugt, dass der Kinderbetreuungsscheck finanzierbar ist. Er ist finanzierbar! Und was ist passiert? Man hat die in den Ausschüssen liegenden einschlägigen Anträge in einem einzigen, der vollkommen inhaltslos und aussagegelos ist, zusammen gefasst, hat damit die Anträge, die immerhin zu einer regen Debatte über das Thema geführt haben, erledigt und macht nichts. So sieht es mit der Familienpolitik in Niederösterreich aus!

Und dazu möchte ich doch noch einmal ganz deutlich sagen, wenn es uns nicht gelingt umzudenken und uns allen klarzumachen, dass Familienpolitik kein Belastungsbereich ist, sondern ein Investitionsbereich, dann sind alle anderen Anstrengungen, die wir zum Beispiel auf wirtschaftspolitischem Gebiet unternehmen, vollkommen sinnlos.

Es ist das natürlich schwer einzusehen in einem System, wo man von vier Jahren auf vier Jahre oder von fünf Jahren auf fünf Jahre denkt. Denn Familienpolitik ist etwas, was man eigentlich in seiner Wirkung wie ein Echo wahrnimmt. Die Fehler, die vor 20 Jahren gemacht worden sind, die sehen wir heute - Stichwort Pensionsdebatte. Und was wir heute versäumen, das wird erst in 20 Jahren wirklich schlagkräftig werden! Dennoch, wer sich um die Zukunft des Landes wirklich Sorgen macht, muss davon abgehen. Und muss versuchen, über diese kurzen Legislaturperioden hinaus zu denken. Und so lange wir es nicht schaffen, uns darüber klar zu werden, dass die demografische Entwicklung die Grundlage jeder wirtschaftlichen,

sozialen und damit politischen Entwicklung ist, werden wir auf Dauer keinen Erfolg haben. Und die, die nach uns kommen, werden sich fragen, wie konnten die vollkommen blind in dieses Chaos hineinsteuern. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es geht nicht nur um die Alterssicherung. Es geht um den Wirtschaftsstandort ebenso. Denn, und ich glaube, das braucht man nicht lange argumentieren, den Wirtschaftsstandort Seniorenheim, den gibt es nicht. Wenn es uns nicht gelingt, eine ausgeglichene Geburtenentwicklung zu erzielen, dann ist - ich schwöre es Ihnen - alles andere vollkommen sinnlos! Und die Situation für Niederösterreichs Familien ist nicht so rosig wie Sie sagen. Es wird einiges getan. Es wird viel getan, das will ich nicht abstreiten. Aber ich habe am Anfang gesagt, es geht nicht nur um die Maßnahmen, die gesetzt werden, sondern es geht darum, festzustellen, sind die Maßnahmen, die gesetzt werden, auch effizient? Und wenn ich mir anschau, dass die Geburtenrate in Niederösterreich bei 1,3 liegt, dann muss ich sagen, die Maßnahmen sind nicht effizient. Und bevor es uns nicht gelingt, hier Maßnahmen zu setzen, die dazu führen, dass die Geburtenentwicklung ausgeglichen ist, können wir alles andere vergessen.

Wenn ich zusammen fasse: Wir beurteilen dieses Budget als nicht sparsam. Es sind vor allem im Bereich der Repräsentation und der Verwaltung Einsparungspotentiale möglich, die nicht genutzt werden. Wir halten dieses Budget auch nicht für zukunftsorientiert. Das, was hier zur Innovation und zur Technologie vom Herrn Finanzlandesrat gesagt worden ist, das hat man schon die Jahre über gehört. Und es ist also dennoch anscheinend immer noch notwendig, eine Offensive zu setzen. Und wenn man die Erfahrungen der letzten Jahre heranzieht, so würde man meinen, nachdem sich nichts verändert hat, wird auch diese Offensive nicht wirklich etwas nützen.

Zu den Schwerpunkten: Wir halten es für falsch, das Verwaltungsbudget nach wie vor um eine halbe Milliarde zu stützen und bei Sicherheit, zum Beispiel bei Sicherheit zu sparen. Und es fehlt uns und mir vor allem eine Reform der Familienpolitik, die wirklich Erfolg haben kann. In diesem Sinn, Herr Landesrat, sehen wir uns außer Stande, diesem Budget zuzustimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Der nächste Redner zur Generaldebatte ist Herr Abgeordneter Klubobmann Sacher.

Abg. SACHER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Mitglieder der NÖ Landesregierung! Hoher Landtag!

Wenn der Landtag heute und morgen den Budgetvoranschlag 2001 berät, so sollten dies, so glaube ich, nicht einfach Beratungen über Für und Wider verschiedener Budgetposten oder deren Angemessenheit in Höhe und Wertigkeit sein. Es sollte mehr sein eine solche Budgetdebatte. Es sollte eine politische Grundsatzdebatte in diesem Landtag stattfinden. Nicht nur die Ausgaben in der Höhe von 57 Milliarden und die prognostizierten Einnahmen von 53 Milliarden Schilling sollten im Mittelpunkt stehen, sondern das, was hinter diesen Zahlen steht. Das, was Niederösterreich mit diesen Finanzmitteln bewegt, initiiert, schafft und sichert.

Werte Kolleginnen und Kollegen des Landtages! Finanz- und Budgetpolitik besteht sicher nicht allein in der buchhalterischen Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben. Finanz- und Budgetpolitik ist heute im Wesentlichen Grundlage und Fundament der Gesellschafts- und Sozialpolitik in Niederösterreich. Wenn jemand plakatiert vom Land, welches seinen Weg geht, dann müssen wir uns fragen, wohin uns denn dieser Weg führen soll. Nicht der Weg sollte nämlich das Ziel sein, sondern Positionen, Erfolge, Leistungen und positive Entwicklungen für die Menschen in unserem Heimatland Niederösterreich. Daher darf ich grundsätzlich vorweg sagen: Die NÖ Sozialdemokraten werden unter diesem Aspekt dem vorliegenden Budgetentwurf für das Jahr 2001 ihre Zustimmung geben. Dies ist ein klares Bekenntnis zur Zusammenarbeit der großen, politischen Kräfte im Landtag des größten österreichischen Bundeslandes zum Wohle des Landes und seiner Landesbürger! *(Beifall bei der SPÖ und LR Mag. Sobotka.)*

Sehr wohl aber werde ich mich intensiv und auch nicht unkritisch damit beschäftigen, welchen Weg dieses Niederösterreich mit diesem Budget gehen wird. Welches Ziel wollen wir erreichen? Im Großen und Ganzen zeigt sich das Budget 2001 als Fortschreibung vergangener Zahlenwerke mit einigen inflationären Anpassungen und einigen, leider zu wenigen, prioritären Zielsetzungen.

Zum Beispiel gibt es im Bereich der Landwirtschaft sowie der Wirtschaftsförderung teils erhebliche Mittelaufstockungen. Auch im Bereich Soziales kann man auf mehr Mittel für wichtige Maßnahmen und Initiativen stolz sein. Etwas mehr für Technologieförderung und Umweltschutz. Das zeigt immerhin einen verantwortungsbewussten Ausgleich zwischen den Interessen, der nicht immer leicht möglich ist.

Rund 25 Prozent mehr an Mitteln vom Finanzlandesrat Mag. Sobotka für den Herrn Umweltlandesrat Mag. Sobotka zeigen, dass nicht wirklich alle in dieser Regierung mit ihren Ressorts darben müssen. Die Umwelt ist ein wichtiger Bereich und muss forciert werden. Ich hoffe, wir können diesen Mittelzuwachs rechtfertigen. Gleiches könnte man im Bereich Raumordnung sagen, in dem wir eine Mittelverdoppelung haben. Auch hier war der Herr Finanzlandesrat Mag. Sobotka zu Herrn Raumordnungslandesrat Mag. Sobotka sehr großzügig. Die Hintergründe bekommt ja dieser Landtag im Zuge dieser Zweitage-Debatte hoffentlich erläutert.

Herr Landesrat Mag. Sobotka hat eine sehr ausführliche Budgetrede gehalten. Und er fordert damit natürlich auch eine ausführliche Auseinandersetzung mit seiner Rede und seinen Inhalten heraus, die, ich wiederhole es noch einmal, nicht immer ganz unkritisch sein kann, Herr Landesrat.

Zunächst einiges Positives. Der Gesundheitsbereich ist sehr gut dotiert. Die Versorgungsqualität der NÖ Bevölkerung ist gesichert und damit wohl auch der weitere Ausbau mit Spitzenmedizin in Niederösterreich gewährleistet durch die Steigerung von 8 Prozent bei den Budgetmitteln, andererseits aber auch die hervorragende Arbeit unseres Gesundheitsreferenten, des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Dr. Hannes Bauer. Ich möchte hier an dieser Stelle für diese Arbeit deutlich Dank sagen. Sie schlägt sich in diesem Budget und in den Steigerungen nieder. Im Gesundheitsbereich wurden nämlich in den vergangenen Jahren eine Reihe von wichtigen und innovativen Maßnahmen gesetzt, welche einerseits die Versorgung und andererseits aber auch die Finanzierung des Gesundheitswesens sichern und zwar unabhängig vom Alter und vom Einkommen den Zugang zum Gesundheitswesen für alle Bevölkerungsteile sicherstellen.

Anzusprechen ist hier beispielsweise die Schaffung von fünf Versorgungsregionen, die Schaffung von Krankenanstaltenverbänden und –verbänden, die im Pilotversuch befindliche Wochentags-Nachtdienstbereitschaft so wie viele Investitionen in der Spitzenmedizin, die heute schon angesprochen worden sind. Oder auch die positiven Entwicklungen im Bereich des Naturschutzes und des Tierschutzes - Stichwort Tierheime -, das sind große Erfolge der Tätigkeit unseres Landeshauptmannstellvertreters.

Im Tourismus ist sich Niederösterreich der Notwendigkeit bewusst, sein Angebot auszubauen, die Strukturen zu verbessern und Betriebe und Initiativen zu fördern. Sport und Jugend, wichtige

gesellschaftspolitische Aufgaben, sind mit ausgewogen vorgegebenen finanziellen Mitteln ausgestattet. Die Zusammenarbeit für und mit unseren Städten und Gemeinden scheint mit dem vorliegenden Budget eine wohl erfolgreiche Fortsetzung zu erfahren. Aber dazu werde ich dann noch einiges zu hinterfragen haben. Kindergärten, Schulen und viele öffentliche Einrichtungen unter der Patronanz des Landes können dem Bedarf entsprechend weiter geführt und erhalten werden. Vor allem aber der Bereich Soziales erfährt eine wirklich nicht unmaßgebliche Steigerung seiner Finanzmittel, was wir Sozialdemokraten sehr begrüßen.

Soziale Leistungen für die Schwächsten der Gesellschaft, für ältere und kranke Menschen, sind Ausdruck der Menschlichkeit und dürfen nicht am Altar eines falsch verstandenen Zu-Tode-Sparens geopfert werden. Dass Niederösterreich hier einen anderen Weg geht als die derzeitige Bundesregierung erfüllt uns Sozialdemokraten doch ein wenig mit Stolz. Die Sozialdemokraten sind in der Regierung das notwendige menschliche Korrektiv, sehr geehrte Damen und Herren. Und dort, wo dieses derzeit fehlt, wird eben dieses Zu-Tode-Sparen unverantwortlich, kurzsichtig, sozial gefährlich. Es ist eine Tendenz zur Gesellschaftsspaltung, die sich in Niederösterreich so nicht zeigt. Und ich darf auch unsere neu tätige Frau Landesrat Christa Kranzl erwähnen und ihr für ihre seit kurzem sehr engagierte Arbeit mit Durchsetzung ihrer Budgetziele herzlichst danken. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn wir den Bereich der Kultur betrachten, Hoher Landtag, so sehen wir doch teils große Mitelaufstockungen, was bei näherer Betrachtung sicher seine Richtigkeit hat. Kultur ist nicht nur historisches und kulturelles Vermächtnis das es zu bewahren und zu pflegen gilt, Kultur und Kunst sind ganz besonders gesellschaftspolitische Aufgaben, die wir wahrnehmen müssen. Sie sind öffentliche Aufgaben, wobei deren Möglichkeit zur Privatisierung doch etwas beschränkt ist. Trotzdem darf ich anregen, ganz besonders im Bereich Kunst und Kultur den Weg fortzusetzen, privates Engagement auszubauen, Sponsoringmodelle zu fördern und das kulturelle Gut damit auf einer breiten Basis für künftige Generationen zu bewahren und zu fördern.

Ein besonderes Anliegen ist uns Sozialdemokraten aber auf diesem Sektor, dass Tendenzen vermieden werden sollen, Kultur im Wege der Budgetgestaltung zu zentralisieren und so das wirklich kreativ belebende Element der Regionalisierung der Kulturaktivitäten zu vernachlässigen, Hoher Landtag. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Last but not least möchte ich bei meinem kurzen Streifzug über das Budget 2001 so wie schon Vorredner auch auf den Bereich der Verwaltung und des Personals eingehen. Im Gegensatz zur blau-schwarzen Bundesregierung, die 15.000 Beamte oder noch mehr einsparen möchte und jede Möglichkeit nutzt, Privatisierungen im Bereich der Verwaltung und der öffentlichen Dienste vorzunehmen, scheinen Niederösterreichs Verantwortliche diesen Weg entweder nicht gut zu heißen, oder sie wollen ihn nicht gehen. So gestaltet sich für mich dieses Budget wenn man bei den Verwaltungspositionen nachblättert. Nun, auch wir NÖ Sozialdemokraten wollen diesen Weg des brutalen Abbaues nicht mitgehen. Und freuen uns deshalb, bei unseren Kollegen im Land Niederösterreich Mitsstreiter für eine andere, bessere Politik gefunden zu haben. Interessant ist allerdings schon, dass der NÖ Architekt der blau-schwarzen Koalition im Bund hier im Land mit anderen Ziegeln mauern lässt als er selbst in Niederösterreich mauern lässt. Es werden hier andere Maßstäbe gesetzt. Es gibt hier andere politische Zielsetzungen. Und die budgetpolitischen Vorgaben scheinen hier sehr davon abhängig zu sein, von welcher Seite man eben gerade die Sache betrachtet. 100 Beamte sollen in Niederösterreich eingespart werden. Das sind in etwa 0,5 Prozent der Landesverwaltung. Also zum Beweis, Ziele und Vorhaben sind jedoch sehr verschieden, wie ich schon angedeutet habe. Wenn wir also in der Verwaltung keinen extremen Sparwillen konstatieren können, so nehmen wir jedenfalls an, dass dies den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes zu Gute kommt und damit für uns gerechtfertigt ist.

Nun, Hoher Landtag! Ein kurzer Blick über das Budget 2001 lässt zwar sicher bei uns Sozialdemokraten keine euphorische Stimmung aufkommen. Aber welches Budget in der heutigen Zeit lässt schon eine euphorische Stimmung aufkommen. Ich meine, alle haben sich bemüht, das Budget wurde engagiert erstellt und es ist im Rahmen der aktuellen finanzpolitischen Situation - für mich ist das besonders wichtig - doch haltbar. Ich sehe das nicht so negativ wie Frau Kollegin Mag. Weinzingler.

Das war's also, könnte man sagen, wenn man nur oberflächlich sich mit dem Budget auseinandersetzt und wenn man es sehr wohlwollend betrachtet. Ich habe aber schon gesagt, das allein sollte es nicht sein. Und wir wollen es auch ein wenig kritischer hinterfragen als Koalitionspartner. Und ich werde Ihnen nun darlegen, wie wir uns, sehr geehrte Damen und Herren vom größeren Koalitionspartner, eine Budgetpolitik für die Zukunft und vor allem mit Zukunft vorstellen könnten.

Die Budgetpolitik Niederösterreichs isoliert zu sehen, ist nicht erst seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union nicht mehr statthaft. Niederösterreichs Budgetkriterien sind ebenso europäisiert wie jene des Bundes. Niederösterreich ist ein Teil eines größeren Ganzen, dessen Verpflichtungen wir mitzutragen haben. Daher sehen wir nun einmal Niederösterreichs Budgetpolitik im Rahmen der bundespolitischen Entwicklungen der vergangenen Wochen. Die laufenden Finanzausgleichsverhandlungen sind jedenfalls nicht dazu angetan, im Bund auf viel Verständnis, auf viele offene Türen hoffen zu dürfen. Über Jahrzehnte hinweg waren Finanzausgleichsverhandlungen ein Podium engagierter, harter, aber letztendlich meist nicht erfolgreicher Verhandlungen.

Heute, jetzt, bei diesen Finanzausgleichsverhandlungen hat man den Eindruck, dass sich Niederösterreich auf die Position eines etwas fassungslos gewordenen Zuschauers zurückgezogen hat, der das Vorgehen des Bundes, aus welchen Gründen auch immer, nur noch lautlos und vielleicht mit offenem Mund verfolgt. Vorhaben, wie zum Beispiel 3 Milliarden Schilling weniger für das Gesundheitswesen, die Streichung von 20 Prozent Wohnbauförderungsmittel für Niederösterreich, die Streichung von 220 Millionen Schilling im Straßenbaubudget, der Ausbaustopp für wichtige Schieneninfrastrukturmaßnahmen und viele andere kolportierte Maßnahmen lassen Schlimmes ahnen.

Manche Bundesländer waren bisher starke Bollwerke und vor allem föderalistische Interessensvertreter. Plötzlich merkt man, dass sie in vorseilendem Gehorsam agieren. Kritik kommt, wenn überhaupt, nur schaumgebremst. Und deswegen freut es mich, dass zumindest hier von diesem Pult aus der NÖ Finanzlandesrat hier heute sehr deutliche Worte gesprochen hat, ich möchte nicht sagen, die Muskeln spielen hat lassen. Er soll, und wir fordern ihn auf, Herr Landesrat, wir fordern dich auf, ein harter Verhandlungspartner in diesen Finanzausgleichsverhandlungen gegenüber dem Bund sein. Und eines sei garantiert: Bei den Sozialdemokraten findet der Landesrat für Finanzen maximale Unterstützung auf diesem Gebiet! *(Beifall bei der SPÖ und LR Mag. Sobotka. – Zweite Präsidentin Onodi übernimmt den Vorsitz.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Niederösterreich hat für den Neubau, die Erhaltung und den Betrieb des hochrangigen Straßennetzes um 220 Millionen Schilling weniger vom Bund zu erwarten. Das sogenannte, es ist heute schon erwähnt worden, 15 Milliarden Schilling Straßenausbaupaket hat sich mittlerweile in Luft aufgelöst. Und der Herr Verkehrsminister lässt ausrichten, dass sich der

Herr Landesverkehrsreferent seine vielen Ausbauwünsche Niederösterreichs „in seiner Haarpracht verteilen lassen“ soll. Ich sehe das als einen Krieg der Worte über bestimmte Ausbaumaßnahmen. Er nimmt an Intensität zu. Anstatt sich über die Leistungsfähigkeit der Transportwege Gedanken zu machen, reden wir über Löcher in den Bergen, und darüber, dass den weinenden Bergen die Tränen ausgehen. Während manche noch darüber nachdenken, wie wir denn die Mariazeller Bahn zu einer Art folkloristischer Praterbahn umgestalten könnten, werden längst ganze Regionen vom öffentlichen Verkehrsnetz abgeschnitten, sehr geehrte Damen und Herren.

Nicht zu vergessen ist in dem Zusammenhang unseres Auftretens gegenüber dem Bund auch der Bereich der Sozialpolitik. Die Tendenz des Bundes, im Rahmen seines Wirkungsbereiches Einsparungen vorzunehmen und damit die Last auf die Länder und die Gemeinden zu verlagern, ist zum Beispiel bei den Maßnahmen des Innenministers zu den Zivildienern zu erkennen gewesen. Rettungen, Gemeinden, Rettungsorganisationen, gemeinnützige Vereine waren überfallsartig damit konfrontiert, dass sie zusätzliche finanzielle Aufwendungen auf sich zu nehmen haben, da einerseits das Innenministerium als auch der Bund spart. Und die Vereine, die Gemeinden, aber auch die Länder müssen wohl oder übel dann in die Bresche springen. Ob das nun bei der Sozialhilfe selbst ist oder bei den sozialen Diensten oder das Gesundheitswesen betrifft, das Ergebnis ist immer das gleiche. Es wird hier Budgetkosmetik betrieben, weil nur die Lasten verschoben werden eben vom Bund zu den Ländern und zu den Gemeinden. Das ist eine gefährliche Entwicklung, welche die Länder nicht hinnehmen dürfen. Und das muss unser Standpunkt bei diesen Verhandlungen gegenüber dem Bund sein. Und ich möchte, Hoher Landtag, in meinen Ausführungen auch ganz besonders auf unsere Partner im Land, nämlich die Städte und Gemeinden, eingehen. Die Städte und Gemeinden sind es, die in der aktuellen Entwicklung offenbar ganz besonders unter die Räder zu kommen drohen. Ich weiß schon, wir reden heute über das Budget des Landes Niederösterreich. Aber ohne die Budgetkraft der Gemeinden ist unser Land im Sinne der Menschen nicht positiv gestaltbar. Ohne die Finanzkraft der Gemeinden ist weder die hohe Lebensqualität noch das hohe Leistungsspektrum gesichert. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

Die Gemeinden sind in Summe unser größter Arbeitgeber. Sie investieren jährlich in Österreich mehr als 70 Milliarden Schilling. Und in dem Zusammenhang bin ich stolz darauf, dass wir in Niederösterreich als Gemeindereferenten mit dem Landesrat Fritz Knotzer einen erfahrenen Kommu-

nalpolitiker haben, der beweist, dass er Verständnis für die Gemeinden hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Einige markante, möchte ich sagen, Schmerzpunkte. Zum Beispiel bringt die Getränkesteuerregelung jährliche Verluste von 250 Millionen Schilling. Heuer summieren sie sich leider sogar auf 700 Millionen. Die Werbesteuer soll verringert werden. Bei der vergangenen Steuerreform mussten die Gemeinden schon auf 800 Millionen Schilling Einnahmen verzichten. Hoher Landtag! Die Gemeinden stehen mit dem Rücken zur Wand! Wir dürfen daher in unserer Budgetpolitik des Landes von der budgetären Situation der Gemeinden nicht abgehen. Wenn wir als Land Budgetpolitik machen, dann sind wir aufgerufen, auf das Funktionieren der kleinsten Einheiten, der kleinsten Strukturen, nämlich der Städte und Gemeinden unseren besonderen Wert zu legen. Und daher ist auch in dieser Richtung der Appell an den Herrn Finanzlandesrat unser Angebot, ihn dabei massiv zu unterstützen, dass bei den Finanzausgleichsverhandlungen diese Haltung im Interesse Niederösterreichs gegenüber seinen Gemeinden wirklich durchgesetzt wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hoher Landtag! Niederösterreichs Budgetpolitik hat ihren Weg, das Land hat seinen Weg von der schlichten Verwaltung und Fortschreibung der alljährlichen Budgetzahlen hin zu einer modernen, zukunftsorientierten Budgetpolitik zu gehen. Und ich habe gemeint, ich werde klarlegen und darlegen, welche Schwerpunkte die Sozialdemokraten setzen wollen und in Zukunft auch verstärkt einbringen wollen.

Erstens: Im neuesten Vergleich der Arbeitgeberverbände wird Österreich in Sachen Forschung und Technologie eine bedrohliche Entwicklung vorausgesagt. Österreich ist Schlusslicht, nicht nur in Europa, sondern vor allem auch im Vergleich zu den USA und im Vergleich zum asiatischen Wirtschaftsraum. Wir sind Schlusslicht bei der Akademiquote. Wir sind im hinteren Drittel bei der Produktion von Hightech-Produkten. Setzen wir uns gemeinsam ein Ziel für Niederösterreich. Setzen wir uns das Ziel, dass wir diese negative Entwicklung in den nächsten Jahren umkehren. Es wurde heute schon von diesem PR-Gag mit dem Astronauten Viehböck als Technologiebeauftragten gesprochen. Sicherlich ein positives Signal, dass hier Aufbruchstimmung dargestellt wurde. Aber ich frage nur, das ist schon einige Monate jetzt her, was ist bisher von diesem Technologiebeauftragten an Impulsen ausgegangen? Ich höre, er hat offensichtlich noch gar keinen Vertrag um überhaupt tätig zu werden.

Hoher Landtag! Hier ist Handlungsbedarf. Und ich sage, dass wir Sozialdemokraten auch bereits im Vorjahr hier massiv darauf eingegangen sind. Und es ist unseren Anträgen vom Vorjahr zugute zu halten, dass mittlerweile, was positiv dargestellt wurde und was wir auch anerkennen, eine Stabsstelle für Technologieförderung im Wirtschaftsressort geschaffen wurde. Dass ein Technologiebeirat bei der ECO-PLUS eingerichtet werden soll. Und dass es auch schon eine Aufstockung der Mittel gegeben hat. Hätten wir das nicht so massiv und so laut ständig gefordert, ich weiß nicht, ob diese Entwicklung so gekommen wäre, Hoher Landtag. Setzen wir uns also in Zukunft das Ziel, und ich gehe schon zum Budget 2002, dass wir die Ausgaben für Forschung und Entwicklung verdreifachen. Setzen wir uns das Ziel, die Wirtschaftsförderung speziell auf den Hightech-Bereich zu konzentrieren. Und ich glaube, dann können wir Erfolge einfahren.

Investieren wir, liebe Kollegen von der Landwirtschaft, ein Jahr lang etwas weniger dynamisch in landwirtschaftliche Güterwege. Schrauben wir ein Jahr zum Beispiel die Anschaffung sündteurer Gerätschaften für die Straßenmeistereien zurück oder verzichten wir in vielen Bereichen auf das noch immer vorherrschende kameralistische Prinzip, dass man die Budgetmittel, die man am Jahresende noch hat, schnell ausgeben muss. Setzen wir diese Mittel für eine Technologieförderung und für eine Intensivierung dieses Sektors ein. Setzen wir also einen Technologieschwerpunkt, setzen wir aber auch einen bildungspolitischen Schwerpunkt, Hoher Landtag!

Und jetzt komme ich auch auf die Erwachsenenbildung. Ich sehe das so symbolhaft. Wir könnten noch andere Positionen herausgreifen. Es wurden ja schon einige angesprochen. Aber 12 Millionen Schilling für die Erwachsenenbildung, das klingt wie ein Armutsgelübde. Das hat in einer Industriegesellschaft, die über so viel Geld verfügt, nichts verloren. Das ist eines Landes wie Niederösterreich nicht würdig. Daher werden wir hier diesbezüglich auch Resolutionsanträge einbringen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Setzen wir also neben der Technologieförderung, setzen wir in den zukünftigen Budgets also auch Zeichen in Richtung Bildung, Erwachsenenbildung. Verdreifachen wir auch dort die Mittel in Zukunft. Wir werden sie durch Wissen, durch Können und Erfolge der ausgebildeten und weiter gebildeten Menschen wieder zurück erhalten.

Ein zweiter Schwerpunkt, Hoher Landtag, muss in Zukunft die Infrastruktur im Land Nieder-

österreich sein. Wir wissen alle, was wir brauchen. Wir wissen auch, dass wir es vom Bund nicht bekommen werden. Die Ostregion Niederösterreich, Wien und Burgenland, das ist ein gewachsener, historischer Wirtschaftsraum, in dem noch viele Chancen brach liegen. Niederösterreich sollte eigentlich mit Wien von einer kommenden Osterweiterung am meisten profitieren. Aber ich frage kritisch: Können wir auch profitieren im derzeitigen Zustand? Verkehrswege sind nämlich eine Standortqualität. Verkehrswege sind Mobilität, sind Flexibilität, sind Standortqualität.

Wenn wir also von der Osterweiterung profitieren wollen und sie nicht nur einfach erwarten, passiv erwarten, dann müssen wir sie aktiv mitgestalten. Machen wir Niederösterreich zum Wirtschaftsstandort Nummer 1, in dem wir die verkehrspolitischen Maßnahmen in Niederösterreich, die sich gesamtwirtschaftlich in den nächsten Jahren sicher amortisieren werden, forcieren. Ich möchte hier nicht alles aufzählen, auf die Gefahr hin, dass dann etwas nicht genannt wird. Aber ich sage nur beispielshalber: Wir brauchen die Nordautobahn, wir brauchen die B 301, wir brauchen die Wiener Nordostrandstraße, wir brauchen neue Donaubrücken, zum Beispiel Traismauer, Korneuburg. Aber wenn wir auf die Zuteilung sozusagen vom Bund warten, dann werden wir lange warten können. Diese wird nicht kommen. Wir müssen es selbst in die Hand nehmen, und zwar durch unser Landesbudget und den sich damit bietenden finanzpolitischen Spielräumen.

Und noch ein Steckenpferd von mir, aber ein Anliegen vieler Städte und Gemeinden, das ist der Nahverkehr. Auch über ihn wurde heute schon ansatzweise gesprochen. Es gibt schon so viele Städte und Gemeinden, die innerstädtischen Nahverkehr organisiert haben und natürlich auch finanzieren müssen. Und dabei werden sie leider nahezu allein gelassen. Abgesehen, dass die Erstinvestition gefördert wird, vom Land wird der Betrieb nicht gefördert. Von Amstetten bis Zwettl haben wir heute bereits Stadtbussysteme. Und diese Gemeinden auch aus ökologischen Gründen zu unterstützen, das müsste eine Aufgabe für das Land auch in Zukunft sein.

Und nun zu einem dritten wesentlichen Bereich, wo wir Sozialdemokraten andere Akzente in der Budgetpolitik setzen werden. Ich gehe zum Bereich der Wirtschafts-Außenpolitik. Niederösterreich ist in den letzten Jahren positiv dazu übergegangen, sich selbst aktiv im Ausland zu präsentieren. Wenn zuletzt der Herr Landeshauptmann in Taiwan oder in China war und im Konvoi eine ganze Wirtschaftsdelegation, so zeigt das positives

Selbstbewusstsein. Niederösterreich ist jemand und wir brauchen uns sicher nicht zu verstecken, wir können uns herzeigen. Wir besitzen im internationalen Bereich Attraktivität.

Niederösterreich ist in Brüssel vertreten. Aber eine Frage: Ist Niederösterreich auch in New York vertreten, wo 70 Prozent der Investitionsentscheidungen der Welt fallen? Sie können jetzt sagen, dass unsere Außenhandelsorganisationen eh in aller Welt vertreten sind. Dem kann man wohl zustimmen. Aber es ist nicht Niederösterreich vertreten, es ist Gesamtösterreich vertreten. Alle Bundesländer, die letztlich ja im Wettstreit zueinander stehen. Ich möchte daher anregen, dass die Wirtschafts-Außenpolitik auszubauen ist. Und hier darf ich auch eine kritische Anmerkung machen in Richtung unseres Herrn Wirtschaftslandeshauptmannes. Ich glaube nicht, dass es genügt, dass man wunderschöne Hochglanzbroschüren unter dem Titel „Wirtschaftsstandort Niederösterreich“ produziert und sich mit ganzseitigen Fotos bejubeln lässt. Was nützt das, wenn der Herr Landesrat noch so toll auf A4 vierfärbig dargestellt ist, wenn dieses Magazin weder in Tokio, noch in New York oder in Moskau jemals ein Unternehmer, ein Investor zu Gesicht bekommt? Und das Geld von ein paar Hochglanzfotos könnten wir, wenn man ein bisschen Selbstbeweihräucherung auch noch zurücknimmt, sparen. Und dieses Geld gezielt einsetzen um Niederösterreich in Moskau oder in New York oder in Tokio zu vermarkten. Ein paar Hochglanzfotos weniger würden zudem Finanzmittel sparen und sie könnten wahrscheinlich im Umkehrschluss wesentlich mehr bringen.

Das waren, Hoher Landtag, nur drei Beispiele, wo die Sozialdemokraten in der Budgetpolitik in Zukunft neue Schwerpunkte setzen würden, setzen wollen. Ich möchte den vielen Debattenbeiträgen, die in den nächsten Stunden und morgen kommen werden, nicht vorgreifen. Daher möchte ich zum Ende meiner Budgetbetrachtungen 2001 kommen. Ich kann das aber nicht, ohne doch noch eine bundespolitische Komponente hinzuzufügen. Niederösterreich kann nicht isoliert Budgetpolitik betreiben! Und es kann sich nicht abkoppeln von derzeit aktuellen bundespolitischen Diskussionen um Pensionen und Sparpakete. Man liest immer, der Bund hat kein Geld, das Land hat kein Geld, die Gemeinden haben kein Geld. Das ist ein offensichtliches Leitbild, welches sich uns derzeit bietet. Im Umkehrschluss ließe sich leicht sagen: Wenn der Bund kein Geld mehr hat, wenn das Land kein Geld mehr hat, wer soll dann ausgeglichene Budgets erstellen? Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der Meinung, der Bund hätte genug Geld, wenn er sinnvolle budgetpolitische Maßnahmen setzen

würde und nicht wie jetzt mit einer belastungspolitischen Dampfwalze über die Bevölkerung drüberfahren würde. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf einige Zahlen, und jetzt kommen Sie nicht mit dem Argument, dass die Sozialdemokraten so lange den Finanzminister gestellt haben. Denn diese Impulse sind nicht von den Sozialdemokraten in der Vergangenheit ausgegangen. *(LR Mag. Stadler: Aber die Schulden sind aus der Zeit sozialdemokratischer Finanzminister!)*

Ich darf einige Zahlen nennen: Der Anteil der Firmengewinnsteuern am Gesamtaufkommen hat sich seit dem Jahr 1970 halbiert. Der Beitrag an Vermögenssteuern ging gleich um zwei Drittel zurück. Von 3,7 auf heute mittlerweile geringe 1,3 Prozent. Österreich gilt bei der Unternehmensbesteuerung innerhalb der OSZE und der EU als Steueroase. Bei den Vermögenssteuern sind wir überhaupt das Schlusslicht ganz unten. Stiftungseinkommen in Milliardenhöhe sind steuerfrei. Dagegen tragen Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer bereits 60 Prozent der Finanzierung des Staates, Hoher Landtag. Wohin bewegen wir uns in einer gesamtösterreichischen Budgetpolitik, von der sich Niederösterreich nicht abkoppeln kann, wenn die Massensteuern massiv erhöht werden? Was vor allem die Arbeitseinkommen und die Einkommensschwächeren ungleich härter trifft als die Vermögenden. Wohin bewegen wir uns, wenn Besitzeinkommen, Firmengewinnvermögen weitestgehend vom Fiskus verschont bleiben? Wir bewegen uns dort hin, wo uns offensichtlich diese schwarz-blaue Bundesregierung haben will. Wir bewegen uns in eine Gesellschaft der ausschließlichen Bevorteilung des Kapitals zu Lasten der klaren Mehrheit der Bevölkerung. Wenn also hunderte Millionen an Stiftungseinkommen steuerfrei sind, wie will man den Menschen erklären, dass nur eine 50-prozentige Erhöhung der Kfz-Steuer oder eine Verdopplung der Stromsteuer das Budget retten kann? Dies, meine Damen und Herren, ist durchsichtig, es ist einfältig und es ist unglauwürdig. *(Beifall bei der SPÖ und Grünen.)*

Ich glaube, die Menschen haben das erkannt und sie lehnen diese Politik ab. Eine Pensionsreform zum Beispiel, bei der selbst mitbeteiligte Fachleute sagen, dass es nicht um die langfristige Pensionssicherung geht, sondern nur um die kurzfristige Budgetsanierung oder vieles andere beweist die Doppelbödigkeit. *(LR Mag. Stadler: Kennen Sie die Edlinger-Vorschläge dazu aus den rot-schwarzen Verhandlungen? Die sollten Sie sich einmal ansehen! Das rot-schwarze Verhandlungsergebnis! – Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich komme, Herr Landesrat, wieder zum Landesbudget zurück. Herr Finanzlandesrat! Bei uns findet die ÖVP einen Mitstreiter im vorgedachten Sinne. Ich möchte aber auch anmerken, Herr Finanzlandesrat, dass man nicht so locker einfach sagen kann, es handelt sich bei unserem Budget um ein Sparbudget, weil es sich mit einem Abgang von über 4 Milliarden Schilling diese Bezeichnung nicht verdient hat. Ich füge aber hinzu, es ist ein Budget des Möglichen, ein Budget des Möglich-Machbaren. Daher lade ich unsere Partner ein, schon für die nächste Budgetrunde, für das nächste Jahr 2002 die von uns, von mir genannten Schwerpunkte zu überlegen und mehr als bisher mit einzubinden. Ich darf abschließend noch einmal festhalten: Wenn wir über die Budgetkapitel in den nächsten Stunden und morgen reden werden, dann haben wir die gesamte gesellschafts- und sozialpolitische Relevanz für Niederösterreich und seine Bevölkerung vor uns.

Wir haben in diesem dicken Paket des Landesbudgets eine gewaltige Kraft. Ob wir diese Mittel für die Landwirtschaft, für die Jungunternehmerförderung, für Gesundheit oder für Kindergärten einsetzen, ob wir sie für die Pendlerhilfe, für familienpolitische Maßnahmen oder für die Seniorenbetreuung aufwenden. Hinter all diesen Summen stehen die Menschen Niederösterreichs, die von uns erwarten, dass wir ihren Interessen Rechnung tragen. Dass wir ihren Bedürfnissen entsprechend handeln und dass wir letztendlich sagen können, wir haben Lebensqualität und gesellschaftliche Sicherheit geschaffen.

Es sind nicht unsere Mittel hier, sondern es sind die Gelder aller Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher. Wenn wir über Kindergärten reden, dann reden wir nicht über Bauwerke, sondern über die Kinder. Wenn wir über Gesundheit reden, reden wir nicht nur über die Spitäler, sondern denken wir an die Patienten. Wenn wir uns Gedanken machen über die Erwachsenenbildung, dann geht es nicht um die Volkshochschule, sondern dann geht es um die fort- und weiterzubildenden Menschen in diesem Bereich. Es geht um die Chancen am Arbeitsmarkt, es geht um mehr Lebensqualität. Das muss unsere wichtigste Orientierung sein, Hoher Landtag.

In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und schließe damit: Herr Landesrat, du hast das ja als getreuer Mitarbeiter des Herrn Landeshauptmannes hier heute wieder in den Mund genommen, reden wir nicht von den Top-Ten, Österreich ist bereits Top-Three, Herr Landesrat. Handeln wir top, das ist die Devise, damit wir auch top bleiben! Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Als nächstem Redner zur Generaldebatte erteile ich Herrn Abgeordneten Klubobmann Mag. Schneeberger das Wort.

Abg. Mag. SCHNEEBERGER (ÖVP): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren!

Der Finanzreferent des Landes Niederösterreich, Mag. Sobotka hat in Abstimmung mit den Mitgliedern der Landesregierung den Vorschlag für das Jahr 2001 vorgelegt. Es ist ein ausgewogener Voranschlag, ein transparentes und reales Budget, Frau Kollegin Weinzinger, ein gerechter Voranschlag. Auch ein Voranschlag mit politischen Schwerpunkten, Kollegin Rosenkranz, wenn ich nur an die Bildung, Technologie und den sozialen Aspekt denke. Ein Voranschlag, der dem im Jahre 1998 vom Landtag beschlossenen Budgetprogramm für den Zeitraum bis 2003 entsprechend Rechnung trägt. Und letztendlich ein Voranschlag, der auch Sparzwänge spürbar macht. Aber auf Grund der in der Vergangenheit gepflogenen, sorgsam und umsichtigen Politik aller Regierungsglieder mit Landeshauptmann Dr. Pröll an der Spitze keine schmerzhaften Zäsuren, wie sie auf der Bundesebene notwendig geworden sind, aufweist.

Auch wenn durch die Steuerreform 2000 die jährliche Senkung des Abganges nicht zur Gänze eingehalten werden konnte, stimmt die Richtung. Und ich bin überzeugt, dass wir das Ziel des Budgetprogrammes im Jahr 2003, wie es auch Kollege Mag. Sobotka erwähnt hat, voll erfüllen werden.

Lassen Sie mich nur in aller Kürze auf ein paar Wortmeldungen eingehen. Wenn die Kollegin Mag. Weinzinger davon spricht, dass man in dem Budget keine Transparenz hat, dann verstehe ich nicht, wie sie dann das Budget als Fiktion darstellen kann. Weil wenn man keine Transparenz hat, dann kann man diesen Schluss nicht ziehen. Wenn sie davon ausgeht, dass das Budget Zahlen aufweist, die nicht eingehalten werden, dann darf ich sie schon darauf hinweisen, liebe Kollegin Mag. Weinzinger: Vergleichen Sie die Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre mit den Voranschlägen. Und hier kommt die Wahrheit zum Tragen, dass nämlich die Rechnungsabschlüsse immer besser sind. Das heißt, dass die Voranschläge durchaus ordentlich gemacht wurden und die Einnahmen nicht Fiktions-einnahmen sind, sondern realpolitisch zu erwartende sind. Und Sparen, liebe Kollegin Mag. Weinzinger, darf man nicht so weit, dass man dadurch Wachstum bremst. Sparen heißt, mehr Einnahmen als Ausgaben hier im Budget vorzusehen. Und so

gesehen ist in diesem Budget das Sparmoment gegeben.

Und wenn die Kollegin Rosenkranz hier vom subjektiven Sicherheitsempfinden in diesem Land spricht und das bemängelt, dann bin ich durchaus bei Ihnen, dass das subjektive Sicherheitsempfinden im Moment nicht optimal ist. Nur, das mit dem Budget des Landes Niederösterreich zu koppeln und zu sagen, im Sicherheitsbereich wird eingespart, da muss ich Ihnen schon unterstellen, was ich normalerweise nicht tue, weil ich Sie für eine sehr sorgsam recherchierende Abgeordnete halte, aber wenn Sie wissen, dass in den Einnahmen im Bereich der Sicherheit es primär um die Feuerschutzsteuer geht und der Ertrag daraus zurückgegangen ist und daher logische Konsequenz ist, dass die Ausgaben, die einschlägigen, dadurch auch vermindert werden, dann hat das mit dem Sicherheitsgefühl in unserem Lande nichts zu tun. Ich bin aber bei Ihnen, dass wir – und Sie haben den Kollegen Dr. Strasser, den Herrn Bundesminister zitiert – ich bin bei Ihnen, dass wir hier auch entsprechend nachstoßen. Ich kann Ihnen versichern, dass unsere Partnerschaft mit Dr. Strasser eine sehr gute ist. Und dass man ihm die Chance geben soll, wie Ihrem Herrn Minister Scheibner, der ja sehr viel zur inneren Sicherheit des Landes Niederösterreich an den Grenzen beitragen könnte. Dass man beiden die Chance geben soll, hier diesem Wunsch, diesem berechtigten Wunsch der Niederösterreicher Rechnung zu tragen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es gibt, glaube ich, keinem in diesem Haus, der nicht für eine Intensität der Erwachsenenbildung eintritt. Wäre auch völlig falsch. Aber es ist auch nicht richtig, nur den Budgetansatzpunkt Erwachsenenbildung herzunehmen und zu meinen, in Niederösterreich wird nur um 12 Millionen Schilling Erwachsenenbildung gemacht. Mir ist nur ad hoc eingefallen: Die neue Fachhochschule in Wr. Neustadt hat den berufsbegleitenden Fachhochschulstudiengang für Präzision, Systemtechnik für wirtschaftsberatende Berufe. Das ist auch Erwachsenenbildung. Daher bin ich bei all jenen, die in diesem Haus eine Intensität wollen. Aber zuerst gehört eine Analyse gemacht. Was machen wir im Land Niederösterreich alles, was unterstützen wir alles, was Erwachsenenbildung ist?

Wenn Sie kritisiert haben, dass der Herr Landesrat Mag. Sobotka gerade im Bereich, zumindest ist es einer Presseaussendung zu entnehmen, der Musikschulen zugesetzt hat, dann ist das auch ein Teil der Erwachsenenbildung. Denn wie viele ältere Menschen bedienen sich auch dieser Einrichtung? Daher gehe ich davon aus, ... *(Abg. Mag. Fasan:*

Wie viele? Wie viele?)

Sehr viele, Kollege Mag. Fasan. Und allein der Zwischenruf zeigt mir, dass Sie wenig am Hut haben mit dieser Materie. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wenn der Herr Kollege Sacher unseren Herrn Finanzreferenten Mag. Sobotka aufruft, mehr Kritik gegenüber dem Bund auszusprechen, was den FAG anlangt, dann muss ich sagen, ich halte dich auch für einen Kollegen, der relativ viel die Medien studiert. Wahrscheinlich warst du eine Woche auf Klubreise oder länger, weil gerade der Herr Kollege Mag. Sobotka ist einer der härtesten Kritiker in der FAG-Frage und einer der härtesten Vertreter niederösterreichischer Interessen, unabhängig wer jetzt gegenüber steht. Und wenn ich deine Ausführungen hernehme, dann würde ich das global überschreiben – das ist legitim, aber ich darf es trotzdem so formulieren – der Standort bestimmt den Standpunkt der Ausführungen. Denn vor wenigen Monaten habe ich es noch ganz anders aus den Worten der SPÖ-Funktionäre gehört! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Wir alle kennen und unterstützen die zwei wesentlichen Ziele, die unser Herr Landeshauptmann Dr. Pröll sich und uns und damit der NÖ Landespolitik vorgegeben hat, Top-Ten-Region in Europa zu werden, Herr Kollege Sacher, und gleichzeitig Insel der Menschlichkeit zu bleiben bzw. diese Qualität noch auszubauen. Beide Ziele finden wir im Voranschlag 2001 vor und sie haben dort ihren Niederschlag. Lassen Sie mich einige Beispiele anführen:

Die Erhöhung der Wirtschaftsförderung. Die Weiterführung der Fitnessprogramme. Die Forcierung der Bildungspolitik. Kollegin Mag. Weinzinger, bitte: Millionen beschließen wir für den Ausbau der postgradualen Donau-Universität! Die Intensivierung der Bemühungen auf dem Fachhochschul-sektor. Wir ruhen uns nicht auf den Lorbeeren aus, die erste Fachhochschule Österreichs in Wr. Neustadt zu haben, sondern unterstützen selbstverständlich die Einführung weiterer Fachhochschulstudiengänge.

Die Förderung der Forschungseinrichtungen, wie das K-Plus-Projekt ECHEM und die Bereitschaft, den Bund bei der Realisierung des Teilchenbeschleunigerprojektes AUSTRON zu unterstützen. Die Technologieoffensive bedarf eines Signales. Und ich halte schon von sehr weit hergeholt, den Technologiebotschafter, oder wie immer man ihn bezeichnen will, Franz Viehböck nach zwei Monaten zu kritisieren, es wäre nichts geschehen. Ich meine, hier sollte man wirklich bedachtsam

vorgehen. Wir haben in dieser Person sicherlich eine Persönlichkeit, die über die Grenzen des Landes und des Bundes hinausstrahlt und sicherlich für uns zukunftsträchtig Möglichkeiten eröffnet. Die gepaart mit einer verstärkten Technologieförderung hier uns die Möglichkeiten bietet, den Nachholbedarf, der gegeben ist – da bin ich bei dir, Kollege Sacher –, den Nachholbedarf hier entsprechend zu egalisieren.

Den Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur und damit die Gewährleistung, der Vernetzung der Bezirkshauptmannschaften und aller weiterer Einrichtungen des Landes unter dem Motto „Näher zum Bürger – schneller zur Sache“. Die Unterstützung der Errichtung von Call-Centers und den weiteren Ausbau der regionalen Innovationszentren nach dem Vorbild des RIZ Niederösterreich-Süd, um eben die besten Voraussetzungen zu schaffen, neue Unternehmungen zu gründen.

Neben diesen Beispielen, durch gezielte Budgetpolitik die Leistungskraft des Landes zu erhöhen, gibt es viele Ansätze im Budget, die Lebensqualität zu verbessern und es in unserem Land einfach verstärkt „menscheln“ zu lassen. Beispiele hierfür sind die Erhöhung der Dotierung für die diversen Sozialhilfeeinrichtungen. Die Unterstützung der Integrationsbemühungen von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Die Unterstützung der Freiwilligen-Tätigkeit, der Basis unserer Gesellschaft. Nämlich der Tausenden in den Vereinen in Niederösterreich. Die Förderung der Musikschulausbildung. Die Kulturaktivitäten im Kulturbezirk, aber auch in den Regionen. Und die Kulturvernetzungsstellen, die im Aufbau begriffen sind, zeigen ja, dass auch Kulturpolitik in den Regionen Schwerpunkt der Landespolitik ist. Der Ausbau der Radwege, Reitwege und anderer Freizeit-, touristischer und Sporteinrichtungen. Die Steigerung der Ausgaben im Gesundheitsbereich. Und hier erwähne ich selbstverständlich auch die Einführung des neuen Wochentags-Nachtdienstsystems. Die Verfeinerung der sozialen und treffsicheren Wohnbauförderung durch eine verstärkte ökologische Tangente. Und nicht zuletzt die Aktivitäten im Bereich der Dorferneuerung, der Stadtkernförderung und die jüngste Eröffnung des zweiten Nationalparks in Niederösterreich. All dies sind Maßnahmen, die dazu beitragen, den Lebensraum Niederösterreich weiter zu entwickeln. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und, Hohes Haus, dass diese Politik von Landeshauptmann Dr. Pröll und seinem Team erfolgreich ist, zeigt ein Blick auf die aktuelle Arbeitsmarktstatistik. Die Arbeitslosigkeit in Niederösterreich ist kontinuierlich im Sinken, die Beschäftigungszahlen dagegen ständig im Steigen. Ende

Mai gab es um 3.095, also 10,4 Prozent weniger Arbeitslose als vor einem Jahr. Bei den über 50-Jährigen 12,7 Prozent, und die Frauenarbeitslosigkeit ist um 11,8 Prozent gesunken. Seit Beginn der Pröll-Prokop-Jobinitiative wurden allein 4.000 neue Jobs geschaffen. Und eines ist erfreulich und das sage ich als Vertreter des Südens des Bundeslandes Niederösterreich: Dass die Arbeitslosigkeit vor allem in den benachteiligten Regionen zurückgegangen ist. Bezirk Gänserndorf, Bezirk Gmünd, Bezirk Horn. Alle Bezirke weisen über 20 Prozent Rückgang bei der Arbeitslosenrate auf.

Diese positiven Arbeitsmarktzahlen, speziell in der Grenzregion dürfen uns aber nicht darüber hinwegsehen lassen, dass gerade die dort lebenden Menschen durch die bevorstehende EU-Erweiterung verunsichert sind. Es gilt daher, speziell diesen Bürgern in den grenznahen Regionen die Ängste zu nehmen, durch gezielte Fördermaßnahmen wie dem Fitnessprogramm, der Erhöhung der Regionalisierungsmittel einer negativen Entwicklung entgegenzuwirken. Natürlich erwarten wir auch von der EU, dass entsprechende Übergangsregelungen kommen. Alles in allem ist jedoch die EU-Erweiterung eine besondere Herausforderung für die Politik Niederösterreichs. Durch gezielte Politik, durch gezielte Maßnahmen können wir damit verbundene Risiken vermindern und die entstehenden Chancen zum Wohl unseres Landes nützen.

Hohes Haus! Ein wesentlicher Faktor für eine Top-Region ist die entsprechende Infrastruktur. Sie gilt es weiter auszubauen um den gesteigerten Bedürfnissen gerecht zu werden. Im Speziellen ist hier natürlich der Bund gefordert, damit die notwendigen, aber auch die zugesagten Investitionen auch umgehend und rasch realisiert werden. Der dreispurige Ausbau der Westautobahn, der Nordautobahn, die Lösung der Verkehrsproblematik rund um Wien sowie Investitionen im öffentlichen Verkehr, wie der Ausbau der Westbahn, eine Anpassung der Verkehrsverbünde sei nur beispielsweise erwähnt.

Aber weil die Kollegin Mag. Weinzinger in diesem Zusammenhang verlangt hat, dass man gerade bei den Nebenbahnen hier entsprechend agieren muss und der Budgetansatz im Landesbudget fehlt: Eines kann es nicht geben: Dass das Landesbudget Niederösterreichs das Ersatzbudget der desolaten Bundesbahn ist! *(Beifall bei der ÖVP.)* Was nicht heißt, dass der niederösterreichische Bürger der Draufzahler sein wird. Denn wir werden qualitativ Vorkehrungen treffen, dass in diesem Umfeld der Bürger durch Maßnahmen, die wir von den ÖBB nicht erwartet haben, nicht zu Schaden kommt.

Hohes Haus! Wenn von Einsparungen die Rede ist, wenn nach Möglichkeiten gesucht wird, was man noch alles einsparen könnte, dann kommen einige der Sparmeister auch immer wieder auf die Idee, die Bundesländer abzuschaffen. *(Abg. Mayerhofer, Abg. Dkfm. Rambossek, Abg. Rosenkranz: Hirschmann!)*

Er ist leider nicht alleine, liebe Kollegen! Er hat Freunde, die ihn unterstützen. Und daher müssen wir hier entsprechend dagegen auftreten. Schließlich heißt es immer, Bayern ist genauso groß wie Österreich und ein Bundesland der Bundesrepublik Deutschland. Also könnten wir locker mit drei Regionen das Auslangen finden. Derlei Überlegungen, meine Kolleginnen und Kollegen, mögen in der Not der großen Staatsverschuldung im ersten Moment irgendwo bestechend sein. Klug und weitblickend sind sie keineswegs! Gerade die Österreicher müssten da eigentlich ein wenig weiter denken. Österreich ist nun einmal in der Europäischen Union ein kleines Land, erhebt aber Anspruch – und das berechtigt – mit den anderen Nationen gleichberechtigt zu sein. Wer staatliche Organisationen rein mathematisch mit dem Rechenstift auf ihre Vernunft hin überprüft, der wird nämlich auch im Vereinten Europa zur Meinung kommen, dass Luxemburg, dass Österreich oder Belgien nicht die gleichen Rechte haben können wir Frankreich oder Deutschland. Lassen wir daher trotz notwendiger Spargesinnung alle im Raum stehenden Überlegungen in diese Richtung weg. Lassen wir die Kirche im Dorf! Und vergessen wir nicht, dass die seit Jahrzehnten gewachsenen österreichischen Bundesländer nicht irgendeine bürokratische Organisationseinheit sind, sondern tragendes Element unseres Staates. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Selbstverständlich muss gespart werden, und zwar auch in der öffentlichen Verwaltung. Selbstverständlich sind auch wir Länder gefordert. Und ein beredtes Beispiel, dass diese Forderung angenommen wird, ist der Voranschlag 2001. Daher habe ich schon bei meinem Amtsantritt als Klubobmann angekündigt, dass wir uns vehement dafür einsetzen müssen, jede Gesetzesinitiative nach ihrer Notwendigkeit hin zu hinterfragen. Und die unbedingt notwendigen Gesetze so zu fassen, dass der Aufwand möglichst gering bleibt. Der Aufwand aber nicht nur für die öffentliche Hand, sondern, was wohl genauso wichtig ist, auch für die, die dieses Gesetz anwenden müssen. Die Privaten und natürlich auch die Kommunen, die Gemeinden und die Städte.

Und wenn hier in den vorangegangenen Debattenbeiträgen immer wieder die schlanke Verwaltung, die geringe Einsparungsquote angezogen wurde, dann müssen wir auch hier einmal klar fest-

stellen: Niederösterreich ist an drittletzter Stelle was die Beamten pro Einwohner anlangt! Und in Wahrheit sind es wir, meine Damen und Herren, die bestimmen können, ob wir mehr Bürokratie oder weniger Bürokratie haben. Machen wir weniger Gesetze, werden wir weniger Bürokratie haben! Aber es kann nicht sein, dass wir ein Gesetzkonvolut nach dem anderen beschließen und kehrum nach weniger Beamten schreien. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber eines sei auch all jenen gesagt, die von Einsparungen bei Landtagen oder den Verwaltungsorganisationen der Länder sprechen. Sie sind nur dann überzeugend und glaubwürdig, wenn sie gleichermaßen Vorschläge für die Reform der um vieles umfangreicheren Bundesgesetzgebung und der um vieles ausgedehnteren Ministerialbürokratie zu machen wissen. Dieses Einsparungspotential sollte speziell auch der Bund im Sinne der Steuerzahler nützen.

Hohes Haus! Dieses Land Niederösterreich hat, man muss es gerade jetzt am Beginn des neuen Jahrtausends immer wieder betonen, Unglaubliches geleistet. Das durch Krieg und Besatzung so schwer geschädigte Niederösterreich hat Dank des Optimismus und der Leistungsbereitschaft seiner Landsleute nicht nur den Wiederaufbau geschafft, sondern darf sich in vielen Bereichen bereits jetzt zu den führenden europäischen Regionen zählen. Neben dem Arbeitsfleiß der Menschen ist dies auch einer politischen Führung des Landes zu verdanken, die bei allen ideologisch unterschiedlichen Positionen immer das Gemeinsame über das Trennende zu stellen wusste. Wir können nur im Interesse unseres Landes hoffen, dass dies auch so bleibt.

Und nun verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Es liegt mir völlig fern, mich in die Angelegenheiten anderer Fraktionen dieses Hauses einzumischen. Aber die Tatsache, dass wir in letzter Zeit ständig mit wechselnden Spitzenrepräsentanten unserer politischen Mitbewerber konfrontiert sind, dass wir uns mit der zweitstärksten Fraktion in diesem Land in den wichtigsten Fragen der Regierungs- und Landtagsarbeit, der Budgetentwicklung auf ein Arbeitsprogramm geeinigt haben – das ja sehr zukunftsstrahrend ist – aber bald kein einziger der Regierungsvertreter mehr da ist, der mit uns verhandelt hat, und die Tatsache, dass gewisse unvermeidliche Personalentscheidungen sich quälend über Wochen und Monate hinziehen und nicht wie bei uns – ich denke an den Klubobmann oder zuletzt an den Agrarlandesrat – binnen weniger Tage geklärt werden, macht die Arbeit in diesem Lande nicht gerade leicht. Auch ein Fußballteam wird nicht

erfolgreich sein, wenn ständig über den Trainer diskutiert und wochenlang darüber geredet wird, ob, wann und durch wen man ihn ersetzen wird. Ich hoffe daher, dass nunmehr endlich wieder eine länger andauernde Periode einer kontinuierlichen Arbeit eingeleitet wird, in der man nicht nur das tagespolitische Geschäft erledigen, sondern sich auch wichtigen grundlegenden Fragen widmen kann. Wie einer Verfassungsreform mit einer Ausweitung der Persönlichkeitstangente. Einer demokratischen Verbesserung der Gemeindeordnung, speziell nach den demokratiepolitisch bedenklichen Vorgangsweisen einiger abgewählter Bürgermeister. Einer zeitgemäßen Reform der Landtagsgeschäftsordnung und einer Erörterung politischer Unvereinbarkeiten und einiges mehr. Solche Fragen, Hohes Haus, erfordern sorgfältiges Verhandeln aufeinander eingespielter und zur Zusammenarbeit bereiter Mandatare. Die auch die nötige Handschlagqualität aufweisen und von denen man nicht befürchten muss, dass sie morgen schon wieder ganz woanders arbeiten.

Ich hoffe in diesem Zusammenhang aber auch, dass bei der politischen Arbeit in Niederösterreich das Land und nur das Land im Mittelpunkt der politischen Überlegungen steht. Um nochmals den König Fußball zu bemühen, der derzeit durch die Europameisterschaft weithin Tagesgespräch ist: Hohes Haus! Was ist von einem Spielmacher zu halten, der sich trotz aller Bemühungen in der ersten Division nicht durchsetzt, zwischendurch in der dritten Division für Unruhe sorgt, frustriert in die zweite Division geht, dort ohne Rücksicht auf seine Mitspieler eine erst kurz eingespielte Mannschaft sprengt und kein Hehl daraus macht, bald wieder die Mannschaft verlassen zu wollen. Urteilen Sie selbst: Was ist von solch einem Spielmacher zu halten? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich erhoffe daher auch in Niederösterreich die Zusammenarbeit mit Politikern, die sich auf das Land konzentrieren und die Aufgabe, für die Niederösterreicher zu arbeiten, nicht als politische Warte- oder gar Ausgedingeposition gebrauchen. Ich erhoffe mir, dass im Zweifel auch nach außen hin gegenüber dem Bund die Interessen des Landes bei allen politischen Repräsentanten wichtiger sind als die positive oder negative Einstellung zur Bundesregierung. Was wir in der Vergangenheit immer wieder gehabt haben und was wir auch für die Zukunft brauchen, das sind Partner in diesem Land, die das blau-gelbe Herz am richtigen Fleck haben. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Sacher.)*

Hohes Haus! Mit dem Selbstbewusstsein eines Landes, das auch schwere Zeiten gemeistert hat und sich daher ganz gewiss nicht von anderen wird

abschaffen lassen, mit der Bereitschaft unserer führenden Politiker, sich ganz in den Dienst des Landes zu stellen und mit dem Lebensmut der NÖ Bevölkerung werden wir die Probleme, die politischen Probleme, wie wir sie jetzt nunmehr auch im Voranschlag 2001 sehen, unserer Zeit ganz sicher lösen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Hohes Haus! Die Rednerliste zur Generaldebatte ist erschöpft. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin Abg. ROTH (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Ich bitte nun das Hohe Haus, in die Spezialdebatte einzugehen. *(Nach Abstimmung über das Eingehen in die Spezialdebatte:)* Einstimmig angenommen!

Hohes Haus! Ich beabsichtige, bei der Spezialdebatte die Beratung und Beschlussfassung des ordentlichen Teiles über alle Gruppen, des außerordentlichen Teiles zu den Gruppen 0, 2, 4, 5, 6, 8 und 9 sowie des Dienstpostenplanes 2001 je unter einem abzuführen und nach Verabschiedung des ordentlichen Teiles, des außerordentlichen Teiles sowie des Dienstpostenplanes 2001 über den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001 als Ganzes hinsichtlich Erfordernis und Bedeckung und über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Voranschlag Punkt I. bis Punkt VIII. abstimmen zu lassen.

Bei der Abstimmung über die einzelnen Gruppen des Voranschlages beabsichtige ich zunächst, über allfällige Abänderungsanträge zu den zwei Teilen des Voranschlages 2001, dann über die Gruppe selbst und zum Schluss über allfällige zu der jeweiligen Gruppe eingebrachte Resolutionsanträge abstimmen zu lassen.

Ich ersuche nun die Frau Berichterstatterin, Frau Abgeordnete Roth, zur Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, ordentlicher und außerordentlicher Teil zu berichten.

Berichterstatterin Abg. ROTH (ÖVP): Die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, enthält Landtag, Landesregierung, Amt der Landesregierung, Bezirkshauptmannschaften, Sonderämter, sonstige Aufgaben der allgemeinen Verwaltung, Personalvertretung, Pensionen und Personalbetreuung. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 7.396,995.000,- Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 1.112,048.000,- Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt

13,41 Prozent. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von 190,760.000,- Schilling und Einnahmen von 2.000,- Schilling vorgesehen. Ich bitte, die Debatte einzuleiten.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Ich danke, Frau Abgeordnete Roth, für diesen Bericht und wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Moser. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Abg. MOSER (ÖVP): Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Wir haben bereits in der Generaldebatte gehört, dass die Landesbudgets sehr eng im Konnex mit den Bundesbudgets und andererseits wiederum natürlich entsprechende Auswirkungen auf die Gemeindebudgets nach sich ziehen. Die Gruppe 0 mit einem Umfang von 7,3 Milliarden Schilling im ordentlichen Teil und 190 Millionen im außerordentlichen Teil, hat doch mit 13,4 Prozent eine entsprechende Bedeutung im NÖ Landesbudget.

Wenn man das Bundesbudget betrachtet, dann ist es so, dass eigentlich auf einige Jahrzehnte zurück gesehen doch die Erträge der Volkswirtschaft geringer sind als der Fleiß der Verteilungspolitik des Bundes gewesen ist. Was sich natürlich entsprechend ausgewirkt hat, dass heute auf Bundesebene ein Sanierungskurs gefahren werden muss, wenn die Verpflichtungen beinahe in den Größenordnungsbereich des Bruttoinlandsproduktes kommen.

Ich glaube, es ist notwendig, hier insgesamt entsprechende Maßnahmen und Vorsorgen zu treffen, dass auch der Generationenvertrag eingehalten werden kann, damit auch die heute im Berufsleben Stehenden und unsere Jugend einen Anspruch haben, im Alter auch entsprechend versorgt zu werden. Hier sind Maßnahmen zu setzen. Und all die finanziellen Belange des Bundes zielen darauf ab, so wie auch wir unsere Verantwortung im Landesbudget wahrzunehmen haben, dass wir finanzpolitisch entsprechende Stabilität für die Zukunft hier schaffen.

Unser Finanzlandesrat hat das angesprochen, dass in Bezug auf die Abgabenertragsanteile insgesamt der Bund mehr für sich vereinnahmt, das heißt der Bundesanteil mit 33,4 Prozent wesentlich stärker gestiegen ist als der Gemeindeteil mit 20,9 oder der Länderanteil mit 18,6 Prozent. Sehr wichtig, glaube ich, für die Gemeinden ist es, wie man budgetmäßig hier zu Rande kommt oder zurecht kommt. Und wenn der Herr Klubobmann Sacher, und ich kann dem überhaupt nichts abgewinnen,

sondern ich muss hier sehr klar widersprechen, wenn er meint, dass für den Güterwegebau hier Einsparungen getroffen werden können, um hier anderwärtig vielleicht Löcher zu stopfen oder ähnliches. Dann muss hier klar festgestellt werden, die Gemeindestraßen und die Güterwege sind ein wichtiges Netz der Infrastruktur für den ländlichen Raum, sind wichtige und wertvolle Lebensadern. Und wenn Herr Klubobmann es nicht der Mühe wert findet, hier mit dabei zu sein, dann glaube ich, geht es darum, dass wir hier Vorsorge treffen müssen, um diese Infrastruktur in den ländlichen Gebieten auch zu erhalten. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Keusch: Das musst du dem Herrn Landesrat sagen!)*

Beim Gesamtsteueraufkommen der Gemeinden ist es so, dass zwar in den letzten fünf Jahren der Anteil oder der Betrag von 14,2 auf 16,3 Milliarden Schilling in fünf Jahren, also um 2,1 Milliarden gestiegen ist. Aber die Entwicklung der Ertragsanteile nur von 8,6 auf 10,2 Milliarden, also um 1,6 Milliarden Schilling. Das heißt, hier wird deutlich gemacht, dass Steuerleistungen des Bürgers verstärkt beim Bund bleiben und weniger den Gemeinden zur Verfügung stehen.

Es wurde vom Vorredner in der Generaldebatte auch schon angesprochen, dass gerade im Zusammenhang mit der Gemeindefinanzierung die Gemeinden mit dem Getränkesteuerentfall hier bei den Ersatzlösungen auf mehrere hundert Millionen Schilling verzichten mussten. Und dass es damit schwieriger werden wird, dass die Gemeinden Aufgaben, wie zum Beispiel Wirtschaftsförderung, Förderung zur Betriebsansiedlung und ähnliches mehr, wo die Gemeinde als Impulsgeber auftreten kann durchführen. Da hier weniger Geld alleine aus diesem Faktor von bisherigen Gemeindeeinnahmen der Gemeinde zur Verfügung steht.

Ich möchte auch anführen, dass gerade die Frage der Anzeigenabgabe noch offen ist und es hier nicht passieren darf, dass wieder einige hundert Millionen Schilling den Gemeinden Richtung Bund weggesteuert werden. Und der wesentlichste Punkt im Zusammenhang mit der Gemeindefinanzierung ist eben der bevorstehende Finanzausgleich, wofür die Verhandlungen und die Vorbereitungen dazu ja bereits laufen. Und, geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses, der Finanzausgleich gleicht wenig aus. Ja ganz im Gegenteil! Der Finanzausgleich ist nicht dazu da oder nicht mehr dazu da, um Benachteiligungen auszugleichen, wie es etwa nach dem Krieg durchaus richtig war, den zerbombten Städten hier zusätzlich Geld zur Verfügung zu stellen. Man hat hier einen entsprechenden Bevölkerungsschlüssel geschaf-

fen, um den Wiederaufbau zu bewerkstelligen. Jetzt müsste die Anforderung an den Finanzausgleich ganz klar in jene Richtung gehen, dass man von dieser Stufenregelung wekommt und eine gerechte Pro-Kopf-Lösung einführt. Nämlich damit begründet, dass vor allem in den ländlichen Gemeinden, in einer dünneren Siedlungsstruktur wesentliche Aufgaben von den Gemeinden zu finanzieren sind. Da ja die Erschließungskosten von Grundstückspartellen und ähnlichem mehr, Kanalbauten, Wasserleitungsbauten, Ortsbeleuchtungsbauten, ja auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, wesentlich höher sind.

Es ergeht daher die Forderung an die Finanzausgleichspartner, hier klarzustellen, dass diesem Unrecht Einhalt geboten werden muss und dass hier eine klare Lösung kommt. Nämlich dahingehend, dass zunächst einmal in dem wesentlichen Punkt der Verteilung der Steuereinnahmen es zu mehr Gerechtigkeit kommt. Dass als zweites vor allem im Zusammenhang mit den Transferzahlungen hier verstärkt die Direktfinanzierung der Gemeinden erfolgt. Man könnte hier durchaus einiges seitens des Transfers Richtung Ersatzzahlung für die Gemeinden umschichten. Und ich glaube, dass als ein wesentlicher Punkt auch bis hin zur Frage der Mitfinanzierung der Europäischen Union ebenfalls dieser Ausgleich geschaffen werden muss. Den Fragen mit dem Finanzausgleich, vor allem in Richtung einer starken Agrarquote, die berücksichtigt werden muss, oder Niederösterreich als attraktiver Wohnsitz für viele, die vielleicht in Wien beruflich tätig sind, ihren Alterswohnsitz aber in Niederösterreich haben, das alles sind Aufgaben, die die Gemeinden zu bewältigen haben. Und die man durchaus bei einer Umverteilung hier zu berücksichtigen hat.

Ich meine, dass die Finanzierung der Gemeinden natürlich sehr stark davon abhängt, wie dieses Ergebnis der Finanzausgleichsverhandlungen nun tatsächlich vonstatten geht. Denn wir wissen, dass die Finanzierung der Gemeinden etwa zu zwei Dritteln auf den gemeinschaftlichen Bundesabgaben beruht. Weil ja der Bund sehr mächtig ist und hier die Steuerkompetenz an sich inne hat. Und er ja entscheiden kann, wie die rechtliche Voraussetzung zur eigenen Schaffung von Gesetzen und von Steuern und Abgaben damit im Zusammenhang gegeben ist. Und die Gemeinden können nur etwa ein Drittel aus eigenem Gemeindeaufkommen oder Gemeindesteuern hier bestreiten.

Wenn man sich anschaut, dass im Finanzausgleichsgesetz festgelegt ist, wieviel die Länder einmal insgesamt bekommen und innerhalb der Länder auch dieser Aufteilungsschlüssel geregelt ist,

dann hat Niederösterreich von den Ertragsanteilen der Länder eine unterdurchschnittliche Dotierung. Auf die Kopfquote umgerechnet liegen wir in Niederösterreich mit 10.800,- Schilling wesentlich unter dem Durchschnitt der Länder insgesamt.

Zum Zweiten besteht aber auch die Frage der Verteilung der Gemeindemittel. Nicht nur der Landesmittel, sondern der Gemeindemittel. Und hier liegt Niederösterreich ebenfalls unter dem Durchschnitt. Wenn wir zum Beispiel laut Statistischem Zentralamt in einer Auflistung im Jahre 1998 in Niederösterreich unter dem Durchschnitt eine Kopfquote für die Gemeinden hatten von 1.260,- Schilling unter dem Schnitt und Wien mit nahezu 3.000,- Schilling über dem Durchschnitt, dann wird hier sehr deutlich, wie ungleichgewichtig die derzeitige Ausgleichsmaßnahme oder der Finanzausgleich ist, der, wie gesagt, ich möchte es nochmals festhalten, für die ländlichen Gebiete nicht als Ausgleich, sondern als Benachteiligung fungiert. Und diese Aufgabe des Ausgleiches wahrzunehmen, das ist hier einzufordern.

Die Gemeinden haben in der Vergangenheit sehr sehr viel investiert. Insbesondere in Abwasserbeseitigung, in Umwelthanlagen und ähnliches mehr. Ich bedaure, dass im Rahmen der Bedarfszuweisungsmittel hier im Budget 2001 eine Reduzierung vorgesehen ist. Denn wenn die Gesamtmittel von 1,6 Milliarden auf etwa 1,5 Milliarden um 100 Millionen Schilling reduziert werden, dann heißt es, dass insbesondere im Bereich der Bedarfszuweisungsmittel 3 den Gemeinden für Projekte weniger zur Verfügung stehen werden. Ich hoffe, dass durch andere alternative Maßnahmen im Laufe des Jahres, durch entsprechende Unterstützung seitens ECO-PLUS und ähnlichem mehr hier in der Region entsprechende Projekte gefördert werden können. Und wir haben erstmals die Situation, nämlich das große Problem, dass die Gemeinden es schwieriger haben, Dinge zu finanzieren. Das wird dadurch zum Ausdruck gebracht, dass erstmals die Investitionssumme in den außerordentlichen Haushalten rückläufig ist. Ich weiß schon, man muss hier gerechterweise dazu sagen, dass darüber hinaus natürlich die Leasingfinanzierung zu Buche schlägt und in den letzten Jahren immer mehr auf Leasingfinanzierung umgestellt wurde. Und dass hier vor allem im Zusammenhang mit dieser Leasingfinanzierung die Gesamtbelastung oder die Leasingverpflichtung in fünf Jahren von 180 auf über 326 Millionen Schilling angewachsen ist. Hier wird also sehr deutlich, dass bei diesen Summen die Leasingverpflichtung zwar nicht zu den direkten Gemeindeforderungen zählt, auch nicht nach den Maastricht-Kriterien, sehr wohl aber die Gemeindehaushalte nachhaltig belastet.

Ich meine daher abschließend, dass es notwendig ist, durchaus durch eine intensivere Zusammenarbeit in den Regionen draußen – Kleinregionenkonzept und vieles könnte man hier anführen – dass hier die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Gemeinden auch finanziell entsprechend ausgestattet sind. Denn die Gemeinden leisten Großartiges für unsere Bürger, in unserem Staat. Die Gemeinden sind auch uns vom Land Niederösterreich ein wichtiger Partner. Und ich bin davon überzeugt, dass die Gemeinden auch in Zukunft ihre Leistung für die Bürger effizient, sparsam und leistungsorientiert erbringen werden. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hrubesch. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Abg. HRUBESCH (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Gegenüber dem Voranschlag 2000 erhöhen sich die Ausgaben der Gruppe 0, Vertretungskörper, allgemeine Verwaltung um 600 Millionen Schilling. Das ist prozentuell die höchste Steigerung aller Gruppen. Wobei alleine der Budgetposten Informationstechnologie und Telekommunikation ein Mehr von 200 Millionen Schilling aufweist. Aber Niederösterreich möchte eine moderne Verwaltung haben und so sind diese Budgetposten dementsprechend veranschlagt.

Selbstverständlich begrüße ich es auch, dass diese Maßnahmen gesetzt werden, findet doch auf Grund der rasanten Entwicklung im Bereich der modernen Verwaltung auch ein stark geprägter gesellschaftlicher Wandel zur sogenannten Informationsgesellschaft statt. Die Informations- und Kommunikationstechnologien entwickeln sich dabei immer mehr zu treibenden Kräften von Wirtschaft und Gesellschaft und tragen daher entscheidend zur regionalen Standortsicherung bei.

Mit diesen hohen Ausgabekosten sind unter anderem verbunden – und das ist auch von Vorrednern schon erwähnt worden – Dienstleistungen auf dem Großrechner-Sektor, Umstellung auf ein neues LAKIS-System, Kosten der Umstellung der Systeme auf den Euro. Weiters werden die Bezirkshauptmannschaften mit Kommunikationstechnik ausgerüstet auf den Stand des NÖ Landhauses. Des weiteren erlauben die Kosten für Anlagen der Sprach- und Datenkommunikation einen sogenannten Mehraufwand von 200 Millionen Schilling.

Hohes Haus! Im Bereich der Regionalmanagements werden die Ausgaben erstmals zusammengeführt. Hier steht nun ein Betrag von 12,1 Millionen Schilling zur Verfügung. Das erste Regionalmanagement, meine Damen und Herren, wurde vor 20 Jahren im Waldviertel installiert. Im Mittelpunkt standen Aktivierung und Entwicklung innovativer Projekte. Mittlerweile sind landesweit fünf Regionalmanagements mit einer breiten Palette von Aufgaben, insbesondere im Bereich der EU-Regionalpolitik im Einsatz. Im Juli 1999 wurde das Konzept „Niederösterreichisches Regionalmanagement 2000 Plus“ präsentiert. Zu den zentralen Fragen wie Leitbild und Identität, Kernleistungen, Vernetzung mit anderen regionalen Dienstleistungen, Finanzierung und Gebietsabgrenzungen konnten gemeinsame Positionen definiert und strategische Empfehlungen formuliert werden. Sie kennen sicher alle diesen Bericht. Auf Grund dieser Empfehlung möchte ich diesen folgenden Resolutionsantrag zur Gruppe 0 des Voranschlages stellen und zwar *(liest:)*

„Resolutionsantrag

des Abgeordneten Hrubesch zur Gruppe 0 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, Ltg. 478/V-8, betreffend Gründung eines Regionalmanagements NÖ Zentralraum.

Das Regionalmanagement Niederösterreich sollte in allen Regionen Niederösterreichs, sozusagen flächendeckend angeboten werden. Je nach Regionstyp hat das jeweilige Regionalmanagement unterschiedliche Schwerpunkte zu setzen: In den eher peripheren Regionen wird die Aktivierung und Entwicklung von starken regionalen Projekten und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein starkes Gewicht haben. In den ökonomisch besser entwickelten Regionen wird die Vernetzung und Kooperation von Unternehmen und anderen relevanten Entwicklungsträgern deutlich an Gewicht gewinnen. In den Ballungsräumen im Nahbereich der großen Städte und entlang der zentralen Verkehrs- und Kommunikationsachsen wird die Hauptaufgabe des Regionalmanagements in der Koordination der Kommunen und in der Moderation des regionalen Abstimmungsprozesses für eine sozial- und umweltverträgliche Entwicklung der Regionen liegen. Jedenfalls bietet Regionalmanagement als eine zukunftsorientierte Form der serviceorientierten Wissensinfrastruktur einen wichtigen Beitrag zu einer regional und thematisch koordinierten Regionalentwicklung.

Mittlerweile sind landesweit fünf Regionalmanagements mit einer breiten Palette von Aufgaben

insbesondere im Bereich der EU-Regionalpolitik im Einsatz.

Der Gefertigte stellt daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung ein Regionalmanagement ‚NÖ Zentralraum‘ zu installieren.“

Ich denke, dass hier auch für die Zukunft für den Zentralraum etwas Positives gemacht wird. Bezüglich der finanziellen Mittel von 12,1 Millionen Schilling muss man schauen, ob man eine Umschichtung vornimmt bzw. ob man nicht von den Agrarmanagements im Industrieviertel, wo ja 1,8 Millionen Schilling budgetiert sind, ob man die nicht hier einfließen lassen kann für diesen Zentralraum.

Soweit einmal zu diesen Regionalmanagements. Dann wollte ich noch eingehen auf meine Wortmeldung, meine Damen und Herren, vom vergangenen Jahr. Hier ging es in meinem Debattenbeitrag um die Erhöhung der Bezüge des Landtages, die Erhöhung der Parteienförderung, die Erhöhung für Tätigkeiten der Landtagsklubs. Insgesamt wurden im Jahr 2000 für diese drei Positionen S 343,481.000,- budgetiert. Ein Mehr von 10 Millionen ist das seinerzeit gewesen. Ein von mir gestellter Resolutionsantrag, dass die Bezüge auf den Stand von 1999 eingefroren werden, wurde abgelehnt. Nun habe ich mir den Voranschlag für das Jahr 2001 angeschaut. Und siehe da, vielleicht war das ausschlaggebend, dass ich vergangenes Jahr einen Resolutionsantrag gestellt habe, dass die Erhöhung der Bezüge des Landtages, die Förderung des Landtagsklubs und die Parteienförderung im Voranschlag 2001 lediglich unter Anführungszeichen „nur“ um 1,431.000,- Schilling - trotz allem noch immer hohe Kosten - auf 344,915.000,- Schilling angepasst werden. *(Abg. Nowohradsky: Habt ihr im Klub kein Geld?)*

Schon. Demokratie, sie soll etwas kosten. Aber ich glaube, wenn man die Bezüge des Landtages, Repräsentationskosten, Klubkosten und Parteienförderung in Niederösterreich mit 344 Millionen Schilling fördert, ist es allemal genug. *(Abg. Nowohradsky: Mir gefällt das „nur“: Nach außen hin so und dann anders!)*

Nein, warum? Du wirst das jedes Jahr von mir hören. Ich bin sofort bereit, zu sagen, frieren wir die Bezüge ein. Ich habe nichts dagegen. Und ich glaube, wenn wir die Parteienförderung und die Klubförderung hernehmen, dann kann man das machen. *(Abg. Nowohradsky: Mir macht es auch nichts! Nur euer Klub wird ein Problem bekommen!)* Das glaube ich nicht, lieber Freund!

Wie gesagt, das ist der eine positive Effekt. Trotzdem musste ich feststellen, dass im Voranschlag 2001 für die Repräsentationsausgaben der Landesregierung dem Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll für Spenden, Trinkgelder, Blumenspenden usw. ein Betrag von 10,7 Millionen zur Verfügung gestellt wird. Das ist ein Mehr von einer Million Schilling. Weitere 7,5 Millionen Schilling werden im kommenden Jahr für Ehrungen und Auszeichnungen zur Verfügung gestellt. Hier meine ich auch, mit dieser Steigerung von über 10 Prozent der Repräsentationsausgaben, damit kann ich mich persönlich nicht anfreunden und stelle deshalb, so wie im vergangenen Jahr, einen Abänderungsantrag zur Gruppe 0 (*liest:*)

„Abänderungsantrag

des Abgeordneten Hrubesch zur Gruppe 0 des Voranrages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, Ltg. 478/V-8.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Ansatz 01100 Landesregierung, Repräsentation Position Ausgaben Voranschlag 2001 lautet: ATS 5.000.000,-.

Der Ansatz 01200 Landesregierung, Ehrungen und Auszeichnungen Position Ausgaben Voranschlag 2001 lautet: ATS 5.000.000,-.“

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich würde Sie bitten, bei der Abstimmung meinen soeben gestellten Abänderungsantrag aber auch den Resolutionsantrag zur Schaffung betreffend eines Regionalmanagements NÖ Zentralraum zu unterstützen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Riedl.

Abg. Mag. RIEDL (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Landesrat! Hohes Haus!

Die Budgetdebatte soll auch Gelegenheit geben, über Subsidiarität, über freie Beschlussrechte der Kommunen, ganz einfach über kommunale Selbstverwaltung Gedanken anmerken zu dürfen. Die lokale Politik ist zweifelsohne auch jene, die der Bürger in der Rahmgestaltung am „hautnahsten“ spürt. Und die Bürgermeister im Haus wissen es. Auch dann, wenn man falsch liegt, spürt man es sozusagen als lokaler Politiker umgehend. Das heißt, diese Empfindsamkeit, diese Erfahrung in der Durchsetzbarkeit der einzelnen Beschlussfassungen, die ist ursächlich. Und die ist in der deutlichen Gestaltungsmöglichkeit auf dieser Ebene ganz

einfach die Basis für die weitergehenden Formen. Subsidiarität heißt in diesem Sinn, da stimme ich mit dem Landesrat Mag. Sobotka überein, wenn ich das auch für die Gemeinden sagen darf, sie stützt sich auf Entscheidungen in jener angemessenen Stelle, die die größtmögliche Bürgernähe zulässt. Und sie soll das Grundprinzip dieses Handelns aller politischer Mandatare sein. Und gleichzeitig meine ich, sollte man in diesem Zusammenhang auch anmerken, dass damit verbunden die Empfindsamkeit für gutes Regieren, wenn ich das so sagen darf, auf allen Ebenen möglich gemacht wird. Sei es auf Landesebene, auf Bundesebene oder vielleicht sogar auf europäischer Ebene.

Dieses gute Regieren setzt auch voraus, dass die Politik die Kommunen wirklich fördert. Und zwar in der Weise fördert, dass sie klar und deutlich zum Ausdruck bringt: Dezentralisierung, klare Zuständigkeiten, Garantien für und Stärkung der Kommunen in finanzpolitischer Hinsicht, aber auch in verwaltungspolitischer Hinsicht. Und ich stehe hier noch ganz im Eindruck des europäischen Gemeindetages. Hier ist klar und deutlich zum Ausdruck gekommen, dass neben der Charta der Grundrechte eine Charta der kommunalen Selbstverwaltung keine leere Hülse ist. Sie ist erstens einmal mit der Charta der Grundrechte die einzige Voraussetzung, die jedes Mitglied, das aufgenommen werden möchte im Europarat zu unterfertigen hat, zu ratifizieren hat. Sie ist gleichzeitig sozusagen seit 1985 oder genauer genommen seit 1996 eine einzige Erfolgsstory. Weil mittlerweile in der Charta der Grundrechte ein Verweis auf die Charta der kommunalen Selbstverwaltung dokumentiert wird. Und weil erstmalig der Gerichtshof sich darauf hin äußert, dass nicht nur die Grundrechte einklagbar werden sollen oder einklagbar sind, sondern auch die Charta der kommunalen Selbstverwaltung klagbarer Titel für alle Regionen, alle Nationen sein sollte.

Das heißt also, der Europäische Gerichtshof hat zum Ausdruck gebracht, dass er sich eine Kammer in der Institution zur Bekämpfung und zur Beschlussfassung für die Grundrechte, für diese kommunale Selbstverwaltung vorstellen könnte. Und damit ist etwa dokumentiert, dass nicht nur die neuen, modernen Demokratien der Reformländer gemeint sind, sondern auch ein deutliches Augenmerk auf die, sage ich einmal, hochentwickelten Demokratien im guten alten Europa gemeint ist. Ich meine damit auch, dass man sehr wohl ganz entschlossen allen Versuchen entgegenzutreten hat, die die Verwaltung oder auch die Finanzierung in den Gebietskörperschaften erneut durch Tendenzen einer zentraleren Aufgabenstellung unterlaufen.

Und noch etwas war bemerkenswert: Bemerkenswert war, dass man plötzlich auch von Bürgerrechten spricht, nicht nur von Bürgerpflichten. Diese Notwendigkeit bezüglich der Bürgerrechte erkennt man vielleicht auch ein bisschen im Ansatz innerstaatlich. Schwache Wahlbeteiligungen machen durchaus deutlich, dass die Demokratie sich in einer Krise befinden könnte. Und als gewählte Mandatsträger haben wir die Aufgabe, eine echte Partizipation zu fördern, das heißt also, diesen sozialen Zusammenhalt zu wahren und zu stärken. Es reicht einfach nicht aus, dass wir Dienstleistungen von hoher Güte anbieten. Worauf es ankommt ist die Frage, wie können die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften diese Dienstleistungen in einer Weise anbieten, die es möglich macht, die Bürger an der Auswahl, der Bestimmung des Niveaus und der Art der Dienstleistung teilhaben zu lassen.

Und da wagt sich plötzlich eine politische Institution an die Formulierung einer Charta von Bürgerpflichten. Es ist dann nicht ganz unverständlich, wenn man doch auch erkennen muss, dass diese Aufgabenstellung bisher die Religionsgemeinschaften übernommen hatten. Und dass die schwindende Autorität der kirchlichen Gemeinschaften ganz plötzlich ein Vakuum entstehen lässt, in dem eine gemeinschaftlich orientierte und auf Subsidiarität beziehende Gemeinschaft ganz einfach eine Antwort finden muss. Ganz einfach auch nachdenken muss, wie sind diese Bürgerrechte im Zusammenhang mit den Bürgerpflichten zu verstehen.

Das heißt also, es wird nicht nur in Österreich und nicht nur hier in Niederösterreich, sondern in ganz Europa diskutiert über die moralischen und ethischen Pflichten, wie das Zusammenleben der Bürger in unseren Gemeinschaften, in welchem Rahmen dieses Zusammenleben organisiert werden kann.

Diese autonome Selbstverwaltung, von der ich hier spreche, muss auch finanzierbar und leistbar sein. Und daher, haben wir schon gehört, geht es auch um die Erhaltung der Finanzkraft. Und diese Erhaltung der Finanzkraft ist aus meiner Sicht auch zweiteilig. Einmal meinen wir da in der Regel eine bestimmte Menge Geld, die wir alle in Zukunft auch erhalten möchten in dem Ausmaß, wie es bisher zugeflossen ist. Da kann man sehr deutliche Signale erkennen, dass hier manche das unterlaufen wollen. Ich denke da an die Mitfinanzierung von Steuerreform, ich denke hier an Budgetkonsolidierung. Wir wissen schon, dass die Budgetkonsolidierung nicht an einer Gebietskörperschaft hängen bleiben kann. Wir wissen aber auch, dass irgendwann – und auch das ist heute schon gesagt wor-

den – mit Schulden machen Schluss sein muss. Und dass wir daher diesen Berg irgendwann auch abzutragen haben. Und wir werden gemessen werden an den Aufgaben, wie wir uns diesem Abbau und dieser Korrektur stellen werden. Dass das also im Zuge der derzeitigen Diskussion nicht ganz einfach ist und dass hier de facto immer mehr Aufgaben von einer Gebietskörperschaft auf die andere übertragen werden, das haben wir heute auch bereits zur Kenntnis nehmen müssen, wenn wir über das heurige Budget für 2001 diskutieren.

Und da kommt der zweite Ansatz, die Regelkompetenz und die Kompetenzverschiebungen. Also die Ausführungspflichten, die die nachrangigen Gebietskörperschaften haben auf Grund von Kompetenzlagen anderer Gebietskörperschaften. Die sind noch viel schlimmer, weil sie nicht ganz so deutlich sofort erkennbar sind. Ich denke da an Verordnungen wie die Deponieverordnung, Wasserrechtsgesetznovelle etc. Und eines darf ich an dieser Stelle auch sehr deutlich anmerken: Wenn wir heuer im Zuge der beginnenden Finanzausgleichsverhandlungen diese Grundsätze einbringen, auch als Gemeinden an den Bund und an die Länder einbringen, so wird eines auch immer deutlicher: In Niederösterreich haben wir einen ersten Schritt zumindest im Zusammenleben des Landes mit den Gemeinden schon sehr weit getan. Alle anderen Bundesländer diskutieren über die Abschaffung der Landesumlage. Niederösterreich hat das vor Jahren in vorbildlicher Weise schon erledigt. (*Abg. Mag. Fasan: Aber nicht aus Weitblick der ÖVPI!*)

Wenn der Klubobmann Sacher vorhin gemeint hat, dass wir der gemeinsamen Unterstützung gegen die Vorgaben des Bundes bei den Finanzausgleichsverhandlungen sicher sein dürfen, so freue ich mich auch, wenn das Gültigkeit hat für die Verteilung der Bundesertragsanteile nach der Bevölkerungszahl. Weil hier scheiden sich sehr häufig die Geister. Wir wissen, dass im Wesentlichen diese Unterschiede je nach der Degression zwischen zwei Milliarden bis zu – sage ich jetzt einmal vom billigsten Ansatz her – 500 Millionen jeweils die Bundeshauptstadt gegen den Rest der Nation sozusagen, wenn ich das so sagen darf, treffen würden. Und wir glauben, dass diese Kompetenzverschiebungen es ganz einfach notwendig machen, und der Kollege Moser hat es auch ausgeführt, dass diese Aufgaben die Kommunen übernehmen. Der Bürger wünscht ganz einfach, dass die Kommunen die Basisinfrastruktur zur Verfügung stellen. Diese Basisinfrastruktur ist die existenzielle Absicherung jedes Einzelnen. Und der Bürger hat überhaupt kein Verständnis, dass hier Ungleichgewichte vorhanden sind. Also diese Anspruchsgleichwertig-

keit des Einzelnen, egal, ob er in einer urbanen Welt lebt oder in einem ländlichen Raum, egal wie weit entfernt von der Gunstlage. Er hat ganz einfach jenes Verständnis, dass hier diese Ausgewogenheit zu gestalten ist. Und ich darf daher erinnern, dass es dafür genügend Argumente gäbe um diese Ausgewogenheit unter den derzeitigen Gesichtspunkten, unter den derzeitigen Aufgabenstellungen, anders zu gewichten, nämlich genau ins Gegenteil umzudrehen.

Diese freien Beschlussrechte, die ich eingangs gemeint habe, sie sind daher im besonderen Maße zu erhalten. Und mich wundert ganz einfach eines: Wir haben ein Thema unter den freien Beschlussrechten eingebracht. In dem Zusammenhang darf ich die Gebrauchsabgabe erwähnen. Ein Bundesland, das am weitesten sozusagen in der Internationalisierung und in der Liberalisierung ihrer EVUs vorangeschritten ist, hat die größten Bedenken, dass hier ein freies Beschlussrecht eingeräumt wird. Ich denke in diesem Zusammenhang an die Steiermark. Daher darf ich also auch namens der Gemeindevertreter der ÖVP ankündigen, wir glauben, dass diese freien Beschlussrechte ausgeweitet werden müssen. Wir glauben auch, dass wir selbst einen Beitrag dazu leisten können, um moderner und effizienter zu wirken. Und wir werden daher auch eine Initiative starten und den Landtag ersuchen, auch einen Beitrag zur Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung zu beschließen unsere sogenannten Bagatelsteuern ohne die Finanzkraft auszuhöhlen aber doch moderner zu gestalten. Von der Lustbarkeit bis zu den Hunden gäbe es genügend Spielraum, das neu zu formulieren, zu organisieren, eingesetzt zu fassen. Die Tatbestände zu bereinigen, verständlichere Formulierungen zu finden. Um ganz einfach diesen Standort, diese Standortqualität Niederösterreichs zu verbessern. Und gleichzeitig aber darauf zu achten, dass die finanzielle Kraft der NÖ Gemeinden und Kommunen nicht ausgehöhlt wird. Denn die brauchen wir auch um ein Zweites möglich zu machen. Nämlich, um die Entwicklung und die Entwicklungschancen zu finanzieren.

Die Bürger sind meines Erachtens noch nicht vollständig auf die moderne Informationsgesellschaft vorbereitet. Und wir erkennen jetzt schon, dass diese auch besondere Gefahren in sich birgt. Besondere Gefahren für neue sozio-ökonomische Abspaltungen. Das heißt für unterschiedliche Entwicklungsmaßstäbe in den Regionen mit und ohne entsprechender technischer Voraussetzung.

Was wir also hier dringend notwendig haben, um die Anforderungen der Zukunft bewältigen zu können im ländlichen Raum, heißt ganz einfach, wir

brauchen auch die finanziellen Mittel. Wir brauchen nicht nur die finanziellen Mittel um die Basisinfrastruktur herzustellen, sondern auch um die entsprechende Effizienz in der Umsetzung der modernen Entwicklung unserer Regionen zu gewährleisten. In diesem Sinn darf ich diesen Debattenbeitrag zur Finanzierung, zur Budgetkonsolidierung verstanden wissen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne)*: Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren!

In dieser Gruppe 0 soll man angeblich den Sparwillen ablesen können. Und Klubobmann Mag. Schneeberger hat vorher gesagt, ein Sparmoment ist dann gegeben, wenn es mehr Einnahmen als Ausgaben gibt. Und er hat dieses Sparmoment im Budget gesehen. Vielleicht kann er mir ja irgendwann noch helfen, auch zu sehen, wo dieses Budget 2001 mehr Einnahmen ausweist als es Ausgaben vorsieht.

Das, was bereits angeklungen ist in der Generaldebatte ist hier eines der Hauptthemen in Gruppe 0, sind die gestiegenen Verwaltungskosten. Ich werde sie nicht mehr umfassend darstellen, ich gehe nur auf zwei Punkte ein.

Es ist mir nicht nachvollziehbar, warum die Repräsentationskosten der Landesregierung schon wieder steigen. Offensichtlich braucht man da pro Jahr um eine Million mehr für Repräsentation. Und das ist in keinem Verhältnis mit anderen Positionen dieses Budgets. Der Hauptkritikpunkt in dieser Gruppe 0 bei den Ausgaben ist allerdings das, was wir in den fast Verdoppelungen der beiden Posten Informationstechnologie und Telekommunikation wiederfinden. Das ist ein dramatischer Anstieg in einem längerfristigen Projekt, das offensichtlich am Anfang fehlkalkuliert oder fehlbudgetiert war oder aber mit unerwarteten Kostenexplosionen hier sich konfrontiert sieht. Wir haben ja schon einmal einen gehörigen Brocken Nachtragsfinanzierung für den gesamten EDV-Bereich im Landtag genehmigen müssen. Es ist jetzt hier wieder ein Riesenbrocken da. Und es gibt wenig Erläuterung, wofür dieses Geld eingesetzt wird.

Das, was hier mein Vorredner gerade gesagt hat, dass die Bürger in diesem Lande der neuen Technologie noch nicht entsprechend gerüstet sind, muss man offensichtlich eher für die Verwaltung sagen. Wenn diese Brocken irgend etwas darüber aussagen über die Größe des Nachholbedarfs, der hier gegeben ist. Das, was mich ein bisschen be-

denklich stimmt, ist, dass ja hier auch das LAKIS mit budgetiert ist, mit dem wir hier alle ja leidvolle Erfahrungen selber haben. Und wo ich sage, die Kosten und vor allem die Kostenüberschreitungen, die im LAKIS vorhanden waren bei sinkenden Hardware-Kosten - das muss man ja auch einmal zustande kriegen - und die Leistung des Systems, die Effizienz des Systems in wirklich keinen Vergleich zu setzen. Wenn man dann noch budgetieren würde, wie viel Arbeitszeit, seien es Betroffene, seien es Mandatare, wer immer, die von einem Versagen, einem der häufigen Versagen des LAKIS-Systems betroffen sind, was das an Arbeitsstunden kostet plus Arbeitszeit für die Systembetreuer, die im Regelfall, glaube ich, den ganzen Tag fast schon rotieren, weil an jeder Ecke wieder irgendein Teil zusammenbricht, dann käme man sicher noch einmal auf einen ordentlichen Brocken zusätzlich. Das heißt, hier gibt es einen Riesenschub an Geld. Ich hoffe, dass zumindest die Effizienz und die Nutzerorientiertheit des Systems einigermaßen in vertretbarem Rahmen ist.

Nun zum Bereich, der von meinem Vorredner ausführlich gewürdigt wurde, der Gemeinden, dann die autonome Selbstverwaltung, Föderalismus, die Bürgerrechte und wie die Schlagworte alle heißen. Ich frage mich ehrlich gestanden, an die noch anwesenden Vertreter der ÖVP gerichtet, wo waren Sie denn, die Sie jetzt alle die Rechte und die Finanzkraft der Gemeinden beschwören in den Vorverhandlungen mit Landesrat Mag. Sobotka, dem die Gemeinden im Budget offensichtlich relativ wurscht waren?

Für die Ausfälle an Finanzkraft, die die Gemeinden erlitten haben durch die mehr als verschleppte Regelung in der Getränkesteuer, für diese Ausfälle gibt es keinerlei Kompensationen. Ganz im Gegenteil! So, wie das ausschaut und so wie ich auch jüngste Aussagen von Finanzminister Grasser lese, werden nicht nur die Länder, sondern auch die Gemeinden sich noch ordentlich anstrengen müssen, zur Bundesbudgetpolitik beizutragen um die Maastricht-Ziele zu erreichen. Das heißt, der Spielraum der Gemeinden wird immer kleiner. Und ich weiß beim besten Willen nicht, wo der Optimismus etwa von Abgeordneten Mag. Riedl oder Abgeordneten Moser herrührt, die jetzt hier vor vollendeten Tatsachen noch immer darauf hinweisen, dass es doch wichtig ist, die Gemeinden zu bedenken. Sie sind nicht bedacht! Schauen wir der Tatsache ins Auge! *(Beifall bei den Grünen.)*

Detto zum Thema Bürgerrechte. Was soll ich denn halten von Parteivertretern, die hier Bürgerrechte groß beschwören und deren Parteikollegen auf Bundesebene gerade dabei sind, wichtige Bür-

gerrechte wieder zu beschneiden. Ich denke nur an Umweltverträglichkeitsprüfungen. Da gibt es Entwürfe, die vorsehen, dass Parteistellung absolut reduziert wird, dass die Bürger, die Anrainer oder Anrainerinnen eines Projektes zum Beispiel sind, ihre Rechte gleich wieder verlieren und nicht ausüben können. Und von Partizipation ist da weit und breit keine Spur zu sehen.

Eine kleine sprachliche Anmerkung: Das Wort „Bürgermeister“ ist ja auch nicht gerade unbedingt eines, das von einer offenen Umgangsweise mit den Bürgerinnen und Bürgern redet, oder von Partizipation, wenn die Bürger einen „Meister“ brauchen. Vielleicht könnte man, wenn man schon so viele Schritte der Verfassungsänderungen andenkt, einfach einmal über Namen auch nachdenken. Denn Sprache sagt etwas aus. *(Abg. Ing. Gansch: Der Bürgermeister ist der Knecht des Gemeinderates!)*

Sprache, wie gerade so manche Vertreter der FPÖ inzwischen gelernt haben sollten, ist nicht etwas Harmloses und man sollte sich schon gut überlegen, wie manche Dinge benannt sind. Aber es steht Ihnen frei, diese Anregung aufzugreifen oder nicht. Und welches Selbstverständnis Sie damit auch transportieren wollen. Ich unterstelle Ihnen ja nicht unbedingt, dass das Selbstverständnis jenes ist, dass Sie sich zum Meister der Bürger aufspielen wollen. *(Unruhe bei Abg. Hiller.)* Ja, wenn Ihnen die Bürgerrechte kein Problem sind, Herr Abgeordneter Hiller, ist das Ihre Entscheidung. Ich nehme es mit Partizipation und Bürgerrechten halt ein bisschen genauer.

Damit sind wir schon beim nächsten Punkt, der nämlich auch da hinein rührt. Bei der Raumordnung. Also ich finde es ja an sich, und ich habe es auch kurz gestreift, bemerkenswert, dass Finanzlandesrat Mag. Sobotka zumindest in manchen Bereichen großzügig ist und die Spenderhosen angehabt hat. Die Raumordnung kann sich jedenfalls über eine Erhöhung freuen. Und zwar gleich um 50 Prozent, von 20 auf 30 Millionen gestiegen. Ohne dass nachvollziehbar wäre, was mit dem Geld geschehen soll. Und obwohl das doch in einem gewissen Widerspruch steht, zur Politik, die die Raumordnungsabteilung und der zuständige Landesrat selbst betreibt. Nämlich zu sagen, wir wollen eigentlich mit der Raumordnung möglichst wenig selber noch zu tun haben, es sollen alles die Gemeinden und die Kleinregionen machen. Warum soll - salopp interpretiert - warum sollen wir uns prügeln lassen für Entscheidungen, die lokal unbeliebt sind? Wenn man eine solche Politik der Deregulierung betreibt in der Raumordnung. Wenn man versucht, Aufgaben vom Land auszulagern, an die

Gemeinden und die Kleinregionen, dann verstehe ich beim besten Willen nicht, warum das Land dafür dann auch noch mehr Geld braucht.

In der Materie der Raumordnung haben wir eine unerfreuliche Entwicklung in den letzten Jahren gesehen, die sich im Wesentlichen darauf beschränkt hat, gegebene Tatsachen nachzuvollziehen statt wie der gesetzliche Auftrag es wäre vorausschauend zu planen bzw. wirtschaftliche Interessen in jedem Fall besser zu bedienen als die Interessen der Bürgerinnen und Anrainer, die dort betroffen sind von Projekten. Ich erinnere nur an den inzwischen schon langjährigen Streitfall Ebreichsdorf und die Flächenumwidmung, die ja nicht zuletzt jetzt noch am selben Tag der Debatte, wo wir über den Pferdesportpark und einen Resolutionsantrag dazu hier eine Debatte hatten, eigentlich von Landesrat Mag. Sobotka bereits unterschrieben war. Diese Information hat er uns zu dem gegebenen Zeitpunkt lieber noch nicht gegeben.

Schließlich noch zum Thema Transparenz. Ich habe das in meinem Beitrag zur Generaldebatte angesprochen, dass ich die Transparenz des Budgets für eine noch nicht wirklich optimale halte, um es höflich zu formulieren. Und ich werde an einem Beispielfall vor allem jetzt erläutern, wie es in Detailbereichen aussieht. Unter Transparenz erwarte ich mir, dass man nachvollziehen kann, wofür in den einzelnen Bereichen die Gelder verwendet werden. Die Erläuterungen, die uns das Budget liefert, sind sowieso in den meisten Fällen nicht besonders erhellend.

Insbesondere dann, wenn die Erläuterung zum Budgetansatz oft nur aus Zitaten aus dem Gesetzestext selbst besteht, den die meisten von uns auch so vermutlich als Informationsquelle zugänglich hätten. Aber wenn es dann darum auch noch geht, dass man bestimmte Positionen nachvollziehen kann, halte ich hier einen unerfreulichen Kurs fest. Wir haben zum Beispiel die Regionalmanagements hier in Gruppe 0 bislang separat budgetiert. Daher konnte man einigermaßen korrekt zumindest nachvollziehen, dass das Waldviertel Management mehr Gelder lukriert als die anderen Regionalmanagements. Und man konnte auch nachvollziehen, dass es im Industrieviertel zwei Regionalmanagements gibt, im Unterschied zu einem in den anderen Landesvierteln. Man weiß zwar damit noch lange nicht, was die einzelnen Regionalmanagements tun. Aber zumindest diese Information hat man. Allerdings heuer das letzte Mal. Ab jetzt wird es zu einem Posten zusammengezogen, Regionalmanagements in Summe. Und damit bleibt ausgeblendet, ob die sich in etwa gleich entwickeln, ob es Überhänge an Aktivitäten und daher an Finan-

zierung beim einen gibt, während das bei den anderen vielleicht ein bisschen langsamer angeht oder dort an Aktivitäten mangeln lässt. Man kann nicht mehr nachvollziehen, ob das Industrieviertelmodell vielleicht Schule machen sollte und es künftig auch in anderen Landesteilen zwei Regionalmanagements jeweils geben soll. Dass der Proporzgedanke dahinter steht, ist wohl hinlänglich bekannt.

Das, was ich noch ein bisschen rätsle, ist, warum ausgerechnet das Industrieviertel auch noch ein eigenes Agrarmanagement hat, was die anderen Landesviertel nicht haben. Also welche personellen politischen oder inhaltlichen Überlegungen dahinter stehen. Transparenz ist damit jedenfalls nicht gegeben und wird in Zukunft sogar abgebaut statt aufgebaut.

Und schließlich ein Punkt, der in diesem Landtag selten angesprochen wird. Und daher möchte ich dazu auch gleich eine Resolution einbringen. Wenn es hier um Fragen des Personals geht, denke ich, ist auch zur Hälfte zumindest angesprochen, weibliches Personal im Landesdienst. Und wir sollten uns generell um die Frauenbeschäftigungsquote in Niederösterreich sowieso Sorgen machen. Österreich hinkt hinter vergleichbaren europäischen Staaten stark hinterher was die Frauenbeschäftigungsquote anlangt. Niederösterreich detto. Und wenn der Herr Finanzlandesrat heute schon diesen durchaus originellen Vorschlag aufgebracht hat, man könnte doch den Finanzausgleich koppeln an die Agrarquote, kann man mit gleichem Fug und Recht sagen, man kann ihn auch an andere Quoten koppeln. Zum Beispiel an die Frauenbeschäftigungsquote! Also die Logik dahinter ist mir eine noch zu erklärende! In jedem Fall glaube ich aber, dass die Frauenbeschäftigungsquote nicht nur als solche zu steigern wäre, sondern dass das Land selbst vorbildhaft gegenüber privaten Unternehmen und gegenüber der Bevölkerung agieren sollte. Und das, was man so gerne bekennt, auch ernsthaft umsetzt. Dass nämlich Frauen gleiche Chancen haben sollten, gleiche Möglichkeiten haben sollten, im Berufsleben voranzukommen und sich beruflich zu etablieren. Dem ist aber nicht so.

Wenn ich mir führende Positionen im Landesdienst anschau, etwa den Vergleich, wie viele Abteilungsleiter und Bezirkshauptmänner sind männlich und weiblich, kommen wir auf erschütternde zwei bis drei Prozent Frauenanteile. Von den Abteilungsleitern ist etwa in der Sozialhilfe gibt es eine Frau. Es gibt eine einzige Bezirkshauptfrau gegenüber 20 Bezirkshauptmännern. Also Gleichstellung, halbwegs gleiche Verteilung von Frauen

und Männern in allen Positionen ist damit bei weitem nicht gegeben. Und ich nehme einmal an, es schaut in Summe der Frauenanteile im Landesdienst nur deswegen so gut aus, weil auf der untersten Ebene im Sekretariatsbereich fast ausschließlich Frauen beschäftigt sind.

Dass das nicht nur eine leere Theorie oder eine leere Forderung ist, möchte ich an einem konkreten Beispielfall auch belegen. Was das nämlich auch konkret heißen kann. Dass es hier das mangelnde Bewusstsein gibt, dass auch in Führungspositionen Frauen die Hälfte des Anteils eigentlich inne haben sollten, so wie es ihrer Bevölkerungsververtretung ansteht. Bei der Bestellung im Landeschulinspektorium für den HAK und HASch-Bereich gab es einen Mann und eine Frau. Beide gleich qualifiziert, beide annähernd ähnlich von ihrem Werdegang. Das heißt, die Beurteilungsergebnisse einer Bewertergruppe nach Hearings war eindeutig, diese beiden sind als gleichwertig zu betrachten. Theoretisch würde jetzt das Gleichbehandlungsgesetz vorsehen, dass bei gleicher Qualifikation einer Frau der Vorrang gegeben wird. Da es sich hier nicht um eine Bestellung, sondern eine Betrauung dieser Funktion für eine vorübergehende Abwesenheit gehandelt hat, war der Landesschulratspräsident Stricker selbst entscheidungsberechtigt und nicht das Kollegium des Landesschulrates. Und es wurde der Mann betraut.

Jetzt hat die Frau natürlich die Möglichkeit, die ganze Mühle der Gleichbehandlungsbeschwerde einzuleiten und dagegen vorzugehen. Es wurde ihr ein provisorischer Leiterinnenposten woanders übertragen. Das heißt, man hat offensichtlich zumindest ein bisschen ein schlechtes Gewissen gehabt. Aber so schaut die Realität aus. In den Führungspositionen in Niederösterreich werden nach wie vor Männer bevorzugt. Und ich glaube, das ist ein Handlungsauftrag für das Land. Und möchte daher folgenden Resolutionsantrag einbringen (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan zum Verhandlungsgegenstand Ltg. 478/V-8, Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, betreffend Frauenanteil bei Beschäftigten im Landesdienst.

Die NÖ Landesregierung hat sich immer wieder zur Bedeutung der Frauenförderung und der Wichtigkeit von Frauen in Führungspositionen bekannt und Initiativen für die Gleichstellung von Frauen und Männern und den verbesserten Zugang von Frauen zu gehobenen Stellungen begrüßt. Die

Praxis im Landesdienst und der Frauenanteil in führenden Positionen der Landesverwaltung hinken den Absichten aber deutlich hinterher. So gibt es zum Beispiel nur eine einzige Frau an der Spitze einer Bezirkshauptmannschaft, allen anderen 20 stehen Männer vor. Insgesamt liegt der Anteil der Frauen an führenden Positionen im Landesdienst zwischen 2 und 3 %.

Wieweit Gleichstellungspolitik ernst genommen und der Beitrag von Frauen zur gesellschaftlichen Entwicklung und im Berufsleben ernst genommen wird, zeigt sich nicht zuletzt in der Personalpolitik des Landes selbst. Hier ist Aufholbedarf gegeben, um den eigenen politischen Erklärungen verstärkte Glaubwürdigkeit zu verleihen und sich dem europäischen Schnitt des Frauenanteils in führenden Verwaltungspositionen anzunähern.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- eine detaillierte Erhebung über die derzeitigen Frauen- bzw. Männeranteile in der unteren, mittleren und höheren Ebene des Landesdienstes durchzuführen und die Ergebnisse dem Landtag zur Kenntnis zu bringen,
- ein Programm zur aktiven Gleichstellungspolitik von Männern und Frauen im Landesdienst auszuarbeiten, das sich dem Ziel eines annähernd ausgewogenen Geschlechterverhältnisses auf den verschiedenen Ebenen des Landesdienstes verpflichtet,
- bei Neubestellungen bzw. Neueinstufungen und Beförderungen im Landesdienst nach dem Prinzip der ‚positiven Diskriminierung‘ vorzugehen und Frauen bei gleicher Qualifikation solange den Vorzug zu geben, bis der Frauenanteil auf der mittleren Ebene und in Führungspositionen des Landesdienstes nahe an die 50 % herankommt.“

Ich würde Sie sehr dringend ersuchen, dieser Resolution zuzustimmen. Weil ich denke, wir sollten nicht den Eindruck erwecken, dass Frauen in der politischen Debatte in Niederösterreich nur als Mütter vorkommen und nur unter der Überschrift Kinderbetreuung und Familienpolitik. (*Abg. Kurzreiter: Und dieses „nur“, das Sie gesagt haben, ist wieder bezeichnend für Sie!*)

Ja, ich habe gesagt „nur“, weil es daneben auch anderes gibt, Herr Abgeordneter Kurzreiter! Ich weiß ja nicht, ob Sie zustimmen oder nicht. Aber

Frauen sind nicht nur Mütter. Sie haben daneben auch andere Lebensbereiche. Genauso wie Männer nicht nur Väter sind, sondern daneben andere Lebensbereiche haben. Dem werden Sie ja wohl zustimmen!

Die Frage ist nur, sehen die Politiker dieses hohen Gremiums Frauen nur als Mütter und sehen sie nicht, dass sie auch andere Lebensbereiche haben und Bedürfnisse und Unterstützung brauchen? Daher dieser Resolutionsantrag, der die gläserne Decke für Frauen im Landesdienst zumindest, hoffe ich einmal, sichtbar macht für die Herren Kollegen und vielleicht für die Frauen, wenn Sie zustimmen, ein Stück weit entfernen helfen kann. *(Beifall bei LR Kranzl.)*

Ich hoffe jedenfalls auf Zustimmung. Wir werden ja sehen, ob ein männlich dominiertes Gremium – dafür können Sie als Anwesende jetzt nichts, sondern die, die die Listen erstellt haben ... *(Heftige Unruhe bei Abg. Haberler.)*

Nein, die Listenstellung, Herr Kollege! Das ist der kleine Unterschied! Bei uns wird auch gewählt, aber seltsamerweise kommt bei uns eine Parität heraus, wo bei Ihnen immer ein Männerüberhang rauskommt. Das ist der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Partei in einem kleinen Bereich der Frauenpolitik. *(Beifall bei Abg. Mag. Fasan.)*

In der Gruppe 0 stehen damit nicht nur viele Zahlen, sondern auch einige politische Schwerpunkte, die ich nicht überall für geglückt halte. Die eine oder andere Korrektur werden wir Ihnen mit unserer Resolution ermöglichen, falls Sie zumindest den inhaltlichen Zielen zustimmen. Im Übrigen bin ich der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Nowohradsky.

Abg. NOWOHRADSKY (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Thema ist der Bereich der Raumordnung. Ich möchte aber ein bisschen auch als angesprochener Bürgermeister replizieren.

Ich kann mich in den letzten 20 Jahren, in denen ich jetzt Bürgermeister bin, nicht erinnern oder habe noch nie den Vorwurf gehört, „Bürgermeister“ zu sein. Das ist ein historischer Begriff, der gewachsen ist und der in keinsten Weise von irgend jemandem angezweifelt wurde. Sondern das gilt als gegeben. Wenn Sie Vorschläge haben, können Sie ohne weiteres diese Vorschläge einbringen. Ob ein

solcher dann von der Bevölkerung akzeptiert wird, ist Ihr Problem. Vielleicht irgendwo könnten Sie als „Vorsitzende des Zentralkomitees“ oder in derartigen Richtung einen Begriff vorschlagen. Doch das bleibt Ihnen überlassen. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der FPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Bereich der Raumordnung möchte ich schon auf einige Dinge hinweisen, die nicht nur die jetztsituation darstellen, sondern auch die zukünftige Entwicklung, die Raumordnungsentwicklung in Niederösterreich auch berücksichtigen sollen. Und zwar die kleinräumige Gliederung Niederösterreichs in einem gesamten Konzept.

Wir sprechen immer wiederum – und das kommt uns sehr locker über die Lippen – vom „Europa der Regionen“. Wenn ich sage „Europa der Regionen“, dann heißt es meistens, naja, hier herrscht der Zentralismus, und als kleines Feigenblatt nehmen wir auf der anderen Seite noch ein bisschen „Europa der Regionen“, sodass das die Bevölkerung „unten“ irgendwo beruhigt. Ich glaube, dieses Wort „Europa der Regionen“ sollte kein Schlagwort sein, sondern hier sollten wirklich die Menschen im Vordergrund stehen. Mit den Menschen die Gemeinden, die Kommunen. Die Menschen sollten, und das ist es, was Landesrat Mag. Sobotka hier möchte, die Menschen sollen selbst bestimmen, was in ihrer Region geschieht. Nicht dass sich das Land zurückzieht in diesem Bereich und sagt, ihr da draußen macht was ihr selber wollt. Sondern die Menschen sollen mitbestimmen und nicht, dass alles allein und von oben herunter geschieht.

Es soll bei diesem Konzept zu einer Kooperation der Gemeinden kommen. Der Gemeinden in einer Kleinregion, und das ist hier an vorderster Stelle zu nennen. Dies sollte allerdings mit Hilfe des Landes Niederösterreich, des Bundes, aber auch aus der EU geschehen. Eine regionale Politik aber braucht eine regionale Gliederung. Und die Menschen müssen sich mit ihrer Region identifizieren können. Es hat überhaupt keinen Sinn, wenn wir im Land Niederösterreich oder auch in anderen Regionen Sandkastenspiele betreiben, Striche durch die Landschaft ziehen und sagen, das ist jetzt so zu machen. Sondern ich glaube, das muss wirklich von unten kommen und aufgebaut werden.

Eine sinnvolle Gliederung des Landes Niederösterreich sollte auf zwei Ebenen geschehen. Das eine sind die Hauptregionen, in unserem Fall bieten sich die Viertel an, und auf der anderen Seite zweite Ebene sind jene Bereiche, die wir tatsächlich als Lebensraum draußen bezeichnen. Und da hat

es in Niederösterreich eine ganz gute Entwicklung gegeben mit dem Bereich der Gerichtsbezirke. Und dort, wo sie fehlen, vielleicht den Bereich der Tal-landschaften und ähnlicher Kleinregionen, die sich daraus entwickeln.

Die vier Hauptregionen sind eben das Waldviertel, das Weinviertel, das Mostviertel - und hier soll es zu einer weiteren Differenzierung kommen. Und zwar gehört zum Mostviertel Niederösterreich-Mitte, der Zentralraum. Und hier möchte ich gleich auf eine Resolution der FPÖ eingehen. Der Herr Abgeordnete Hrubesch ist nicht da, bitte sagen Sie ihm das aber: Wir werden diesem Antrag, dieser Resolution nicht beitreten. Denn es ist bereits die Ausschreibung für diesen Manager, für dieses Regionalmanagement erfolgt. Daher hat es keinen Sinn, dass man da noch einmal den Antrag beschließt. *(Unruhe bei der FPÖ.)*

Was brauchen wir da noch beschließen im Nachhinein? Also ich glaube, das ist nicht sehr sinnvoll.

Auf der anderen Seite dann das Industrieviertel, wo wir auch noch zusätzlich eine Region schaffen sollten und zwar in diesem gesamten Bereich der Thermenregion.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten diese alte Tradition der Gerichtsbezirke wiederum aufleben lassen, das sind gewachsene Strukturen, die auch im räumlichen Bereich einen Zusammenhang haben, aber auch im Bereich der Kommunen verschiedene Zusammenschlüsse hier auch fördern.

Wie könnte man sich dieses kleinregionale Entwicklungskonzept oder Raumordnungskonzept vorstellen? Und zwar in der Richtung, dass es wirklich von unten getragen wird, Diskussionen in den Verwaltungsbezirken hier zulässt? Einen wesentlichen Anteil an dieser kleinregionalen Entwicklung in Niederösterreich haben eben diese Managements, diese Regionalmanagements. Es ist heute schon gesagt worden, dass vor zirka 20 Jahren das erste Management geschaffen wurde, ausgehend aus dem Waldviertel. Und damit möchte ich bitte auf eine Meinung eingehen. Und zwar, dass hier das Regionalmanagement im Budget nicht ausgewiesen ist bzw. so „vermantscht“ ist, damit man das ja nicht herauslesen kann, was macht hier jeder.

Ich glaube, das gibt es auf der einen Seite. Der letzte Rechnungshofbericht hat es ja gezeigt, der Rechnungshof, der sehr genau immer wieder diese Regionalmanagements untersucht. Und auf der anderen Seite gibt es ja die Studie über die Landesentwicklung, den Bericht über die Landesentwicklung, der hier jedes Jahr dem Landtag vorge-

legt wird. Und hier sind ebenfalls die Regionalmanagements mit eingeschlossen.

Und gerade diese Zusammenarbeit zwischen den Regionalmanagements und den Kleinregionen ist die Chance, ist die Zukunft unseres Landes. Es gibt hier sehr viele Beispiele, wo sich aktive Bevölkerungsgruppen, aber auch Einzelpersonen hier engagieren für eine Sache. Ohne die könnten wir eigentlich gar nicht leben. Sei es jetzt in unserer Region, im Dreiländereck, sei es jetzt die Eisenstraße. Sei es jetzt die zu entwickelnde Bernsteinstraße. Und da könnten wir sehr viele dieser kleinregionalen Entwicklungskonzepte hier berücksichtigen und auch nennen. Und daher ist es auf alle Fälle sehr wichtig, dass es zu einer Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Kommunen kommt.

Ich könnte jetzt eine sehr lange taxative Liste vorlesen, die man noch ergänzen könnte, was wir alles gemeinsam mit den Gemeinden erarbeiten könnten. Bezirksübergreifend, aber auch kommunal übergreifend. Betriebsansiedlungen, Siedlungspolitik. Oder zum Beispiel beim Verkehr, bei den Park and ride-Anlagen und bei all diesen Dingen. In der Wasserwirtschaft, bei der Sanierung von Oberflächenwässern. Und hier könnte man sehr viel mehr noch in den Vordergrund stellen.

Gestern hatte ich eine interessante Begegnung mit einem Universitätsprofessor anlässlich einer Eröffnung. Er hat gar nicht gewusst, dass wir heute im NÖ Landtag auch über Raumordnung sprechen. Und er hat uns eigentlich ein Lob ausgesprochen. Er hat gesagt, Niederösterreich ist das einzige Land, das diese Regionalmanagements eingeführt hat. Es ist ein Vorzeigemodell für alle anderen Bundesländer. Und man könnte eigentlich Exkursionen nach Niederösterreich machen um das vorzuführen, was eben durch die Regionalmanagements erreicht wurde. Ich glaube, das ist hier schon auch nennenswert und auch hervorzuheben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Abschließend möchte ich vielleicht bei der Realisierung dieser Konzepte auf eines hinweisen. Man wird nicht sofort alles erreichen. Es wird hier Irrwege geben. Es wird hier auch Leerläufe geben. Und jeder, der schon irgendwo in dieser Form mitgemacht hat, wird auch bezeugen können, dass es keine leichte Sache ist. Es sind aber Chancen vorhanden. Die Chancen für unsere Menschen in den Regionen. Und daher bin ich überzeugt, dass wir nicht nur von oben etwas der Bevölkerung, der Region aufoktroyieren sollten, sondern dass wir dieses kleine regionale Denken, diese Chance selbst in die Hand nehmen sollten. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Jahrmann.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. KAUTZ (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Für jene, die sich wegen der Rednerliste aufregen: Der Kollege Keusch und ich haben getauscht, weil meine Rede thematisch besser dazu passt. Aber ich glaube, das ist schon die Angelegenheit des Kollegen Keusch und meine Angelegenheit und nicht die der F.

Die Frage Raumordnung-Kleinregionen ist natürlich ein Hauptthema, das wir heute zu behandeln haben. Denn in Wirklichkeit bewegt sich die Landesregierung mit den Kleinregionen dort hin, wo wir in den Regionen eigentlich begonnen haben zu arbeiten. Denn bevor es die übergeordnete Raumordnung gegeben hat, hat man ja schon mit den Nachbarn Kontakt gehabt. Hat versucht, gemeinsam etwas zu erledigen. Ich kann mich erinnern, da hat es einen Niederösterreichplan gegeben, wo wir damals schon mit den Kleinregionen gearbeitet haben. Damals war die Österreichische Volkspartei noch weit davon entfernt. Damals war das Wort „Plan“ für die Österreichische Volkspartei wie ein rotes Tuch, ein Reizwort. Heute ist es kein Plan, sondern heute sind es Regionen, aber das gleiche Ziel wird damit erreicht.

(Dritter Präsident Ing. Penz übernimmt den Vorsitz.)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Raumordnung - ich habe hier schon einige Male Kritik geübt. Und ich glaube oder ich behaupte, dass diese Kritik auf wertvollen Boden gefallen ist. Denn wenn ich immer wieder gesagt habe, weniger Zentralisierung und mehr Rechte in die Gemeinden, so hat man sich jetzt dazu durchgerungen. Denn die Gemeinde, jene, die diese Kommune vertreten - und auf den Bürgermeister komme ich dann schon noch, Frau Kollegin Mag. Weinzinger - die haben ja nicht nur die Verantwortung, sondern auch die Sorgen. Denn der Beamte, der Sachverständige vom Land ist weit, weit weg von der kleinen Gemeinde. Die Gemeinde, der Gemeindesekretär und der Bürgermeister, die sind praktisch die Grabsteine, die angeweeint werden. Daher finde ich es richtig, dass eine Zentralisierung aufgegeben wird und dezentral in den Gemeinden natürlich mit Unterstützung der Fachleute des Landes damit begonnen wird.

Wir haben aber, und zwar vor kurzem erst, das Raumordnungsgesetz geändert - leider mit unserer Zustimmung. Und leider hat sich das, was wir be-

fürchtet haben, in die Wirklichkeit umgesetzt: Die Baulandmobilisierung ist gestorben. Die Baulandhortung beginnt wieder. Wir haben den guten Gedanken, den wir damals bei der ursprünglichen Gesetzeswerdung im Raumordnungsgesetz hatten, aufgegeben. Weil wir der Meinung waren, okay, der Bürger ist mündig genug und wir haben andere Möglichkeiten. Ich bin zur Überzeugung gekommen, dass wir den Bürger leider nur mit dem Griff in die Geldbörse von gewissen Sachen, von gewissen Notwendigkeiten überzeugen können. Und ich merke bei uns bereits wieder, dass die Baulandmobilisierung weg ist. Bauland wird wieder gehortet und die Baulandpreise klettern steil nach oben. Das heißt, wir haben hier einen Rückschritt getan.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, Regionalpolitik. Es ist schade, dass er nicht da ist, aber er wird es schon hören, der Herr Landesfinanzreferent bzw. Raumordnungsreferent: Ich muss und ich kann nicht umhin, hier wieder auf die damalige Kritik zurückzukommen. Oberösterreich hatte die Zeit, mit seinen Regionen, mit seinen Kommunen dieses Problem zu besprechen. Hatte die Möglichkeit, alle Beschlüsse zu fassen, sogar in die Landesregierung zu gehen. In Niederösterreich hatten wir, weil wir spät dran waren, das Problem das wir, und ich beschwere mich nicht, aber um 22.00 Uhr eine Sitzung einberufen hatten, wo wir geglaubt haben, okay, das ist in Ordnung. Wir haben bis zeitig in der Früh uns zusammengesetzt, haben eine Lösung zu erreichen versucht, die dann nach Brüssel geschickt wurde. Brüssel hat diese Lösung nicht akzeptiert. Und dann durften wir von Bankdirektoren erfahren, wie die NÖ Lösung ausschaut! Der Herr Landesrat, der Herr Referent für die Raumordnung, Regionalplanung, hat es nicht der Mühe wert gefunden, die Abgeordneten vorher zu informieren! Die Information nachher war auch spät genug. Zu einem Zeitpunkt, wo wir nur mehr Ja und Amen sagen konnten. Es gab keine Möglichkeit mehr, weder im Bundeskanzleramt noch in Brüssel, nur eine Änderung zu erreichen.

Ob wir etwas besser erreicht hätten, steht in den Sternen. Die Vorgangsweise, meine sehr geschätzten Damen und Herren, alleine die ist zu verurteilen. Ich will nicht kritisieren, ob das Ziel besser erreicht worden wäre. Doch wie der Herr Landesrat mit seinen Abgeordneten umgegangen ist, meine sehr geschätzten Damen und Herren, das war nicht korrekt!

Nun kommen wir zu den Förderungssummen. Ich habe immer wieder in den Medien gelesen, dass der Landesrat gesagt hat, naja, alles okay, das Geld ist das gleiche. Fast das gleiche. Denn ob

ich fünf Jahre eine Förderung bekomme oder ob ich sechs Jahre lang eine Förderung bekomme, kann nicht das gleiche Geld sein. So sehe ich das. Und ob ich Kleinregionen fördere oder eine andere Förderung kommt, kann auch nicht das gleiche Geld sein. Das heißt, hier hat der Herr Landesrat versucht, mit Summen vielleicht ein schlechtes Verhandlungsergebnis zu vertuschen. Denn im Endeffekt sind die Summen annehmbar gleich. Nur die Förderungsmöglichkeiten für die einzelne Gemeinde sind nicht gleich, sondern stellen sich sehr differenziert dar.

Und jetzt kommen wir auf die Kleinregionen. Jetzt kommt auf einmal die Idee der Kleinregion. Bedingt durch den Entschluss in Brüssel, dass hier INTERREG und all diese LEADER-Projekte gekommen sind. Und LEADER-Projekte sind eben für Kleinregionen gedacht und nicht für große Viertelsregionen. LEADER-Projekte sind kleinere Projekte, für Kleinregionen gedacht. Daher kommen wir jetzt auf den Gedanken der Kleinregion. Wir haben nichts dagegen einzuwenden. Nur kann von unserer Seite – und wenn ich sage unserer Seite, meine ich die sozialdemokratische Seite – eine Zustimmung nur dann erfolgen, wenn auch gleichzeitig das Gemeindeverbandsgesetz geändert wird.

Es kann nicht so sein, dass in einer Kleinregion, als Hausnummer gesagt, fünf Gemeinden mit 15.000 Einwohnern darüber bestimmen, dass eine Gemeinde oder sagen wir es anders: In diesen 15 Gemeinden ist eine Gemeinde mit 10.000 Einwohnern und sind fünf Gemeinden mit 1.000 Einwohnern. Es kann nicht sein dass die fünf Gemeinden bestimmen, was in der 10.000 Einwohner-Gemeinde zu geschehen hat. Mit fünf Stimmen, mehrheitlich. Das heißt, hier muss Demokratie einkehren. Nicht die Demokratie der Köpfe in den Bürgermeisterämtern, sondern die Demokratie der Einwohner. Nämlich dass 10.000 noch immer mehr sind als 5.000, wenn auch diese 5.000 in fünf Gemeinden wohnen und die 10.000 in einer Gemeinde. Das heißt, wir müssen und wir können uns das sehr wohl vorstellen, hier in Zusammenarbeit etwas zu erledigen, aber unter der Voraussetzung, dass das Gemeindeverbandsgesetz geändert wird.

Ich könnte jetzt einige Beispiele bringen, wie das Gemeindeverbandsgesetz jetzt gehandhabt wird. Zum Beispiel in unserem Bezirk, in deinem Gerichtsbezirk Kollege Dr. Prober, Abwasserverband oberes Schwarzatal. Wenn ich mir dort anschau, wer Obmann geworden ist, wo die Sitzgemeinde ist und wieviel SPÖ-Bürgermeister und ÖVP-Bürgermeister es dort gibt und wieviel die SPÖ-Bürgermeister an Köpfen vertreten, sprich Einwohner, und wieviele die ÖVP, so ist es hier ein

typisches Beispiel, dass die Minderheit der Einwohner, bedingt durch die Mehrheit der Bürgermeister, die Mehrheit der Einwohner diktiert. Das ist so!

(Präsident Mag. Freibauer übernimmt den Vorsitz.)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren!
Ich darf dazu einen Resolutionsantrag einbringen
(liest:)

„Resolutionsantrag

des Abgeordneten Kautz zur Gruppe 0 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, Ltg. 478/V-8, betreffend Novellierung des NÖ Gemeindeverbandsgesetzes.

Mit Beschluss vom 29. Juni 1999 hat der NÖ Landtag eine Novelle zur NÖ Gemeindeordnung verabschiedet, die wesentliche strukturelle Änderungen im Bereich der Gemeindeorganisation mit sich brachte. Neben einer Verschiebung der Generalkompetenz vom Gemeinderat zum Gemeindevorstand wurden auch die verschiedenen formellen Abläufe neu strukturiert.

Zahlreiche Gemeinden haben in der Vergangenheit Kompetenzen aus dem eigenen Wirkungsbereich an Gemeindeverbände übertragen, die nach dem Gemeindeverbandsgesetz organisiert sind. Neben dem Umstand, dass daher auch das NÖ Gemeindeverbandsgesetz in formeller Hinsicht an die NÖ Gemeindeordnung angepasst werden sollte zeigen Beispiele aus der Praxis immer öfter Unzulänglichkeiten in der Organisationsform dieser Verbände. Ein wesentlicher Kritikpunkt des NÖ Verbandsgesetzes ist allerdings der Umstand, dass jede verbandsangehörige Gemeinde unabhängig von der Anzahl ihrer Einwohner das gleiche Stimmgewicht besitzt, was zu einer demokratiepolitisch äußerst unbefriedigenden Situation führt. Es sollte daher zu einer grundsätzlichen Überarbeitung des NÖ Gemeindeverbandsgesetzes kommen, die auch die Organisation der Gemeindeverbände auf eine demokratiepolitisch vertretbare Basis stellt.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung eine Novelle zum NÖ Gemeindeverbandsgesetz erstellen zu lassen und dem NÖ Landtag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.“

Ich darf Sie um Ihre Zustimmung bitten.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, einige Bemerkungen zur Kommunalpolitik. Es wurde schon sehr viel Richtiges und Wichtiges gesagt. Grundsätzlich, glaube ich, muss einmal festgestellt werden, dass bis jetzt in Niederösterreich eine Partnerschaft zwischen Land und Gemeinden vorgeherrscht hat. Ich hoffe, dass diese Partnerschaft auch in Zukunft bestehen bleibt. Denn das Land kann ohne Gemeinden sicher nicht so frei agieren und auch umgekehrt. Das heißt, wir haben uns beiderseits Grenzen gesetzt. Und wenn wir die Grenzen fließend überschreiten können, so werden wir sicher für unsere Bürger viel erreichen können.

Herr Finanzreferent! Wenn Sie von dieser Stelle aus heute um Unterstützung gebeten haben beim Finanzausgleich: Die Unterstützung der Sozialdemokratischen Fraktion haben Sie! Und ich darf Sie auffordern, lassen Sie sich beim Finanzausgleich nicht über den Tisch ziehen. Denn jene, die nur sparen wollen, wollen eigentlich nur dieses Land ruinieren. Denn zu Tode gespart ist auch tot! *(Beifall bei der SPÖ. – Unruhe bei Abg. Waldhäusl.)*

Ich glaube, man muss einmal darüber nachdenken, dass dort, wo die Gelder ausgegeben werden, in den Gemeinden, sicher nicht die Einsparungspotentiale liegen, die irgendwo hervorzukehren versucht wird. *(Heftige Unruhe bei der FPÖ.)* Schauen wir, wie ihr nach vier Jahren lachen könnt, ob ihr noch lachen könnt. Ich habe hier das Gefühl, dass mit den Geldmitteln versucht wird, den Föderalismus zum Tode zu ringen. Mir tut nur leid, dass gerade Landesräte aus Ihrer Fraktion ... *(Unruhe bei Abg. Kurzreiter.)*

Herr Kollege! Auf dieses Niveau der Diskussion möchte ich mich heute mir dir nicht herunter begeben. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Kurzreiter: Euer Schlagwort ist ja eher der Zentralismus! Da steht Zentralismus drauf!)*

Du dürftest dich wirklich nicht ganz auskennen in der Politik. Sonst kämen nicht solche Zwischenrufe. *(Abg. Kurzreiter: Dann müsstet ihr euch die letzten Monate geändert haben!)*

Eines muss ich schon feststellen: Dass es Landesräte in der Steiermark gibt, die davon ausgehen, dass Österreich eigentlich nur drei Bundesländer brauchen würde. Wie ist das vertretbar, Herr Landesrat? Wir reden von Föderalismus, Sie reden von Föderalismus, und die „Hirschmänner“ - dürfte ein ÖVP-Mann sein - reden von Zentralismus. Herr Kollege Kurzreiter! So kann es, glaube ich, auch nicht sein! *(Beifall bei der SPÖ. – LR Mag. Sobotka: Wir sind nicht für alles verantwortlich was aus der Steiermark kommt!)*

Da gebe ich Ihnen vollkommen Recht. Und da haben Sie auch meine Unterstützung.

Ich glaube, dass auch der Herr Bundesstaatssekretär Dr. Finz aus der Steiermark kommt. Denn ich würde ersuchen, Herr Landesrat, geben Sie diesem Mann Nachhilfeunterricht. Denn Äußerungen, die er publiziert, wonach 300 Millionen Schilling Einsparungspotential da sind in den Gemeinden. Sie werden als ehemaliger Bürgermeister wissen, dass er hier von etwas spricht, was er nicht weiß. Und daher würde ich Sie ersuchen, geben Sie ihm Nachhilfeunterricht. *(Abg. Mag. Schneeberger: Du tust dir schwer mit dem Einsparen bei dir! Weil da ist ja nichts mehr da, oder?)*

Ich frage bei euch, wie es beim Sparen geht. Aber eines, glaube ich, muss man schon klar und deutlich sagen. Und ich frage jetzt dich, Herr Kollege: Der Bezirk Neunkirchen hat 88.000 Einwohner, 44 Gemeinden, besitzt in diesem Kreis ein Hallenbad, eine Kunsteisbahn und eine Sporthalle. Und jetzt frage ich den Herrn Finz, wo er glaubt, dass da Einsparungspotentiale bei den Gemeinden liegen. Er wohnt zwar in einer Gemeinde, nur von der Gemeindepolitik dürfte er keine Ahnung haben.

Und noch dazu, wo wir - und dafür sind wir mitschuldig hier in diesem Haus - immer mehr Kompetenz vom Land an die Gemeinden abgeben. Abwasserwirtschaft, Kinderbetreuung, Gesundheitswesen, Energie. Ja der Bund will sogar für die Zivildienstler von der Gemeinde Geld haben. Auf der Geldseite aber wird wieder gekürzt. So kann man sicher nicht miteinander reden. So kann man nicht von Partnern reden, sondern so kann man nur dann reden, wenn man das Gefühl hat, man will dem anderen Böses tun. Und Böses getan wurde den Gemeinden mit der Getränkesteuer. Hier hat die alte Koalition keine Lösung zustande gebracht, weil die Wirtschaft in der ÖVP dagegen war. Und die neue Koalition hat eine derart schlechte Lösung zusammen gebracht, dass den Gemeinden Millionen fehlen. Lösung kann man sagen. Natürlich, eine schlechte Lösung ist auch eine Lösung. *(Abg. Haberler: Eure EU! Ohne Wenn und Aber!)*

Schau, lieber Herr Kollege! Ihr dürftet entweder das Regierungsübereinkommen nicht verstehen, nicht gelesen haben, oder die Versprechungen der Regierung, die gegeben wurden, nicht einlösen wollen. Denn es hat immer geheißen, die Bundesregierung, das ist schriftlich festgehalten, die Bundesregierung hält die Gemeinden schadlos wenn die Getränkesteuer wegfällt. Dieses Schadlos halten haben wir jetzt kennen gelernt unter einem blauen Finanzminister. Worte, die geschrieben sind, werden von ihm nicht eingehalten. *(Unruhe bei Abg. Haberler - Beifall bei der SPÖ.)*

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Noch einige Feststellungen. Jetzt komme ich zu Ihnen, Frau Kollegin Mag. Weinzinger. Ich habe eigentlich bis jetzt von Ihnen eine gute Meinung gehabt. Dass Sie das, was Sie reden, auch wissen, dass Sie sich auch engagieren. Wenn Ihnen jedoch zur Kommunalpolitik nichts anderes eingefallen ist als die Umbenennung des Bürgermeisters, so ist das eine schlechte Bemerkung. Ich kann Ihnen vielleicht eine Erklärung geben, was Bürgermeister heißt: Er arbeitet am meisten für die Bürger! *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Ing. Gansch.)*
Was man von den Grünen in den Gemeinden nicht immer feststellen kann. *(Abg. Mag. Schneeberger: Daher haben sie auch keinen Bürgermeister! Das ist die Konsequenz!)*
Okay. Das ist die Konsequenz daraus.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenige Bemerkungen noch zum Personal. Man kann natürlich immer wieder feststellen, und das ist auch ein Teil jener Beamten, die in die Gemeinden hinausfahren und die Abgangsgemeinden kontrollieren. Dann kommt der lapidare Satz: Personal reduzieren. Nur wo und wann und wie steht grundsätzlich nicht drinnen. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Darf ich einmal grundsätzlich die Frage stellen: Wollen wir nur Arbeitslose produzieren? Denn wenn ich heute Personal reduziere, habe ich zwei Möglichkeiten: Entweder ich kündige, somit habe ich einen Arbeitslosen. Oder ich lasse einen Dienstposten auslaufen bis zur Pension und besetze nicht mehr nach. Damit nehme ich einem Jungen die Chance, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Ich produziere also sowohl als auch Arbeitslose. Wollen wir das? Das sollten wir offen sagen. Nicht nur unterm Tisch herum, mit Einsparungen und Personalreduzierungen. *(Abg. Marchat: Wie wär es mit der Privatwirtschaft? Wenn wir die Unternehmer entlasten, können die Personal einstellen!)*
Schau Kollege! Die Umverteilung, wie sie Ihr im Sinn habt, kann ich auch gleich erklären. Da gibt man einem jungen Menschen einen Lastkraftwagen in die Hand, sagt, du fährst auf dein eigenes Risiko. Der Unternehmer macht nur Cash und derjenige, der fährt, fährt auf Provision. Und wenn er keine Arbeit hat, fährt er eben nicht, hat keinen Auftrag, hat keine Unterstützung, weder eine Arbeitslosenunterstützung noch sonst irgend etwas. Das heißt, eure Unternehmer tragen das Unternehmerrisiko nicht mehr, sondern wälzen es ab auf einen kleinen, unselbständig Erwerbstätigen, der glaubt, er ist Unternehmer. So kann die Wirtschaft auch nicht funktionieren! *(Beifall bei der SPÖ. - Unruhe bei der FPÖ. - Abg. Haberler: Das hat der Karl Marx schon gesagt!)*

Wenn du Karl Marx einmal gelesen hättest, würdest gescheiter daher reden. „Karl Marx“ dürfte irgendwo nur eine Überschrift gewesen sein. Hineingeblättert dürfte nie geworden sein von dir.

Das wollte ich zur Personalreduzierung gesagt haben. Wollen wir das, dann müssen wir es sagen. Wollen wir es nicht, so müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass natürlich jährlich Steigerungen bei den Personalkosten vorhanden sind. Denn jeder will die Vorrückung haben, jeder will mehr bekommen. Das heißt, es sind automatisch dann Steigerungen drinnen.

Der Herr Finanzreferent dürfte in weiser Voraussicht auch die Postgebühren erhöht haben. Denn da gibt es irgendwo so eine Bundesregierung, die um 50 Prozent die Postgebühren „hinaufgeschraubt“ hat. Das dürfte der Herr Finanzreferent schon in weiser Voraussicht mit eingeplant haben. Denn die sind von 14,5 auf 16 Millionen Schilling gestiegen.

Eine zweite Frage, auf die ich gerne Antwort haben würde. Wenn geht auch noch während der Budgetdebatte: Die Regionalmanagements wurden zusammengezogen. In manchen Gebieten zahlen die Gemeinden bei den Regionalmanagements mit, manche zahlt das Land alleine. Wie soll das in Zukunft ausschauen mit den Kleinregionen? Wenn wir korrekt vorgehen, müssten entweder alle Gemeinden mitzahlen oder keine Gemeinde mitzahlen. Entweder zahlt alles das Land oder es bleibt die Aufstellung wie zum Beispiel im Süden, dass die Gemeinden einen Teil mitzahlen. Hierauf hätte ich dann gerne eine Antwort.

Und noch eine Zahl, wie es mit der Privatisierung ausschaut. Uns wurde gesagt, die Telekom-Austria wurde abgelöst durch die UTA hier im Haus. Und damit erspart man sich Geld. Die Einsparungen schauen so aus, dass man im Rechnungsabschluss 65 Millionen eingesetzt hat und diesmal im Voranschlag 114,8 Millionen Schilling. Wenn das eine Ersparnis ist, dann habe ich in der Stadtgemeinde Neunkirchen ein riesiges Budget mit vielen Ersparnissen. Denn ich habe keinen Abgang, sondern nur einen Ausgaben-Überschuss. Im Übrigen werden wir sicher auch dem Budget die Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ und LR Mag. Sobotka.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Präsident Ing. Penz.

Abg. Präs. Ing. PENZ (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Landtages!

Angesichts der Spannungen zwischen Österreich und seinen 14 Partnern in der Europäischen Union sind auch bei vielen bislang glühenden EU-Anhängern die europäischen Flitterwochen abrupt zu Ende gegangen. Immer öfter wird auch an Stammtischen darüber diskutiert, dass Österreich doch EU-Nettozahler sei und ohnehin zu wenig aus den europäischen Töpfen lukrieren könne. Und mit dem Hinweis auf die Schweiz wird behauptet, ohne Europäische Union wäre es uns besser gegangen. Man übersieht aber dabei, dass die Schweizer als kühle Rechner offensichtlich gerade eine Vernunft-ehe mit der Europäischen Union vorbereiten.

Sind wir wirklich so schlecht als EU-Mitglied gefahren? Niederösterreich hat von 1995 bis 1999 fünf Milliarden Schilling an EU-Beitrag bezahlt. Und im selben Zeitraum kam von der Europäischen Union an Regionalförderung und zur Sicherung für die heimische Landwirtschaft ein Betrag von 26,7 Milliarden Schilling. Im Klartext heißt das, unser Land hat durch den EU-Beitritt rund 21 Milliarden Schilling Gewinn.

Das heißt aber auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, wer kooperiert und nicht nur lamentiert, wer sich den Kopf zerbricht, wer Ideen hat, Marktnischen und Marketingschienen entwickelt, Projekte nach Brüssel bringt und einreicht, fährt nicht so schlecht. Arbeitsplätze konnten durch die EU-Entwicklungsprogramme in den Ziel 2- und Ziel 5-Gebieten neu geschaffen und erhalten werden.

Genutzt wurden auch die Chancen der INTERREG-Programme. 70 grenzüberschreitende Projekte wurden gemeinsam mit Tschechien, 104 mit der Slowakei gestartet. Ein Investitionsschub für die Wirtschaft und für den Tourismus von 253 Millionen Schilling ausgelöst, wovon Bund, Land und die Gemeinden 190 Millionen Schilling aufbrachten. Seitens der Europäischen Union wurden 95 Millionen Schilling dazugegeben. Um nur einige Schwerpunkte herauszugreifen: Das 1996 von der ECO-PLUS gestartete grenzüberschreitende Gründerzentrum Gmünd-Ceske Velenice. 19 Betriebe nehmen sein Service bereits in Anspruch. Einige nutzen die Vorteile des Standortes hüben und drüben.

Die EUREGIO Weinviertel/Südmähren/Westslowakei arbeitet seit 1996, baut grenzüberschreitende Tourismusprojekte auf, berät gründungswillige Unternehmer. Und ein Kooperationsvertrag zwischen dem Land Niederösterreich und der Slo-

wakischen Region Bratislava und Krnava für den Ausbau gemeinsamer Verkehrs-, Energie- und Umweltschutzprojekte wurde erst heuer im Februar unterzeichnet.

Die EUREGIO Waldviertel/Südschwechien ist noch im Aufbau. Erst vor wenigen Tagen wurde der Nationalpark Thayatal, dessen Management eng mit dem Management des tschechischen Nationalparks kooperiert, feierlich eröffnet. ECO-PLUS hat hier interessierte Unternehmer, die im NÖ Grenzraum ein Headquarter errichten und mit Betrieben in Tschechien und der Slowakei operieren, Joint-ventures eingegangen sind und auch eigene Tochterfirmen gründeten. Ein Kooperations- und Investitionshandbuch auf CD-Rom wurde auch entwickelt. ECO-PLUS hat mit Unterstützung des Netzwerk Zedranet für die Zusammenarbeit mit regionalen Entwicklungsagenturen in Ost- und Ost-Mitteuropa gearbeitet. Eben entsteht das Netzwerk Bolu - das ist slowakisch und bedeutet „gemeinsam“ -, das die Zusammenarbeit zwischen den Regionalmanagements des Waldviertels und Weinviertels mit ähnlichen Einrichtungen in der Slowakei und Tschechien verbessern soll.

Hohes Haus! Die Europäische Kommission hat erst kürzlich die regionale Fördergebietskulisse neu festgelegt. Niederösterreich wird Regionalförderung für Ziel 2-Gebiete mit einer Gesamtfläche von rund 10.000 m², die von etwa 500.000 Landesbürgern bewohnt werden, erhalten. Dazu kommen noch Übergangsgebiete mit degressiver Regionalförderung in einem Ausmaß von rund 4.000 m² mit rund 300.000 Bewohnern. Aus dem Europäischen Fonds für Regionale Mittel werden insgesamt 2,4 Milliarden Schilling im Rahmen der Kofinanzierung herein fließen. Davon entfallen auf die Ziel 2-Gebiete 2 Milliarden und auf die Übergangsgebiete 386 Millionen Schilling. An nationalen öffentlichen Mitteln werden 2 Milliarden Schilling bereit gestellt. Und das Land Niederösterreich bringt alleine dafür 902 Millionen Schilling auf, eine beachtliche Summe. Damit ist eine Weiterentwicklung der strukturschwachen Regionen im Land für die kommenden, entscheidenden Jahre, in die die europäische Osterweiterung fallen wird, auch sichergestellt. Die bevorstehende EU-Osterweiterung bedeutet trotzdem eine große Herausforderung für Niederösterreich. Umso mehr Gewicht bekommt aus dieser Perspektive das Fitnessprogramm, mit dem Landeshauptmann Dr. Pröll und sein Team unser Land, vor allem aber die Grenzregion auf den Wettbewerb mit unseren Nachbarn am großen Markt vorbereiten.

Investitionen in Höhe von 6 Milliarden Schilling sollen durch dieses Programm ausgelöst und bis

zum Jahr 2006 neue Impulse für eine Modellregion gegeben werden, die nach der Ostöffnung von der Randlage in das Herz Europas rückt. Das Land wird dafür den Ausbau des Netzes von regionalen Innovationszentren und Hand in Hand damit eine Technologie- und Bildungsoffensive fördern. Regionen mit europaweit einmaligem Kulturerbe soll beim Aufbau sanfter Tourismusprojekte geholfen werden. Die Veredelung landwirtschaftlicher Produkte, der Umstieg auf Bioprodukte, wie sie heute von den gesundheitsbewussten Konsumenten gefordert werden, der Ausbau der Nutzung von Alternativenenergie aus der Landwirtschaft - und Niederösterreich ist hier bereits führend mit 130 bäuerlichen Genossenschaften, die regionale Fernheizwerke betreiben – dies alles soll gefördert werden.

Neben dem Ausbau von Verkehrsinfrastrukturen liegt ein Schwerpunkt auf dem Aus- und Aufbau von Datenhighways, die auch Regionen in Ungunstlagen als Betriebsstandort begehrenswert machen. Damit liegt Niederösterreich voll auf der Linie der Europäischen Union, die den Aufbau der modernen Kommunikationsmittel zum Schwerpunkt ihrer Programme zur Sicherung von Arbeitsplätzen erhoben hat.

Niederösterreich und seine Wirtschaft müssen aber vor allem neue INTERREG 3-Programme nutzen. Denn für dieses grenzüberschreitende Programm, mit dem die Europäische Union Beitrittswerber im Osten auf den Beitritt vorbereiten will, stellt Brüssel für Niederösterreich jährlich in den kommenden Förderungsperioden 51 Millionen Schilling zur Verfügung. Das ist eine Erhöhung, wie wir heute bereits gehört haben, um das Vierfache. Und bei einer Kofinanzierung von 50 Prozent durch Bundes-, Landes- und auch durch private Mittel können damit 102 Millionen Schilling pro Jahr bis zum Jahre 2006 für förderungswürdige Projekte freigegeben werden. Niederösterreich wird sich in der neuen Periode an den INTERREG 3-Projekten beteiligen. Mit Tschechien, mit der Slowakei und neu auch mit Ungarn. Diese Projekte sind in den nächsten Wochen einzureichen. Und ich hoffe, dass kein Schilling, so wie in den vergangenen Jahren auch, in Brüssel liegen bleiben wird.

Hohes Haus! Uns Österreichern geht es derzeit mit der bevorstehenden EU-Osterweiterung wie mancher Familie, in der Zuwachs durch Einheirat bevorsteht. Die Neuen werden manchmal ein wenig als Konkurrenten betrachtet, vor allem aber auch danach taxiert, was sie so mitbringen werden. Wenn man die künftigen EU-Partner taxiert, wird man eher auf große Erwartungen ihrerseits stoßen als auf große und allzu reiche Mitgift. Die Verpflichtung, unsere Regionen auf die EU-Osterweite-

rung vorzubereiten und damit auch unseren Landesbürgern den wohl erworbenen Wohlstand zu sichern, entbindet aber nicht von der Verpflichtung zur Nachbarschaftshilfe durch wirtschaftliche Zusammenarbeit. Der hoch angesehene ehemalige deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat einmal erklärt, ich zitiere: „Wirtschaftliche Zusammenarbeit blüht umso besser, je mehr man darüber weiß, wie der Partner lebt, denkt und spricht.“ Ende des Zitates.

Wir haben allzu lange gezwungenermaßen neben unseren Ostnachbarn gelebt. Jetzt muss diese Nachbarschaft zu einer neuen Qualität des Zusammenlebens werden. Das verlangt auch Interesse übereinander. Und das verlangt auch Wissen füreinander. Hohes Haus! Diese Qualität des Zusammenlebens ist auch eine wichtige Sicherheitsgarantie für uns alle. Und in diesem Sinne wollen wir auch gemeinsam diesen Weg des Fitnessprogrammes im Sinne einer vernünftigen Osterweiterung gehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Zuerst nehme ich zum Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Frauenanteil der Beschäftigten im Landesdienst Stellung.

(Dritter Präsident Ing. Penz übernimmt den Vorsitz.)

Keine Frage: Es ist wichtig, dass wir ein Klima der Gleichberechtigung haben. Und keine Frage, es ist wichtig, dass Frauen dieselben Chancen haben wie gleichqualifizierte Männer. Ich glaube nur, dass man gewisse Dinge gesetzlich nicht erzwingen kann, ohne auf der anderen Seite für das ursprüngliche Anliegen einen Nachteil und einen Schaden zu schaffen. Und ich glaube auch, dass es zu den berechtigten Anliegen der Frauengleichstellung ein konkurrierendes Anliegen, nämlich das Anliegen der Gleichheit vor dem Gesetz gibt.

Ich meine, dass man die Gleichstellung von Frauen und die Durchführung eines möglichst hohen Frauenanteiles auch in gehobenen Verwaltungspositionen nicht dadurch erreichen soll, dass man die demokratisch gebotene Gleichheit vor dem Gesetz durch die demokratisch höchst bedenkliche Praxis der Gleichheit durch das Gesetz ersetzen möchte. Und in dieser Hinsicht können wir diesem Antrag nicht zustimmen.

Zum Nächsten: Ich habe schon angekündigt, Demokratie braucht Parteien und braucht vor allem arbeitsfähige Parteien. Und es ist wichtig, dass alle Fraktionen in den Landtagen auf Grund ihrer Mitarbeiterausstattung in der Lage sind, die von ihnen vertretenen Wähler auch wirklich gut zu vertreten. In Niederösterreich fehlt für die Beschäftigung von Mitarbeitern in Landtagsklubs jede gesetzliche Grundlage; an und für sich ein demokratiepolitischer Anachronismus. Und ich erlaube mir zu diesem Thema einen Antrag einzubringen (*liest:*)

„Antrag

der Abgeordneten Rosenkranz zur Gruppe 0 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, Ltg. 478/V-8, betreffend Mitarbeiter in Landtagsklubs.

Effektive parlamentarische Arbeit ist ohne einen funktionierenden Mitarbeiterstab nicht möglich. Das Verhältnis zwischen Mandatar und Mitarbeiter setzt ein besonderes Vertrauensverhältnis voraus. Die freie Auswahl von Mitarbeitern seitens der Mandatare sollte daher, so wie dies z. B. das Parlamentarische Mitarbeitergesetz vorsieht, eine Selbstverständlichkeit sein. Für den Bereich der NÖ Landtagsklubs gilt dies derzeit nicht. Durch die Praxis, wonach die überwiegende Anzahl der Klubmitarbeiter Landesbedienstete sind, wird eine freie Mitarbeiterwahl zum Teil unmöglich gemacht. In Einzelfällen wird die parlamentarische Arbeit der demokratischen Mitbewerber durch den Personalreferenten sogar behindert. Eine Änderung dieser Rechtslage erscheint daher dringend geboten.

Die Gefertigte stellt daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, binnen angemessener Frist eine Regierungsvorlage im Sinne der Antragsbegründung dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Es ist im Interesse aller Fraktionen, dass die demokratischen Spielregeln so gelegt sind, dass man sich wirklich seiner demokratischen Aufgaben entledigen kann. Und ich appelliere an Sie: Es ist nicht gewiss, dass immer dieselben den Personalreferenten stellen. Und es könnte für jeden, der hier sitzt, auch einmal ein Vorteil sein, auf eine rechtliche Regelung zurückgreifen zu können. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das nächste: „Insel der Menschlichkeit“. Wir haben schon mehrmals darauf hingewiesen, dass

gerade der Landesdienst eine Möglichkeit ist, behinderten Menschen, vor allem Menschen, die in ihrer Motorik behindert sind, eine Möglichkeit zu schaffen, dennoch voll am Berufsleben teilzunehmen. Zum Beispiel eben - hier ist das wirklich gegeben - durch Telearbeitsplätze sich voll einzubringen. Wir haben diesen Antrag im vorigen Jahr bereits gestellt. Er wurde dann durch einen gemeinsamen, so viel ich weiß, ersetzt. Sie waren grundsätzlich der Meinung, dass das eine gute Idee ist, dass das möglich ist. Und dennoch finden wir auch im heurigen Budget wieder die Abschlagszahlungen, die beweisen, dass dies nach wie vor nicht in die Tat umgesetzt ist. Wir müssen also diesen Antrag ein weiteres Mal stellen (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Rosenkranz zur Gruppe 0 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, Ltg. 478/V-8, betreffend Einstellung von Behinderten in den NÖ Landesdienst.

Im Ansatz 05902 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001 sind ATS 10.500.000,- als Ausgleichstaxe für den Ausgleichstaxfonds vorgesehen. Gerade im Verwaltungssektor ist es möglich, Behinderte zu beschäftigen. So könnten Telearbeitsplätze im Wohnbereich von Behinderten installiert werden, damit zum Beispiel Gehbehinderte in die Lage versetzt werden, von zu Hause aus Akten zu bearbeiten und in das landesinterne Computernetz ihre Beiträge einzuspeisen. Das Amt der NÖ Landesregierung würde damit vielen Landesbürgern die Möglichkeit geben, ihre Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig als Vorbild für andere Arbeitgeber fungieren.

Die Gefertigte stellt daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung innerhalb des Dienstpostenplanes des Landes Niederösterreich so viele Arbeitsplätze mit Behinderten mit dem Ziel zu besetzen, dass mittelfristig keine Ausgleichstaxe mehr zu entrichten ist.“

Ich bitte Sie, Ihre eigenen Ankündigungen und Bekenntnisse ernst zu nehmen und diesem Antrag zuzustimmen. Ein weiterer Antrag in Richtung Menschlichkeit. Das wichtigste Potential, das wir besitzen ist das Humanpotential. Sind unsere Kinder, sind unsere Jugendlichen. Umso wichtiger ist auch die Einrichtung eines Kinder- und Jugendanwaltes. Und eine der entsetzlichsten Verwerfungen

unserer Zeit sind die ständig zunehmenden Missbräuche von Kindern. Wie Sie alle den Bericht des Jugendanwaltes gelesen haben werden, hat der Jugendanwalt Anregungen gegeben, wie seine Arbeit leichter zu bewerkstelligen ist. Und wir meinen, dass wir seiner Bitte nachkommen sollten und ihn in die Lage versetzen sollten, seine so wichtige Arbeit so gut wie möglich zu erfüllen. Ich stelle daher folgenden Resolutionsantrag (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Rosenkranz zur Gruppe 0 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, Ltg. 478/V-8, betreffend Stellung des Kinder- und Jugendanwaltes.

Die Aufgaben der NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft sind unter anderem:

- Beratung von Minderjährigen, Erziehungsberechtigten und gesetzlichen Vertretern in Angelegenheiten und Konflikten aus dem Erziehungsbereich
- Mittler zwischen Eltern, Schule, Lehrberechtigten, Einrichtungen der Jugendwohlfahrt und den Kindern und Jugendlichen
- Anregungen zur Schaffung besserer Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche sowie Anregungen von gesetzlichen Bestimmungen aus der Sicht der Kinder und Jugendlichen.

Der Personalstand bei der NÖ KuJ-Anwaltschaft ist derzeit mit einem Juristen, zwei Dipl. Sozialarbeitern und einer Kanzleikraft sicherlich, bezogen auf die Landesgröße und die Bevölkerungszahl, zu gering. Weiters wäre eine Verbesserung der Stellung des KuJ-Anwaltes im NÖ Jugendschutzgesetz in Angleichung an die Standards der Bundesländer Wien, Burgenland und Oberösterreich erforderlich.

Die Gefertigte stellt daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung den Personalstand der NÖ KuJ um zwei Dipl. Sozialarbeiter zu erhöhen und dem NÖ Landtag einen Gesetzesentwurf, in dem die rechtliche Stellung des NÖ Kinder- und Jugendanwaltes an die Standards der Bundesländer Wien, Burgenland und Oberösterreich angeglichen wird, zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Ich denke, für unsere Kinder und Jugendlichen soll uns keine Hilfe und kein Schutz zu groß sein. Wir sollten den Bitten und den Anliegen der Kinder-

und Jugendanwaltschaft hier entsprechen. Und ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag. (*Beifall bei der FPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile Herrn Abgeordneten Mag. Wilfing das Wort.

Abg. Mag. WILFING (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn man derzeit, wie es ja für Politiker üblich ist, an den Wochenenden viele Feste besucht und mit vielen Menschen ins Gespräch kommt, dann merkt man, dass viel Optimismus herrscht, Aufbruchsstimmung in vielen Gemeinden gegeben ist und wir trotz der harten Grenzsituation, die wir über viele Jahrzehnte erleiden mussten, derzeit bei all den Herausforderungen und Problemen, die wir auch sehen, doch davon ausgehen können, dass in Niederösterreich die Wirtschaftspolitik und da vor allem die Regionalpolitik hervorragende Arbeit geleistet hat.

Wenn wir nun versuchen, das statistisch zu bewerten, dann merken wir, dass seit der Ostöffnung wir in der Frage der Beschäftigung hervorragende Werte erzielt haben und im Vergleich zu anderen zentralen Regionen sogar einen Zuwachs in größerem Ausmaß verzeichnen konnten als eben diese Zentralregionen. Dass die Arbeitslosigkeit ebenfalls weiter gesunken ist. Und wir, wenn wir immer von Top-Ten und so weiter reden, gerade in dem Bereich zu den Top-Drei in Europa gehören. Und Gottseidank in allen Bereichen, ob Jugendarbeitslosigkeit oder auch Altersarbeitslosigkeit, auch in den Grenzregionen beste Werte im positiven Sinne aufweisen. Sodass bei all den Gefahren, die wir natürlich auch erkennen, wir davon ausgehen können, dass die EU-Erweiterung derzeit, wenn wir all die Aufgaben, die wir vor uns haben, positiv lösen, hier für Österreich genau die gleichen Vorteile wie diese Ostöffnung gemeinsam beinhalten wird.

Aber, und das ist eben auch schon gesagt worden, es ist daher wichtig, sich jetzt den Herausforderungen in der Politik zu stellen, um eben dann, wenn diese Erweiterung Platz greift, dementsprechend vorbereitet zu sein und die richtigen Maßnahmen zeitgerecht eingeleitet zu haben.

Und es ist eben ein Faktum, dass unsere Regionalmanagements, dass die Arbeit in den einzelnen Vierteln, aber auch in den Kleinregionen, die schon bestehen, wie das heute auch schon erwähnt wurde, bestens stattfindet. Dass all die Überprüfungen, die wir bisher gehabt haben, jetzt

auch seitens des Rechnungshofes, gezeigt haben, dass hier sparsam, effizient, wirtschaftlich gearbeitet wurde. Und dass vor allem auch politisch damit große Erfolge erzielt werden können.

Allein das von Dr. Pröll ins Leben gerufene Fitnessprogramm führt dazu, dass wir seitens Niederösterreichs zirka eine Milliarde Schilling in den nächsten fünf Jahren investieren werden, um weitere Leitprojekte in Gang zu bringen und damit viele andere Projekte dem Gesamten folgen zu lassen. Wenn wir davon ausgehen, dass das auch Kofinanzierung bedeuten wird, werden damit insgesamt doch fünf bis sechs Milliarden Schilling in die Grenzregionen fließen, um eben diese Stimmung, die im Land schon vorhanden ist, entsprechend weiter auszubauen.

Ich habe mich bewusst aus dem Grund hier zu Wort gemeldet, weil ich als Vorsitzender der Euroregion Weinviertel gemeinsam mit Landeshauptmannstellvertreter Dr. Johann Bauer und auch als Vorsitzender der EUREGIO Weinviertel/Südmähren/Westslowakei weiß, wie wichtig diese Arbeit ist. Weil wir auch erkennen müssen, dass jetzt seitens der Politik, vor allem auch in der Bevölkerung sehr viel Anstrengung notwendig sein wird, um zum Teil berechtigte Ängste, zum Teil auch überzogene Ängste hier gemeinsam abzubauen und ins Positive zu verkehren versuchen.

Wir alle wissen, dass gerade auch die Frage der Erweiterung sicher über Generationen hinweg auch gesehen werden muss. Jetzt, wenn ich einmal weiß, was in den Hirnen und in den Herzen einzelner Bevölkerungsgruppen vorgeht, wir natürlich hier sehr realistisch das Ganze angehen müssen, für uns nicht wichtig die Schnelligkeit des Ganzen sein muss, sondern dass die Politik hier gründlich auf die Gefahren, die hier eintreten könnten, vorbereitet. Wenn wir jetzt etwa nur vergleichen die Frage der niederen Umwelt- und Sozialstandards. Wenn wir uns nur ansehen die subventionierten Energiepreise. Wenn wir uns das Lohnniveau ansehen. Wir wissen ganz genau, dass ohne Übergangsregelungen hier sicherlich nicht eine Erweiterung Platz greifen kann, wir aber andererseits wieder sehr interessiert sein müssen, dass es zu dieser Erweiterung kommt. Dass auch unsere Nachbarländer in den gemeinsamen Wirtschaftsraum kommen. Weil wir nur dann diese Konkurrenz, die eben derzeit nach anderen Kriterien und Bedingungen arbeitet, auch vor unserer Haustür ausschalten können. Weil wir uns sonst in die Angst, die es zum Teil auch gibt, dass hier der Produktionswegfall bzw. eben das Wandern von Betrieben in die Nachbarländer anders nicht gestoppt werden könnte.

Wir alle haben, und im Budget ist das Gottseidank vorgesehen, alles zu unternehmen, um einerseits im inhaltlichen Bereich beste Vorbereitungsarbeit zu leisten, andererseits natürlich auch alle Vereine, Gemeinden, die einzelnen kleineren Regionen zu fördern, dass sich hier Schritte der Kooperation, der positiven nachbarschaftlichen Entwicklungen gemeinsam vorbereiten können.

Bei uns im Weinviertel hat sich zum Beispiel bestens bewährt der Kleinprojektfonds, der dazu geführt hat, dass wir allein im Vorjahr 300.000,- Schilling, heuer 600.000,- Schilling für Vereine weitergeben können, die gemeinsam mit südmährischen und slowakischen Vereinen hier Projekte ins Leben rufen, die in allen drei Ländern umgesetzt werden und hier Aktivitäten entfalten.

Und mir ist wichtig, dass nach diesen Beispielen eben auch die EUREGIO Waldviertel hier sehr rasch Platz greifen kann, damit eben vor allem auch im Kopf der Einzelnen hier klar wird, dass die über Jahrhunderte alte Tradition der Gemeinsamkeit der Kooperation, die diese Regionen ausgezeichnet hat, und die nur durch, jetzt sage ich einmal, 50 Jahre Kommunismus verhindert worden ist, endlich wieder Platz greift und zum Vorteil aller Seiten führen kann.

In dem Sinn bin ich sehr dankbar, dass hier für diese wichtige Regionalpolitik, für diese wichtige Politik der Öffnung zu unseren Nachbarländern diese Budgetmittel vorgesehen sind. Ich möchte jetzt die einzelnen Zahlen, die Landesfinanzreferent Mag. Sobotka schon sehr, sehr klar ausgedrückt hat, nicht wiederholen. Ich bin aber davon überzeugt, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Weninger.

Abg. WENINGER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Die Regionalpolitik und die gezielte Förderung der regionalen Entwicklung hat in Niederösterreich eine sehr lange und erfolgreiche, sehr positive Tradition, was heute schon mehrmals angesprochen wurde.

Die absolute Notwendigkeit einer gezielten Regionalpolitik liegt zweifelsohne in den nach wie vor vorhandenen regionalpolitischen Disparitäten in unserem Bundesland. Als Abgeordneter aus einem Bezirk, aus einer der wohl wohlhabendsten Regionen unseres Landes, anerkenne ich diese Solidari-

tät der Regionen absolut. Gleichzeitig betone ich jedoch die Notwendigkeit, dass auch Motoren regelmäßig geschmiert werden müssen, damit sie nicht an Kraft verlieren und schlussendlich die ganze Maschine zum Stillstand kommt. Ich möchte heute nicht weiter darauf eingehen, welche dringenden Investitionsvorhaben im Bereich der Verkehrspolitik, der Telekommunikation und im Bildungsbereich auch im Wiener Umland und in meinem Bezirk Mödling notwendig wären, weil meine Kollegen und ich das an und für sich bei jeder Gelegenheit tun. Ich möchte aber die Gelegenheit dazu nutzen, um Dank einfließen zu lassen. Dank an die zahlreichen hauptberuflichen Mitarbeiter und Beamten, an die ehrenamtlichen Funktionäre, die wirklich Hervorragendes leisten in den Regionalmanagements, in den EU-Plattformen, aber auch in der ECO-PLUS und in den regionalen Innovationszentren zum Wohle unserer Regionen.

Die Regionalpolitik hat über Jahrzehnte versucht, die wirtschaftliche Benachteiligung Niederösterreichs als Grenzland zu lindern, wirtschaftliche und soziale Disparitäten auszugleichen, ob im agrarischen Bereich, im gewerblichen Bereich oder im industriellen Bereich. Mit der Ostöffnung 1989 und dem absehbaren Erweiterungsschritt der Europäischen Union Richtung Mittel- und Osteuropa erhielt diese Regionalpolitik eine neue, eine zusätzliche Komponente.

Einerseits müssen die neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unterschiede abgebaut werden. Es muss versucht werden, neue Voraussetzungen zur Nutzung der neuen wirtschaftlichen Chancen zu schaffen. Andererseits muss es uns gelingen, in den nächsten Jahren unser Land auf die Osterweiterung vorzubereiten. Der vorliegende Budgetansatz für die Raumordnung beträgt knapp 530 Millionen Schilling. Daraus werden rund 400 Millionen Schilling für die Regionalförderung bereitgestellt. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der EUROFIT-Aktion zu, die in den nächsten fünf Jahren jährlich rund 200 Millionen Schilling zur Förderung von Projekten und Initiativen in den Grenzregionen zur Verfügung stellt. So notwendig und begrüßenswert die Regionalförderung im Allgemeinen und die EUROFIT-Aktion im Besonderen ist, müssen die regionalpolitischen Initiativen zum Abbau der nach wie vor vorhandenen Unterschiede noch stärker als in der Vergangenheit ausgebaut werden. Hier hätten wir uns in diesem Budgetansatz durchwegs noch stärkere Impulse erwartet.

Ein umfangreiches Budget wie jenes, das uns heute vorliegt, enthält eine Vielzahl von Details. Mancher Budgetposten wurde im Rahmen der heu-

tigen Sitzung bereits genannt. Beispielsweise wird für den Repräsentationsaufwand der Landesregierung vier Mal so viel ausgegeben wie für alle Tierschutzvereine des Landes gemeinsam oder etwa sieben Mal so viel wie für den Jugendsport. Auch die Frage der Behindertenbeschäftigung wurde bereits angesprochen. Hier steigen die jährlichen Ausgleichszahlungen gemäß Behinderteneinstellungsgesetz von bisher 7 Millionen auf über 10 Millionen. Wir haben vor einem Jahr bei der Budgetdebatte einen diesbezüglichen Antrag eingebracht. Die einzige Handlung, die meines Wissens in diesem Bereich gesetzt worden ist, war eine Befragung unter den Bediensteten des Landes, ob sich nicht doch noch irgendwo in den Reihen der Beamtinnen und Beamten ein Behinderter befindet, der nicht in dieser Aufstellung vorhanden ist. Ich glaube, dass diese Aktivität nicht zufriedenstellend ist.

Ich möchte auch noch auf den Bereich Tierschutz eingehen. In diesem Budgetvoranschlag sind 100 Millionen Schilling vorgesehen, um eine Initiative von Landeshauptmannstellvertreter Dr. Hannes Bauer zu finanzieren, nämlich ein neues NÖ Tierheimkonzept. Auch wenn wir noch immer kein bundeseinheitliches Tierschutzgesetz haben, schreibt die Art. 15a-Vereinbarung Mindeststandards für Tierheime vor. Zur Erfüllung dieses Zieles sieht der Bauer-Plan fünf Versorgungsregionen vor, die mit je 20 Millionen Schilling für bauliche Investitionen in Form von Leasingraten kräftig unterstützt werden.

An dieser Stelle ist es auch angebracht, den Trägervereinen und ihren engagierten Mitarbeitern ein aufrichtiges Dankeschön zu sagen. Die Tierschutzvereine werden auch zukünftig die finanziellen Aufwendungen für den Betrieb besorgen müssen, die jährlich rund 10 Millionen Schilling ausmachen. Die dafür notwendigen Aktiva der Tierschutzvereine, der Betreibervereine, gehen zurück auf Spendensammlungen, Veranstaltungen, aber auch auf die Unterstützung von Gemeinden sowie eigene Dienstleistungen. Zum Beispiel im Bereich der Führung von Tierpensionen. Der Bauer-Plan für den Tierschutz in Niederösterreich und seine finanzielle Bedeckung im vorliegenden Budget ist nicht nur ein großer Schritt in Richtung eines qualitativ hochwertigen Tierschutzes in Niederösterreich, sondern auch ein Signal des Dankes und der Anerkennung an viele engagierte Tierschützer in unserem Land.

Erlauben Sie mir aber zum Abschluss auch einige grundsätzliche Bemerkungen zur Budgetrede von Finanzlandesrat Mag. Sobotka. Dass wir Sozialdemokraten mit der restriktiven Budgetpolitik der Bundesregierung nicht einverstanden sind, haben

wir in diesem Kreis, in diesem Haus bereits mehrmals betont. Daher ist umso bemerkenswerter die Tatsache, dass der Herr ÖVP-Finanzlandesrat in seiner heutigen Budgetrede bereits vorsorglich davor gewarnt hat, welche negativen Auswirkungen der Budgetkurs der blau-schwarzen Bundesregierung auf unser Land, auf die Gemeinden und vor allem auf die Bevölkerung und die klein- und mittelständische Wirtschaft haben wird. Der Herr Landesrat tut dies jedoch nicht, weil er sich von der Belastungspolitik der blau-schwarzen Bundesregierung distanzieren will. Er tut es auch nicht, weil er dem radikalen Sozialabbau der blau-schwarzen Bundesregierung nicht folgen kann. Sondern er tut es deshalb, weil er weiß, dass, wenn die Budgetpolitik von Finanzminister Grasser so fortgesetzt wird, wie sie angekündigt wird, dieses Budget, dieser Voranschlag nicht halten kann. Wenn Finanzminister Grasser nur einen Teil seiner Ankündigungen wahr macht, seine Drohung vom massiven Hineinschneiden durchzieht, Budgetrestriktion vor soziale Sicherheit stellt, und wenn nichts zum Erben ist im Finanzausgleich, wenn hineingeschnitten wird im Gesundheitsbereich und in der Wohnbauförderung, dann schaut es traurig aus um Österreich, aber auch um dieses Budget, das uns heute vorliegt. Sollten Sie das Wohl der Niederösterreicherinnen vor die Parteidisziplin stellen, Herr Landesrat, sollten Sie Unterstützung brauchen gegen diesen Kurs des Zu-Tode-Sparens der blau-schwarzen Bundesregierung, dann haben sie die volle Unterstützung der NÖ Sozialdemokratie. Tragen Sie aber den Kurs dieses Schröpfensprogrammes mit, dann wird ein erbitterter Widerstand von unserer Seite zu erwarten sein. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Waldhäusl: Zuerst macht ihr die Schulden, also das ist schon schlimm!)*

Ich wollte eine abschließende Anmerkung machen, weil das heute schon mehrmals in diesem Haus mit Zwischenrufen gekommen ist. Der Kollege Waldhäusl hat es gerade wieder gemacht. Erlauben Sie mir zu zitieren aus dem stenografischen Protokoll des Parlaments: „Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, dass die Regierungsparteien zufrieden sein können, dass sie heute wieder ein Budget vorlegen, das den Konsolidierungskurs, den wir nunmehr in den letzten Jahren eingeschlagen haben, zu einem Höhepunkt und Endpunkt führt. Ich möchte mich bei Rudi Edlinger, dem Herrn Bundesminister für Finanzen, sehr herzlich dafür bedanken, dass er mit dem Kollegen Minister Hannes Farnleitner einen rationalen und nachvollziehbaren Planungsprozess für dieses Budget vorgenommen hat.“ Etwas später: „Jetzt haben wir ein Budget, das planmäßig und frühzeitig diesem Haus zugeleitet wird und das ein ausgezeichnetes Budget ist.“ Weiter zum Budgetkurs: „Das ist eine gute Leistung. Ich danke der Regierung und dem Fi-

nanzminister. Wir werden jetzt ein Budget beschließen, das das Beste für unsere Bevölkerung und für unsere Wirtschaft erhoffen lässt. Wir haben in den letzten Jahren die Krankenversicherung und die Arbeitslosenversicherung saniert. Wir haben eine Pensionsreform zustande gebracht, die andere Länder nicht zustande gebracht haben. Wir haben bereits im Jahr 1988 eine Steuerreform zusammengebracht.“ Ich könnte hier noch lange weiter zitieren. Ein Satz vielleicht noch. Wörtliches Zitat: „Ich könnte diese Liste weiter fortsetzen. Ich könnte von der verbesserten Produktivität reden. Ich könnte von den besseren Lohnstückkosten reden. Ich könnte vom Exportwachstum reden.“ Abschließend, diese Parlamentsrede, meine Damen und Herren: „Mit dem Budget 1999 haben wir eine gute Tradition fortgeführt, die wir 1995 begründet haben. Gute Budgets, die einen Wirtschaftsaufschwung möglich machen, die die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erhöhen und den Wirtschaftsstandort besonders pflegen und damit breiten Wohlstand für die gesamte Bevölkerung möglich machen, das ist unser Ziel. Ich danke dem Herrn Finanzminister dafür, dass er so tatkräftig in diese Richtung arbeitet.“ Ende des Zitats. Diese Auszüge aus der Parlamentsrede stammen aber nicht vom SPÖ-Wirtschaftsexperten Nowotny oder vom Finanzexperten Gusenbauer. Sondern sie stammen vom Klubobmann Dr. Andreas Khol, Österreichische Volkspartei, der sich heute nicht mehr erinnern kann, dass die Österreichische Volkspartei in den letzten 13 Jahren gemeinsam mit der Österreichischen Sozialdemokratie gute Budgetpolitik für Österreich gemacht hat. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile Herrn Abgeordneten Dipl.Ing. Toms das Wort.

Abg. Dipl.Ing. TOMS (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Wenn wir in der Gruppe 0 über die EU-Fördergebiete sprechen, wenn wir über Regionalförderungen sprechen, so ist ein wesentlicher Beitrag, der für die Landesentwicklung bedeutend war, das NÖ Fitnessprogramm, über das heute schon von einigen Kollegen gesprochen wurde.

Zur Stärkung der Regionen in Niederösterreich im Hinblick auf die offensive Gestaltung der Chancen und der Risiken der europäischen Erweiterung fiel nach den Landtagswahlen 1998 die politische Entscheidung für diese besondere regionalpolitische Offensive. Über fünf Jahre werden jährlich bekanntlich diese 200 Millionen Schilling, zusammen 1 Milliarde, für Projekte insbesondere im Grenzland Niederösterreichs ausgeschüttet. Der Herr Landesrat Mag. Sobotka hat heute uns schon

diese drei bedeutenden Säulen dieses Programmes bekannt gemacht. Sie sind sehr bildlich dargestellt: Fit im Kopf zu sein. Die Eigeninitiativen sind gefragt, um diese Projekte umzusetzen. Fit in der Wirtschaft zu sein. Es sind Impulsprojekte gefragt, wirklich Projekte, die die Wirtschaft stärken und auch Arbeitsplätze hervorrufen. Und fit in der Mobilität zu sein. Die Verkehrsinfrastrukturen auszubauen, um für eine Erweiterung für das große Europa Verkehrswege und ausgebaute Straßen zum Beispiel zu haben.

ECO-PLUS als niederösterreichische regionale Entwicklungsagentur wurde beauftragt, die Vorschläge für die Förderbeschlüsse umzusetzen. Als Zielsetzung kann angegeben werden, dass durch die Unterstützung der strategischen Schlüsselprojekte im industriellen, gewerblichen und im touristischen Bereich Impulse für die Regionen gesetzt werden sollen. Wertschöpfungsintensive Impulse hier gesetzt werden sollen. Die Wettbewerbsfähigkeit für die Regionen Niederösterreichs, insbesondere der Grenzlandregionen sollte damit gestärkt werden. Dieses Ziel lässt sich nur durch besonders qualitätsvolle Projekte mit einer Anschlusswirkung für die Regionalwirkung verwirklichen. Die wirtschaftsnahe Infrastruktur spielt demgemäß eine zentrale Rolle.

Zur Unterstützung dieser wirtschaftlichen Anpassungsprozesse im Grenzland sind diese Projekte gedacht. Und im Übrigen besteht ja noch im Bereich der Wirtschafts- und Tourismusförderung ein reichhaltiges Instrumentarium zur Förderung von Betrieben.

Als Förderkriterium erfolgte die Beurteilung für Projekte auf Grundlage der Förderrichtlinien der ECO-PLUS. Und diese sind, und das ist besonders bedeutend, die sind von der Europäischen Kommission genehmigt und erlauben daher auch die Einbeziehung von EU-Kofinanzierungsmitteln, was besonders wichtig ist. Beurteilt wird die Qualität, der regionalpolitische Zielbeitrag und die Unterstützung in der Region und aus der Region. Von diesem engagierten Entwicklungs- und Förderprogramm lässt sich bereits jetzt ein sehr positives Zwischenresümee ziehen. Bisher wurden 19 Projekte mit einer Regionalförderung von fast 212 Millionen Schilling unterstützt. Und welche Dimensionen alleine in der intensiven Phase bewegt werden, zeigen auch die damit verbundenen Investitionsvolumen von zirka 600 Millionen Schilling.

Die Projekte sind ja bekannt, die Leitprojekte, vor allem RIZ Krems, RIZ Hollabrunn, Telematikinitiative Waldviertel, Kamp-Thaya-Radweg. Sogar der Ausbau einer genossenschaftlichen Brennerei

in Starrein ist dabei. Der europäische Unilehrgang Regionalmanagement Groß Siegharts. Oder das industriearchäologische Modellprojekt Kamptalbrücken. Oder der Hafen Krems, die Verlängerung der Kaimauer Nord. Oder die Attraktivierung des Open Air Gars-Festivals. Oder die Errichtung des Anna-Parks in Heidenreichstein und, und, und.

Alle diese Projekte sind regionale Wirtschafts- und Wertschöpfungsmotoren, von denen eine Vielzahl an gewerblichen, touristischen und landwirtschaftlichen Betrieben direkt oder auch indirekt gefördert werden. Arbeitsplätze werden gesichert und neue Arbeitsplätze werden geschaffen.

Es sind dies Projekte, bei denen im besten Sinne des Fitnessprogrammes Initiativen ergriffen und Signale für die Regionen gesetzt werden. Mit den neuen EU-Förderprogrammen Ziel 2 und INTERREG 3 soll eine weitere Dynamisierung des Fitnessprogrammes und damit der Regionalentwicklung möglich sein.

Die Voraussetzungen dafür sind letztendlich jedoch aktive Projektträger und erfolgreiche Projekte. Wenn keine Projekte kommen, wenn hier kein innovativer Ideenreichtum vorhanden ist, dann kommt es auch nicht zu solchen Projekten.

Mit dem Fitnessprogramm, geschätzte Damen und Herren, das unser Landeshauptmann Dr. Pröll 1998 ins Leben gerufen hat, befindet sich nicht nur die Grenzregion unseres Bundeslandes Niederösterreich auf dem Weg in die richtige Richtung, nämlich in Richtung Euro-Fitness, sondern auch das gesamte Bundesland auf dem Weg in Richtung Top-Ten-Regionen Europas. Wir werden natürlich auch diesem Bereich im Budget der Gruppe 0 unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Waldhäusl.

Abg. WALDHÄUSL (FPÖ): Herr Präsident! Werte Kollegen des NÖ Landtages!

Auch von mir ein paar Worte zur Gruppe 0. Ich möchte beginnen mit der Gruppe 040, den Agrarbehörden. Es sind ja heute schon hier einige kritische und auch positive Worte dazu gefallen. Man kann über die Agrarbehörden, über die Höhe der Dotierung diskutieren. Man kann sich lange darüber unterhalten. Und Sie wissen, dass ich, seit ich im NÖ Landtag hier bin, jedes Mal in der Gruppe 0 auch zu den Agrarbehörden Stellung nehme. Man kann diskutieren über die Effizienz. Ist sie besser geworden, wird sie schlechter, ist sie noch immer eine Hilfestellung für die niederösterreichischen

Bauern? Könnte sie ausgebaut werden? Natürlich kann man immer sagen, man kann nie effizient genug arbeiten. Es kann immer besser werden.

Gleichzeitig stellt sich immer das Problem, und wir haben ja das hier im Hohen Haus schon sehr oft diskutiert und ich habe es aufgezeigt, dass speziell die Frage der Objektivität immer wieder diskutiert werden muss und sollte. Ich denke hier nur an die Hauptaufgabe dieser Behörde, die eben seit dem EU-Beitritt immer größere Bedeutung hat, an die Flurbereinigung. Wir wollen größere Betriebe, wir brauchen größere Betriebe. Die Struktur passt teilweise noch nicht hinein. Und so müssen Flurbereinigungsverfahren durchgezogen werden. Oft gegen den Widerstand der Bauern, teilweise der Bauern, der Nicht-Weichen-Wollenden, der Nebenerwerbsbauern. Hier gibt es sehr viele Probleme. Und hier ist es wirklich an der Zeit, dass die Beamten sehr umsichtig auf die Probleme immer mehr eingehen. Und da stellt sich die Frage der Objektivität schon immer wieder. Man weiß es aus früheren Zeiten, dass hier nicht immer wirklich objektiv vorgegangen worden ist. Ich sage es sehr zurückhaltend. Weil ich weiß, dass auch die Parteipolitik hier immer wieder hinein gewirkt hat. Trotzdem stehe ich dazu, dass diese Verfahren auch ihre Notwendigkeit haben. Wenn sie nicht gegen die Betroffenen durchgeführt werden, sondern natürlich nur mit den Betroffenen. Und ich hoffe, dass wir hier auch in Zukunft ein Miteinander finden werden, wo nicht hier nur die Behörden etwas planen und arbeiten, sondern wo auch letztendlich die Betroffenen, das heißt wir Landwirte, auch dann etwas davon haben, womit wir leben können. Und letztendlich, auf Grund der geänderten Bedingungen seit dem EU-Beitritt, auch Positives am Hof selbst dadurch haben.

Ich möchte daher auch zu dieser Gruppe einen Resolutionsantrag stellen und werde jetzt einen Satz noch so zitieren. Aber ich glaube, hier wird es eine Einigung geben, habe ich gehört, mit der ÖVP-Fraktion, dass wir uns hier vielleicht finden können. Ich werde noch so zitieren, sage aber dazu, dass man das vielleicht schon jetzt ändert (*liest:*)

„Resolutionsantrag

des Abgeordneten Waldhäusl zur Gruppe 0 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, Ltg. 478/V-8, betreffend Überprüfung des Aufgabenumfanges der Agrarbezirksbehörden.

Derzeit dauert es von der Antragstellung bis zum Beginn eines Flurbereinigungsverfahrens bis zu zehn Jahren. Ein Umstand, der in anderen Be-

reichen der Wirtschaft mit Recht undenkbar ist. Es ist daher notwendig, gerade im Agrarbereich die Auslagerung von Tätigkeiten aus der öffentlichen Verwaltung zu überprüfen. Durch die Auslagerung von Aufgaben der Agrarbezirksbehörden – insbesondere der Flurbereinigungsverfahren – zu Zivilingenieuren ist eine objektive Bearbeitung der Anliegen der Antragsteller zu marktkonformen Konditionen in kürzerer Zeit zu erwarten.

Der Gefertigte stellt daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, zu überprüfen, welche Verwaltungsabläufe insbesondere im Bereich der Agrarbezirksbehörden ausgelagert werden können, welche finanziellen Auswirkungen für das Bundesland Niederösterreich dadurch zu erwarten sind und darüber dem Landtag zu berichten.“

Es soll natürlich gewährleistet sein, dass, wenn es hier zu Änderungen kommt, dass diese nicht auf dem Rücken der Bauern ausgetragen werden. Das ist selbstverständlich hier anzumerken. Und es soll keinesfalls jetzt irgendwo der Eindruck entstehen, man möchte die Agrarbezirksbehörden restlos auflösen. Nein, das wollen wir nicht! Es soll nur so sein, dass man hier mit einer Auslagerung schneller agieren kann in einer Zeit, wo dies notwendig ist. Und man könnte dann auch vom Personal her durch eine Nicht-Nachbesetzung dieses Ressort auch so gestalten, dass wir effizient, sparsam und trotzdem schlagkräftig, wenn notwendig, für die Bauern - und letztendlich ist ja diese Agrarbehörde für die Bauern installiert - hier tätig sein kann.

Ich glaube, dass man zumindest einmal den Mut haben sollte, über die Zukunft auf Grund der geänderten Bedingungen seit dem EU-Beitritt nachzudenken um dann auch wenn möglich hier doch eine etwas andere Art und vielleicht eine objektivere und effizientere Form finden zu können.

Das weitere zur Gruppe 041: Da möchte ich nur wieder einen Satz anmerken, den ich auch jedes Jahr hier von mir zu euch eben gebe. Das ist ein Satz zur Grundverkehrskommission. Ich möchte wieder darauf verweisen, meine Damen und Herren Kollegen, dass dieses bestehende Grundverkehrsgesetz nicht EU-konform ist. Und ich möchte jetzt gar nicht sagen, das wisst ihr alle genauso gut wie ich, was das für Auswirkungen hat, wenn wir Gesetze haben, die nicht EU-konform sind. Ich weiß schon, ich tu mir leicht, weil ich aus einer Fraktion komme, die diese nicht EU-konformen Gesetze nicht mitbeschlossen hat. Weil überall wo wir die

Probleme haben, das stammt ja, leider Gottes oder für uns Gottseidank noch aus der Zeit von Rot und Schwarz. Aber wir sind ja Politiker der Zukunft. Und darum glaube ich, sollten wir diese Altlasten wirklich einmal aufarbeiten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und für dieses Aufarbeiten sind wir als Reformpolitiker selbstverständlich jederzeit zu haben.

Meine Damen und Herren! Ich möchte auch noch abschließend zur Gruppe 051, zu den Beratungsorganen, Stellung nehmen. Wär' nicht möglich gewesen, dass heute der Waldhäusl nicht zu den Managements und speziell zum Waldviertelmanagement spricht, weil da hätte ja irgend etwas wirklich passieren müssen. Denn hier liegt noch vieles im Argen. Ich möchte das wirklich heute auch wieder erwähnen, wenn wir hier wieder ein Budget beschließen, wo diese Managements mit Geld ausgestattet werden.

Dann sage ich einmal positiv beginnend: Seit dem EU-Beitritt ist es selbstverständlich notwendig, dass hier Hilfestellungen, dass Unterstützung vorhanden ist. Egal in welcher Art, egal in welcher Form, wir brauchen es! Und wenn es die Managements sind, dann ist das völlig korrekt und in Ordnung. Die Frage stellt sich jetzt so wie bei der Gruppe 040: Wir können jetzt diskutieren über die Effizienz und wir müssen uns unterhalten, meine lieben Kollegen, über die Objektivität. Und damit sind wir bereits bei dem Punkt angelangt, wo ich einmal aufgehört habe hier zu sprechen, wo die rote und die schwarze Spinne hier über ein Viertel immer wieder fleißig arbeitet. Und dann sind wir leider wieder bei dem Thema angelangt, wo wir dann von Parteipolitik sprechen, wo wir von Skandalen zu berichten beginnen, wo das Wort Management, wo Beauftragter Kastner, Beauftragter Volk immer wieder erwähnt wird. Wo wir davon sprechen, dass hier der Landtag die Möglichkeit gehabt hätte es aufzuklären, doch der Landtag wollte mehrheitlich hier nicht aufklären, er wollte vertuschen. Das alles gehört der Vergangenheit an. Doch wir leben noch immer in der Zukunft damit. Und als Reformpolitiker, meine Damen und Herren, müssen wir auch diese Altlasten beseitigen. Und darum, meine Damen und Herren, muss ich heute hier das noch einmal erwähnen. Ich möchte euch nur kurz berichten zum Abschluss, was hat sich verändert, oder wie weit sind wir jetzt in dieser Aufklärung dieser Altlasten fortgeschritten? Hat sich etwas verändert? Es hat Anzeigen gegeben. Und wie ist dieser Dschungel jetzt im Begriff aufgeklärt zu werden, oder geht das alles noch so weiter.

Ich möchte euch jetzt abschließend, damit wirklich jeder den Eindruck mitbekommt, wie vernetzt und wie kompliziert und wie wenig Politiker

wissen, wenn es da um das geht was wer unterschrieben hat, einen Auszug aus einer rechtsgültigen Verhandlung geben. Und zwar war das die Hauptverhandlung beim Landesgericht Krems, wo es eben um diese Werkverträge gegangen ist, über die wir da so lange diskutiert haben und wo dann eben die anderen Fraktionen, außer den Grünen, nicht bereit waren, aufklärend einzugreifen. Die diesen Untersuchungsausschuss abgelehnt haben. Ich werde euch ein paar Passagen aus dieser Verhandlung vorlesen, damit man dann weiß, wer wirklich etwas weiß und wer nichts weiß oder nicht weiß was er unterschreibt. Über Vorhalt der beiden von den Antragsgegnern vorgelegten Werkverträge durch den Richter und Frage, ob es diese Verträge gibt, wer diese Verträge abgeschlossen hat. Da wurde dann als Zeuge Nationalrat Rudolf Parnigoni, einer der Vorsitzenden der Plattform genannt. Der zweite ist Nationalrat Dkfm. Dr. Günter Stummvoll. Und er sagt: Diese Verträge sind meines Wissens nicht abgeschlossen worden bzw. kenne ich sie nicht. Dann der Vorhalt, das heißt, dass sie als Vertreter der Plattform diese Verträge, wenn sie abgeschlossen worden sind, kennen müssten. Ja, aber er hat sie, glaubt er, nicht unterschrieben. Wer sie vertritt? Dann sagt er, der Stummvoll und er nach außen. Ob er alleine zeichnungsberechtigt ist? Nein, nur gemeinsam. Das heißt, wenn sie sie nicht kennen, können sie nicht gültig sein. Da sagt er: So ist es. Das war am Anfang. Und dann geht es da so weiter. Wer wirklich zeichnungsberechtigt ist, fragt dann der Richter eine Viertelstunde später. Verträge schließt die Europa-Plattform mit dem Regionalmanagement und mit Vereinen ab. Sagt er: Im Wesentlichen mit dem Management. Ob es Zuständige für das Waldviertel gibt. Da sagt er wieder, das versteht er nicht. Es gibt zwei Bereiche. Das eine ist der Ewald Volk, das andere der Kastner. Die beiden haben entsprechende Verträge mit der EU-Plattform abgeschlossen. Aber er weiß es nicht. Ob das Regionalmanagement kein Verein ist? Das ist unterschiedlich. Die EU-Plattform ist ein Verein, das Regionalmanagement, da gibt es wieder ein Management, wo der Adi Kastner Geschäftsführer oder der Vorsitzende ist. Und da sind die Aufgaben anderwärtig vergeben. Entweder im Verein oder von Einzelpersonen.

Ob der Waldviertel Beauftragte Kastner seinerseits die Aufträge auch wieder weitergibt? Das weiß er nicht, ob sie die weitergeben. Wir machen nur den beiden den Vertrag. Den er vorher noch abgestritten hat. Er gibt einen umfangreichen Vertrag weiter, wo sich im Detail die Dinge dann aber wieder genau selber regeln. Sehr kompliziert. Und die Fragen werden dann immer direkter. Ob es jetzt konkret Arbeitsverträge gibt und ob sie abgeschlossen worden sind. Und dann sagt er, ja, es gibt ei-

nen jeweiligen Vertrag mit den Vertragsnehmern. Wer das ist? Naja, dann gibt er zu, zum Beispiel auch der Herr Volk und der Herr Kastner. Es kann auch Teleport sein, das kann er jetzt nicht sagen. Und da geht es um den Vertrag mit der Teleport. Das kann ich jetzt nicht sagen, sagt er da wieder. Wenn es diesen aber geben würde, dann hätten sie ihn unterschrieben als Vorsitzender der EU-Europa-Plattform.

Dann sagt Herr Nationalrat Parnigoni: Wenn es einen solchen geben würde mit der Teleport, dann hätte er ihn wahrscheinlich unterzeichnet. Er weiß es aber nicht. Obwohl er der Vorsitzende ist. Jetzt kann man sich dann schon vorstellen, wie das dann wirklich ist. Weil da geht es genau um das, um die Frage, und das will der Richter jetzt herausfinden: Ist es wirklich möglich in dieser reinen Vernetzung, dass hier Leute von Links nach Rechts sich selbst Werkverträge geben oder nicht. Und die meisten Antworten sind dann: Das kann ich jetzt auch nicht genau sagen. Das weiß ich jetzt nicht. Ich möchte mich auch nicht festlegen. Ich bin fast sicher, dass es keinen derartigen Vertrag mit der Teleport gibt oder für bestimmte Aufgaben. Aber das kann ich jetzt nicht genau sagen. Ich müsste mir das anschauen. Ist gut als Vorsitzender, dass er das alles nicht weiß. Dann sagt er, aber es gibt zwei: Mit dem Waldviertel Management einen Rahmenarbeitsvertrag und dann gibt es mit den beiden Managern einen jeweiligen Werkvertrag für bestimmte Leistungen. Und wer sind die beiden? Und dann bringen sie es auf den Punkt: Es ist Volk und Kastner. *(Abg. Keusch: Aber den Kastner hast doch erst gelobt vor ein paar Wochen!)*

Und dann sagt er, er kann das wieder nicht genau sagen, auf die Frage, wer die Werkverträge jetzt wirklich gemacht hat. Er sagt, für mich ist das jetzt schwer zu sagen. Weil wenn er das gewusst hätte, dass es konkret um das geht, hätte er sich Unterlagen mitgenommen. Aber er hat ein Problem, sagt er. Weil wenn der Herr Kastner mir begegnet, kann er einmal als Waldviertel-Management auftreten und ein anderes Mal als Obmann eines Vereines. Das weiß ich jetzt nicht so genau.

Also es ist die Vernetzung. Die spitzt sich immer mehr zu. Und jetzt komme ich zum Schluss dann, wo dann endlich nach zirka einer Stunde Nationalrat Parnigoni auch wirklich weiß, was er nicht weiß. Und zwar über die Befragung, ob es jetzt Waldviertler Abgeordnete gibt, die noch zusätzlich zeichnungs berechtigt sind, sagt er nein. Und dann ist eben die Frage, im Endeffekt sind die

beiden Volk und Kastner auch ehrenamtliche Geschäftsführer bzw. Geschäftsführer dieser Plattform. Und bereiten diese Verträge vor. Dann fragt der Richter, ob die dann praktisch ja die Verträge mit sich selbst abschließen. Sagt er wieder, das können sie ja nicht, weil unterschreiben muss ja er sie, aber nicht sie. Sie tun sie nur vorberaten. Sagt der Richter, dass die Geschäftsführung der Europa-Plattform ja offensichtlich nicht er macht, obwohl er es machen müsste, weil er sonst besser informiert wäre, sondern er eigentlich der Vertreter des Vereines nach außen ist. Sagt er, ja, eigentlich ist es so.

Auf den Punkt gebracht: Es zeigt sich eindeutig, es werden Werkverträge unterschrieben, die aber nicht von denen selbst vorbereitet werden, sondern von denen, die die Werkverträge dann bekommen. Das ist ein Wahnsinn! Und das, bitte, ist amtlich. Das ist schlimm! Meine Damen und Herren! Und das ist dann traurig, wenn man dann merkt, dass schön aufgeteilt nach dem roten, schwarzen Muster die Vorsitzenden in dieser Europa-Plattform sitzen, die das alles unterschreiben und dann nicht einmal wissen, was sie unterschreiben. Das Ganze ist 25 Seiten dick. Ich könnte euch jetzt noch die Zeugen vorlesen, was der Kastner Adi gesagt hat und der Volk, dann wäre das Ganze noch verstrickter und noch komplizierter für euch.

Nur, eines würde dann sicher entstehen: Wenn ich dann heute wieder einen Untersuchungsausschuss beantragen würde, dann würden wahrscheinlich, zumindest sage ich einmal, einige wenige Abgeordnete, denen es auch um Reform geht in diesem Land, die würden da mitstimmen.

Und abschließend, weil die Frage war, dass ich den Kastner Adi auch gelobt habe. Ja, selbstverständlich! Wenn etwas gut ist, wird es gelobt. Nur es ist halt so schlimm und traurig, dass wir in diesem Land wirklich seitens der ÖVP und auch der SPÖ nach dem, was man jetzt bei dem Parnigoni gesehen hat, leider Gottes so wenig Lob aussprechen kann. Denn diese Fakten, meine Damen und Herren, untermauern nur, dass wir Freiheitlichen hier wirklich kritisch die Finger in die Wunde gelegt haben. Und wir werden sie auch nicht wegnehmen. Denn wo Skandale sind, müssen sie aufgeklärt werden. Und wo ein Schaden entstanden ist, meine Damen und Herren, muss er beseitigt werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch.

Abg. Dr. MICHALITSCH (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich spreche im Rahmen der Gruppe 0 zum Thema Verwaltung. Das ist ein zentrales Kernkapitel des Budgets insgesamt, weil es um sehr viele Menschen und auch um viel Geld geht. Ich glaube, dass sich die Leistungen des Landes Niederösterreich insgesamt im Wesentlichen auch in den Leistungen der Landesverwaltung niederschlagen. Und daher ist einmal die Frage, wie viele Menschen sind das denn überhaupt, die für das Land Niederösterreich arbeiten? Der Dienstpostenplan für das Jahr 2001 zeigt eine ganz besondere Entwicklung auf. Es sind nämlich 18.229 Dienstposten vorgesehen, um 100 weniger als noch für das Jahr 2000. Und wenn es 1998 18.361 waren, sieht man, dass insgesamt eine Abwärtsentwicklung bei der Zahl da ist. Das heißt, schon seit einigen Jahren spart Niederösterreich Verwaltung ein. Die NÖ Verwaltung wird schlanker. Sie ist die gemeinsam mit Vorarlberg die schlankste Österreichs überhaupt! 11,4 Mitarbeiter pro 1.000 Einwohner! Das heißt, alle allgemeinen Appelle, hier doch einzusparen, sind in Niederösterreich gar nicht notwendig, weil hier schon lange Jahre Vorarbeit geleistet wurde.

Die NÖ Verwaltung wird schlanker. Das ist umso bemerkenswerter, als doch mehr Leistung erbracht wurde. Ich erinnere nur daran, dass 1996 drei neue Heime errichtet wurden, 1997 ein neues Heim in Betrieb ging und 1998 vier neue Heime. Das heißt, im Bereich des Sozialen wurden und werden Leistungen sogar ausgeweitet. Auch bei den Kindergärtnerinnen sind in den letzten Jahren insgesamt 400 neue Dienstposten entstanden, weil hier mehr Leistung erbracht wird, weil mehr Kinder betreut werden. Niederösterreich als Insel der Menschlichkeit ist ganz sicher durch die Leistungen in diesem Bereich kein Schlagwort, sondern Realität.

Und auf der anderen Seite, im Bereich der Hoheitsverwaltung finden wir eine Abnahme. Auch das ist extrem schwierig, das zu erreichen. Das geht nur durch Effizienzanalyse, durch ständiges Überdenken der Aufgaben. Und ich möchte es, wie jedes Jahr, bei diesem Kapitel, aber ich glaube, das ist nicht nur angesichts des Budgets zu sagen, sondern überhaupt, nämlich dann, wenn es um eine einzelne Sache geht, wir müssen als Landtag, als Gesetzgeber auch „Gesetznehmer“ sein. Wenn wir die Deregulierung im Einzelfall nicht ernst nehmen, dann bleibt alles allgemeine Gerede beim Budget ohne Wirkung!

Also eine schlanke Verwaltung. Auch eine schnelle Verwaltung! Das ist heute ja schon gesagt

worden: Der Verfahrensexpress - 90 Prozent der Betriebsanlagenverfahren innerhalb von drei Monaten erledigt! Das heißt, dass Niederösterreich, die NÖ Verwaltung, trotz komplizierter werdender Gesetze, trotz europäischer Judikatur einen hohen Beitrag zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes leistet.

Die NÖ Verwaltung ist auch eine akzeptierte Verwaltung. 84 Prozent der Bürger, der Kunden, sind zufrieden oder sie sind sehr zufrieden. Die NÖ Verwaltung ist weiblich: 59 Prozent der Mitarbeiter insgesamt sind weiblich. Wir haben 17.500 Vollarbeitsplätze und 3.500 Teilzeitarbeitsplätze, die sind doch im überwiegenden Fall von Frauen belegt. Das zeigt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf - wieder eine Facette dieser oft zitierten Insel der Menschlichkeit. Und - und da beziehe ich mich auf den Resolutionsantrag „Frauenanteil bei Beschäftigten im Landesdienst“ - ich glaube, dass man diesen Resolutionsantrag ablehnen kann. Weil wir ja ein Gleichbehandlungsgesetz beschlossen haben, wonach Frauenförderungsprogramme zu erstellen sind. Und die werden in wenigen Wochen vorliegen. Daher braucht man hier nicht von Seiten des Landtages eine Aufforderung zu setzen, wenn die Aktivität schon gesetzt wird.

Ich möchte auch auf die Frage der Behinderten eingehen. Da erhebt sich natürlich immer die Frage, wie man es berechnet. Nimmt man jetzt die Dienstnehmer einschließlich der Landeslehrer her, die Gesamtzahl, oder zieht man die Landeslehrer ab, wo der Einsatz von Behinderten schwer möglich ist, dann die Kindergärtnerinnen, dann das Personal in den Pflege- und Pensionistenheimen - also 2.300 Kindergärtnerinnen, 6.700 im Anstaltenbereich, 3.200 bei der Straße - so komme ich letztlich auf 8.000 sogenannte Beamte, die am Schreibtisch sitzen. Und wenn ich dem die Zahl der Behinderten gegenüberstelle, die notwendig wäre, so sind das 322. Tatsächlich hat das Land aber 550 Behinderte beschäftigt! Das heißt, wir beschäftigen dort, wo es möglich ist, weit über der Quote!

Und daher - ich kenne viele von diesen Mitarbeitern ganz persönlich, und auch ihr Umfeld - und ich möchte an dieser Stelle auch jenen Kollegen herzlich danken, die für diese Integration durch persönlichen Einsatz wirklich etwas leisten. Die Menschen, die so einen Arbeitsplatz haben, sind sehr glücklich und fühlen sich wohl. Und das ist ja etwas, was jeden nur freuen kann.

Die NÖ Verwaltung ist darüber hinaus eine sehr moderne Verwaltung. Internet und neue Technologien sind selbstverständlich. Und auch das LAKIS wird ständig weiter entwickelt und hat sich

im Großen und Ganzen bewährt. Die aufgeworfenen Kosten, da möchte ich auf eine Frage im Ausschuss eingehen, die da in den Raum gestellt wurden, treffen nicht zu. Es ist nicht so, dass diese Kosten, die wir ja beschlossen haben, von 1,2 Milliarden im Rahmen dieses Landtagsbeschlusses überschritten wurden. Aus heutiger Sicht schaut es so aus, als würden wir nicht 1,2 Milliarden brauchen, sondern 856 Millionen bis Ende 2007. Also auch hier günstiger als es ursprünglich vorhergesehen war.

Niederösterreichs Verwaltung ist daher Garant für die positive Entwicklung unseres Bundeslandes. Sie ist schlank, schnell, akzeptiert und nimmt auf menschliche Belange genauso Bedacht wie auf solche des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich. Ihr Anteil am Gesamtaufwand des Landes nimmt seit 1991 ständig ab. Von 33 Prozent auf 31 Prozent ist der Personalaufwand am Gesamtbudget gesunken, von 66 auf 68,4 Prozent ist der Gesamtaufwand der Sachaufwendungen gestiegen. Das heißt, dass wir auch hier auf einem guten Kurs sind und das Budget 2001 auch in diesem Bereich eine solide Grundlage für eine gute Landesentwicklung ist. Und alles was hier von Seiten des Kollegen Waldhäusl noch gesagt wurde bezüglich der Europa-Managements wird nicht viel besser, je öfter es von dieser Stelle wiederholt wird. Das Ganze wurde rechtlich geprüft, es ist zurückgelegt. Und auch in diesem Fall nimmt ein Landesviertel auf Grund der Arbeit dieser Institution eine gute Entwicklung.

In diesem Sinn ist insgesamt das Budget eine runde Sache, auch im Bereich der Verwaltung. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile dem nächsten Redner Herrn Mag. Fasan das Wort.

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zwei Anmerkungen zu meinen Vorrednern. Bekanntlich hängt das Budget immer mit Rechnen zusammen und Rechnen immer mit Mathematik. Und mir ist eine mathematische Formel aufgefallen, die da lautet: Die Heftigkeit der Attacken des Abgeordneten Waldhäusl gegen Waldviertel Manager Adi Kastner oder das ganze Waldviertel Management verhält sich äquivalent zur An- oder Abwesenheit eben dieses Adi Kastner. Eine mathematische Erkenntnis, die mittlerweile, glaube ich, unbestreitbar ist. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Zweitens: Eine ganz kurze Anmerkung zum Kollegen Dr. Michalitsch. Das stimmt schon, dass wir da ein Gleichbehandlungsgesetz haben. Aber es wird offensichtlich nicht beachtet, wie das Beispiel zeigt, das die Kollegin Mag. Weinzinger gebracht hat.

Noch ganz rasch zu einigen Anträgen, die eingebracht wurden, denen wir zustimmen, was wir allerdings begründen wollen. Der Abänderungsantrag des Kollegen Hrubesch bezüglich Repräsentation der Landesregierung und Ehrungen und Auszeichnungen. Wir können ihm zustimmen. Was wir allerdings schon vermissen, das ist ein Ansatz, was mit dem Geld geschehen soll. Also normalerweise sagt man, das soll zur Abgangsdeckung genommen werden oder ähnliches. Man könnte auch etwas anderes finanzieren, was wir nicht wollen. Aber grundsätzlich sind wir mit dem Gedanken einverstanden.

Auf den Antrag der Kollegin Rosenkranz: Wir meinen, das werden Sie verstehen, Mitarbeiter in Landtagsklubs ist für uns zu wenig, weil wir sind kein Landtagsklub. Wir nehmen aber an, dass Sie auch Fraktionen mit einbeziehen. Ansonsten, so können wir den verstehen, dass eben Fraktionen auch Möglichkeiten haben, dass etwa ab zwei Abgeordnete es schon möglich ist, einen Klub zu bilden. Und dass es eben irgendwie im Sinne Ihrer Antragsbegründung möglich ist, entsprechend objektiv arbeiten zu können. Die Stellung des Kinder- und Jugendanwaltes ist auch ein Antrag, mit dem wir uns anfreunden können. Der Ordnung halber möchte ich nur dazu sagen, dass wir diesen Antrag vor eineinhalb Jahren etwa schon einmal gestellt haben im Zuge des letzten Berichtes der Kinder- und Jugend Anwaltschaft. Und wir wünschen Ihrem Antrag, den wir unterstützen werden, mehr Glück als unserem damals.

Die Gruppe 0, Personal. Die Kosten steigen von 1,75 Milliarden auf 1,84 Milliarden trotz der Einsparung von 100 Dienstposten. Und das zeigt, wie sensibel diese Materie ist. Das soll keine Stimmungsmache gegen das Personal sein, ganz im Gegenteil. Aber es zeigt sich eben, dass budgetär hier die Schere sehr, sehr leicht aufgehen kann. Ein Beispiel, wo wir meinen, dass die Wertigkeit verändert werden könnte oder sollte. Ein Vergleich, den wir das letzte Mal schon gebracht haben.

Die Kosten für Straßenbauabteilung und Gebietsbauämter liegen enorm auseinander. 154 Millionen für die Straßenbauabteilungen im Vorjahr und 71 Millionen nur für die Gebietsbauämter. Wir den-

ken uns, das, was die Aufgaben dieser beiden Institutionen betrifft, es eigentlich anders oder umgekehrt sein müsste von der Wertigkeit her, was diese beiden Abteilungen für das Land tun können. Wenn wir die heurigen Budgeterhöhungen uns ansehen, die samt und sonders nur in das Personal hineingehen, dann sehen wir wieder, dass die Budgeterhöhung bei den Gebietsbauämtern etwas mehr als die Hälfte ausmacht als jene bei den Straßenbauabteilungen. Und das ist für uns eine Wertigkeit, die nicht stimmt. Gerade in einer ökologisch so sensiblen Materie. Aber über Verkehrspolitik zu diskutieren werden wir noch genügend Zeit haben.

Das soll, wie gesagt, keine Attacke gegen das Personal sein – ganz im Gegenteil. Und damit bin ich schon beim nächsten Thema. Und das ist der Bedienstetenschutz und das Bedienstetenschutzgesetz. Wir haben uns das doch ein wenig genauer angesehen und sind draufgekommen, Niederösterreich hat im Bundesländervergleich ein durchaus brauchbares, gutes Bedienstetenschutzgesetz. Wir haben das alle gemeinsam hier in diesem Hause beschlossen. Aber, was uns ein wenig fehlt, ist die Umsetzung dieses Gesetzes. Überlegen wir einmal: Das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz für Private gilt seit 1995. Und seit dem 1. Jänner 2000 gilt die Vorschrift der Betreuung für alle Arbeitsplätze. Das Land hat ein Bedienstetenschutzgesetz seit 1998. Aber in der Umsetzung finden wir nur ein Pilotprojekt, keine Evaluierungen, keine Betreuung in arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Hinsicht. Und von einem Pilotprojekt ist in dem Bedienstetenschutzgesetz eigentlich nichts zu finden. Was man noch sagen könnte: Es fehlt weiters eine Verordnung nach § 33. Auf die bestehen wir nicht. Man könnte das Gesetz durchaus auch anders umsetzen oder direkt umsetzen. Aber es gehört umgesetzt. Und es ist hier ein Versäumnis nachzuholen, und zwar mittlerweile seit zwei Jahren, denn so lange haben wir das Gesetz, aber keine Umsetzung. Ich darf Ihnen daher folgenden Resolutionsantrag zur Kenntnis bringen (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan zum Verhandlungsgegenstand LtG. 478/V-8, Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, betreffend Umsetzung des NÖ Bedienstetenschutzgesetzes.

Am 8.10.1998 hat der NÖ Landtag einstimmig das NÖ BSG 1998 beschlossen. Am 29.12.1998 ist dieses Gesetz in Kraft getreten. Das NÖ BSG setzt insgesamt 25 EU-Richtlinien um und bringt darüber hinaus wesentliche Neuerungen im Bereich der Evaluierung von Gefahren, in der Gesundheits-

überwachung und arbeitsmedizinischen Betreuung und bezüglich der Verpflichtung für Land und Gemeinden, sich ausgebildeter Sicherheitsfachkräfte zu bedienen, um ihre Pflichten als Arbeitgeber zu erfüllen.

Diesem gesetzlichen Auftrag ist die Landesregierung bisher noch nicht nachgekommen. Es fehlt für die im Landesdienst befindlichen Dienstnehmer die Ermittlung und Beurteilung von Gefahren im Sinne des § 4 ebenso wie die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Präventivfachkräften im Sinne des § 24 NÖ BSG 1998.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend sämtliche einschlägige Bestimmungen des NÖ BSG 1998 umzusetzen, insbesondere raschest eine Gefahrenevaluierung zur Maßnahmenfestlegung gemäß § 4 vorzunehmen und eine ausreichende Anzahl von Präventivfachkräften gemäß § 24 NÖ BSG 1998 zur Verfügung zu stellen.“

Wir meinen, dass das eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist. Denn es geht ja letztlich nur darum, das durchzuführen, was ohnedies schon im Gesetz steht. Selbst wenn das Gesetz im Vergleich - noch einmal gesagt - fortschrittlich ist und es da durchaus einigen anderen Bundesländern voraus ist. Aber gute Gesetze allein bringen nur dann etwas, wenn man sie auch anwendet.

Ein zweiter Bereich in dieser Gruppe: Die Raumordnung. Man kann von Raumplanung, obwohl es das eigentlich wäre, nicht ganz sprechen. Vielfach ist die Raumordnung ein Nachvollziehen, ein Nachzeichnen, ein Nachschreiben von bereits gefassten Beschlüssen, von bereits geschaffenen Tatsachen.

Ein wesentlicher Bereich, wo die Raumordnung hilfreich eingreifen könnte, ist die Nahversorgung. Und wie sehr dieses Thema auch in Wirtschaftskreisen, ja in Wirtschaftskammerkreisen zu kontroversiellen Ansichten führt, zeigen folgende Zitate: Dr. Franz Wiedersich, der Leiter der Sektion Handel in der Wirtschaftskammer beklagt den Wildwuchs der Einkaufszentren auf der grünen Wiese. Er warnt vor Bedrohung und wirtschaftlicher Verödung von Orts- und Stadtkernen. Mit Recht, wie ich meine. Wie dringend notwendig eine gesetzliche Rückendeckung für Nahversorger ist, zeige außerdem die Tatsache, so meint er, dass sich in den vergangenen Jahren die Verkaufsfläche im österreichischen Einzelhandel verdreifacht hat.

Die Umsätze, so Widersich, haben dagegen mit einer Steigerung von durchschnittlich 3 Prozent nicht einmal annähernd mithalten können. Das heißt, die Flächenausdehnung ist enorm, die Umsätze gehen bei weitem damit nicht in Gleichklang. Und das ist eine sehr, sehr klare Symptomatik, was notwendig wäre. Und mit gesetzlicher Rückendeckung meinte der Zitierte die EKZ-Verordnung, deren Aufhebung durch den Verfassungsgerichtshof am 1. Juli bekanntlich gültig wird.

Wir meinen aber, mit einer gesetzlichen Rückendeckung kann auch die Raumordnung gemeint sein. Man kann auch die Raumordnung heranziehen, wenn man sie gesetzlich vernünftig regelt, um der Ausdünnung von Stadtkernen entgegenzuwirken. Man muss es nur noch ein wenig strenger anlegen als es bisher der Fall war. Kollege Mag. Riedl hatte schon Recht. Es gab gesetzliche Initiativen in die Richtung. Uns reicht das nicht aus, uns ist das Raumordnungsgesetz bei weitem nicht regulativ genug. Nicht regulativ im Sinne von Verhindern, von Verhinderertum, sondern regulativ in dem Sinne, dass viele Leute sich etwas ermöglichen können was ihnen ganz einfach zusteht.

Dem widerspricht der Obmann der Sektion Handel der NÖ Wirtschaftskammer, Josef Schirak, in dem er gesetzliche Regelungen als Verhinderertum bezeichnet und die NAFES als blau-gelben Rettungsanker bezeichnet. Und er meint, seit Jahren kämpfen die Wirtschaftskammer und das Land Niederösterreich intensivst und mit offensiven Maßnahmen für den Erhalt der Nahversorgung. Ich wage diese Aussage zu bezweifeln. Ich meine, das Land könnte hier viel mehr tun. Ich bin mir darüber im Klaren, dass sich das Land Niederösterreich nicht abkoppeln kann von einer europaweiten Entwicklung, die wir mit Besorgnis sehen. Dennoch meinen wir, dass man hier einiges tun könnte, auch in Bezug auf die Raumordnung und auch in Bezug auf das Raumordnungsgesetz.

Wir müssen uns nur überlegen: Erhöhte Verkehrsbelastung, erhöhte Lärmbelastung, erhöhte Abgase. Nicht nur das, aber auch ein enormer, sozialer Mobilisationszwang. Kaum jemand, der keinen Führerschein hat, kann sich mehr selbst versorgen. Weil er nicht gut zu Fuß ist, weil er nicht die Möglichkeiten hat, weil er nicht jemanden hat, der ihm einkaufen fährt. Viele Leute, viele alte Menschen, viele Pensionistinnen und Pensionisten können sich einfach selber nicht mehr versorgen. Und sie sind dann einer gewissen Abhängigkeit ausgesetzt. Und ich behaupte auch, diese Abhängigkeit kostet Geld.

Also es ist nicht nur, obwohl in erster Linie natürlich ein humanitäres Problem, es ist auch ein budgetäres Problem. Es ist ein wirtschaftliches Problem. Die NAFES ist ein Ansatz. Aber wenn die NAFES einerseits Initiativen „Fahr nicht fort, kauf im Ort“ startet, auf der anderen Seite aber die Raumordnung und die wirtschaftliche Entwicklung in eine ganz andere, nämlich die entgegengesetzte Richtung gesteuert werden, dann ist die NAFES nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Ein zweiter Bereich ist die Zersiedelung, die der Kollege Kautz auch schon angesprochen hat. Und er hat – und da freue ich mich fast – doch irgendwie angesprochen auch, dass die Sache mit der Infrastrukturabgabe nicht so gelaufen ist wie ursprünglich angenommen. Wir haben das damals prophezeit. Man hat uns das damals nicht geglaubt. Wir sehen das jetzt. Wir haben enorme Baulandreserven, die aber nicht mobilisierbar sind. Es beginnt wieder die Baulandhortung. Und wir denken, dass man hier Initiativen setzen müsste, um dem Vorschub zu leisten. Auch hier wieder das soziale Problem des Mobilitätszwangs, das soziale Problem der Verödung der Stadtkerne. Ein Problem, das nicht nur wirtschaftlich zu sehen ist, aber auch wirtschaftlich zu sehen ist.

Wir werden ja heute oder morgen vielleicht noch des öfteren zitieren oder auch diskutieren über diese Zeitschrift „Umwelt und Gemeinde“. Da gibt es einiges Interessantes. Ich möchte jetzt zunächst einmal daraus zitieren, wie man auf einem Seminar für Wohnbauarchitektur eigentlich den Kern des Problems erfasst hat und in die richtige Richtung lenkt, wenn man daraus auch die richtigen politischen Schlüsse zieht. Hier heißt es nämlich: Durch klare landschafts- und städteplanerische Strukturen soll der bereits begonnenen Zersiedelung der Landschaft entgegen gewirkt und durch architektonische Konzepte, die der Kleinteiligkeit des Landes entsprechen, die Wohnqualität gesichert werden. Darauf käme es an. Aber wir müssen die richtigen politischen, also auch gesetzlichen Schlüsse ziehen. Und das Bild, das man hier sieht (*Abg. Mag. Fasan zeigt Zeitschrift*), nämlich ein einzelnes Einfamilienhaus mitten in einem Rapsfeld, das kann ja hoffentlich nur zeigen, wie es nicht geht. Und kann ja hoffentlich nicht als ein Beispiel gemeint sein, wie zukünftige Städteplanung oder Landschaftsplanung aussehen kann.

Zum Abschluss noch eine Anmerkung zu der Erhöhung der Informationstechnologien im Landesbudget von 141 Millionen. Ich habe nach der Ausschussdebatte das Gefühl gehabt, vielleicht gibt es

einen Ansatz, vielleicht auch nur einen Ansatz einer kleinen Erklärung, wie denn das gegangen sein könnte. Vielleicht war es so, dass mit der Umstellung ... Eine der Erklärungen wurde nämlich gegeben, und das steht auch in den Erläuterungen drinnen, dass das Netz nicht Euro-kompatibel ist und daher umgestellt werden muss. Vielleicht hätte man sich von vornherein durch eine europaweite Ausschreibung dieses Regierungsviertels nicht nur eine EuGH-Klage, sondern auch einige Millionen in diesem Budget erspart. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei Abg. Mag. Weinzinger.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek das Wort.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich beginne einmal so: Ich habe die Budgetrede des Landesfinanzreferenten, die dieser unter anderem unter das Motto „Strenge Rechnung – gute Freunde“ gestellt hat, sehr aufmerksam verfolgt. Insbesondere was die Eckdaten, insbesondere was den Brutto- und Nettoabgang des Landesbudgets 2001 betrifft. Die von Landesrat Mag. Sobotka gemachten Feststellungen, dass sich der Bruttoabgang gegenüber dem Voranschlag 2000 um 2,37 Prozent verringert und der Nettoabgang gegenüber dem Voranschlag 2000 um rund 507 Millionen Schilling oder 16,88 Prozent reduziert werden konnte, sind für mich reine Prozentspieleien, mit denen versucht wird, ein rosiges Bild über den Voranschlag 2001 zu zeichnen. Welches aber an der Realität vorbeigeht. Ich meine dazu, ganz sportlich ausgedrückt, unser Landesfinanzreferent sollte sich immer an den Bestleistungen eines Läufers orientieren und nicht an Leistungen im unteren Mittelfeld. Denn, Hohes Haus, wir sind bereits einen Schritt weiter, was die Finanzen betrifft, und das begrüße ich sehr. Laut Rechnungsabschluss 1999, den wir hier im Hohen Haus noch debattieren werden, beträgt nämlich der Nettoabgang bereits 1.524,000.000,- Schilling. Und ich meine, es wäre sicherlich angebracht, sich an diesen Zahlen zu orientieren. Noch dazu, wo der Herr Landesfinanzreferent in seiner Budgetrede die Worte eingebaut hat, ein Sparbudget mit Weichenstellungen, ein Sparbudget der Budgetkonsolidierung, sollte ganz einfach von ihm nicht der Versuch gestartet werden, einen Nettoabgang von 2,5 Milliarden Schilling im Voranschlag 2001 als Erfolg zu verkaufen.

Ich weiß schon, Rechnungsabschlüsse und Voranschläge stellen für einen Finanzreferenten unterschiedliche Problemkreise dar. Dass sich der Herr Finanzlandesrat natürlich bemühen muss, und

das kann man mit einem Taschenrechner nachvollziehen, das von ihm selbst vorgelegte NÖ Budgetprogramm 1999 bis 2003 möglichst einzuhalten, ist auch klar. So hat Herr Landesrat Mag. Sobotka, meine sehr geehrten Damen und Herren, für 1999 einen Nettoabgang von 2,8 Milliarden Schilling veranschlagt. Stimmt genau mit dem Budgetprogramm überein. Laut Rechnungsabschluss 1999 konnte jedoch, wie ich bereits erwähnt habe, ein Nettoabgang von rund 1,5 Milliarden Schilling erreicht werden. Das heißt für mich ganz einfach, dass rund 1,3 Milliarden Schilling an Nischen im Voranschlag 1999 enthalten waren, die auch in den folgenden Voranschlägen, vor allem wenn man von einem Sparbudget spricht, hätten Eingang finden müssen. Oder ich muss annehmen, dass Herr Landesrat Mag. Sobotka beim Budget immer sehr trickreich arbeitet, um sich dann beim Rechnungsabschluss bejubeln zu lassen, indem er zum Beispiel den Schuldendienst seit der Voranschlagserstellung 1999 stets mit 3.452,700.000,- Schilling gleich hoch ansetzt. Und hinter diesen rund 3,5 Milliarden Schilling, Hohes Haus, verbergen sich zum Beispiel im Voranschlag 2001 Reserven für Zinsen, wie es so schön heißt, in Höhe von rund 1,2 Milliarden Schilling, wobei ich die 326 Millionen Schilling für die Landeshauptstadtfinanzierung, genau sind es 376 Millionen Schilling, unberücksichtigt lasse.

Wenn der Herr Landesrat das optimale Schuldenmanagement in seiner Budgetrede heute hervorgehoben hat, dann verstehe ich nicht, wie er eine Zinsenreserve von über einer Milliarde Schilling mit dem Grundsatz der Budgetwahrheit in Einklang bringt. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Landesrat hat heute und in Presseauswendungen von einem Sparbudget gesprochen. Ich möchte ihm bei seinen Sparbestrebungen wirklich unterstützen und bringe daher auch einen Resolutionsantrag ein *(liest:)*

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dkfm. Rambossek und Hrubesch zur Gruppe 0 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, Ltg. 478/V-8, betreffend Neuausschreibung der vom Bundesland NÖ abgeschlossenen Versicherungsverträge.

Das Bundesland Niederösterreich hat auf mehreren Gebieten Versicherungsverträge abgeschlossen. Aufgrund des immer stärker werdenden Wettbewerbes zwischen den Versicherungsunternehmen verschieben sich sowohl die Leistungen als auch die Prämien. Eine Überprüfung der abgeschlossenen Verträge hinsichtlich des Versicherungsschutzes, den tatsächlichen Notwendigkeiten

sowie anschließende Neuausschreibungen lassen ein Einsparungspotential und/oder eine Ausdehnung der Versicherungsleistungen erwarten.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung die abgeschlossenen Versicherungsverträge zu überprüfen und anschließend Neuausschreibungen durchzuführen.“

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie ersuchen, diesem Antrag zuzustimmen. Ich darf dazu wirklich anmerken, dass im Bundesland Kärnten zum Beispiel die Durchforstung des Versicherungsdschungels ein jährliches Einsparungspotential von 42 Prozent oder mehreren Millionen Schilling ans Tageslicht gebracht hat.

Ich muss aber auch auf die Worte des Kollegen Kautz eingehen, mit denen er sich sehr ins Gewicht gelegt hat, um wieder einmal gegen die neue Bundesregierung zu polemisieren. Hohes Haus! Trotz der 110 Milliarden Schilling schweren Belastungspakete 1996 und 1997 haben im Provisorium von Ex-Finanzminister Rudolf Edlinger im Februar 109 Milliarden Schilling gefehlt. Ich kann das auch auflisten. Die Liste der Sünden des ehemaligen Finanzministers beginnt mit der Erhöhung der direkten Steuern zwischen 1996 und 1997. Lohn- und Einkommenssteuer, Körperschaftsteuer, Kapitalertragssteuer erbrachten zu Lasten der Österreicher Mehreinnahmen von 65,5 Milliarden Schilling. Dazu kamen Erhöhungen bei indirekten Steuern wie der Umsatzsteuer, der Energieabgabe, der Versicherungssteuer, der Tabaksteuer, der Normverbrauchsabgabe, woraus sich Einnahmen für den Finanzminister von 28,11 Milliarden Schilling ergaben. In Summe waren das 93,7 Milliarden Schilling, ohne dass sich dadurch die Budgetsituation verbessert hätte, da man auf der Ausgabenseite praktisch nichts gemacht hat. Fast nichts, muss ich direkt sagen. Denn die Sozialleistungen des Staates wurden gekürzt, Familienförderung, Kinderbeihilfe, Karenzgeld und Arbeitslosenversicherung um 14,8 Milliarden Schilling zusammengestrichen. Und das sind Zahlen, Hohes Haus, die nachweisbar sind, weshalb sie auch die Sozialdemokratie zur Kenntnis nehmen wird müssen.

Deine Polemik, Kollege Kautz, kann ich daher nur so deuten, dass du als Abgeordneter dieses Hauses nicht zur Kenntnis nehmen willst, dass die Sozialdemokratische Partei als Regierungspartei in Österreich abgewählt wurde. Ich möchte aber auch zu deinem Resolutionsantrag betreffend „Novellie-

rung des NÖ Gemeindeverbandsgesetzes“ Stellung nehmen. Wir werden diesem Resolutionsantrag nicht zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass es demokratiepolitisch richtig ist, dass sich kleinere Gemeinden nicht einem Diktat von Großgemeinden beugen müssen. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Keusch zu Wort.

Abg. KEUSCH (SPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es wäre natürlich jetzt verlockend, auf die zuletzt getätigten Aussagen von Kollegen Dkfm. Rambossek einzugehen. Ich tue das nicht. Weil ich glaube, dass die Fakten eine deutliche Sprache sprechen. Die Sozialdemokratie hat viele Jahre führend in Österreich regiert. Und ich glaube, die Beweisführung, dass der Lebensstandard gestiegen ist, dass es soziale Sicherheit gibt, dass es menschenwürdige Bedingungen gibt, sprechen eine deutliche Sprache. Die Freiheitliche Partei hat das erst zu beweisen. Die letzten Gemeinderatswahlen haben die Freiheitlichen auf jenen Platz geführt oder zurückgeführt, der ihnen gebührt. Und man soll hier am Rednerpult nicht so polemisch sein, Kollege Rambossek, sondern soll die Dinge so zur Kenntnis nehmen. Und nicht davon reden, dass der Kollege Kautz und die Sozialdemokratie nicht zur Kenntnis nehmen möchte, dass sie abgewählt ist. Wir haben Demokratie lange genug gelernt in den letzten Jahrzehnten. Das brauchen wir uns von der Freiheitlichen Partei wirklich nicht schaffen zu lassen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, es ist eher umgekehrt: Sie haben Demokratie zu erlernen! Ich bitte um Vergebung, jetzt habe ich es dennoch getan, obwohl ich anfangs gesagt habe, es wäre verlockend, das zu tun und ich möchte es nicht tun. Aber da geht einem halt mitunter das Herz über und das Temperament mit einem durch.

Ich darf, meine Damen und Herren, mir aus dem Thema Raumordnung einen Teilbereich, nämlich die Baurechtsaktion herausgreifen. Weil ich meine, dass es endlich an der Zeit ist, diese im Vorjahr begonnene Diskussion um eine Verbesserung und um eine Ausweitung der Baurechtsaktion endlich auch zu Ende zu führen. Sie nicht auf den Sankt Nimmerleinstag hinauszuschieben. Denn entsprechend unserem ursprünglichen Antrag liegt die aktualisierte Entscheidungsgrundlage schon seit einigen Monaten vor. Und es steht dem eigentlich nichts mehr im Weg, die von den jungen Familien, von den jungen Leuten so gerne angenommene Baurechtsaktion auf neue Beine zu stellen.

Zur Erinnerung darf ich einige Überlegungen anstellen: Die Baurechtsaktion soll jungen Menschen, insbesondere Jungfamilien, Mehrkeinfamilien, Jungehepaaren den Weg zum Eigenheim ermöglichen. Diese Aktion zielt also auf eine ganz bestimmte Bevölkerungsgruppe ab. Nämlich auf jene, die auf Grund ihrer Jugend, ihres jugendlichen Alters in dieser kurzen Zeit, in der sie beschäftigt sind, noch nicht die Möglichkeit gehabt haben, so viel Geld anzusparen wie man braucht, um ernsthaft an das Hausbauen zu denken. Und zweitens, weil natürlich die laufenden Aufwendungen junger Familien für die Familie, für Wohnen, für das Auto – und das gehört heute zur Standardausstattung, das braucht man um dem Beruf nachzukommen – weil das üblicherweise in jungen Jahren noch nicht so üppige Einkommen meist fast zur Gänze eben zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse aufgeht. Darum, meine Damen und Herren, ist die Baurechtsaktion so wichtig und wertvoll. Nämlich auch für jene Niederösterreicher und Niederösterreicherinnen, die bisher ausgeschlossen waren, weil sie einfach nicht in den bevorzugten oder von dieser Aktion umschlossenen Gemeinden leben.

Ich möchte nicht ins Detail gehen, um den Verhandlungsspielraum nicht vorab einzuengen. Ich glaube aber, dass unsere Vorstellungen gar nicht so weit von jenen des Amtsvorschlages abweichen. Und dass dieser Amtsvorschlag eigentlich eine brauchbare Grundlage ist, auf der die „Baurechtsaktion Neu“, allerdings mit diversen Modifizierungen, aufbauen kann.

Unabdingbar, meine Damen und Herren, für eine modifizierte Baurechtsaktion ist aus unserer Sicht, und zwar insbesondere dann, wenn die Aussage des Herrn Landesfinanzreferenten, Niederösterreich ist oder soll eine Insel der Menschlichkeit sein, wenn das kein Schlagwort bleiben soll, ist unabdingbar, dass mehr finanzielle Mittel bereitzustellen sind. Wir wissen ja, es hat einen sehr starken Andrang in der Vergangenheit gegeben, Wartezeiten bis zu zwei Jahre. Der Herr Landeshauptmann hat ja kundgetan, dass er 50 Millionen Schilling für diese Baurechtsaktion bereit stellt. Das war im vergangenen Jahr. Ich weiß auch, dass es zu einer beschleunigten Abwicklung, das heißt zur Aufarbeitung dieser angestauten Baurechtsanträge gekommen ist. Ich finde allerdings im Budget nirgends die 50 Millionen. Ich gehe davon aus, dass die irgendwo in einem Umschichtungsbudget verankert sind und im Budget nicht aufscheinen. Allerdings – und das stimmt mich traurig – ist auch im Budget 2001 nicht auf die Baurechtsaktion Rücksicht genommen worden. Denn es finden sich eben im Budget 2001 dieselben Ansätze wie sie im Budgetjahr 2000 verankert waren und in den Jahren

davor. Und das deutet ja nicht gerade darauf hin, dass man dieser Aktion den Stellenwert zubilligt, der ihr von den jungen Menschen, von der Bevölkerung zugeordnet wird. Dies betone ich insbesondere im Zusammenhang damit, weil da immer von „Familienpolitik“ und von „Jugend“ und von „wichtig“ die Rede ist. Gerade in diesem existenziellen Bereich, denn Wohnen ist einfach ein sehr elementares Bedürfnis der Menschen, gerade in diesem Bereich wird dem nicht Rechnung getragen!

Zwei Jahre Wartezeit ist völlig inakzeptabel und führen diese an sich sehr hervorragende Aktion ad absurdum. Weil es keinen Grundverkäufer gibt, der bereit ist, zwei Jahre auf sein Geld zu warten. Der wird nicht dem Baurechtswerber den Grund verkaufen, sondern der wird ihn dem, der bar zahlen kann verkaufen. Das sind die Fakten.

Ein weiterer Aspekt, meine Damen und Herren: Grundstücksbevorratungen, wie sie im Rahmen dieser Baurechtsaktion in der Vergangenheit getätigt wurden. Und ich darf in dem Zusammenhang feststellen, das Land Niederösterreich verfügt, hat also in den Jahren von 1986 bis April 1999 860 Grundstücke im Ausmaß von durchschnittlich zwischen 600 m² und 700 m² angekauft. Und nur 61 Grundstücke sind optiert worden von den Baurechtswerbern. Das heißt, nur 61 Bauwerber haben inzwischen das Grundstück zurückgekauft vom Land. Das kann natürlich vielerlei Ursachen haben, das ist mir schon klar. Ich glaube allerdings, es wäre notwendig in dem Zusammenhang, nicht nur aufzulisten, wie das in dieser Grundlagenforschung getan ist, wie viele Grundstücke gekauft wurden, wie viele abverkauft wurden, sondern es wäre auch wichtig einmal zu sagen, wie viele Baurechtsverträge sind denn abgeschlossen worden in dieser Zeit. Denn wenn man diese Grundstücke nicht an den Mann bringt, dann war es eine Fehlinvestition. Dann hat man 215 Millionen Schilling, wie es im Bereich der Grundstücksbevorratung des Mostviertels ist, fehlveranlagt.

Und zum Weiteren meinen wir, dass es zu einer Gleichbehandlung aller jungen Niederösterreicher und besonders der Jungfamilien kommen muss. Und darauf ist bei der Ausweitung oder bei der Modifizierung oder Novellierung der Baurechtsaktion unbedingt zu achten.

(Präsident Mag. Freibauer übernimmt den Vorsitz.)

Ich darf daher, meine Damen und Herren, zur Baurechtsaktion den Resolutionsantrag einbringen *(liest:)*

„Resolutionsantrag

des Abgeordneten Keusch zur Gruppe 0 des Voranschlages des Landes Niederösterreich, Ltg. 478/V-8, betreffend Verbesserung der Baurechtsaktion des Landes.

Im Jahr 1983 wurde in Niederösterreich die Baurechtsaktion gestartet. Seit damals wurden die Richtlinien, die die Grundlage für die Baurechtsaktion bilden, mehrmals abgewandelt und den veränderten raumordnungspolitischen Anforderungen angepasst. Mit einem Antrag im Jahr 1999 wurde die Landesregierung aufgefordert, die Grundlagenforschung, die zehn Jahre lang nicht überarbeitet worden war, mit dem Ziel, die Baurechtsaktion auszudehnen, zu überarbeiten. In dem betreffenden Antrag von SPÖ und ÖVP wurde festgestellt, dass auch in Gemeinden, die derzeit nicht zu den Fördergebieten zählen, junge Familien mit hohen Grundstückspreisen kämpfen und auf die neue Siedlungsentwicklung Rücksicht zu nehmen ist.

Die nun vorliegende Stellungnahme der Landesregierung beinhaltet Vorschläge für eine Baurechtsaktion ‚Neu‘, lässt jedoch auch einige Fragen offen. So wird von der Landesregierung zwar angeführt, wieviel Grundstücke, die der Baurechtsaktion dienen, noch im Eigentum des Landes NÖ stehen, jedoch ist die Anzahl der abgeschlossenen Baurechtsverträge sowie eine Aufstellung der abgeschlossenen Baurechtsverträge pro Verwaltungsbezirk bzw. Landesviertel nicht enthalten. Gerade unter dem von der NÖ Landesregierung festgestellten Aspekt, dass Abwanderung die Chance auf wirtschaftliche Entwicklung und die Tragfähigkeit von Gebieten für die Aufrechterhaltung von Dienstleistungseinrichtungen wirtschaftlicher, sozialer und öffentlicher Art verringert, ist zu bestimmen, die Förderkulisse auch auf große Städte und die Landeshauptstadt auszudehnen, wobei der Vorschlag der Landesregierung, in diesen neuen Regionen mit einem höheren Grundstückspreis eine Limitierung des Kaufpreises festzusetzen, sinnvoll erscheint.

Die Situation, wie im Beschluss 1999 festgehalten, dass vor allem Städte damit zu kämpfen haben, dass junge Familien wegen der hohen Grundstückspreise ins billigere Umland abwandern, allerdings die großen Lasten und Ausgaben für zum Beispiel Spitäler, Schulen und verkehrsinfrastrukturelle Maßnahmen auch weiterhin getragen werden müssen, ist wesentliches Argument dafür, dass die Benachteiligung der Kommunen, die die Hauptlast für viele gesellschaftliche Infrastrukturkosten tragen, bei der Baurechtsaktion beseitigt werden muss.

Das neue Ziel, eine durchschnittliche Wahrnehmung der Option zum Kauf des Baurechtsgrundstückes innerhalb einer kürzeren Zeit dadurch zu erreichen, dass sich der Baurechtswerber vor Vertragsschluss für einen Vertragszeitraum mit jeweils modifiziertem Bauzins je nach Länge der gewählten Zeitspanne zu entscheiden hat, wird grundsätzlich begrüßt. Der genannte Zeitraum von zehn Jahren erscheint aber nicht geeignet, da die geldmäßig günstigere Variante junge Familien dazu verleiten könnte, sich für diese zu entscheiden, jedoch realistischerweise aufgrund der jahrzehntelangen Aufwendungen für die Nachfolgegeneration der Vertrag nicht eingehalten werden kann und sie anschließend einen erhöhten Zinssatz – wie in der Stellungnahme vorgeschlagen – zu zahlen hätten. Das widerspricht der Intention der Baurechtsaktion, jungen Familien bei der Existenzgründung Erleichterungen zukommen zu lassen.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die Richtlinien der Baurechtsaktion im Sinne der Antragsbegründung zu ändern
2. dem NÖ Landtag vorzulegen, wieviele Baurechtsverträge seit Beginn der Baurechtsaktion in den jeweiligen Verwaltungsbezirken bzw. Landesvierteln abgeschlossen worden sind.“

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, sich diesen Antrag wohl zu überlegen und ihm ihre Zustimmung zu verleihen. Ich bedanke mich. (*Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Erber.

Abg. ERBER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich spreche zur Gruppe 0, Jugendbeschäftigung. Ich denke, man kann Jugendbeschäftigung nicht für sich betrachten, sondern nur im Zuge der Gesamtbeschäftigung. Wenn wir da heute prognostiziert haben ein Wirtschaftswachstum für das Jahr 2000 von 2,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, dann denke ich, spricht das für die Wirtschaftslage Niederösterreichs. Ich möchte vielleicht noch kurz die Vergleichszahlen bringen von den Arbeitslosen. Verglichen mit Mai 1999 verzeichnen wir ein Minus von 10,4 Prozent. Und die Zahl der Beschäftigten stieg insgesamt um 1,5 Prozent. Jetzt komme ich aber zur eigentlichen Jugendbeschäftigung, von der ich denke, man muss sie im Zusammenhang mit der Gesamtbeschäftigung betrachten.

Denn gerade diese Jugendbeschäftigung - Sie werden wissen, wir sind schon längere Zeit, ich hoffe, oder ich bin sogar überzeugt, gemeinsam stolz auf unsere Werte. Und ich denke, das ist auch eine gemeinsam erreichte Leistung, diese Beschäftigungswerte im Jugendbereich aufzuweisen. Und wenn jetzt im Vergleichszeitraum 1999 zum Vergleichszeitraum 2000 diese Jugendarbeitslosigkeit um weitere 4,7 Prozent gesunken ist, dann zeigt das, dass sehr viel in Niederösterreich unternommen wurde, um diesen Wert zu erreichen. Ich persönlich möchte doch betonen, dass ich deswegen sehr froh bin, dass wir Europameister bei der Jugendbeschäftigung sind, weil ich glaube, dass das der Nährboden ist bzw. dass das die Maßnahmen sind gegen eine Radikalisierung der Jugend. Und gerade, wer jetzt die Fußball-Europameisterschaften betrachtet, die beweist, dass es nicht überall in Europa so ist, dass wir eine friedliche, eine sozial geordnete Jugend haben. Also das ist etwas, das wohl auch für die Jugendbeschäftigung spricht und das auch für Niederösterreich spricht. Und das eine Basis ist für ein friedliches Zusammenleben, das ja direkt mit der Jugendbeschäftigung verbunden ist.

Wir haben jetzt im Mai noch immer 465 offene Lehrstellen. Dem gegenüber stehen 366 Suchende. Ich weiß, dass natürlich mit dem Ende des Schuljahres sich diese Anzahl erhöhen wird. Ich möchte aber auch auf den Nationalen Aktionsplan oder auf das Nationale Aktionsprogramm verweisen, das bereits jahrelang erprobt ist und das sich jahrelang bewährt hat. Und ich möchte in diesem Zusammenhang auch ansprechen die Bemühungen, die in Niederösterreich ihren Ausgang fanden. Nämlich die Pröll-Prokop-Jobinitiative, wodurch es mittlerweile gelungen ist, über 4.000 junge Leute zu vermitteln und in ein Beschäftigungsverhältnis zu bringen.

Vielleicht noch kurz ein paar Zahlen zum Budget. Insbesondere die Arbeitnehmerförderung, die sich konzentriert auf Beschäftigte im Bereich Frauen, Jugend und Behinderte. Ich denke, wenn heute von einem Sparbudget, wenn heute von Sparen gesprochen wurde, so sollte man hier doch sehr positiv anmerken, dass dieses Budget um 23 Prozent erhöht wurde. Und dass der Wert somit von 55 Millionen auf nunmehr 68 Millionen gestiegen ist.

Damit möchte ich aber ganz kurz auch einen kleinen Blick in Richtung Zukunft werfen. Es gibt bereits Initiativen, die sich mit den neuen Berufen in der Telematik beschäftigen. Ich denke, das kann man gar nicht oft genug hervorstreichen. Das wird die neue Chance sein für Arbeitnehmer, insbesondere für junge Arbeitnehmer, hier den Einstieg ins

Berufsleben zu finden. Hier einen Vorsprung zu haben.

Und ich möchte auch einen zweiten Bereich noch ansprechen. Nämlich jenen der Dienstleistungen. Ich glaube, auch hier sollten wir ein besonderes Augenmerk auf diese Berufsgruppe, auf die Herausforderung in der Dienstleistungsbranche legen. Das sind neue Chancen, das sind neue Herausforderungen.

Und letztlich möchte ich noch eines bemerken: Es ist jetzt vielleicht in Europa manches nicht möglich. Es ist nicht möglich, einen nationalen Schulterchluss zu erreichen. Aber ich denke, gerade hier in Niederösterreich sollte es möglich sein, im Hinblick auf sozialen Frieden, bei der Jugendbeschäftigung, diesen Schulterchluss zu erreichen. Für mich ist das ein Thema, wo nicht nur eine Partei oder nicht nur zwei Parteien gefordert sind. Sondern jeder, der sich politisch verantwortlich fühlt, sollte sich sehr genau überlegen, was er dazu beitragen kann, dass wir unserer Jugend die Beschäftigung verschaffen und ihr damit Wohlstand auf Sicht absichern können. Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich ziehe den Antrag 6 betreffend „Einstellung von Behinderten in den NÖ Landesdienst“ zurück und ersetze ihn durch Resolutionsantrag 6a. Es ist jetzt ein gemeinsamer Antrag der drei Parteien Rosenkranz, Dr. Michalitsch und Weninger. Die Antragsbegründung bleibt gleich, der Antragstext ändert sich nur durch zwei Worte „nach Möglichkeit“. Ich lese ihn noch einmal vor *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung innerhalb des Dienstpostenplanes des Landes Niederösterreich nach Möglichkeit so viele Arbeitsplätze mit Behinderten mit dem Ziel zu besetzen, dass mittelfristig keine Ausgleichstaxe mehr zu entrichten ist.“

Dem Resolutionsantrag des Abgeordneten Keusch betreffend „Verbesserung der Baurechtsaktion des Landes“, wenn das dann akkordiert ist, möchte unser Abgeordneter Dkfm. Rambossek gerne beitreten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Riedl.

Abg. Mag. RIEDL (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Zum Resolutionsantrag des Abgeordneten Kautz betreffend die Novellierung des Gemeindeverbandsgesetzes. Ich darf als Gemeindevertreter ersuchen, dass eine Tradition, die in diesen Fällen immer wieder gepflogen wurde, dass gerade die Gemeinden betreffende Agenden mit den Gemeindevertreterverbänden vorbesprochen werden und diese Aufträge nicht ohne die vorhergehende Abstimmung mit den Interessensvertretungen gestellt werden sollten. Ich darf ersuchen, dass diese Gepflogenheit wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft und vor allem auch bei der Novellierung dieses Gesetzes beibehalten wird. Ich bitte daher, dass man, bevor man den Landtag zu einer entsprechenden Aufgabe auffordert, diese Gesprächsbasis auch wiederum in diesem Punkt nutzt.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. KAUTZ (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Wenn von Seiten der Österreichischen Volkspartei hier Verhandlungsbereitschaft signalisiert wird, selbstverständlich! Wir waren immer ein Partner, der verhandelt und keine Alleingänge durchführt. Wir sind gerne bereit, diesen Antrag, den ich gestellt habe, zurückzuziehen, bis die Verhandlungen ein Ergebnis zeitigen. Er ist momentan zurückgezogen. Und wir werden dann bei gegebenem Anlass einen neuen einbringen. Ich darf nur noch dem Kollegen Dkfm. Rambossek eine Antwort geben. Nämlich die, dass er irrt. Denn abgewählt wurde die Sozialdemokratie nicht! Es dürfte Ihrer Aufmerksamkeit entgangen sein, dass die SPÖ nach wie vor die stimmen- und mandatsstärkste Partei in dieser Republik ist. *(Beifall bei der SPÖ.)* Aber es haben die beiden anderen Parteien mit demokratischen Möglichkeiten sich in die Regierung gepackelt. Und ich habe einmal ein schönes Plakat gelesen „Hackeln statt Packeln“. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch.

Abg. Dr. MICHALITSCH (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich möchte mich zu dem Thema Frauenförderung, das ich ja in meiner Rede schon behandelt habe, noch einmal kurz äußern und zu diesem Thema einen Resolutionsantrag einbringen *(liest:)*

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dr. Michalitsch und Weninger zur Vorlage der Landesregierung betreffend Voranschlag des Landes NÖ für das Jahr 2001, Ltg. 478/V-8.

Der Landtag hat im Jahre 1997 ein Gleichbehandlungsgesetz beschlossen. Dieses Gesetz enthält ein Frauenfördergebot zur Beseitigung der Unterrepräsentation von Frauen und darüber hinaus ist ein Frauenförderungsprogramm mit dem Ziel, den Anteil der Frauen im Landesdienst zu erhöhen, zu erstellen. Die Vorarbeiten für dieses Programm sind weitgehend abgeschlossen.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert, das Frauenförderungsprogramm so rasch als möglich der Öffentlichkeit zu präsentieren und umzusetzen.“

Ich darf Sie ersuchen, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Auer.

Abg. AUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist vielleicht ein bisschen hektisch, da rasch über die Bühne gegangen. In dem vorliegenden oder gerade verlesenen Resolutionsantrag Dr. Michalitsch und Weninger hätte ich gerne noch eine Änderung vorgenommen. Und zwar bei dem letzten Satz: „Die Landesregierung wird aufgefordert, das Frauenförderungsprogramm so rasch als möglich der Öffentlichkeit zu präsentieren.“ Jetzt muss ich dazu sagen, na net. „Und umzusetzen!“ Das ist das Wesentliche. Das hätte ich noch gerne ergänzt bei diesem Antrag. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Frau Abgeordnete! Das betraf jetzt den letzten Antrag, der eingebracht wurde. Sind die Antragsteller einverstanden mit dieser Änderung? „In der Fassung Auer.“ *(Unruhe im Hohen Hause.)* Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Keusch.

Abg. KEUSCH (SPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich bin natürlich sehr froh darüber, dass der Baurechtsaktionsantrag so großen Anklang gefunden hat. Es ist allerdings so, dass es offensichtlich eine derart komplexe Materie ist, dass es zweckmäßig wäre, die umfassend noch zu beraten wä-

rend der nächsten Stunden. Ich hoffe, dass wir ein gemeinsam getragenes Elaborat bei einem der nächsten Kapitel des Budgets einbringen können und ziehe daher derzeit diesen Antrag, den Baurechtsantrag, Nr. 11, zurück.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Rednerliste ist erschöpft. Zur Abstimmung liegt vor die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung. Hiezu ein Abänderungsantrag und dann eine Reihe von Resolutionsanträgen. Insgesamt waren es 12 Nummern, zwei sind zurückgezogen, macht 10, ein Abänderungsantrag – demnach müssten 9 Resolutionsanträge noch anstehen. Wir werden es dann feststellen, wenn wir sie einzeln durchgehen.

Ich lasse zunächst über den Abänderungsantrag abstimmen, dann über die Gruppe und danach über die Resolutionsanträge.

(Nach Abstimmung über den Abänderungsantrag des Abgeordneten Hrubesch:) Danke. Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ, Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ.)*

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über die Gruppe. Ich bitte die Berichterstatterin, nunmehr den Antrag zur Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil, zu stellen.

Berichterstatterin Abg. ROTH (ÖVP): Ich stelle den Antrag, die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 7.396,995.000,- Schilling und Einnahmen von 1.112,048.000,- Schilling sowie im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von 190,760.000,- Schilling und Einnahmen von 2.000,- Schilling zu genehmigen. Ich bitte Sie, die Abstimmung durchzuführen.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Danke schön. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil in Erfordernis und Bedeckung:)* Danke schön. Gegenstimmen? Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ, Grüne.)*

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Resolutionsanträge. Ich gehe vor nach der Nummerierung, die hier vorgesehen wurde. Resolutionsantrag des Abgeordneten Hrubesch betreffend Gründung eines Regionalmanagements im NÖ Zentralraum. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutions-*

antrag:) Danke. Der Antrag ist abgelehnt! Er hat nicht die Mehrheit gefunden. *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne.)*

Der nächste der Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betrifft den Frauenanteil bei Beschäftigten im Landesdienst. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Danke. Dieser Antrag ist abgelehnt! Er hat nicht die Mehrheit gefunden. *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ.)*

Der nächste, der mit Nummer 4 bezeichnet wurde, ist zurückgezogen. Er war gestellt von Herrn Abgeordneten Kautz. Dann kommt der mit Nummer 5 bezeichnete Resolutionsantrag der Abgeordneten Rosenkranz betreffend „Mitarbeiter in Landtagsklubs.“ *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Danke. Dieser Antrag ist abgelehnt! Er hat nicht die Mehrheit gefunden. *(Zustimmung FPÖ, Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ.)*

Dann hat es eine Nummer 6 gegeben, später dann 6a. 6 ist damit zurückgezogen. Der Resolutionsantrag Nr. 6a stammt von den Abgeordneten Rosenkranz, Dr. Michalitsch und Weninger betreffend „Einstellung von Behinderten in den NÖ Landesdienst.“ *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Danke. Ich stelle fest, einstimmig angenommen!

Der mit Nummer 7 bezeichnete Resolutionsantrag der Abgeordneten Rosenkranz betreffend „Stellung des Kinder- und Jugendanwaltes“ gelangt zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Danke. Dieser Antrag ist abgelehnt! Er hat nicht die Mehrheit gefunden. *(Zustimmung FPÖ, Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ.)*

Nummer 8, Resolutionsantrag des Abgeordneten Waldhäusl betreffend „Überprüfung des Aufgabenumfanges der Agrarbezirksbehörden.“ *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Danke. Dieser Antrag ist abgelehnt! Er hat keine Mehrheit gefunden. *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne.)*

Der mit Nummer 9 bezeichnete Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan ist jener betreffend „Umsetzung des NÖ Bedienstetenschutzgesetzes.“ *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Dieser Antrag ist abgelehnt! Er hat keine Mehrheit gefunden. *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ.)*

Mit Nummer 10 bezeichnet wurde der Resolutionsantrag der Abgeordneten Dkfm. Rambossek und Hrubesch betreffend Neuausschreibung der

vom Bundesland NÖ abgeschlossenen Versicherungsverträge. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Dieser Antrag ist abgelehnt! Er hat keine Mehrheit gefunden. *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne.)*

Der bisher mit Nummer 11 bezeichnete Antrag des Abgeordneten Keusch wurde zurückgezogen. Und dann haben wir noch den Antrag, der mit Nummer 12 bezeichnet wurde. Resolutionsantrag der Abgeordneten Dr. Michalitsch und Weninger in der Fassung Auer betreffend „Frauenförderungsprogramm“. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Danke. Gegenstimmen? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ; Ablehnung Grüne.)*

Somit ist diese Gruppe samt allen Anträgen abgeschlossen. Ich ersuche die Berichterstatterin, Frau Abgeordnete Roth, zur Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, ordentlicher Teil, zu berichten.

Berichterstatterin Abg. ROTH (ÖVP): In die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit fallen Einnahmen und Ausgaben für Feuerwehrwesen, Katastrophendienst und Landesverteidigung. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 251,359.000,- Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 52,663.000,- Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 0,46 Prozent.

Ich bitte, die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. FASAN (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Erlauben Sie mir eine ganz kurze Anmerkung zur Gruppe 1 im Zusammenhang mit den Feuerwehren und damit im Zusammenhang mit einer doch auch entsprechenden Budgetreduktion. Wir halten grundsätzlich die Forderung der Feuerwehren nach einem gewissen Anteil aus dem Kfz-Steuerkuchen für berechtigt. Wenn man allerdings Forderungen stellt nach etwas, was einem nicht gehört, oder wo die öffentliche Hand keinen Zugriff hat darauf, dann ist das natürlich ein Problem. Wir denken, dass man eben Wege finden muss, finanzielle Mittel zu lukrieren, auf die man auch zugreifen kann.

Worauf ich aber hinaus will, ist doch ein gewisses Verursacherprinzip, das, wie ich meine, im Bereich der Feuerwehren schon eine gewisse Berechtigung hat. Denn in gewisser Hinsicht subventionieren die Feuerwehren die öffentliche Hand, und zwar dahingehend, dass sie sich in äußerst intensiver Weise für die Folgen von Kfz-Verkehrsunfällen einsetzen. Zwei Drittel der Einsätze der Feuerwehren sind mittlerweile technische Einsätze und keine Brandschutzeinsätze. Wenn man so will, könnte man eigentlich den Namen Feuerwehren ändern in einen anderen. Nur hat sich diese Tradition eben so eingebürgert.

Und 20 Prozent der Einsätze betreffen überhaupt Verkehrsunfälle. Und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ich habe diese Statistik selber nicht geglaubt. Denn wenn man sich einen Tätigkeitsbericht einer Feuerwehr einmal anhört bei einer Vollversammlung, bei einer Hauptversammlung einer Feuerwehr, dann kommt man drauf, dass enorm viele Tätigkeiten in die Beseitigung von Kfz-Unfällen hinein gehen.

Wenn man sich die Geschichte des Brandschutzwesens ein klein wenig näher ansieht und sieht, wie viele gesetzliche Maßnahmen eigentlich in die Richtung der Brandverhütung gelaufen sind, wenn man beispielsweise an die Bauordnung denkt und viele andere Maßnahmen mehr, dann wäre eigentlich die logische Konsequenz, aus diesen vielen Maßnahmen der Feuerwehr eine Art Unfallverhütung aufzubauen und auch in demselben Maße in die Gesetzesmaterie einzuarbeiten. Ich glaube, dass über 1.000 Tote im Straßenverkehr im Jahr 1999 eine sehr, sehr deutliche und sehr, sehr traurige Sprache sprechen und mir Recht geben. Und daher glaube ich, wäre es letztendlich höchst an der Zeit, auch im Lichte der vielen Verkehrstoten des Pfingstverkehrs, auch im Lichte dieses schrecklichen Unfalls auf der Westautobahn, endlich auch im Sinne übrigens dessen, was der ehemalige ÖVP-Klubobmann und jetzige Innenminister anlässlich der Fernsehsendung „Zur Sache“ Sonntag Abend sagte, dass es endlich an der Zeit ist, hier Ernst zu machen mit diesen schrecklichen Ereignissen, die Österreichs Straßen immer wieder heimsuchen. Die hier immer wieder geschehen.

Ich denke an Einführung oder Umsetzung eines Punktführerscheins. Ich denke an verstärkte Kontrollen. Ich denke an Geschwindigkeitsbeschränkungen. Ich denke an die Forcierung einer Politik von der Straße auf die Schiene. Ich denke diesbezüglich insbesondere beim Lkw an das Road

Pricing. Denn wir haben momentan eine Situation, wo eigentlich eine gewisse Quersubvention von Pkws in Richtung Lkws läuft. Ich halte das nicht für sinnvoll. Das bezieht sich nicht nur auf die Straßenerhaltungsmaßnahmen, sondern auch auf die Unfallfolgekosten. Das kann auf die Dauer nicht der Weisheit letzter Schluss sein!

Und es geht uns auch um die Attraktivierung des Umstieges des Pendlerverkehrs von der Straße hin zum öffentlichen Verkehr. Das sind Maßnahmen, die endlich in Angriff genommen werden müssen. 1.000 Tote, 1.000 Verkehrstote in einem Jahr. 1.000 Familien, die zerstört sind, 1.000 Menschenleben. Ich rufe Sie auf, denken wir endlich um! Es ist ein seltsamer Ansatz. Aber die Tätigkeit der Feuerwehren, die Tätigkeit der Menschen, die regelmäßig in ihrem freiwilligen Arbeitsbereich damit zu tun haben, die zeigt das auf. Und ich appelliere an Sie, endlich in diesem Sinne auch aktiv zu werden. An den gesamten Landtag, an alle Parteien. An die Landesregierung. Wir werden ja in der Gruppe 6 noch über Verkehrspolitik diskutieren müssen. Aber ich möchte das hier, diesen Bericht und diese Anregung der Feuerwehr, diesen Wunsch der Feuerwehr zum Anlass nehmen, hier einem Umdenken das Wort zu reden. *(Beifall bei den Grünen.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Pietsch.

Abg. PIETSCH (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geschätzte Damen und Herren des Landtages!

Das Budget 2001 liegt nun dem Landtag zur Beratung und Beschlussfassung vor. Die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, wurde mit Einnahmen von 52,663.000,- Schilling, das heißt, einem Minus von 427.000,- Schilling zum Jahr 2000, und mit Ausgaben von 251,359.000,- Schilling, ein Minus von 10 Millionen, knapp 11 Millionen Schilling gegenüber dem Jahr 2000, präliminiert. Da es bei dem zur Beschlussfassung vorliegenden Budget der Gruppe 1 um minimale Veränderungen geht, gilt es für mich vor allem, die Rahmenbedingungen für diese Gruppe zu beleuchten.

Wenn man von öffentlicher Ordnung und Sicherheit spricht, sollte man sehen, welche Institutionen diesen Begriff mit Leben erfüllen. Nämlich die Exekutive, die Zollwache, das Bundesheer, das Feuerwehrwesen, Katastrophendienst und Zivilschutz. Exekutive, Zollwache und Bundesheer sind Institutionen des Bundes, deren Aufgabenerfüllung und verbunden damit die Auswirkungen für das Bundesland Niederösterreich es aber immer genau

zu betrachten und zu beobachten gilt. Und auch mit Verbesserungsvorschlägen seitens des Landes zur Hebung der Sicherheitsstandards an den Bund immer wieder heranzutreten ist.

Feuerwehrwesen, Katastrophendienst und Zivilschutz sind im Budget präliminiert. Mit diesen Summen versucht das Land, Sicherheit in verschiedenen Bereichen zu bieten. Sicherheit bedeutet heute nicht in erster Linie militärische Sicherheit. Viele akute Bedrohungen sind nicht-militärischer Art. Ökonomische, ökologische Krisen, die Bedrohungen aus der organisierten Kriminalität und die Auswirkungen des Schengener Abkommens sind hier gesondert zu betrachten.

Den gestellten Aufgaben im Bereich der Grenzsicherung kommen Grenzgendarmen, Bundesheerangehörige und Zollwache professionell nach. Konnten in den letzten Jahren immer wieder für diese Aufgaben die Personalstände erhöht werden, so sieht es für das Jahr 2000 und die folgenden Jahre etwas trister aus. 450 Millionen Schilling und 440 Planstellen in ganz Österreich, für Niederösterreich etwa 100 Planstellen weniger für die Sicherheitspolitik, das ist ein enormer Qualitätsverlust der öffentlichen Sicherheit, herbeigeführt durch die derzeitige Bundesregierung.

Die vielen Beamtinnen und Beamten, die bereits bisher unter hohem Arbeitseinsatz und ausufernden Überstunden gelitten haben und damit bis an die Grenzen ihrer Belastbarkeit den Dienst versehen mussten, werden durch die Planstellenkürzungen noch weiter belastet werden. Und es ist nicht sichergestellt, ob sie ihren Auftrag zu 100 Prozent erfüllen können werden. *(Abg. Ing. Hofbauer: Das waren aber eure Minister!)* Naja, unser Minister hat eigentlich in den letzten Jahren immer versucht, die Planstellen zu erhöhen. *(Abg. Mayerhofer: Um 1.000 hat er reduziert!)*

Die Bevölkerung wiederum befürchtet durch den massiven Abbau von Dienstposten leider zu Recht einen Verlust an Sicherheit, der besonders in Niederösterreich in den Grenzregionen gegeben ist und ist verunsichert.

Viele Bezirke befürchten weniger Sicherheit für die Bevölkerung durch weniger Verkehrskontrollen, weniger Streifenfahrten, weniger Überwachungen, dadurch auch geringere Bekämpfung der Kriminalität. Es muss daher Aufgabe des Landes Niederösterreich und seiner Institutionen sein, immer wieder dafür einzutreten, dass es erstens zu einer Verbesserung der Personalsituation in der Exekutive im Bereich Niederösterreich kommt. Zweitens zu keiner Kürzung der finanziellen Mittel im Bereich

Sachaufwand, sondern vielmehr zur Anschaffung moderner Ausrüstung kommt. Und drittens zu keiner Organisationsänderung im Rahmen der Exekutive zu Gunsten der Schwächung der Grenzgarderie. Ich denke hier an ein Beispiel am Flughafen Schwechat, wo eine Eingliederung der Kräfte zur Bekämpfung der Kriminalität am Flughafen in das Wiener Organisationsschema geplant ist. Ich glaube, aus vielerlei Gründen – und der, der sich mit der Materie beschäftigt, weiß das – wäre das falsch und auch ineffizient. Sollten die drei von mir genannten Punkte in naher Zukunft keine Realisierung erfahren, so müsste zumindest im Bereich der NÖ Grenzsicherung ein verstärkter Bundesheer-Assistenzeinsatz gefordert werden. Das allerdings haben wir schon immer gefordert. Das weiß ich auch.

Auch im Bereich der Landesverteidigung ist die Lage eher schwierig, jedoch auch für das Land Niederösterreich von besonderer Bedeutung. Lassen Sie mich hier einige Dinge zu dieser Thematik anführen. Die Anforderungen und Aufwendungen des Bundesheeres sowie die Rahmenbedingungen hierfür sind seit 1990 einem permanenten und einschneidenden Wechsel unterworfen gewesen. Ich denke hier nur an die verschiedenen Assistenzeinsätze, an den Beitritt zur Partnerschaft für den Frieden und an sonstige Aktivitäten. Im Rahmen der derzeit vom überwiegenden Teil der Bevölkerung befürworteten Neutralität ist mit einer weitestgehenden Integration in den momentan im Rahmen der EU entstehenden Europäischen Sicherheitsverbund zu rechnen. Da es derzeit leider keine klar definierten sowie ausreichend aktualisierten und zumindest mittelfristig verbindlichen politischen Vorgaben für die österreichischen Streitkräfte gibt, ist es dringend erforderlich, den Landesverteidigungsplan weiter zu entwickeln um die Landesverteidigung wieder im Konsens und außerhalb der Tagespolitik gestalten zu können.

Es wären hiezu einige Punkte notwendig, die auch das Land Niederösterreich betreffen. Landesverteidigung im territorialen Sinne wird zunächst, das heißt zumindest für die Dauer der Aufrechterhaltung der Neutralität, als nationale Aufgabe zu lösen sein. Die Fähigkeit zur internationalen Kooperation wird immer mehr zur Standardaufgabe. Dies wird sich daher auch in neuen Strukturen und Abläufen beim Bundesheer widerspiegeln müssen.

Der Finanzrahmen des Landesverteidigungsbudgets wird sich nicht wie bisher unabhängig von realen Bedürfnissen auf ein niedriges Niveau einfrieren bzw. weiter senken lassen. Und die allgemeine Wehrpflicht - wird ja auch immer wieder diskutiert - wird unter anderem aus sachlichen und

gesellschaftspolitischen Gründen ein unverzichtbarer Bestandteil des österreichischen Wehrsystems sein.

Trotz der gegenwärtig steigenden Bedeutung von bisherigen Zweitrollenfunktionen des Bundesheeres ist dessen Fähigkeit zur Erfüllung militärischer Aufgabenstellungen im engeren Sinne voll zu erhalten. Und ich glaube auch, dass die erfolgte Reduktion der Mobilmachungsstärke sich in einer schlankeren Friedensgliederung widerspiegeln sollte. Eine weitgehende Delegation von Kompetenzen für reine Durchführungs- und Verwaltungsaufgaben müsste in Zukunft auch hier in Angriff genommen werden. Zur Aufrechterhaltung der Landesverteidigung im territorialen Sinne, und dazu gehört die Integration des Heeres in die Gesellschaft vorrangig vorangetrieben, zur Erfüllung internationaler Aufgaben und zur Erhaltung der Aufwuchsfähigkeit soll die Milizkomponente auch strukturell erhalten bleiben bzw. durch ein Anreizsystem verstärkt werden. Das sind Dinge, die ebenfalls in diesen Bereich herein spielen, sollte es zu einer Ausweitung der Grenzaufgaben des Bundesheeres im Land Niederösterreich kommen.

Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz und Zivilschutz sind Aufgaben des Landes. Hier gilt es, Mittel vor allem zur Sicherstellung moderner Ausrüstung bereitzustellen. Das Land Niederösterreich bemüht sich, in diesen Bereichen in seinen Budgets etwas zu tun. Natürlich ist es nicht immer allen Institutionen genug. Aber das sind eben die Zwänge des Budgets. Doch gerade die Rettungsorganisationen sind es, die die Träger der raschen Hilfe im Einsatz sind. Erst modernes Gerät gibt diesen Organisationen die Möglichkeit, diese Einsätze äußerst effizient zu führen. Wie gesagt, das Land stellt hier durch entsprechende Budgets die Mittel zur Verfügung, wenn dies auch nicht immer zur vollen Zufriedenheit aller Beteiligten erfolgen kann.

Ich kann ein Beispiel anführen, und zwar das Problem der verschiedenen Funksysteme der verschiedenen Rettungsorganisationen und der Exekutive. Jeder weiß, bei einem Einsatz ist es äußerst wichtig, dass die Führungsfähigkeit der Verbände gegeben ist. Und so lange nicht sichergestellt ist, dass alle Rettungsorganisationen ein einheitliches Funksystem, eine einheitliche Ausrüstung haben, wird es immer wieder zu Problemen und Schnittstellen innerhalb dieser Führungstätigkeit kommen. Zwar ist ein solches System in Ausarbeitung. Etwa vor zwei Jahren wurde begonnen, hier alle Institutionen einzubinden. Leider ist der Erfolg bisher äußerst gering. Ich weiß, es ist ein sehr teures System, aber das würde die Durchführung von effizienten Einsätzen bei weitem erleichtern. Das Land

Burgenland ist hier schon etwas weiter. (*Abg. Nowohradsky: Ist ein Modellfall!*)

Ist ein Modellfall und sicherlich auf Grund der kleineren geografischen Ausweitung leichter zu machen. Ich hoffe, dass an diesem Beispiel vielleicht zu zeigen ist, wie man verschiedene Dinge hier rascher und schneller angehen könnte.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass das Halten von Sicherheitsstandards natürlich viel Geld kostet und auch Personal. Und wir sollten alle gemeinsam versuchen, in dem Fall das Land Niederösterreich, zu trachten, dass beides auch in der Zukunft sicherzustellen ist. Man sollte hier gemeinsame Anstrengungen unternehmen, sowohl die Personalkomponente als auch die Ausrüstungskomponente dem derzeitigen Stand der Technik anzugleichen, um hier die Einsätze effizient zu führen. Die Sozialdemokratische Fraktion wird der Budgetgruppe 1 die Zustimmung erteilen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Hofbauer.

Abg. Ing. HOFBAUER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Das Kapitel Öffentliche Ordnung und Sicherheit beinhaltet sehr viele Themen und Bereiche, die nicht unmittelbar in die Landeskompetenz fallen, sondern die von der Bundeskompetenz mit betreut werden. Trotzdem ist es notwendig, dass wir auch seitens des Landes Niederösterreich uns hier mit einbringen. Und ich schließe gerne beim Kollegen Pietsch an: Wir haben in der Vergangenheit unsere Aufgabe wahrgenommen und haben als Bundesland Niederösterreich bei verschiedensten Sicherheitseinrichtungen uns intensiv eingebracht. Und wir werden es auch in Zukunft tun.

Beispielhaft will ich hier an die Grenzsicherheit denken. Beim Aufbau der Grenzschutzorgane der neuen Schengen Außengrenze hat Niederösterreich sowohl bei der Organisation, als auch bei der Zur-Verfügung-Stellung von Räumlichkeiten und Unterkünften einen wesentlichen Beitrag geleistet, aber darüber hinaus auch bei der technischen Ausstattung dem Bund wertvolle Hilfe gegeben. Nicht zuletzt ist es auch dem laufenden Drängen unseres Landeshauptmannes Dr. Erwin Pröll zu danken, dass der zwischenzeitlich abberufene Innenminister Schlögl den Personalaufbau für die Grenzsicherheit wohl nur zögerlich aber trotzdem betrieben hat.

Erst dem neuen Innenminister Dr. Ernst Strasser war es gegönnt – und es ist auch sein Drängen anzuerkennen – dass der derzeitige Personalstand an der Grenze den momentanen Planpostenbereich erreicht hat. Und ich hoffe, dass es mit den für das Jahr 2000 geplanten drei Ausbildungskursen bei der Gendarmerie auch gelingt, im Landesinneren den Personalstand zu verbessern. Übrigens ist vorgesehen bei der Gendarmerie in Hinkunft bei der Ausbildung alle Gendarmen auch zumindest zeitweise im Grenzschutz einzusetzen, damit diese wertvolle Erfahrung aus diesem Einsatz auch beim Dienst auf den Gendarmerieposten angewendet werden kann.

Wenig befriedigend ist derzeit noch der Personalstand bei den Gendarmerieposten im Landesinneren. Mich hat etwas gewundert, dass im Parlament am 10. Februar des Jahres 2000 die Sozialdemokraten die Forderung aufgestellt haben, 1.000 zusätzliche Posten für die Sicherheit in Österreich. Wir wissen, dass es gerade der sozialistische Innenminister war, der die Bereitschaft signalisiert und auch zugestimmt hatte, dass österreichweit 800 Dienstposten im Bereich der Sicherheit abgebaut wurden. (*Abg. Kautz: Auf Drängen der ÖVP! Auf Drängen des Koalitionspartners!*)

Meine Herren! Es hängt davon ab, welche Durchsetzungskraft ein Minister hat. Nicht, was er vielleicht bei einer Presseaussendung als Information hinausgeschickt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dem neuen Innenminister ist es gelungen und im heurigen Jahr wird es dazu kommen, dass die von Einem, Löschnak und Schlögl vorgesehene Reduzierung um 1.000 Dienstposten nur auf 400 kommt und er damit 400 zusätzliche Dienstposten für die Sicherheit Niederösterreichs und Österreichs zur Verfügung stellen kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte die Sozialdemokraten auch noch an ein anderes Thema erinnern. Wir haben sehr oft hier im Hohen Landtag auch darüber diskutiert, wie die Grenzgendarmen nach dem Aufgreifen eines Schleppers, eines Illegalen, diesen in Schubhaftplätze transportieren müssen. Ich als Abgeordneter aus Gmünd weiß, wie oft unsere Gendarmen bis Innsbruck gefahren sind, um einen solchen Schubhäftling unterzubringen. (*Abg. Kautz: Sag' das dem Landeshauptmann!*)

Minister Dr. Strasser war noch keine sechs Wochen im Amt, als er gemeinsam mit dem Landeshauptmann von Wien, von Burgenland und Landeshauptmann Dr. Pröll in Wien 100 Schubhaftplätze für Niederösterreich, für das Burgenland und für Wien zur Verfügung stellen konnte. Warum hat das

nicht der Parteifreund Schlögl mit seinem Parteikollegen zustande gebracht? *(Heftige Unruhe bei Abg. Kautz.)*

Er hätte sich durchsetzen können, der Herr Bundesminister Schlögl oder spätere ... *(Abg. Kautz: Lieber Herr Kollege! Zuständig war der Herr Landeshauptmann und ist der Herr Landeshauptmann! Der Innenminister kann kein Geld vom Landeshauptmann aufnehmen!)*

Herr Kollege! Du kannst herausgehen und kannst das leicht erklären, wenn du willst. Faktum ist, dass es Schlögl nicht gelungen ist, trotz vieler Versprechungen, in Niederösterreich und in Wien Schubhaftplätze zur Verfügung zu stellen. Erst Minister Dr. Strasser hat es durch seine Kontakte mit Häupl, Stix und Pröll geschafft! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein anderer ganz wichtiger Aspekt in der Sicherheitspolitik in Niederösterreich ist, dass wir nicht nur in Niederösterreich Verbrechen bekämpfen, sondern dass wir trachten, diese überhaupt zu verhindern. Ich denke hier an das Schlepperunwesen, ich denke an die Drogenkuriere und ich denke an die Autoschieber. Der neue Innenminister hat mit seinen Kontakten zu Tschechien, Ungarn und der Slowakei bereits Vorkehrungen getroffen, dass in Zukunft diese organisierten Banden nicht erst auf österreichischem Staatsgebiet aufgegriffen werden, sondern dass sie bereits in den Nachbarländern entsprechend aufgegriffen werden sollen. Und dass in enger Zusammenarbeit auch die Voraussetzung geschaffen wird, dass diese Länder auch in den Bereich der Schengen-Sicherheit kommen und sich damit den Weg in die Europäische Gemeinschaft ebnet.

Wir haben hier am Rednerpult heute schon und in der Vergangenheit sehr oft auch gehört, dass es den Bundesheereinsatz an der Grenze gibt. Ich bin froh, dass in dieser engen Zusammenarbeit des Österreichischen Bundesheeres mit den Grenzsicherheitseinrichtungen der Gendarmerie gerade an der Grenze zur Slowakei eine wichtige Verbesserung eingetreten ist. Und auch hier war es letztendlich Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll, der mit Bundesminister Dr. Fasslabend als seinerzeitigem Verteidigungsminister diese Übereinkunft herbeigeführt hat. Voraussetzung dafür war, dass Minister Schlögl zumindest das Ansuchen geschickt hat. Es ist knapp vor der Nationalratswahl 1999 gekommen. Und seither ist der Bereich der Grenze Österreichs zur Slowakei auch entsprechend abgesichert.

Mein Vorredner hat hier kurz zur Budgetsituation im Bereich der Feuerwehr Stellung genommen. Wir wissen, dass leider Gottes durch den Rückgang der Feuerschutzsteuer auch eine Reduktion dieses

Budgetansatzpostens die Folge ist. Ich bin aber überzeugt, dass durch ein gutes Zusammenwirken zwischen den Stellen des Landes, der Landesregierung und der Feuerwehr auch in Zukunft die Aufgaben der Feuerwehr bestens gewährleistet werden können.

Ein Wort noch zur Frage der Sicherheit auf der Straße. Gerade die Unfälle in den letzten Tagen haben hier eine sehr umfassende Diskussion ausgelöst. Wir stehen an der Grenze dessen, was wir noch tun können, um mit Gesetzen und Verordnungen hier eine Verbesserung herbeizuführen. Wer die gestrige Diskussion im Fernsehen mit den Vertretern des Kuratoriums für Verkehrssicherheit und mit dem Innenminister erlebt hat, hat erkennen können, dass wir in einem Punkt ganz wesentlich ansetzen müssen. Und das ist, das Verantwortungsbewusstsein im Verkehr deutlich zu heben. Wir können mit Gesetzen, Verordnungen und Regelungen alleine die Verkehrssicherheit langfristig nicht mehr verbessern. Ich bin daher dankbar, dass es durch verschiedene Aktionen, auch öffentlichkeitswirksame Aktionen, zu einer Verbesserung des Verantwortungsbewusstseins kommt. Ich freue mich über die Aktionen, die auch mit tatkräftiger Unterstützung des ORF Niederösterreich, des Kuratoriums für Verkehrssicherheit derzeit laufen. Und ich hoffe, dass es uns damit gelingt, langfristig auch die Sicherheit auf Österreichs Straßen zu verbessern. *(Abg. Weninger: Es hat noch nie so viele Tote gegeben wie jetzt!)*

Für mich ist es keine Frage: Es ist jeder Todesfall, der auf der Straße passiert, einer zuviel. Aber die Voraussetzung dafür ist, dass wir erkennen, dass wir mit mehr Regelungen nicht mehr erreichen. Mit Gesetzen werden wir keinen zum Leben zurückholen.

Eines ist für mich klar, und das, glaube ich, sollen wir auch bei allen unseren Diskussionen in den Vordergrund stellen. Niederösterreich ist ein sicheres Land! Und wir wollen haben, dass Niederösterreich auch in Zukunft ein sicheres Land bleibt. Dazu tragen sehr wesentlich die bereits genannten Institutionen bei. Ich denke an die Gendarmerie, an die Polizei, an die Zollwache. Ich denke aber auch an die Feuerwehr, an die Rettungen und insbesondere an das Bundesheer, das seine Aufgabe an Niederösterreichs Außengrenze übernommen hat. In einem sicheren Land wird es auch möglich sein, dass sich die Wirtschaft entsprechend gut entwickelt, dass wir auf unserem Weg zu den Top-Ten in Europa weiterkommen. Und dass wir in unserem Land auch ein menschliches, angenehmes Leben haben dürfen. Die Österreichische Volkspartei wird dem Kapitel die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. WEINZINGER (*Grüne*): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Landtages!

Ich werde jetzt nicht darüber spekulieren, ob der alte oder der neue Innenminister geschickter ist mit seinen Presseaussendungen. Ich möchte aber, wenn wir die Durchsetzungskraft ansprechen, egal, ob der alte oder neue das jetzt in Summe besser hat, doch den neuen Innenminister auffordern, wenn er durchsetzungskräftig ist in Sachen Schubhaft, vielleicht endlich dafür zu sorgen, dass nicht Minderjährige in Österreich in Schubhaft sitzen und länger sitzen. Das ist ein altes Versprechen, das ich immer wieder höre. Allein das Problem ist ungelöst. Und vielleicht ist das eine Aufgabe für den durchsetzungsstarken neuen Innenminister Dr. Strasser. Es wäre jedenfalls eine wichtige Errungenschaft, wenn man sich der Menschlichkeit nicht nur als Inselbegriff verpflichtet.

Ich möchte in einigen Punkten auf die vorliegende Gruppe 1 auch eingehen, auf Aspekte, die noch nicht angesprochen worden sind und bleibe gleich beim Innenministerium und der Frage des Zivildienstes. Wir haben hier ja eine Ausgabensteigerung um eine Million für den Zivildienst vorgesehen. Schaut ja recht hübsch aus. Aber es lässt leider die Rahmenbedingungen völlig außer Acht. Die Rahmenbedingungen, die jene sind, dass Zivildienstler in Hinkunft sehr viel weniger eingesetzt werden. Das heißt, dass es hier zu drastischen Kürzungen gekommen ist durch die neue Bundesregierung, durch diesen neuen Innenminister Dr. Strasser und sich im Übrigen die privaten Dinge jedes Zivildienstlers deutlich verschlechtert haben.

Ich darf Sie daran erinnern, dass für die Zivildienstler jetzt pro Tag an Mittel zur Versorgung 43,- Schilling zur Verfügung stehen. Inzwischen gibt es ja eigene Rezeptbücher des Innenministeriums. Dafür ist das Geld ja dann offenbar vorhanden. Dass man Broschüren druckt, wie Zivildienstler mit 43,- Schilling täglich über die Runden kommen sollen. Und eigene Aktivitäten, mit denen nachgewiesen wurde von verschiedener Seite, was man mit 43,- Schilling pro Tag tatsächlich tun kann, nämlich herzlich wenig. Eine Gleichstellung zumindest der Dauer des Dienstes zwischen Zivildienstlern und Präsenzdienstern ist nicht erreicht. Ungelöst ist auch das Problem der 16.000 oder 17.000 Zivildienstler, die auf ihre Zuweisung zu einer Zivildienststelle warten. Die ein Recht darauf haben, ihren Dienst ableisten zu können um eine einigermaßen zuverlässige Zukunftsplanung vornehmen zu können.

Diese 16.000, 17.000 Menschen zählen offensichtlich nicht sehr schwer in den Überlegungen des neuen Innenministers.

Tatsache ist, der Zivildienst ist deutlich unattraktiver gemacht worden. Vermutlich nicht ganz ohne Hintergedanken. Tatsache ist, es gibt zweifelhafte Zehnerpotenzen junge Männer, die einer unsicheren Zukunft entgegenschauen, wann sie ihren Dienst ableisten können. Und Tatsache ist, die Versorgungssituation der Zivildienstler hat sich dramatisch verschlechtert. So, dass inzwischen die einzelnen Zivildienstler entweder Unterstützung von Familienangehörigen brauchen oder sich verschulden müssen. Das heißt, man kann schon einmal fragen, ob nicht die Zivildienstlererhöhung hier dann auch 'rüberwandern sollte in eine Erhöhung für die Schuldnerberatung. Weil das eine logische Konsequenz sein wird dieser Pläne von Innenminister Dr. Strasser.

Ein weiterer Bereich, wo diese Zivildienstkürzungen sich massiv auswirken ist genau der auch hier angesprochene Bereich der Katastrophenhilfe, der Rettungsdienste, die ja über weite Strecken mit Zivildienstlern auch gearbeitet haben. Wo Zivildienstler eingesetzt wurden und nun im reduzierten Ausmaß zum Einsatz kommen werden. Das heißt, es ist ja nicht nur eine Maßnahme, eine Sparmaßnahme des Innenministers auf dem Rücken der jungen Männer, die es betrifft, sondern auch auf dem Rücken der privaten Organisationen und der Einrichtungen, die bislang mit Zivildienstlern gearbeitet haben und damit auch gerechnet haben.

Es ist nicht die einzige Maßnahme, die diese Bundesregierung auf dem Rücken der Zivilgesellschaft austrägt. Es sind ja auch andere Vereine und Organisationen, etwa durch Erhöhungen der Posttarife, betroffen. Und wir merken hier sehr eindeutig, gerade vor dem Hintergrund der Katastrophen- oder Rettungsdienste finde ich das wichtig festzustellen, welchen Umgang die neue Bundesregierung mit der Zivilgesellschaft pflegt. Es ist nicht ablesbar aus dem NÖ Budget, dass man vor hat, hier irgendwelche Gegenmaßnahmen oder Vorkehrungen zu treffen, um die Zivilgesellschaft in Niederösterreich von den Beeinträchtigungen, die die Bundespolitik verursacht hat, in Schutz zu nehmen.

Das heißt, hier lässt sich für Rettungsdienste und Katastrophenhilfsorganisationen, aber auch für eine Fülle anderer, Nicht-Regierungsorganisationen, die weit über den hier angesprochenen Bereich hinaus gehen, festhalten, dass es für sie leider in Zukunft eher Verschlechterungen gibt als Verbesserungen.

Nun noch zu einer, ja ich möchte fast sagen Merkwürdigkeit, die diese Debatte jetzt noch bringen wird. Gewöhnlich gut informierte Kreise haben uns mitgeteilt, dass die Rednerin nach mir, die Frau Abgeordnete Egerer, einen Resolutionsantrag zu grenznahen Atomkraftwerken einbringen wird hier zur Gruppe 1. Und ich habe ein bisschen nachgeschaut und gerätselt. Gruppe 1 scheint mir ein wenig merkwürdig für einen Anti-AKW-Antrag. Und ich habe ein paar Erklärungsansätze. Vielleicht kann die Frau Abgeordnete dann ja von ihrer Seite her aufklären. Also erstens liegt es daran, dass man versucht, diese Kompetenz der Anti-Atompolitik, die üblicherweise unter Gruppe 5, Umweltschutz, angesprochen wird, von Landesrat Mag. Sobotka ein bisschen wegzubekommen und sie hier in der Gruppe 1 zu verankern. Entweder direkt beim Landeshauptmann oder beim Herrn Landesrat Blochberger. Das wäre eine Logik, die man dahinter finden kann, wenn man das nicht in der Gruppe 5 einbringt, sondern schon jetzt. Oder liegt es daran, dass man sich ein bisschen beeilen möchte, bevor vielleicht die Grünen mit einigen ganz ähnlich lautenden oder vielleicht sogar konkreteren und präziseren Resolutionsanträgen kommen. Keine Sorge, die kommen auch tatsächlich! Dann kann ich sagen, ich begrüße die Eile, mit der man sich darum annimmt, Anti-Atomagenden aufzugreifen. Ich hätte es fair gefunden, wenn man bei dem Antrag auch dazu schreibt, dass er auf ein Ländertreffen, auf ein Parteien und Bundesländer überschreitendes Treffen zurück geht und im Wesentlichen die dort beschlossenen Punkte beinhaltet. Weil so schaut es ein bisschen aus, als wäre es ein eigener Antrag. *(Abg. Egerer: Ich sage das noch zusätzlich, Frau Kollegin!)* Ja, lassen Sie mich einfach meine Spekulationen, die dank der „Willkür der Rednerliste“ jetzt vor Ihnen dran sind, anstellen!

Oder aber die Begründung liegt darin, dass man unter dem Punkt Sicherheit und akute Bedrohung die Atomkraftwerke einordnet. Dann überlege ich mir aber, ehrlich gestanden, fürs nächste Mal, ob ich unter akute Bedrohungen Katastrophenschutz, Rettungseinsätze nicht auch Resolutionen zum Klimaschutz oder zur Aids-Hilfe einbringe. In allen Fällen kann ich ähnlich argumentieren: Dass eine akute Bedrohung, eine Beeinträchtigung der Sicherheit zumindest von Bevölkerungsgruppen gegeben ist. Und der Klimaschutz und die Anti-Atompolitik sind wohl in etwa gleich in ihrer Wertigkeit, was die Relevanz für Punkt 1 angeht oder nicht.

Nichts desto trotz. Wenn denn die ÖVP wild entschlossen ist, bereits bei Gruppe 1 ihren Anti-Atomtrag einzubringen, soll dem nichts im Wege stehen. Soll dem auch eine Zustimmung zu Maßnahmen nicht verwehrt werden. Ich würde mir nur

eines wünschen, geschätzte Damen und Herren von der ÖVP: Dass sie bei der Umsetzung auch so rasch und so eilig dran sind wie beim Einbringen dieser einen Resolution, der wir gerne trotzdem unsere Zustimmung geben. Und hoffen, dass Sie bei Gruppe 5, wo wir zur Anti-Atompolitik Vorschläge einbringen, dann auch ihre Zustimmung geben können. Im Übrigen bin ich der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Egerer.

Abg. EGERER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Vielleicht ein Satz noch zu meiner Vordnerin: Zivildienst ist angesprochen worden. Frau Kollegin! Sie wissen, dass 17.000 Zivildienstler auf der Warteliste stehen. Dass aber diese 17.000 Zivildienstler sich nicht erst jetzt in den letzten Monaten zusammengefunden haben. Und dass Minister Dr. Strasser ausdrücklich gesagt hat, im Sozialbereich wird er keine Zivildienstler abbauen. Sondern er wird schauen, wo sie effizient eingesetzt werden können. Und das hat er bis jetzt auch getan! *(Abg. Kautz: Frau Kollegin! Warum baut er dann die Waldschule ab?)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Herr Kollege Kautz! Man kann sich jederzeit zu Wort melden. Jetzt hat das Wort die Frau Abgeordnete Egerer.

Abg. EGERER (ÖVP): Zur Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, zählt aber auch der Zivildienstverband. Und dieses Thema will ich jetzt aufgreifen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der NÖ Zivildienstverband ist eine Serviceeinrichtung für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Zivildienst wird jedoch in der Bevölkerung meist ausschließlich mit großen Katastrophen in Verbindung gebracht. Und man schiebt die Gedanken daran automatisch weit weg. Denn derartige Ereignisse verdrängt man eben sehr gerne.

Der Zivildienst bietet aber eine Vielzahl von Maßnahmen und von Unterstützung in den verschiedensten Bereichen. In den verschiedensten Bereichen unseres Lebens. Sei es jetzt bei Unfällen im Alltag, wie beispielsweise im Beruf und Haushalt, sei es bei Verkehrsunfällen bis natürlich hin zu Naturkatastrophen. Und zeigt möglicherweise lebensrettenden Handlungsweisen. Alleine das Wissen, was muss ich tun und wie muss ich mich verhalten, kann in sehr vielen Fällen entscheidend sein. Und das in das Bewusstsein unserer Bevölkerung zu bringen ist auch Aufgabe des Zivildienstverbandes.

Dass dieser wiederum nur durch Einbringung und Einbindung von ehrenamtlichen Mitarbeitern lebensfähig ist, das wissen wir auch alle. Aufklärung und Information sowie Funktionärsschulungen sind die Säulen der Einrichtung. Die Arbeit des Zivilschutzverbandes bindet sich daher an drei Säulen: Punkt 1 - der Selbstschutz der Bevölkerung. Punkt 2 - Einsatz aller Hilfsorganisationen. Und Punkt 3 natürlich auch die Behörde. Wobei hauptsächlich der erstgenannte Punkt, also der Selbstschutz der Bevölkerung Aufgabe des Zivilschutzverbandes ist. Und an erster Stelle steht eben hier Aufklärung, Aufklärung und Information. Bei den verschiedensten Veranstaltungen werden die Bürger bei Infoständen, bei Ausstellungen immer wieder mit dem Thema Zivilschutz vertraut gemacht. Denn nur eine intensive Öffentlichkeitsarbeit, die möglichst volksnah und vor allem auch ansprechend ist, hat auch Erfolg und zeigt letztendlich auch Wirkung.

Ergänzend dazu gibt es eine Fülle von Zeitschriften, Flugblättern, Plakaten, eine Homepage im Internet und alles Mögliche. Auch auf den Gemeindeämtern liegen Merkblätter auf oder Broschüren, oder zumindest sollten sie dort auch aufliegen. Es können aber auch jederzeit Vorträge vom Zivilschutzverband angefordert werden zu den verschiedensten Themen natürlich. Allein im vergangenen Jahr wurden über 17.000 Menschen über den Zivilschutzverband informiert. Öffentlichkeitsarbeit ist also das Gebot, oberstes Gebot. Der Zivilschutz setzt aber auch immer wieder Schwerpunkte. Waren es zum Beispiel im vergangenen Jahr die Senioren, wobei es eigene Broschüren gab unter dem Motto „älter werden ohne Risiko“, die man über die Seniorenverbände, über die Pensionistenverbände verteilte, so war es um die Jahreswende der Datumssprung von 1999 auf 2000, wo bekanntlich weltweit eine gewisse Unsicherheit herrschte, werden jetzt alle Computer diesen Datumssprung auch vollziehen können, werden elektronische Geräte und Einrichtungen standhalten. Es gab eine gewisse Unsicherheit. Und der Zivilschutzverband erhielt zu diesem Thema sehr viele Anrufe und sehr viel Auskunft war hier notwendig. Die Jahreswende wurde mit Spannung, aber auch mit etwas Skepsis erwartet. Wobei natürlich sehr viel auch die Medien dazu beitrugen. Doch dass zu diesem Thema zeitgerecht nützliche Hinweise gekommen sind, das war auch eine der Arbeiten des Zivilschutzverbandes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Begriff Zivilschutz umfasst, wie gesagt, die verschiedensten Bereiche unseres Lebens. Beginnend mit der Vorsorge im Katastrophenschutz und allen möglichen Krisensituationen. Dies alles kann aber

nur bewältigt werden, wenn im Kopf eines jeden Einzelnen das Bewusstsein und vor allem auch der Wille zur Eigenvorsorge und somit zum Selbstschutz vorhanden ist. Und ich bin fest davon überzeugt, eine wesentliche Bewusstseinsbildung beginnt bereits bei unseren Kindern. Bereits in den vierten Volksschulklassen wird Zivilschutz gelehrt. Zu diesem Thema gab es heuer erstmals sogar eine Kindersicherheitsolympiade in Tulln.

Die Kinder konnten dort mit Begeisterung und mit Motivation mittun. Ich hatte selbst die Möglichkeit, mir das anzusehen. Es gab in allen vier Landesvierteln einen Vorentscheid und der Landesentscheid war in Tulln. Der Landessieger darf sich dann wiederum bei einem Bundesentscheid auch noch bewähren. Ich glaube, dass diese Sicherheitsolympiade gezeigt hat, wie man Volksschüler für das Thema Sicherheit auch begeistern kann. Und es wurden dort natürlich Fragen gestellt, wo ich mich selber gefragt habe, wie viele Erwachsene würden auf diese Sicherheitsfragen auch die entsprechende Antwort geben können. Kinder wussten das. Damit wurde auf spielerische Art und Weise theoretisches und auch praktisches Können verlangt. Und genau dieses Wissen, das hier mit viel Motivation den Schülern vermittelt wurde, hat natürlich auch eine ungeheure Breitenwirkung. Die Kinder spornen sich nicht nur untereinander an, sondern sie beziehen auch ihre Familien mit ein, ihre Angehörigen, ihre Freunde. Und so wächst in den Jugendlichen schon der Sicherheitsgedanke Sicherheit durch Selbstschutz.

Die Arbeit des Zivilschutzverbandes steht aber auch in einem engen Zusammenhang mit den einzelnen Einsatzorganisationen und mit den Behörden. Vor knapp einem halben Jahr hatten wir diese schreckliche Gaskatastrophe in unmittelbarer Nähe von unserer Landeshauptstadt, in Wilhelmsburg. Und die hat wiederum gezeigt, wie wichtig ein Zusammenspiel ist. Denn nur durch das gute Zusammenarbeiten aller Hilfsorganisationen, und ich betone hier wirklich, aller Hilfsorganisationen, und der zuständigen Behörden sowie der Bevölkerung konnte dort wirklich rasch geholfen werden. Aber gerade diese Katastrophe hat auch gezeigt, dass immer noch neue Aufgaben dazu kommen. So war die psychosoziale Betreuung vor Ort ein ganz wichtiger Faktor. Die Betreuung der Betroffenen, der Betroffenen vor Ort, die eigentlich von Haus aus einmal geschah mit dem Gemeinderat, mit der Amtsärztin und mit Fachleuten. Und diese Betreuung ist bis heute nicht abgeschlossen. Also die geschieht immer noch. Und das ist ein ganz wichtiger Faktor. Und es gibt daher auch nach wie vor noch Zusammenkünfte dieser Fachleute, die sagen, was könnte man auf diesem Gebiet noch

verbessern? Die Bewohner von Wilhelmsburg haben dies alles dankend angenommen. Und man hört über alle Hilfseinrichtungen nur das Beste und nur Gutes.

Dass verschiedene Verbesserungen vorgenommen werden sollen, haben, wie schon gesagt, einige Besprechungen ergeben mit den zuständigen Stellen, um in solchen Krisensituationen, in Großschadensfällen, noch effizienter helfen zu können. Aber Wilhelmsburg hat dennoch gezeigt, wie hervorragend die Zusammenarbeit aller beteiligter Hilfskräfte trotz noch möglicher Verbesserungen funktioniert hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Sicherheitsgedanke in unserer Bevölkerung besitzt einen sehr hohen Stellenwert. Mit Sicherheit verbinden wir einerseits den eigenen Schutz, andererseits aber auch das Bewusstsein, jederzeit Hilfe zu bekommen, wenn wir sie benötigen, und Unterstützung. Und das wiederum so rasch und so effizient wie nur möglich. Und im Dienste dieser Sache leistet der Zivilschutzverband wertvolle Arbeit zum Schutze aller unserer Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher.

Und nun zum Thema, Frau Kollegin, der grenznahen Atomkraftwerke. Das ist natürlich auch ein Aspekt der Sicherheit. Es hat hiezu einen Erfahrungsaustausch gegeben im Landtag von Salzburg, wo alle Landtage Österreichs, also Abgeordnete aller Landtage Österreichs eingeladen waren und auch natürlich aus dem NÖ Landtag von allen Fraktionen Kolleginnen und Kollegen anwesend waren. Bei diesem Erfahrungsaustausch wurde eine Resolution verabschiedet und deren Inhalt möchte ich dem NÖ Landtag jetzt zur Kenntnis bringen (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Egerer und Pietsch zur Gruppe 1 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 2001, Ltg. 478/V-8, betreffend Verhinderung grenznaher Atomkraftwerke.

Die Katastrophe von Tschernobyl vor rund 14 Jahren hat der Welt das unanschätzbare Gefahrenpotenzial von Atomkraftwerken mit weit reichenden und tragischen Folgen vor Augen geführt. Erst jüngst wurden neue Zahlen über Opfer und dauernde Schädigungen bekannt, die dies untermauern.

Es ist daher erforderlich, dass Österreich sich auch weiterhin für ein atomkraftwerkfreies Europa einsetzen muss und die Errichtung bzw. Inbetrieb-

nahme von Atomkraftwerken und sonstigen kerntechnischen Anlagen auch in Zukunft entschieden abzulehnen ist. Diese Überzeugung Österreichs soll auch in adäquater Weise auf europäischer Ebene eingebracht werden, wobei der Entwicklung von Ausstiegsszenarien, insbesondere im Rahmen der Beitrittsverhandlungen und umfassenden Reformen des Energiesektors hohe Bedeutung zukommt. Insbesondere sollte Österreich weiterhin auf Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energieträger setzen, sowie mit den jeweiligen Regierungen über konkrete Ausstiegskonzepte und Finanzierungsmöglichkeiten verhandeln. Dabei soll auch auf europäischer Ebene die Kostenwahrheit über den Preis von Atomstrom erreicht werden. Diesbezüglich ist sowohl in der Außenpolitik als auch in grenzüberschreitenden Kontakten auf die Stilllegung und Nichtinbetriebnahme insbesondere grenznaher Atomkraftwerke hinzuwirken. So sollten auch offensive Verhandlungen auf politischer Ebene mit Tschechien über einen Baustopp von Temelin zu führen und im Falle weiterer UVPs eine breite öffentliche Einwendungskampagne in Österreich durchgeführt werden.

In diesem Zusammenhang ist auch festzuhalten, dass der Einrichtung von ‚Freigabe-Grenzwerten‘ entgegenzuwirken ist, unterhalb derer radioaktiver Schutt und Schrott nicht mehr als radioaktiv gelten sollen und ungehindert bzw. undeklariert in den Handel gelangen können.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung

1. bei der Bundesregierung vorstellig zu werden und zu ersuchen, dass
 - a) von der Regierung der Tschechischen Republik detaillierte Informationen über die im AKW Temelin realisierten technischen Lösungen in einem Umfang angefordert werden, der eine qualifizierte Überprüfung auf Expertenebene ermöglicht;
 - b) die Regierung der Tschechischen Republik im Geiste der ESPO-Konvention über den Wunsch Österreichs unterrichtet wird, an den erforderlichen Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) von baulichen Änderungen in Temelin teilzunehmen. Weiters sollte der Tschechischen Regierung die Erwartung zur Kenntnis gebracht werden, dass Österreichische Staatsbürger gleichberechtigt an den UVP-Verfahren teilnehmen können und bis zum Abschluss aller UVP-Ver-

fahren vom Betreiber keine Schritte gesetzt werden, die eine radioaktive Verseuchung der Anlage zur Folge haben könnten;

- c) eine Anpassung des Aktionsplanes vom Juni 1999 auf der Basis der akkordierten gemeinsamen Position der Bundesländer unter ihrer Mitarbeit vorgenommen wird;
 - d) die Umsetzung des Beschlusses des Europäischen Rates von der EU-Kommission eingefordert wird, wonach AKWs der Beitrittsländer dem aktuellen Stand der Technik entsprechen müssen und im Rahmen der Beitrittsverhandlungen ein entsprechender Nachweis zu erbringen ist;
 - e) zusätzlich zur bilateralen Ebene der volle Zugang zu den Projektinformationen über die AKWs bzw. AKW-Projekte der Beitrittskandidaten im Rahmen des Beitrittsprozesses eingefordert wird;
 - f) angesichts der umfassenden Bedrohung von Frieden, Umwelt und Menschheit, die nach wie vor von den Arsenalen der Atomwaffen ausgeht, auch neue Schritte der nuklearen Abrüstung erforderlich sind und deshalb die Initiative zur Abschaffung aller Atomwaffen ‚Abolition 2000‘ unterstützt wird.
2. und im eigenen Bereich,
- a) für eine fundierte und koordinierte Information zum Thema Verhinderung grenznaher Atomkraftwerke;
 - b) für eine Vernetzung von Initiativen und für die bestmögliche Unterstützung einzelner Länder in ihren Bemühungen um nukleare Sicherheit bei vorhandenen Anlagen, um Nutzung aller rechtlichen Möglichkeiten bei Erweiterungen und um die Stilllegung von Atomkraftwerken in der Nachbarschaft;
 - c) für den Aufbau von Energiepartnerschaften mit Nachbarregionen unter besonderer Berücksichtigung des Ausbaus der Nutzung erneuerbarer Energieträger und der Forcierung der effizienten Energienutzung und
 - d) für die Förderung der Aktivitäten zur Verhinderung bzw. Stilllegung von Kernkraftwerken in den Nachbarländern zu sorgen.“

Ich bitte Sie Frau Kollegin, auch Sie könnten diesem Antrag zustimmen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mayerhofer.

Abg. MAYERHOFER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Den Hauptanteil dieser Budgetgruppe erhielt hier das Feuerwehrwesen. Mit Verwunderung muss eine erhebliche Minimierung der Mittel festgestellt werden. Bekanntermaßen ist die öffentliche Ordnung auch eine der wichtigsten Anliegen der Bevölkerung. Es ist bekannt, die Gesundheit und die Sicherheit, dies wurde bereits erhoben, sind für den Menschen die wichtigsten Bereiche. Schon im Hinblick auf die Tatsache, dass die Feuerwehren in den vielfältigsten Bereichen wie etwa der Förderung der Jugend und in der Kulturpflege tätig sind, erscheint es unverständlich, dass ausgerechnet bei diesem Budgetposten eine Reduzierung vorgenommen wird.

Es ist in diesem Zusammenhang auch auf eine andere Problematik hinzuweisen. Die Ausrüstungserfordernisse für die NÖ Feuerwehren werden ständig erhöht. Somit natürlich auch der Finanzbedarf. Hat zum Beispiel der Feuerwehrmann am Einsatzort nicht die richtige Schutzausrüstung, so genießt selbiger nicht den gesamten Versicherungsschutz. Und der Kommandant ist mitverantwortlich dafür, wie uns aus einem praktischen Beispiel nahe Wien bekannt ist. Genau aus diesem Grund muss man darüber nachdenken, ob man die Ausrüstungserfordernisse immer wieder anhebt, obwohl es sich die Feuerwehren beinahe nicht mehr leisten können. Oder man veranschlagt ganz einfach mehr für diesen Budgetposten. Es ist bekannt, dass hier handfeste Interessen der Industrie vorliegen und eine wesentliche Rolle spielen.

Nun zu einem anderen und auch sehr wichtigen Teil, der, wenn auch budgetär nicht relevant für das Land Niederösterreich, aber doch themenmäßig eine wichtige Rolle spielt. Hier ist im Vergleich zum Vorjahr nicht wirklich eine gravierende Verbesserung eingetreten. Kann auch nicht. Denn mit dem relativ geringen Personalaufwand im Verhältnis zur Länge der Außengrenze ist ganz einfach zu wenig Personal dorthin abgestellt. Es ist völlig egal ob tüchtige Grundwehrdiener Grenzdienst versehen oder die Grenzgendarmen oder die Gendarmeriebeamten. Tatsache ist, es sind zu wenig! Die Illegalen versuchen nun nicht mehr über das Burgenland hereinzukommen, sondern ganz einfach über die Nordgrenze. In der Sendung „Thema“, wer das gesehen hat, ist die Problematik sehr gut zum Ausdruck gekommen.

Die Menschen sind mit einer erhöhten Kriminalität in den Grenzbezirken konfrontiert. Verunsicherung greift Platz. Jeder kann sich davon überzeugen, wenn er dort einige Tage unterwegs ist. Nur der hohen Leistungsbereitschaft unserer Grenzbeamten ist es zu verdanken, dass dennoch so viele Aufgriffe getätigt werden. Dies soll zeigen, dort, wo massiv die Grenze kontrolliert wird, dort gibt es eben zahlenmäßig massive Aufgriffe.

Es ist eine altbekannte Tatsache: Ist der Illegale einmal im Land, so wird man seiner nur mehr schwer habhaft im Landesinneren, mit all seinen, leider, negativen Begleiterscheinungen, die allen bekannt sind. So sind etwa 1998 2.831 Illegale an der tschechischen Grenze aufgegriffen worden und im gleichen Bereich ein Jahr später bereits 5.266. Ich bringe daher einen Resolutionsantrag, der nicht mehr ganz neu ist, aber in abgeänderter Form (*liest:*)

„Resolutionsantrag

des Abgeordneten Mayerhofer zur Gruppe 1 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, Ltg. 478/V-8, betreffend Assistenzeinsatz des Österreichischen Bundesheeres in Niederösterreich zur Sicherung der EU-Außengrenze.

Die Überwachung der 414 Kilometer langen EU-Außengrenze Niederösterreichs war und ist Gegenstand politischer Diskussionen und medialer Berichterstattungen. Für die betroffene niederösterreichische Bevölkerung ist es nicht entscheidend, ob die Grenze ausschließlich von Beamten der Grenzgendarmarie gesichert oder durch einen Assistenzeinsatz des Österreichischen Bundesheeres gewährleistet wird. Im Burgenland hat man bei der Sicherung der Außengrenze mit der Assistenzleistung des Bundesheeres sehr gute Erfahrungen und seitens der Bevölkerung wird den Leistungen der Soldaten hohe Anerkennung gezollt.

Der Gefertigte stellt daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung auf schnellstem Wege mit den zuständigen Stellen der Bundesregierung konkrete Verhandlungen aufzunehmen, um einen Assistenzeinsatz des Österreichischen Bundesheeres im selben Ausmaß, wie er an der burgenländischen Grenze besteht, auch entlang der niederösterreichischen EU-Außengrenze zu erwirken.“

Es ist mehr als verwunderlich, dass nunmehr Personal- und Überstundeneinsparungen vorgenommen werden sollen, ausgerechnet von einem Innenminister, der vor wenigen Monaten noch etwas ganz anderes vorgehabt hat. Es ist daher dringend notwendig, dass mehr Augenmerk auf diese Dinge gelegt wird, um der illegalen Einwanderung Einhalt zu gebieten.

Nun zu einem Bereich, der sich heuer und im Zuge der Regierungsbildung in unserem Nachbarbundesland Wien abgespielt hat, wobei jederzeit solche Zustände auch auf Niederösterreich übergreifen können, weil bekanntermaßen auch in Niederösterreich demonstriert werden darf natürlich.

Dort sind 40 Polizeibeamte verletzt worden, und vornehmlich Niederöreicher. Und es ist zu erwarten, dass eine Verschärfung der Auseinandersetzungen auf der Straße folgen wird, welche möglicherweise auch vor Niederösterreich nicht Halt machen wird. Ein neuer Grad der Gewaltbereitschaft greift um sich, wie bekannt leider mit Unterstützung aus einer ganz bestimmten Ecke. Dieser neuen Situation müssen auch neue, in der Qualität bessere Gesetze gegenüber gestellt werden. Welche einerseits die Sicherheitsbeamten besser schützen, aber auch den Sicherheitsbeamten jenes gesetzliche Werkzeug in die Hand drückt, um effektiv Menschen vor Gewalt schützen zu können und der ihnen gesetzlich auferlegten Strafrechtspflege auch gesetzlich nachkommen zu können. Ich bringe daher einen Resolutionsantrag zur Verlesung (*liest:*)

„Resolutionsantrag

des Abgeordneten Mayerhofer zur Gruppe 1 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, Ltg. 478/V-8, betreffend Verummungsverbot für Teilnehmer an Demonstrationen.

Bei Demonstrationen ist feststellbar, dass der gewaltbereite Anteil an Demonstrationsteilnehmern zusehends vermummt auftritt. Angehörige der Exekutive und Passanten werden von diesen im Schutze der Unkenntlichkeit agierenden Demonstranten tätlich angegriffen und verletzt. Zudem verursachen diese gewaltbereiten Demonstranten Sachbeschädigungen an Privatvermögen und öffentlichem Gut. Die erkennungsdienstlichen Maßnahmen und Verfahren zur Schadenswiedergutmachung werden durch diese Vermummungen erheblich erschwert, behindert und verzögert. In anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ist zum Schutze der Exekutivbeamten und im Interesse der

öffentlichen Sicherheit ein Vermummungsverbot für Demonstrationsteilnehmer in Kraft.

Der Gefertigte stellt daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei den zuständigen Stellen des Bundes mit dem Ziel vorstellig zu werden, dass ein Vermummungsverbot für Teilnehmer an Demonstrationen erwirkt wird.“

„Die Kriminalität nimmt zu“ lesen wir im „Kurier“ vom 29. April 2000. Es besteht kein Grund zur Beschönigung der Situation. Wenn es auch nur Alltagsdelikte sind, so der Journalist, so kann es uns nicht mit Freude erfüllen, bei dieser Deliktsgruppe eine Steigerung von vier Prozent feststellen zu müssen. Die Erfordernisse an das Sicherheitscorps werden immer größer. Am Beispiel in Bad Vöslau, wo sich neuerdings völlig willkürlich und beinahe unentdeckt innerhalb weniger Stunden unter Zuhilfenahme neuester Kommunikationstechniken riesige Rave-Parties mit 2.000 bis 3.000 Teilnehmern organisieren. Bei diesen Veranstaltungen kam es vor kurzem zu einer Schlägerei zwischen 100 Aktivisten. Und dort waren weit und breit, so erzählen mir die leidgeprüften Beamten vor Ort, nur zwei Streifenfahrzeuge vorhanden. So kann es nicht sein, dass man diese Situation mit einer möglichen Planstelleneinsparung noch verschärft. Ständige Mindestbesetzung auf den Gendarmerieposten bringt das mit sich. In der Nacht, während der Sommermonate und während der Urlaubszeit im Allgemeinen wird dort nur mit Mindestbesetzung gefahren. *(Unruhe bei der ÖVP.)*

Und dann kommt noch dazu, Herr Kollege, dass, wenn dort zum Beispiel ein Organ das Einsatzkommando der Gendarmerie ersucht, der Sicherheitsdirektor der Bezirkshauptmannschaft Selbiges widerruft. Zur ständigen personellen Auszehrung kommt noch dazu, dass sich die leitenden Beamten dort nicht einig sind. Das verschärft die Situation aus außerordentlich.

Die Einsatzbereitschaft unserer freiwilligen Feuerwehr und die – noch immer - Motivation innerhalb des Exekutivkörpers, sei es Grenzdienst, sei es Gendarmerie im allgemeinen, ist – noch – hervorragend. Und ich will mich hier an dieser Stelle bei diesen Institutionen auf das Allerherzlichste bedanken. Und will mitteilen, dass wir dieser Budgetgruppe nicht zustimmen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Haberler zum Resolutionsantrag Egerer und Pietsch.

Abg. HABERLER (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf nur kurz bekanntgeben, dass ich mit der Kollegin Egerer und mit dem Kollegen Pietsch besprochen habe, dass das genau die Linie ist, die wir in Salzburg gemeinsam österreichweit eingeschlagen haben. Und ich darf daher bekanntgeben, dass sich unsere Fraktion mit meiner Person ebenfalls dem Antrag anschließt, diesem Resolutionsantrag. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Nun gelangt Herr Abgeordneter Cerwenka zu Wort.

Abg. CERWENKA (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Es tut mir leid. Ich kann mich den Lobeshymnen von Kollegen Ing. Hofbauer an alle nur möglichen ÖVP-Politiker nicht anschließen. Denn immerhin wurde diese Gruppe 1 um 11 Millionen Schilling abgespeckt. Mit zwei Ausnahmen: Im Bereich der Landesverteidigung gibt es eine Million dazu und im Bereich des Zivilschutzes für die Grundausbildung der Zivildienstler wurde eine Million mehr veranschlagt.

Doch es schmerzt der Minderansatz von 11 Millionen Schilling im Bereich des Feuerwehrwesens. Dabei haben gerade die Feuerwehren gesellschaftspolitisch für mich drei wesentliche Aufgaben zu erfüllen: Auf der einen Seite die Sicherheit zu gewährleisten. Auf der anderen Seite, nicht zu vergessen, der Wirtschaftsfaktor, den unser Feuerwehrwesen darstellt. Denn immerhin ist es im Wesentlichen so, dass mindestens 50 Prozent, oft bis zu zwei Drittel der Mittel durch die Feuerwehren selbst aufgebracht werden. Weil es ansonsten für die öffentliche Hand voraussichtlich nicht leistbar wäre, die Mindestausrüstung oder darüber Hinausgehendes zur Verfügung zu stellen. Und als dritte Komponente die gesellschaftliche oder gesellschaftspolitische Komponente, speziell in den kleineren Einheiten, Dörfern, Ortschaften, wo es oft die letzte Klammer der Kommunikation zwischen den Menschen ist, diese Vereinigung. Die noch die Leute zusammenbringt, wo noch ein bisschen gesprochen wird und das Dorfgefüge aufrecht erhalten wird.

Wir werden aber am 29. Juni 2000, das heißt Donnerstag in einer Woche, noch ausführlich im Zuge der Novelle zum NÖ FGG und im Zuge von Zusatz- und Abänderungsanträgen Gelegenheit haben, für verbesserte Bedingungen, verbesserte Rahmenbedingungen für unsere Feuerwehren einzutreten. Und wir stehen ja knapp, Ende Juni ist es soweit, vor dem Landesleistungsbewerb, dem Jubiläumsbewerb, der heuer in Hollabrunn stattfinden wird. Und immerhin sind derzeit schon zwischen 2.400 und 2.500 Gruppen angemeldet. Das heißt, es ist noch immer möglich, dass diese Zahl sich erhöht. Und dieser Trend ist ja, und viele von uns können das ja Wochenende für Wochenende bei den Abschnittsleistungsbewerben beobachten, es ist ein großer Trend Richtung Leistungsbewerbe zu erkennen. So viele Gruppen wie noch nie treten derzeit an. Sicher ist der Jubiläumsbewerb auch eine entsprechende Motivation, mit der besonderen Medaille. Aber, wie gesagt, darüber können wir uns nächste Woche noch genauer unterhalten.

Themenwechsel: Als Vizepräsident des NÖ Zivilschutzverbandes möchte ich der Kollegin Egerer ein herzliches Dankeschön für das Grundsatzreferat und für die lobenden Worte über den Zivilschutz sagen. Es ist auch sehr wichtig. Denn gerade Sensibilisierung, Bewusstseinsbildung ist das Wesentliche, was wir in diesem Bereich brauchen. Und dazu stehe ich voll. Und nicht nur die Viertelsbewerbe, das Landesfinale am 8. Juni in Tulln, sondern auch jetzt in einigen Tagen am 23. Juni das Bundesfinale in Wien auf der Donauinsel sind hervorragende Veranstaltungen mit hunderten von Kindern, an die 350 Kinder, die teilnehmen, plus Begleitpersonen also eine riesige Zahl, die hier erreicht wird. Und ich glaube, das ist sehr wichtig. Denn durch diese Safetytour 2000 für Volksschüler werden eben diese Schüler und Schülerinnen in spielerischer, in sportlicher Art mit dem Thema Sicherheit und Unfallverhütung konfrontiert.

Es ist die beste Möglichkeit, Zivil- und Selbstschutz positiv zu thematisieren. Würfelspiele für Lebensretter mit den Sicherheitsfragen – wurde schon angesprochen. Sicheres Radfahren, Notrufnummernspiel, Kinder-Löschbewerb, Gefahrstoffwürfelpuzzle, wo es um die Kennzeichnung gefährlicher und giftiger Stoffe geht, bilden den Kernpunkt dieser Olympiade. Diese Aktion wurde auch ganz besonders befürwortet durch den derzeitigen Bundesminister für Inneres, Minister Dr. Strasser. Er scheint überhaupt ein sehr inniges Verhältnis zum Zivilschutz zu haben. Und Kollege Ing. Hofbauer hat ja schon von der Durchsetzungskraft des Ministers gesprochen. Da kann ich nicht widerstehen, zum Zivildienst den Menüvorschlag, den Minister Dr. Strasser anhand von einer Liste, die für den

Katastrophenfall durch den Zivilschutzverband erstellt wurde, einige Bonmots zum Besten geben. Der Menüplan sollte so ausschauen: 53 Gramm Fleisch, 36 Gramm Orangen – wird ein bisschen schwierig sein - 4 Gramm Spinat, 143 Gramm Mischbrot, 9 Gramm Kohlrabi, 18 Gramm Spaghetti, 142 Milliliter Frischmilch, 21 Gramm Haferflocken usw. Ich glaube, wir werden in Hinblick entweder die Zivildienner oder die entsprechenden Geschäftsstandorte mit Apothekerwagen auszurüsten haben, um diesen Vorschlag – und hier hört sich bei mir die Seriosität auf – umsetzen zu können. (*Abg. Marchat: Wo wart ihr denn bei den Grundwehrdienern? Bei den Grundwehrdienern habe ich noch nie etwas gehört von dir!*) Kommt schon. Ein bisschen Geduld, Kollege. Lass dir ein bisschen Zeit.

Also soweit zu den Verpflegungstipps. Dass das Ganze natürlich eine Welle der Empörung ausgelöst hat, wie die Zivildienstnovelle überhaupt, ist ganz logisch. Und nicht nur die Welle der Empörung, sondern es gibt auch sehr erfinderische Zivildienner, die sich jetzt in Bittbriefen an Politiker, ob verantwortlich oder nicht, wenden, um über diesen Umweg vielleicht eine Kompensation zu erreichen.

Zum Grundwehr- und Zivildienst eine klare Aussage. Das ist eine Gewissensfrage und eine persönliche Entscheidung jedes Einzelnen. Ich bewundere jeden, Kollege Marchat, der im Ernstfall bereit ist, sein Leben für die Republik einzusetzen. Und ich selbst bin auch zum Präsenzdienst, zum Grundwehrdienst eingerückt. Ich achte aber auch jeden, der sich im sozialen Bereich für die Gesellschaft aus Gründen seines persönlichen Gewissens engagiert. Beides ist wichtig.

Immerhin haben wir seit 25 Jahren die Regelung mit dem Zivildienst. Das war 1975 wenn ich da zurück erinnern darf. Wenn jetzt das Verpflegungsgeld von 155,- pro Tag auf 43,- Schilling gesunken ist, die Liste habe ich schon angesprochen, dann gibt es noch einige andere Komponenten. Eine Unzahl von Zivildiennern, 14.000, 15.000, 17.000, es sind schon einige Zahlen in der Luft herumgeschwirrt, ich kann sie auch nicht genau verifizieren, aber wir wissen ungefähr die Größenordnung – sind noch nicht zugewiesen. Eine Reduktion greift derzeit Platz. Weniger Zuweisungen werden vorgenommen. Das heißt, es sind Eingriffe in die persönliche Lebensplanung. (*Abg. Nowohradsky: Wer hat die 17.000 verursacht? Der Minister Strasser?*) Ich glaube, das sollte man einem jeden selber überlassen, die Gewissensentscheidung, wohin er gehen möchte. (*Abg. Nowohradsky: Du verstehst mich falsch! Ich meine die Warteliste!*) Ich glaube, da muss mir jeder Recht geben, dass

die Verschärfung der Situation eingetreten ist, indem weniger Zuweisungen vorgenommen werden durch die Zivildienstrechtsnovelle. Also das muss man einmal ganz klar festhalten, da kann sich weder die ÖVP noch die Freiheitlichen können sich darum herumschummeln. Da hilft auch jede Wortmeldung, wenn sie noch so lautstark ist, nichts. Das ist ein massiver Eingriff in die Lebensplanung der jungen Menschen. (*Zwischenruf bei Abg. Haberler.*) Kollege Haberler! Darf ich an Ihr Kurzzeitgedächtnis appellieren. Erinnern Sie sich bitte zurück, was die Freiheitlichen noch vor einem guten Jahr alles versprochen haben. Und wie die Situation heute aussieht, darüber könnten wir eine längere Diskussion führen. Aber das will ich jetzt zu diesem speziellen Thema nicht tun.

Viele dieser jungen Menschen, und da geht es immerhin um mehr als 10.000, brauchen für einen Arbeitsplatz einen abgeleisteten Präsenz- oder auch einen abgeleisteten Zivildienst. Das heißt, das sind massive Eingriffe ins persönliche Leben, Chancen in beruflicher Hinsicht. (*Abg. Dirnberger: Wer hat die 17.000 warten lassen?*)

Und für mich bedeutet das Ganze noch etwas: Auch ein Abschieben der öffentlichen Hand, eine auslagernde Verantwortung. Mittlerweile sind wir so weit, dass die Gemeinde Wien anbietet, auszukochen. Dass das Rote Kreuz unter Anführungszeichen „auffettet“ mit 20,- Schilling pro Tag. Das kann es doch nicht sein! Wir haben das ja auch in anderen Bereichen, ich werde vielleicht im Bildungsbereich noch dazukommen, dass sich unsere Bundespolitik bei vielen Dingen aus der Verantwortung stiehlt und in private Bereiche auslagert. Wir müssen lernen, volkswirtschaftlich zu denken und nicht immer nur die rein betriebswirtschaftliche Komponente. Sonst werden wir massive Risse in diesem System a la longe hinzunehmen haben.

Die Regierungsparteien sparen derzeit, und gerade beim Zivildienst ist das sehr deutlich, am Rücken derer, die speziell in dieser Zeit ohnehin zu den sozial Schwächeren zählen. Denn 3.648,- Schilling monatlich, das ist ein Minus von 48 Prozent. Ist eine gewaltige Einbuße für die jungen Menschen. Wahrscheinlich wird mit dieser Summe der Lebensunterhalt nicht zu bewältigen sein. Und ich will da jetzt gar nicht eingehen auf Anfahrtskosten etc., all diese Dinge, da hängt ja eine ganze Latte dran.

Schlussendlich hat diese Novelle eine negative, eine entschieden negative Auswirkung auf unser Sozialsystem und auf die Vereinigungen, die in diesem System arbeiten. Und ich finde das unwürdig. Es sind betroffen Gesundheits- und Ret-

tungswesen, Sozial- und Behindertenhilfe, Alten- und Krankenbetreuung. Darum ist die SPÖ auf Parlamentsebene auch mittlerweile tätig geworden in Form einer Klage, um hier wieder eine Revision zu erreichen.

Ich möchte abschließend allen Menschen, die im Feuerwehrwesen, im Bereich des Zivilschutzes und auch im Zivildienstwesen auf der positiven Seite tätig sind, ein herzliches Dankeschön für ihr Engagement sagen. Und wir werden dem Kapitel trotz dieser kritischen Anmerkung die Zustimmung geben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Erber.

Abg. ERBER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche jetzt zum Zivildienst.

Es ist schon sehr viel gesagt worden. So von den 17.000 und warum gespart wird. Sie werden sich erinnern können, bei der vorletzten Landtags-sitzung war das bereits ein wichtiger Diskussionspunkt. Ich möchte jetzt eines dazu sagen: Es geht da ja weniger um das Finanzielle. Jetzt werden Sie sagen, wieso? Sie haben angesprochen die Reduktion von 145,- auf 43,- Schilling. Aber was ist denn das Ziel tatsächlich? Und ich glaube, das ist unser aller Ziel: Wenn man jemanden irgendwo hin beordert und man kann sich das ja nicht aus-suchen, sondern der Dienst für den Staat ist zu leisten, dann ist es bieder und recht, dass jene verpflegt werden. Und das muss ja das Ziel sein. Das heißt, wir müssen als Öffentlichkeit die Versorgung für die jungen Männer übernehmen. Und ich glaube, da finden wir uns schon gemeinsam.

Also es geht so nicht, dass ich sage, die hängen plötzlich in der Luft und bekommen keine Verpflegung mehr. Jetzt ist es schon einmal so, dass es eine Arbeitsgruppe gibt, und ich glaube, das ist ganz wichtig, dass diese Arbeitsgruppe eingerichtet wurde, die eben darüber nachdenkt, wie kann man das lösen. Sie können jetzt natürlich zu Recht sagen, das hätten wir uns vorher überlegen müssen. Ich möchte aber, wie ich glaube, auch zu Recht fragen, was ist denn tatsächlich passiert? Es sind da jetzt schon die 200 Millionen im Raum gestanden, die 17.000 Rückstau. Ich glaube, die Lösung ist, dass man die Notbremse gezogen hat, weil man einfach irgendwo gesehen hat, so wird es wahrscheinlich nicht weitergehen. Das heißt, man hat da wirklich eine sehr radikale Lösung getroffen. Da bin ich ganz bei Ihnen. Aber jetzt ist es schon einmal sehr richtig, dass man die Arbeitsgruppe tagen lässt. Und ich glaube, es ist auch ganz richtig, dass

man sich dazu bekennt, dass man die jungen Männer, im Hauptfall Männer, verpflegt. Ich möchte aber eine zusätzliche Komponente mit einbringen, weil ich glaube, dass die für die nächste Zeit eine sehr entscheidende sein wird.

Und zwar ist auch diese Diskussion ja nicht neu. Es wird oder es soll auf Sicht ein europäisches Sicherheitssystem geben. Und ich glaube, diese Ansätze sind bei Gott nicht neu. Das habe ich schon angesprochen. Die bedingen aber auch eines, und dazu bekenne ich mich doch gerade als Jüngerer. Das bedingt eines: Dass es nicht möglich sein wird, einen Nicht-Freiwilligen irgendwo in europäischen Sicherheitssystemen mit einzubinden. Das heißt, das wird es nicht spielen, dass man einen Grundwehrdiener zu einer europäischen Sicherheitskonstellation, wie auch immer, heranzieht. Das heißt, man wird wahrscheinlich jetzt überhaupt, wenn man die Arbeitsgruppe macht, für die nächsten Jahre eine Lösung finden müssen. Aber auf mittlere Sicht wird man auch durchdiskutieren, wie schaut es dann insgesamt mit unserem sozialen System aus? Wie schaut es dann mit jenen Tätigkeiten aus, die heute von Zivildienern verrichtet werden? Weil wo ich so gar nicht mit kann, das ist, wenn man immer sagt, da das Bundesheer, dort der Zivildienst. Und dann wird aufgerechnet. Deswegen möchte ich schon sagen, der Herr Abgeordnete Cerwenka hat da schon sehr Recht, wenn er die Bewunderung ausdrückt für jene, die den Wehrdienst leisten und die Bewunderung ausdrückt für jene, die den Zivildienst leisten. Und ich glaube, das ist schon eine große Herausforderung, die wir wahrscheinlich auch schaffen werden.

Wenn ich jetzt noch einmal an den Anfang zurückkomme, was ist denn tatsächlich im Budget passiert, dann bin ich dort, wo, wie ich denke, ich vor einer Stunde schon angesetzt habe. Dass dieses Budget wesentlich saniert gehört. Dass wir mehr Einnahmen, weniger Ausgaben haben müssen. Ich glaube, darüber sind wir uns auch einig. Dass das natürlich eine Kraftanstrengung ist, das ist keine Frage. Das steht nicht nur im Raum, sondern das ist uns, glaube ich, auch allen bewusst.

Aber ich appelliere noch einmal: Es geht da wirklich auch um die nächsten Generationen, für die wir das zu lösen haben und für die wir gerade das Sicherheitssystem auch in den Griff zu kriegen haben. Und deswegen möchte ich eigentlich da nicht spektakuläre Lösungen, sondern langfristige Lösungen, die unser Sozialsystem einerseits erhalten, aber – und das möchte ich schon auch betonen – die unsere Wehrfähigkeit, unser Sicherheitssystem erhalten. Das heißt, das wird etwas Vernünftiges sein, wo man abwägt, wo ist die sozi-

ale Komponente und wo ist die Sicherheitskomponente. Und ich denke, in dieser Arbeitsgruppe, da sollten wir jetzt aufhören. Wirklich, wir haben lange diskutiert, wo ist das in Ordnung, dass man Zivildienstler abzieht, was kann man ihnen zumuten, das man ihnen finanziell wegnimmt. Aber ich denke, wir sollten aufhören, Schuld zuzuweisen. Sondern jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo es darum geht, gemeinsam Lösungen zu finden. Und ich weiß schon, das wird nicht die eine Gruppe sein und das wird nicht die andere Gruppe sein. Sondern das wird die gemeinsame Gruppe sein. Und da geht es tatsächlich, und da bin ich wieder beim Abgeordneten Cerwenka, da geht es um die Zukunft der jungen Menschen, die natürlich auch eine Chance haben müssen am Arbeitsmarkt. Und dass natürlich dazu ein abgeleiteter Zivildienst bzw. eine abgeleitete Wehrpflicht Voraussetzung ist, das wissen wir in Wahrheit alle. Und wir müssen in erster Linie die jungen Menschen im Auge haben. Dann wird uns die Lösung gelingen. Soweit zum Zivildienst. Herzlichen Dank! (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. WEINZINGER (*Grüne*): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Ich rätsle zwar noch ein wenig den Worten meines Vorredners nach, warum Zivildienstler hauptsächlich, nur hauptsächlich Männer betreffen. Aber okay. Zu Wort gemeldet bin ich zur Resolution des Abgeordneten Mayerhofer. Weil hier ein, zwei Aussagen in der Begründung und in den Erläuterungen von seiner Seite dazu genannt worden sind, die ich so nicht im Raum stehen lassen möchte. In der Begründung zu dieser Resolution wird festgestellt, es sei feststellbar bei Demonstrationen, dass der gewaltbereite Anteil zusehends vermummt auftritt. Ich würde ersuchen, bei solchen Feststellungen auch die Quellen anzugeben, wer das wo festgestellt hat, in welchem Bereich. (*Abg. Marchat: Die Praxis!*)

Weil hier eine Gleichstellung gesetzt wird, dass Vermummte automatisch gewaltbereit sind. Was sich zumindest, wenn Sie sich auf die Praxis berufen, mit der Praxis, die mir zugänglich und bekannt ist, nicht deckt. Dass jeder Vermummte automatisch gewaltbereit ist. (*Unruhe im Hohen Hause. – Abg. Mayerhofer: Ich habe als Exekutivbeamter Erfahrung aus der Praxis!*)

Na glauben Sie, ich kenne keine Polizisten, meine Damen und Herren von den Freiheitlichen? Glauben Sie, ich rede vielleicht nicht mit Menschen, die entweder demonstrieren, an der Seite von Vermummten manchmal gehen oder mit Polizisten und

Polizistinnen, die daran vorbeigehen? *(Abg. Präs. Ing. Penz: Sie sind ja auch schon des öfteren mit dem Gesetz in Konflikt gekommen, Ihre Organisationen!)*

Ich bin mit dem Gesetz in Konflikt gekommen, Herr Präsident Penz? *(Abg. Präs. Ing. Penz: Was die Organisationen betrifft!)*

Habe ich Sie jetzt richtig gehört? Sie werfen mir vor, ich sei schon des öfteren mit dem Gesetz in Konflikt bekommen?

(Abg. Präs. Ing. Penz: Was Ihre Organisation betrifft! - Abg. Waldhäusl: Die Frau Abgeordnete Petrovic ist rechtskräftig verurteilt worden wegen Hausfriedensbruch!)

Meine Organisation ist mit dem Gesetz in Konflikt gekommen? Ich würde Sie ersuchen, diesen Vorwurf entweder zurückzunehmen oder zu belegen. *(Abg. Präs. Ing. Penz: Das ist in allen Zeitungen gestanden! Ich brauch' gar nichts zu belegen! - Abg. Waldhäusl: Gehört die Frau Petrovic nicht zu Ihrer Organisation? – Anhaltende Unruhe im Hohen Hause.)*

Was ich zur Resolution anmerken möchte. Ich kenne jede Menge nicht im Entferntesten gewaltbereiter Demonstranten, die von ihrer Seite ... *(Abg. Präs. Ing. Penz: Das stimmt zur Gänze! Das ist ein rechtskräftiges Urteil!)*

Gut. Das ist eine gesonderte Debatte, wo mit heftigen Vorwürfen gearbeitet wird. Ich könnte die Geschichte jetzt in einer Viertelstunde auch noch aufarbeiten. Ich sage, das stimmt nur zur Hälfte. Das wissen Sie so gut wie Sie da drüben. Es stimmt zur Hälfte. Aber es ist mir, ehrlich gestanden, jetzt der Resolutionsantrag vordergründig wichtiger. *(Abg. Präs. Ing. Penz: Streiten Sie es nicht ab!)*

Gut. Ich streite nichts ab. Ich warte nur dass vielleicht ein wenig mehr Ruhe einkehrt. Weil den Ordnungsruf ans Publikum gab es nur bei der Frau Abgeordneten Egerer, aber nicht bei mir jetzt. *(Abg. Präs. Ing. Penz: Sie haben das Wort! Sie können ja reden! – Unruhe bei der FPÖ.)*

Zum Thema: Ich bestreite, dass jeder Vermummte und jede Vermummte automatisch gewaltbereit ist und nehme diese Aussage daher nicht hin. Und wenn ich beobachtet habe, wie gerade die Kollegen von der Freiheitlichen Partei in Wien eine Hetzjagd auf den Polizeipräsidenten gestartet haben, nur weil er seine Tochter von einer Anti-Regierungsdemo abgeholt hat, kann ich verstehen, dass vielleicht so mancher nicht erkannt werden möchte, der bei einer Anti-Regierungsdemonstration mitgeht mit völlig friedlichen Absichten. Wenn Sie fordern würden, ein Vermummungsverbot für Einsatzkräfte, dann würde ich das ja noch verstehen angesichts der jüngsten Vorkommnisse mit dem Sondereinsatzkommando. Das hätte auch meine Un-

terstützung. Diese Resolution hat die Unterstützung sicher nicht. Im Übrigen bin ich der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei Abg. Mag. Fasan.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Pietsch.

Abg. PIETSCH (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geschätzte Damen und Herren!

Ich darf zu den beiden Resolutionsanträgen des Kollegen Mayerhofer Stellung nehmen. Zum Ersten, wo es um das Vermummungsverbot für Teilnehmer an Demonstrationen geht, sind wir der Meinung seitens unserer Fraktion, dass dieser Problembereich verfassungsrechtlich noch nicht ausdiskutiert ist und wir daher diesem Resolutionsantrag nicht beitreten werden und ihn ablehnen werden.

Zum zweiten Antrag, Assistenzeinsatz des Österreichischen Bundesheeres, Erweiterung auf die Grenze zu Tschechien. Hier haben wir folgenden Standpunkt: Wir meinen, dass die Grenzsicherung grundsätzlich Aufgabe der Bundesgendarmerie wäre. Dadurch, dass der Assistenzeinsatz gegenüber der Slowakei durch das Bundesheer gemacht wird, sind Kräfte frei geworden. Diese Kräfte werden im Bereich der Grenze zu Tschechien verwendet. Und wir meinen, dass zuerst einmal die Grenzgendarmerie diese Aufgabe durchzuführen hätte. So war es auch im Burgenland und so war es auch in der Slowakei. Und wir sehen daher momentan noch keine Notwendigkeit, dass das Bundesheer auch die Grenze zu Tschechien durch einen Assistenzeinsatz sichern sollte. Und daher treten wir auch diesem Antrag nicht bei.

Ich darf weiters noch zwei Zahlen nennen. Es ging um die Zivildienstler. Hier wurde sehr viel diskutiert. Derzeit gibt es 11.000 Rückstellungen und im Jahr 2000 wird diese Zahl 11.000 um 6.000 vermehrt. Wenn man weiß, dass es bislang Usus war, dass pro Jahr 6.000 bis 8.000 jährlich einberufen wurden, dann sieht man, wie leicht es ist, diese Zahl abzubauen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Hofbauer.

Abg. Ing. HOFBAUER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich möchte kurz zu den beiden von Herrn Abgeordneten Mayerhofer eingebrachten Resolutionsanträgen seitens der Österreichischen Volkspartei Stellung nehmen.

Zum Assistenzeinsatz des Österreichischen Bundesheeres in Niederösterreich zur Sicherung der EU-Außengrenze kann ich mich weitgehend den Ausführungen von Kollegen Pietsch anschließen. Ich weiß, dass bereits im Bundesministerium für Landesverteidigung und im Bereich des Bundesministeriums für Inneres Gespräche geführt werden. Und wir wollen hier diesen Gesprächen mit einem Resolutionsantrag nicht entgegenwirken. *(Abg. Haberler: Unterstützen!)* Auch unterstützen. Ich werde dann noch einen Satz dazu sagen.

Zum zweiten Resolutionsantrag, das Vermummungsverbot betreffend. Ich vertrete die Ansicht, dass jemand, der auf die Straße geht, das auch mit offenem Gesicht tun sollte und tun muss. Ein Vermummungsverbot ist sicherlich diskussionswürdig. Ich bin aber auch in diesem Fall der Meinung, dass die Entscheidung im Innenministerium vorbereitet werden sollte. Wir haben heute schon sehr viel über Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung gesprochen. Ich glaube, dass, wenn wir diese beiden Resolutionsanträge ablehnen, wir der Verwaltung in Niederösterreich auch eine gewisse Arbeit ersparen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Rednerliste ist erschöpft. Die Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin Abg. ROTH (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zur Abstimmung liegt vor die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, und drei Resolutionsanträge. Ich lasse zunächst über die Gruppe selbst und zum Schluss über die zu dieser Gruppe vorliegenden Resolutionsanträge abstimmen. Ich bitte die Berichterstatterin nunmehr, den Antrag zur Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, ordentlicher Teil, zu stellen.

Berichterstatterin Abg. ROTH (ÖVP): Ich stelle den Antrag, die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 251,359.000,- Schilling und Einnahmen von 52,663.000,- Schilling zu genehmigen. Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Abstimmung durchzuführen.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: *(Nach Abstimmung über Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, ordentlicher Teil, in Erfordernis und Bedeckung:)* Danke. Gegenstimmen? Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, Abg. Gratzler; Ablehnung FPÖ, Grüne.)*

Wir kommen nun zur Abstimmung über die drei Resolutionsanträge, die zu dieser Gruppe vorliegen. Der erste: Resolutionsantrag der Abgeordneten Egerer, Pietsch und Haberler betreffend Verhinderung grenznaher Atomkraftwerke. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Danke. Gegenstimmen? Einstimmig angenommen!

Der Resolutionsantrag des Abgeordneten Mayerhofer betreffend „Assistenzeinsatz des Österreichischen Bundesheeres in Niederösterreich zur Sicherung der EU-Außengrenze“. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Danke. Dieser Antrag ist abgelehnt! Er hat nicht die Mehrheit gefunden. *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne, Abg. Gratzler.)*

Und schließlich der Resolutionsantrag des Abgeordneten Mayerhofer betreffend „Vermummungsverbot für Teilnehmer an Demonstrationen“. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Danke. Dieser Antrag ist abgelehnt! Er hat nicht die Mehrheit gefunden. *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne, Abg. Gratzler.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Wir kommen zur nächsten Gruppe. Ich ersuche die Berichterstatterin, Frau Abgeordnete Roth, zu Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, ordentlicher und außerordentlicher Teil zu berichten.

Berichterstatterin Abg. ROTH (ÖVP): Die Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft umfasst die Einnahmen und Ausgaben für die gesonderte Verwaltung, den allgemein bildenden Unterricht, den berufsbildenden Unterricht einschließlich Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung, die Unterrichtsförderung, die vorschulische Erziehung, die außerschulische Jugenderziehung, den Sport und die außerschulische Leibeserziehung, die Erwachsenenbildung, sowie für Forschung und Wissenschaft. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 12.853,626.000,- Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 10.378,904.000,- Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 23,29 Prozent. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von 177,841.000,- Schilling und Einnahmen von 345.000,- Schilling vorgesehen. Ich bitte, die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. KAUTZ (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, dass ich zu Gruppe 2 einige Bemerkungen zum Sport und zu den Berufsschulen mache. Zum Sport könnte man theoretisch mit einem Satz enden. Nachdem wir ihn vor wenigen Wochen erst im Sportbericht diskutiert haben, wurde natürlich dort schon sehr viel zum Bereich Sport gesagt. Gestatten Sie mir trotzdem, dass ich mich mit wenigen Zahlen auseinandersetze. Wenn wir beim Sportbericht diskutiert haben, dass die Trainingszentren mehr werden sollen, damals St. Pölten zur Sprache kam, wobei ich gesagt habe, man möge viertelsweise Zentren aufbauen, speziell für Fußball, so ist mit Genugtuung festzustellen, dass Trainingszentren im heurigen Budget höher dotiert sind als im vorigen Jahr.

(Zweite Präsidentin Onodi übernimmt den Vorsitz.)

Und wenn man momentan ein bisschen Zeit hat und fernsehen kann, so ist es interessant für jene, die sich mit Mannschaftsaufstellungen beschäftigen, festzustellen, welche Länder in der Nachwuchsförderung gut sind und wo der Nachwuchs nicht funktioniert. Denn man sieht genau, dass manche Mannschaften ein hohes Durchschnittsalter aufweisen. Weil eben der eigene Nachwuchs fehlt. Weil immer schön brav im Ausland eingekauft wird und daher der eigene Nachwuchs weder in der zweithöchsten Leistungsklasse noch in der höchsten Leistungsklasse Chancen hat, eingesetzt zu werden. Und wenn man dann den Kommentatoren zuhört, so muss man feststellen, dass langsam aber sicher sich immer mehr folgende Meinung durchsetzt: Okay, es gibt Länder, die mehr sportbegeistert sind und andere weniger. Aber es kann nicht so sein, dass Länder nur Fußballexport betreiben. Zum Beispiel gibt es Mannschaften, wo von 26 Spielern im Kader 24 Legionäre sind. Andere spielen teilweise mit mehr „Eigenproduktion“, um es so auszudrücken.

Das heißt, man muss natürlich wieder zurückkommen auf mehr „Eigenproduktion“, auf mehr Jugendförderung. Und dafür ist eben Holland ein Beispiel. Die haben nicht nur viele Legionäre, die haben sehr viel Nachwuchs auch im eigenen Lande. Und wenn wir - und der österreichische Fußballverband war ja in Holland, Dänemark, die Zentren dort besichtigen - wenn wir diesen Weg gehen, dann glaube ich, sind wir am richtigen Weg. Sicher wird es Jahre dauern, bis aus dem eigenen Nachwuchs wieder was nachkommt. Aber wir hatten eine „78er-Generation“, wo viel eigener Nachwuchs da war, weil damals noch eine Begrenzung

bei spielberechtigten Ausländern in den Meisterschaftsspielen gegeben war. Und wenn man sich das heute anschaut, wie wieder diskutiert wird, wie man sich wehrt gegen Ausländerbegrenzungen - nicht EU-Ausländerbegrenzung, der EU-Ausländer ist ja kein „Ausländer“ in dem Sinn - sondern man wehrt sich gegen Nicht-EU-Ausländer. Ich glaube, man muss einmal nachdenken, ob man nur für heute Pläne macht im Sport oder ob man, wie es richtig wäre, für die Zukunft denkt. Weil alles, was ich heute an Nachwuchs betreue, kann in zehn Jahren irgendwo vielleicht bei einer Europameisterschaft spielen.

Und das Zweite, wo auch aufgestockt wurde, ist die Trainerausbildung. Es tut mir immer wieder leid, feststellen zu müssen, es gibt einige Sportarten, wo die besten Trainer dem Nachwuchs gewidmet werden. Und dort haben wir auch die Erfolge. Dort haben wir gute Platzierungen. Dort kann es passieren, dass wir auch Europaschafts- oder Weltmeisterschaftsmedaillen bekommen. Ich habe bewusst gesagt, dort kann es „passieren“. Natürlich ist die Dichte bei uns nicht so gegeben wie in anderen Ländern. Aber wenn wir entsprechend gut organisiert sind, wenn wir die besten Trainer der Jugend geben, ist es so. Leider haben manche Sportsparten noch den Eindruck oder die Vorstellung, irgendeiner, der nicht einmal bei uns Sport betrieben hat, wird den Nachwuchs schon betreuen. Abgesehen davon, dass er vielleicht gar nicht die Qualifikation hat mit Jugendlichen zu arbeiten. Er mag vielleicht selbst ein guter Sportler gewesen sein. Das heißt noch lange nicht, dass er sein Können umsetzen kann, weitergeben kann. Dass er pädagogisch entsprechend ausgebildet ist. Das heißt, hier muss auf Seiten der Trainerausbildung viel getan werden. Und müssen auch die Trainer der Jugend zur Verfügung gestellt werden.

Eine gute Aktion, die Top-Sportaktion, habe ich schon im Sportbericht besprochen. Ich glaube daher, wir sind auf dem richtigen Weg, den wir jetzt beschreiten, wenn wir versuchen, den Nachwuchs mehr zu fördern. Eines muss uns allerdings auch klar sein, und das habe ich schon im Sportbericht kritisiert: Man müsste teilweise mehr unterscheiden im Förderungsbereich zwischen Amateursport und Profisport. Ich weiß, es gibt Sportarten, die Vollprofis beanspruchen, deren Zuschauerzahlen fast bei Null liegen. Weil die Hallen zu klein sind und sich daher der Betrieb wirtschaftlich und auch über Sponsortätigkeit nicht rechnen kann. Aber man muss nachdenken darüber ob man nicht vielleicht das Budget in ein Profi-Budget und in ein Amateur-Budget einteilt. Aber es soll wirklich klar ersichtlich sein: Hier der Profibetrieb, mit Werbeeinnahmen etc., und auf der anderen Seite der Amateurbetrieb.

Nun, das wollte ich zum Sport angemerkt haben. Zu den Landesberufsschulen: Für die Landesberufsschulen, die für die Ausbildung unserer jungen Menschen im gewerblichen Bereich verantwortlich sind, hat es ja in letzter Zeit, noch unter der alten Bundesregierung, riesige Anstrengungen gegeben, dass die Lehrlinge auch Lehrplätze gefunden haben. Dass die Möglichkeit gegeben wurde, den jungen Menschen Arbeit und Bildung zu geben. Dass der NAP jetzt ausläuft und andere Möglichkeiten gesucht werden, will ich nicht kritisieren. Ich hätte geglaubt, gute Einrichtungen sollte man weiterlaufen lassen. Man soll nicht unbedingt, weil man jetzt eine neue Regierung hat, eine neue Einrichtung schaffen. Die alte hat sich eigentlich bewährt. Sie wird jetzt geändert.

Wir dürften heute in der glücklichen Lage sein, dass momentan mehr Lehrstellen angeboten werden als Lehrlinge vorhanden sind. Das hat natürlich auch einen Hintergrund im Bereich des Schulwesens, dass manche Schulen versuchen, viele Schulabgänger aus dem Hauptschulen aufzunehmen, die einige Jahre später am Arbeitsmarkt wieder auftauchen. Die aber dann fast nicht mehr als Lehrlinge untergebracht werden können. Das sind dann jene Menschen, um die man sich besonders kümmern muss. Ich glaube, es wäre viel besser, die Information so zu steuern, dass jene Schüler - es kann nicht jeder ein Diplomingenieur werden, es kann nicht jeder Doktor werden, das muss uns klar sein - dass jene Schüler, die das Zeug haben, ein guter Facharbeiter zu werden, auch ein guter Facharbeiter werden können. Und nicht irgendwo mit Gewalt woanders hingegeben werden. Denn man tut dem jungen Menschen nichts Gutes, wenn er überfordert ist. Denn dann kommen ja die Probleme, die Aussteigerprobleme, die Ersatzhandlungen, die dann der junge Mensch setzt. Weil man ihn vorher zu irgend etwas überredet hat, das nicht zu ihm passt.

Man muss so ehrlich sein, um es noch einmal zu sagen, es kann nicht jeder Akademiker werden. Wir brauchen auch Menschen, die die handwerkliche Tätigkeiten ausüben. Und wenn wir soweit sind, und da gebe ich dem Elternhaus die Schuld. Das müssen die Eltern sehen und teilweise auch die Lehrer. Aber die Lehrer schauen teilweise auf ihre Berufsgruppe. Denn wenn zu wenig Schüler in der Schule sind, haben wir zu viele Lehrer. Das ist die eine Komponente. Und die zweite Komponente ist natürlich die Klassenschülerhöchstzahl. Ich weiß schon, was du sagen wolltest. Aber man muss das Kind in den Mittelpunkt stellen. Man soll es nicht überfordern, sondern das Kind soll in der Ausbildung Freude haben. Denn wenn es Freude hat, so wird das dreimal besser sein, egal in welcher Ausbildung es steht.

Nun, in 15 von den 19 Berufsschulen werden heuer in der Qualifikation 68 Millionen Schilling investiert und im Jahr 2000 eben 400 Millionen Schilling in die Baulichkeiten investiert. Diese Summen sind natürlich hohe Beträge. Ich glaube aber, dass hier kein Schilling unnützlich ausgegeben wird. Ich hoffe nur, dass die Qualitätsmaßnahmen richtig gesetzt werden. Die sind für mein Dafürhalten etwas zu langsam, weil eben das Geld fehlt. Die Technik entwickelt sich viel schneller, als teilweise die maschinelle Ausstattung in den Berufsschulen gegeben ist.

Das heißt, hier müsste man nachdenken, rascher am Ball zu sein. Hier müsste man nachdenken, ob es nicht möglich ist, mit Firmen Sponsorverträge abzuschließen, dass die Firma immer das neueste Gerät in die Berufsschule gibt und nach zwei Jahren wieder austauscht und zurücknimmt. Denn wo sonst als in der Berufsschule soll der junge Mensch am neuesten Gerät arbeiten. Die Firma, der Arbeitgeber, wird sich nicht die neuesten Geräte leisten können. Vielleicht eine Großfirma, aber die Klein- und Mittelbetriebe sicher nicht. Ich glaube, man muss darüber nachdenken, ob es nicht die Möglichkeit gäbe, über eine Art Sponsorsystem diese Maschinen den Berufsschulen zu borgen und sie dann wieder zurückzunehmen.

Im Großen und Ganzen, glaube ich, haben wir mit Landesrat Knotzer einen Mann, der eben aus dem gewerblichen Bereich kommt und für die Berufsschulen ein offenes Herz hat. Ich glaube, hier liegen wir am besten in seinen Händen. Er wird es sicher so wie sein Vorgänger weiter führen, ein starkes Auge auf die Berufsschulen legen. Denn dort liegt die Zukunft des Gewerbes. Und ein altes Sprichwort sagt: Das Gewerbe hat goldenen Boden. Man soll nicht davon abweichen, auch und umso mehr in diesen Bereich zu investieren.

Als dritte Gruppe darf ich landwirtschaftliche Fach- und Berufsschulen noch streifen. Auch hier hat es in den letzten Jahren ein riesiges Organisationsprojekt gegeben, nämlich eine Umorganisation, teilweise Zusammenlegung, um die Qualität damit zu heben. Ich denke an das Modulsystem, wo die Menschen leichter wechseln können von einer zur anderen Schule, von einer Ausbildung zur anderen. Hier hat man wirklich versucht, modern zu denken. Es hat zwar lange gedauert. Ich glaube, in diesem Haus haben die Sozialdemokraten einige Anträge auf ein Schulkonzept gestellt. Kollege Blochberger, ich nehme an, er ist krank, daher wird er nicht da sein. Aber wir haben einige Anträge gestellt. Er hat uns immer wieder getröstet. Und auf einmal, wie aus heiterem Himmel, kam dann ein Schulkonzept. Wir waren nicht ganz zufrieden da-

mit, aber wir haben uns gemeinsam auf einen Nenner getroffen, der so aussieht, dass auch für die Menschen in der Landwirtschaft, ob Fachschule oder Berufsschule, eine zielführende Ausbildung gewährleistet ist. Und wenn ich noch sage, dass es offene Schulen gibt, wo die Erfahrenen und die Jungen gemeinsam in Seminaren arbeiten können, so ist das sicher ein Ansporn für den jungen Menschen, von dem im praktischen Leben Stehenden etwas zu lernen. Aber auch für den im praktischen Leben Stehenden, von der Jugend die neuen Techniken vielleicht mitzubekommen.

Ein Wermutstropfen ist für mich dabei, das sind die Seminare in den Sommermonaten. Denn hier gibt es dann die sogenannten Überstunden, für die mancher ein Jahr lang Zeitausgleich in Anspruch nehmen könnte. Ich sehe schon ein, dass auch in den Sommermonaten - und es muss natürlich sein - die Verpflegung funktioniert, all das muss gewährleistet sein. Aber dann darf ich nicht auf Zeitausgleich-Basis arbeiten, sondern dann muss ich versuchen, eben die Überstunden auszubehalten. Denn mit Zeitausgleich 1:1,5 haben wir dann im ganzen Schulbetrieb die Köche nicht da, weil sie vielleicht auf Zeitausgleich sind. Überspitzt ausgedrückt. Hier muss man sicher nachdenken, wie das anders zu organisieren ist. Und wenn das Geld nicht vorhanden ist, so sollen auch jene, die normalerweise in jeder anderen Volkshochschule oder anderen Bildungsstätte einen Lehrmittelbeitrag oder einen Kostenbeitrag leisten, das auch im landwirtschaftlichen Schulbereich tun. Dass, wenn in den Ferien Kurse und Schulungen durchgeführt werden, auch Kostenersätze dafür geleistet werden. Nämlich kostendeckende Kostenersätze. Unsere Fraktion wird sicher dieser Budgetgruppe die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hiller.

Abg. HILLER (ÖVP): Werte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Am Eintritt in das neue Jahrtausend ist unser Bundesland und Heimatland Niederösterreich eine Region im Herzen Europas, geprägt von Leistungsfähigkeit, Modernität, von einem beachtlichen Wohlstand, aber auch von einem Geist, möchte ich sagen, der Offenheit, Internationalität und auch an Zukunftserwartungen. Der so vielfältig ausgeprägte niederösterreichische Sport bringt eine sehr positive Art und wertvolle Substanz auch in das politische Geschehen und das gesellschaftliche Geschehen mit ein. Er ist einerseits ein Leistungsträger und andererseits auch ein Imageträger besonderer Güte.

Wenn wir ehrlich sind, sehr geehrte Damen und Herren, hat es noch nie so viel Sport Treibende in Niederösterreich gegeben wie das derzeit der Fall ist. Geht man, fährt man oder läuft man mit offenen Augen durch unser Land, so sieht man an allen Ecken und Enden Leute in Laufschuhen unterwegs, welche das günstige Verkehrs- oder besser gesagt niederösterreichische Wegenetz als Grundlage für ihre Tätigkeit nutzen. Sportausübung ist in allen Altersgruppen in Niederösterreich anzutreffen und nunmehr auch in jeder sozialen Schicht bereits salonfähig geworden. Diese erfolgreiche NÖ Sportpolitik, welche auch in den Budgetansätzen für 2001 ihren Niederschlag findet, hat im Zusammenwirken mit tausenden von Vereinsfunktionären und Sportpädagogen mitgeholfen, diese positive Einstellung und dieses Engagement insgesamt zu entwickeln. Sport treiben, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann man nicht erzwingen. Dies geht ausschließlich über die richtige Motivation und ein gutes, einladendes Angebot an Möglichkeiten für diese Betätigungen. Wir, sehr geehrte Damen und Herren, steuern zweifellos im Top-Sportland Niederösterreich über unsere Sportförderung des Landes wesentlich bei, dass vor Ort, dort, wo die Menschen zu Hause sind, dieses hervorragende Angebot allseits entwickelt werden kann.

Mit diesem Budget 2001, dem letzten, das noch in Schillingen gerechnet wird, durchbrechen wir, sehr geehrte Frau Landeshauptmannstellvertreter, auch eine Schallmauer von 100 Millionen Schilling in diesen Ansätzen für den NÖ Sport. Damit sichern wir zweifellos nicht nur die Substanz, sondern wir gewährleisten auch den Aus- und Aufbau, den Weiterbau, vor allem in den Vereinen aber auch im kommunalen Sektor. Gerade mit unseren Sportmitteln können wir Jahr für Jahr neue Projekte unterstützen. Der Vereinssektor ist dort im Verhältnis führend.

Alleine von 1998 auf 1999 – und das ist sehr beachtenswert – ist die Zahl der Ansuchen bei den Investitionen um ganze 11 Prozent gestiegen. Von knapp unter 500 Fällen auf über 550 Fälle. Das Verhältnis zwischen Vereinen und Kommunen liegt bei in etwa zwischen 3:1 bis 3:4 zugunsten der Vereine. Das spiegelt auch für uns wider, dass vor allem die starken Vereinsaktivitäten hier besonders hervor ragen. Und dass nicht nur die Vereine das machen, sondern dass das auch Ausdruck ist einer sehr starken Identität mit den Vereinszielen, aber auch mit unserer schönen Heimat Niederösterreich.

Ich glaube, sehr geehrte Damen und Herren, es ist auch ganz wichtig, dieses Prinzip aus dem Prinzipium der Subsidiarität zu sehen und zu bewerten. Hier kann mit Mitteln, die wir in unserer

Verantwortung beschließen und dann weiter geben, enorm viel erreicht werden. An Standortverbesserungen, an Modernisierung, an Anlagen und Geräten. Und diese Investitionen rechnen sich vielfach.

Führend in Niederösterreichs Sportgeschehen ist zweifellos noch immer der Fußball, und wird es auch noch länger sein, gefolgt vom Tennissport. Ich habe schon die Motivation angesprochen. Sie ist einfach notwendig, um hier dieses Medium entsprechend zu stärken und auszubauen. Und gerade die Medien sind es, die hier sehr viel Unterstützung in verschiedenster Form leisten können. In unserer globalisierten, virtuell vernetzten Welt von heute bietet man dem Konsumenten, dem Betrachter rund um die Uhr, zwar in einem passiven Zugang, Sportevents von rund um den Erdball an.

Österreich und speziell Niederösterreich bemüht sich heute aber auch selbst, großartige Sportler hervorzubringen. Und wir leisten dazu die nötige Unterstützung. Es geht aber auch darum, dass in unserem Land selbst höchstrangige Meetings und Wettkämpfe stattfinden. In der Vergangenheit ist einiges gelungen, das auch erfolgreich weitergeführt und weiterentwickelt werden soll. ATP-Turnier in St. Pölten, Schiweltcup am Semmering, bedeutende internationale Reitturniere, Europameisterschaften und vieles andere mehr konnten ins Land gebracht werden und bedürfen auch oft einer finanziellen Unterstützung aus Landesmitteln. Einerseits, weil sie einmalige Ereignisse sind und zum anderen, weil natürlich auch damit ein positives Landesimage über den Sport entwickelt werden kann.

Jugendsportausbildung, Leistungszentren, unsere Sportschulen, aber auch unsere Top-Sportaktion fördern und unterstützen wirkungsvoll den großen Kader unseres Spitzensports. Es ist beachtenswert, sehr geehrte Damen und Herren, dass es heuer zirka an die 30 Olympioniken sein werden, die zu den Spielen nach Sydney anreisen werden und Niederösterreichs Farben vertreten können. Ich halte das für ein untrügliches Bild und einen Beweis für eine gute Sportpolitik, welche den Aktiven und den Betreuern durch deren Einsatz, ganz besonders deren Unterstützung immer wieder gelingt. In den Sparten Handball, Schilaulauf, Tischtennis und Karate hat Niederösterreich derzeit Topsportler der Weltelite aufzuweisen. Eine wichtige Aufgabe fällt auch den Verbänden zu, welche große Koordinations- und Verwaltungsaufgaben in der Sportorganisation erfüllen können oder müssen. Wir unterstützen diese Organisationen nach besten Kräften. Nicht nur finanziell, sondern ich glaube auch die ideelle Unterstützung ist ganz bedeutend. Und ich halte nichts davon, wenn oft in einer kleinkarierten

Tagespolitik von unverbesserlichen Populisten ungerechtfertigt diese Funktionärskader angegriffen werden, wie das auch vor kurzem im NÖ Landtag zu unserem Leidwesen passiert ist. Wir sollten, sehr geehrte Damen und Herren, die Leistungen dieser Freiwilligen nicht kritisieren, sondern sie als beispielgebend der Bevölkerung, vor allem unserer Jugend vermitteln.

Niederösterreich möchte, sehr geehrte Damen und Herren, neben allen diesen organisatorischen, sportlichen Höhepunkten und Leistungen eine Insel der Menschlichkeit sein. Und daher muss man den Sport von allen seinen Seiten betrachten. Es gibt auch Probleme im Sport, die letztendlich auch in persönlichen Katastrophen enden können. Schmerzhaft und oft von leidvoller Natur. Sportverletzungen sind leider etwas Alltägliches geworden. Von den kleinen Verrenkungen bis hin zu tragischen Todesfällen oder zur bleibenden Invalidität, die manchmal zu beklagen ist. Es wurde daher vor 12 Jahren bereits hier ein erster Schritt, ein wesentlicher Schritt gesetzt, auf Initiative von Frau Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop, eine prämiengünstige Sport-Kollektiv-Unfallversicherung einzurichten, welche tausendfachen Zuspruch findet. Wir müssen bedenken, dass Jahr für Jahr etwa 200 bis 250 Schadensfälle eintreten und man hier zumindest die finanzielle Situation lindern helfen kann, die mit solchen Unglücksfällen verbunden ist. Eine solche Versicherung soll nicht nur prämiengünstig sein, sondern sie soll auch möglichst alle Risiken erfassen. Und so sind auch laufend Adaptierungen notwendig. Und gerade in diesem Zusammenhang können wir feststellen, dass nach vor kurzem erfolgter Aufnahme der Rehabilitationskostenabdeckung nunmehr auch ein Schutz für Haftungen gegenüber den Sportplatzbesuchern inkludiert wurde und somit das Haftungsrisiko von Sportveranstaltern und Sportplatzeigentümern gemindert bzw. abgesichert werden kann.

Ich darf zum Schluss kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich glaube, ich habe in einigen wenigen Beispielen aufgezeigt, welchen vielfach bunten Charakter das Sportgeschehen in Niederösterreich hat. Ich darf mich daher sehr herzlich bedanken bei den Abteilungen, die den Sport innigst und sehr sorgsam verwalten. Speziell aber auch bei der Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop, der ich nicht nur danke, sondern auch gratuliere, dass in der zu Ende gehenden Schillingära diese Marke von 100 Millionen Schilling an Sportförderungsmitteln für Niederösterreich überschritten worden ist. Diese Mittel verzinsen sich sicherlich vielfach in den tatsächlich umzusetzenden Projekten. Aber vor allem darin, dass unsere Bürgerinnen und Bürger Niederösterreichs viel

Freude am Sport, an der Bewegung in einem schönen Land verspüren und erleben dürfen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Cerwenka.

Abg. CERWENKA (SPÖ): Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hoher Landtag!

Vom Sport zur Bildung. Obwohl im Bildungsbe- reich sehr viel in Bundeskompetenz von der Zu- ständigkeit her ist, hat dieser doch wesentliche Auswirkungen auch auf die Länder. Und wenn ich jetzt in erster Linie die vordringlichste Thematik Einsparungen bei den Beamten beleuchte, dann heißt das auch Auswirkungen auf unser Bildungssystem.

Ich nehme ein Beispiel einmal heraus. Die Aussage des Herrn Westenthaler, der so locker und sehr bestimmt die Erhöhung der Lehrverpflichtung um eine Stunde nicht nur fordert, sondern schon als selbstverständlich ansieht. Weiß er auch, was das bedeutet? *(Abg. Hrubesch: Sonst tät er es nicht sagen!)*

Na gut, Kollege Hrubesch. Dann darf ich dir etwas erklären!

Ursprünglich war eine Lehrerstunde auf zwei Beamtenstunden hochgerechnet. Das stimmt ohnehin nicht mehr. Das trifft nur mehr im Bereich der AHS-Lehrer und auch hier nur mehr teilweise zu. Immerhin gibt es eine Vorbereitung, eine Nachbereitung, Korrekturarbeiten. Und ich darf dir noch etwas sagen. *(Neuerliche Unruhe bei Abg. Hrubesch.)*

Lässt du mich das bitte fertig machen?

Im AHS-Bereich würde eine Stunde Lehrverpflichtungserhöhung bedeuten, fünf Prozent Auswirkungen auf die Planstellen. Im APS, im Pflichtschulbereich wären es durch die Lehrverpflichtung 23, 4,6 Prozent. Wir haben im Dienststellenplan für Niederösterreich, ich nehme jetzt nur unser Bundesland her, haben wir knapp 13.000 Lehrer nur im Pflichtschulbereich. Von denen kannst du dir jetzt 4,6 Prozent ausrechnen. Das sind dann mehr als 600 Dienstposten. Wenn ich das jetzt umlege auf alle Schulsysteme und auf ganz Österreich spanne, dann bedeutet das tausende Kündigungen im Bereich der Pädagoginnen und Pädagogen. Das heißt diese Forderung! *(Abg. Hrubesch: Das glaub' ich nicht! Dann muss man nur die Nebengebühren und die Administrator-Überstunden und die Direktor-überstunden wegnehmen! – Unruhe im Hohen Hause.)*

Lass es ihm erklären einmal. Ich höre mir das gerne an.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Am Wort ist Herr Abgeordneter Cerwenka.

Abg. CERWENKA (SPÖ): Ich wollte dem Kollegen nur die Gelegenheit geben zu beweisen, wie wenig er vom Bildungssystem versteht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Also, im Klartext: Es heißt Entlassungen! Nicht nur Stopp der Neuaufnahmen, sondern Entlassungen von Lehrerinnen und Lehrern, egal welcher Schultype aus dem Schuldienst. Und das soll dann der Kollege Westenthaler – Entschuldigung, „Kollege“ - das soll der Herr Westenthaler dann verantworten.

Wir haben einige Probleme, einige Knackpunkte, die vielen noch nicht bewusst sind. Das nächste: Die Vollrechtsfähigkeit für unsere Universitäten – Frau Bundesminister Gehrler hat das ja schon vorgestellt – heißt nichts anderes als die Einführung von Studiengebühren. Und da hört sich die soziale Gerechtigkeit auf. Denn Studiengebühren sind sozial ungerecht. Das kann ich weder durch Studienförderungen oder durch Stipendien in vollem Umfang ausgleichen. Weil einfach das System nicht stimmt. Weil es Unterschiede gibt zwischen unselbständig Erwerbstätigen, Selbständigen und der Landwirtschaft. Bevor nicht die Fragen des Einheitswertes oder der Bilanzen geklärt sind, wird das nie gerecht behandelt werden können. Und ich weiß wovon ich spreche, aus eigener Erfahrung. Ich habe auch einmal ein Studium gemacht. Und Landwirte und Unternehmerskinder haben fast zu 100 Prozent immer eine hohe Förderung bekommen, während die Kinder von unselbständig Erwerbstätigen, wenn sie sich im Grenzbereich befinden haben, entweder nur eine Minimalförderung oder Stipendium oder gar keines bekommen haben. Und so lange diese Themen nicht aufgebrochen worden sind, wird die Frage der Studiengebühren eine soziale Ungerechtigkeit darstellen. Wir Sozialdemokraten stellen uns das ein bisschen anders vor, die Verteilungsgerechtigkeit.

Zum Budget selber: Ich möchte keine generelle Bildungsdebatte abführen, sondern möchte mich in erster Linie darauf konzentrieren, die Pädagogen und Pädagoginnen dort zu unterstützen, wo es notwendig ist. Denn das bedeutet gleichzeitig auch bessere Bedingungen für unsere Schülerinnen und Schüler. Und ich darf mit einer Replik beginnen.

Wir haben das Problem der Verhaltensauffälligkeiten, das durch gesellschaftspolitische Verän-

derung immer mehr zunimmt, immer stärker wird. Und es gibt ja in diesem Bereich vielfache Forderungen nach Beratungslehrern, Therapeuten, Kriseninterventionsstellen, heilpädagogischen Teams und so weiter. Ich erinnere mich zurück, im Jahre 1995, noch im alten Landhaus in Wien, habe ich einen Antrag eingebracht, Sozialarbeiter für jeden Bezirk – damals angesiedelt beim schulpädagogischen Dienst, damit auch Bundeskompetenz – einzustellen. Wir schreiben 2000 und wir haben sie noch immer nicht! Sondern wir haben nur Versuche, die die Frau Landeshauptmannstellvertreter aus ihren Mitteln bedecken muss. Mir ist der Fall Neulengbach bekannt. Es gibt einige weitere Versuche, wo sich die Mitarbeiter in erster Linie aus dem Verein H2 direkt an die Gemeinden wenden, um dort Mittel zu bekommen. Das heißt, es ist alles eine halbe Geschichte: Wenn man nicht Kofinanziers bekommt, kann man das nicht umsetzen. Dabei wäre es aber so wichtig, hier etwas weiter zu bringen. Und da ist der Bund gefordert.

Ich habe damals auch einen Bedeckungsvorschlag gemacht, indem ich gesagt habe, man soll über die Bildstellen nachdenken. Wobei ich die Landesbildstelle außer Diskussion stelle. Gerade in der heutigen Zeit, mit der Vernetzung, mit den neuen Medien ist das klar. Auch der Transport ist relativ einfach. Während die Bezirksbildstellen immerhin im Budget mit knapp 20 Millionen bemessen sind, heuer wieder um 400.000,- Schilling mehr bekommen. Ich weiß schon, man kann die 4 Millionen für die Privatschulen unter Umständen wegrechnen. Da bleiben aber immerhin noch knapp 16 Millionen über. Und von der Sinnhaftigkeit in allen Bereichen dieser Bezirksbildstellen bin ich heute noch immer nicht vollkommen überzeugt. Ich glaube, dass hier neue Wege gegangen werden müssten.

Es hat vor nicht langer Zeit auch einen Antrag von mir gegeben zur Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen. Ich weiß, eine generelle werden wir nicht durchbekommen. Obwohl sie notwendig wäre. Aber die finanzielle Situation spricht dagegen. Aber zumindest für den sonderpädagogischen Bereich Kleinklassenformen. Dort, wo es besonders schwierig ist zu arbeiten. Auch hier noch keine Rückkopplung durch den Bund.

Ein Thema, das auch anzusprechen ist, sind die Leitungspositionen im Schuldienst. Und da in erster Linie im allgemein bildenden Pflichtschulbereich. Ich glaube, dass hier eine neue Definition notwendig ist. Und zwar in der Richtung, dass die Aufgabenstellungen und die finanzielle Abgeltung

auf der anderen Seite in absolut keiner Relation mehr stehen und eine sehr unattraktive Sache für die Kolleginnen und Kollegen sind. Und wir bemerken das ja. Denn es gibt sogar Schulen, wo wir überhaupt keine Bewerber mehr haben, oder wo mit Glück oft noch ein Bewerber oder eine Bewerberin zu finden sind. Mir ist das schon klar, dass man auch auf die Schulgröße Rücksicht nehmen muss. Es ist nicht in allen Fällen so. Aber der Hang zum Leiter wird immer weniger, weil es einfach nicht attraktiv ist. Im Berufsschulbereich habe ich die Frage des Stellvertreters, im AHS-Bereich habe ich Mitarbeiter im Bürobereich, administrative Kräfte. Aber im Pflichtschulbereich, speziell bei größeren Schulen, ist es für die Leiter eine Überforderung in vielen Bereichen.

Mir geht es aber um noch etwas. Nämlich um Verbesserungen in erster Linie für Integrationslehrer. Dabei handelt es sich vornehmlich um Sonderschullehrer. Ich glaube, dass es hier einige Systemfehler gibt. Auf der einen Seite wird das in manchen Bezirken so gehandhabt, dass die Integrationslehrer nicht beim zuständigen SPZ, Sonderpädagogischen Zentrum oder bei der ASU angesiedelt sind, sondern die Stammschule direkt in der Volks- oder Hauptschule haben. Obwohl der Leiter des SPZ oder der ASU Absetzstunden für die Beratung und Betreuung bekommt. Ich glaube, hier müsste eine generelle Regelung einmal angestrebt werden. Aber es gibt auch finanzielle Ungerechtigkeiten. Laut § 50 SchUG erhalten zum Beispiel Volksschul- oder Hauptschullehrer, die in Integrationsklassen unterrichten, entsprechende Abschlüsse bzw. Absetzstunden für den Unterricht. Für die Integrationslehrer schaut die Situation in dem Bereich alles andere als rosig aus.

Genauso ist es mit der administrativen Abgeltung. Hier haben wir die Situation, dass diese Abgeltung nur an die Klasse gebunden ist und nicht an die Person. Daher kann sie nur einer bekommen. Das ist in dem Fall immer der Klassenvorstand. Die Integrationslehrer gehen im Wesentlichen leer aus. Außer, sie treffen ein besonderes Engagement. Mir ist zum Beispiel aus meinem Bezirk ein Fall bekannt, wo sich die beiden Lehrer, die Klassenvorstände, um es so zu sagen und die Integrationslehrerin das selbst arrangieren und eine die andere anteilmäßig auszahlt. So kann es ja wirklich nicht sein. Ich glaube, hier müsste man sich über das Thema wirklich ernsthaft unterhalten. Denn persönliche Vereinbarung ist gut und schön. Aber der Gesetzgeber hat auch eine gewisse Verantwortung. Und Administration fällt natürlich auch für die I-Lehrer an. Daher erlaube ich mir einen Resolutionsantrag einzubringen (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Cerwenka und Mag. Heuras zur Gruppe 2 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, Ltg. 478/V-8, betreffend finanzielle Gleichstellung von Integrationslehrern mit Klassenlehrern.

Der Einsatz von Integrationslehrern seit ihrer Einsetzung im schulischen Bereich hat bewiesen, wie notwendig und wichtig diese Gruppe von Lehrkräften für die Unterrichtsgestaltung sowie die Entwicklung der betreffenden Schulklassen ist. Leider jedoch bestehen in der Entlohnung zwischen Integrationslehrern und den sogenannten Klassenlehrern einige Unterschiede, die aufgrund der tatsächlichen Tätigkeit der beiden Lehrergruppen keine Berechtigung findet. Klassenlehrer bzw. Volksschul- und Hauptschullehrer, die in Integrationsklassen unterrichten, erhalten Vergütung in einem höheren Ausmaß als Integrationslehrer.

Eine weitere Ungleichbehandlung besteht hinsichtlich der Abgeltung der von den Lehrern verrichteten Verwaltungstätigkeit. Während nämlich Klassenlehrer für die administrativen Tätigkeiten eine Entlohnung erhalten, werden an Integrationslehrer keine entsprechenden Vergütungen ausbezahlt, obwohl in der Realität Integrationslehrer ebenfalls mit der Administration beschäftigt sind. Die Abgeltung für administrative Arbeit müsste daher personenbezogen sein und dürfte nicht weiter an das Kriterium ‚Klasse‘ gebunden werden.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Stellung der Integrationslehrer im Sinne der Antragsbegründung verbessert wird.“

Wenn wir schon die Integration ernst nehmen, dann muss man eben verschiedene Fehler erkennen, sie ausbessern und damit die Rahmenbedingungen verbessern.

Damit gleich weiter zum nächsten Spezialthema. Eine lohnende Aufgabe für Finanzlandesrat Mag. Sobotka ist es auch, bei den Finanzausgleichsverhandlungen stärker aufzutreten. Denn manches schummelt sich ja am Konsultationsmechanismus vorbei. Die Munition dazu ist vorhanden. Viele hervorragende und sinnvolle Maßnahmen müssen bereits zurückgenommen werden, weil einfach die finanziellen Mittel vom Bund mit den gesetzlichen Vorgaben oftmals nicht übereinstimmen. Das typische Beispiel ist der Einsatz von Native-Speakers im Unterricht, wo die Versuchsbasis

zurückgefahren werden muss auf ein Minimum, weil einfach die finanzielle Bedeckung nicht da ist. Ich glaube, gerade im sprachlichen Bereich ist das nicht nur sehr wichtig, sondern hat Österreich gegenüber anderen Ländern noch einiges an Aufholbedarf. Daher erlaube ich mir den nächsten Resolutionsantrag einzubringen (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Cerwenka und Mag. Heuras zur Gruppe 2 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, Ltg. 478/V-8, betreffend Dotierung der durch bundesgesetzliche Vorgaben veränderten Rahmenbedingungen im Schulbereich durch den Bund.

Die bundesgesetzlichen Veränderungen in der Vergangenheit im Schulbereich haben für den Unterricht an den Schulen eindeutige Verbesserungen mit sich gebracht. So haben etwa die Schulversuche mit Native-Speakers einen hohen Nutzen für das Vermitteln der lebenden Fremdsprachen. Ebenfalls nicht mehr wegzudenken sind die Integrationslehrer, die für die Betreuung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf eingesetzt sind.

Aber gerade auch diese Neuerungen im Schulbereich können nur dann in der notwendigen Qualität weitergeführt werden, wenn die entsprechenden Gelder in Zukunft bereitgestellt werden. Für Innovationen müssen Schulen nun eine Bedeckung dadurch herbeiführen, dass Umschichtungen vorgenommen werden und daher Nachteile für den ‚herkömmlichen‘ Betrieb der Schulen entstehen. Im Bereich der Integrationsklassen besteht ein Geldmangel dadurch, dass zwar diese eingeführt wurden, jedoch die Zahl der Schüler und Schülerinnen auf einen gewissen Prozentsatz beschränkt wurde. Es ist also notwendig, dass vom Bund jene Mittel eingefordert werden, die notwendig sind, um die gesetzlichen Vorgaben regelkonform zu erfüllen.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der derzeit laufenden Finanzausgleichsverhandlungen mit dem Bund im Sinne der Antragsbegründung jene Mittel einzufordern, sodass die durch bundesgesetzliche Vorgaben veränderten Rahmenbedingungen im Schulbereich eine entsprechende Dotation erfahren.“

Ich möchte gleich überleiten zum Bereich der Erwachsenenbildung. Da ist es so, dass das Unterrichtsministerium ein Budget von 130 Milliarden

Schilling hat. Von diesen 130 Milliarden Schilling sind 130 Millionen Schilling für die Weiterbildung vorgesehen. Wenn ich das jetzt so ein bisschen einsickern lasse, dann kommt man drauf, dass der Stellenwert der Erwachsenenbildung in den Reden weit höher angesetzt wird als er in Wirklichkeit finanziell dotiert wird. Da muss man noch dazu sehen, dass die Werkvertragsregelung mit der Sozialversicherung, die Schulbenützung und die Veränderungen im Postversand weitere Einbußen bedeuten und die Erwachsenenbildung wesentlich verteuern.

Und wenn ich jetzt beim Land Niederösterreich selber schaue - ich habe mir den Voranschlag sehr genau durchgesehen -, dann kommt man drauf, dass das Land selbst ähnliche Mittel für Aus- und Weiterbildung der Beamten, ohne die Landesakademie mit einzubeziehen, vorgesehen hat, wie für die Erwachsenenbildung in ganz Niederösterreich. Aber ich glaube, die Zahl der Einwohner Niederösterreichs und die Zahl der Beamten, die im Landesdienst sind, stehen in keiner Relation. Im Vergleich mit dem Österreich-Durchschnitt ist Niederösterreich leider Gottes Schlusslicht. Denn der Bundesdurchschnitt liegt um die 36,- Schilling pro Einwohner. Und hier ist es auch notwendig, Professionalität anzustreben und zu erreichen natürlich auch mit Fortbestand der Freiwilligkeit und dem Engagement.

Und der Zusammenschluss der Erwachsenenbildungseinrichtungen, der Träger in Form des FEN hat auch Kontakt mit den verantwortlichen Beamten, am 20. April dieses Jahres aufgenommen und dort weitere 5 Millionen für die Erwachsenenbildung beantragt. Nachdem aber das Budget in diesem Bereich fortgeschrieben wird, der gleiche Ansatz wie im Vorjahr, ist es mir wichtig, auch hier einen Antrag einzubringen, dass nämlich die vorhandenen Mittel nach Qualitätskriterien zu vergeben sind.

Denn ich glaube, gerade in dem Bereich ist es sehr, sehr wichtig, dass man einmal vom Gießkannenprinzip wekommt. Das Gießkannenprinzip, das ja den Sozialdemokraten jahrelang immer wieder vorgehalten wurde. Jetzt sind wir weg, jetzt gibt es wieder Vorwürfe. Da denke ich nur an die Analogie mit dem Karenzgeld für alle. Also anscheinend haben sich einige Positionen vertauscht.

Mir geht es um die Förderung dessen, was ich unter echter Erwachsenenbildung verstehe. Es ist mir klar, dass Kreativ- und Lebensbewältigungsbereiche sehr wichtige Dinge für die Menschen sind. Aber in erster Linie doch Sache der Kunden. Und so sehe ich es auch vom finanziellen Ansatz. Kurse sind echte Weiterbildung. Einzelveranstaltungen

greifen meistens nicht sehr tief. Und genau hier müsste eine Differenzierung erfolgen. Im Bereich EDV, Sprachen, berufliche Fort- und Weiterbildung. Das ist es, was wesentlich ist. Und hier muss auch verstärkt gefördert werden. Bei uns im Verband der NÖ Volkshochschulen haben wir diese Kriterien schon eingeführt, nämlich genau diese echten Bildungsansätze zu fördern, während andere Bereiche nicht mehr mit einer Förderung rechnen können und daher von den Menschen, die sie in Anspruch nehmen, selbst zu finanzieren sind. Das heißt, die Träger haben auch eine entsprechende Strukturanalyse zu legen. Und das muss in einer Form gegenverrechnet werden mit den leider zu wenigen vorhandenen Mitteln. Und daher darf ich einen Resolutionsantrag - das ist der letzte in diesem Bereich - einbringen (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Cerwenka und Nowohradsky zur Gruppe 2 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, Ltg. 478/V-8, betreffend Bindung der Förderungsmittel des Landes für Erwachsenenbildung an Qualitätskriterien.

Lebenslanger Bildung und Weiterbildung kommt ein immer wichtigerer Stellenwert zu. Viele Faktoren bedingen eine Intensivierung dieses eminent bedeutungsvollen Bereiches, wie Technologie, Fortschritt, Halbwertszeit des Wissens und Änderungen in der Gesellschaftsstruktur. Der Grad der Bildung hat einschneidende Wirkung auf Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit, er bestimmt die Position des Einzelnen im Leben und mit ihm steht Lebensqualität in einem direkten Zusammenhang. Jede Hilfe, die in diesem Bereich aufgewendet wird, stellt eine effektive Hilfe dar.

Das Land Niederösterreich stellt für die Erwachsenenbildung Fördermittel zur Verfügung, welche großteils den Trägern von Einrichtungen für Erwachsenenbildung zugewendet werden. Da diese zur Verfügung stehenden Mittel so effektiv wie möglich dort gebündelt werden sollten, wo Bildung im engeren Sinn angeboten wird, die dem Lernenden eine Chancenerhöhung im Bereich der Persönlichkeitsentwicklung und eine verbesserte Positionierung im beruflichen Bereich bringt, ist es notwendig, Kriterien für die Verteilung und Zuweisung der Fördermittel – unter besonderer Berücksichtigung des Kurswesens – einzuführen.

Mit der Schaffung entsprechender Qualitätskriterien kann der Bereich der Erwachsenenbildung somit zu einem professionellen Bildungsmodell unter Einbindung der Ehrenamtlichkeit umgestaltet

werden und den betroffenen Lernwilligen die Chance am Arbeitsmarkt vergrößern.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung für die Vergabe der Fördermittel für Erwachsenenbildung Richtlinien auszuarbeiten und dem Niederösterreichischen Landtag hierüber zu berichten.“

Es ist schon klar, dass es zwei Bereiche der Förderung gibt. Auf der einen Seite die Objektförderung, die auch nicht wegdenkbar ist für die Träger, und auf der anderen Seite auch die Subjektförderung, wo mehr soziale Gerechtigkeit in diesem Zusammenhang erreicht werden kann.

Es wäre mir auch wichtig – und ich habe das schon einmal angesprochen – dass man bei der nächsten Regierungsbildung - ich weiß, dass dahin noch einige Jahre Zeit sind - aber einmal überlegt, die Erwachsenenbildung nicht mehr aufzusplitten, dass sie zwar budgetär im Bereich der Bildung steckt, aber zuständigkeitsmäßig von der Kulturabteilung mehr oder weniger verwaltet wird. Sondern es wäre sinnvoll, beide Bereiche in einem Ressort – und ich glaube, Erwachsenenbildung, das Wort „Bildung“ steckt drinnen – wäre bei der Bildung sehr gut aufgehoben und würde auch ein bisschen zum Stellenwert beitragen.

Ein Dank an alle Erwachsenenbildner, an alle Einrichtungen, an alle Pädagogen und Pädagoginnen. Ich bitte um eine Zustimmung zu den drei Resolutionsanträgen. Meine Fraktion wird der Gruppe 2 die Zustimmung geben. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Erber.

Abg. ERBER (ÖVP): Hochgeschätzte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich spreche zum Bereich Sport, insbesondere die Jugend betreffend. Ich denke, das ist schon ein sehr wichtiger Bereich. Wenn man sieht, dass die Jugend Vorbilder braucht, dass sie sich andererseits nächtelang mit jemanden beschäftigt oder mit einigen beschäftigt, die in einem Containerhaus eingesperrt sind, da stellt sich für mich die Frage, ob es nicht vielleicht eine Möglichkeit gibt, diese Vorbildwirkung wieder auf den Sport zu übertragen. Nachdem sich ja Sport hervorragend eignet, die Gemeinschaft zu fördern, Leistungsdenken im positiven Sinne zu erleben, um wirklich auch Gemeinsames und Brücken zu bauen. Und ich möchte es

nicht als Kritik verstanden wissen, wenn ich dem Herrn Abgeordneten Kautz widerspreche, wenn er sagt, man sollte über Begrenzungen nachdenken beim Fußball. Ich denke, gerade der Sport ist es, der Grenzen aufmacht. Sport ist etwas, was verbindet. Sport ist etwas zum Kennenlernen, insbesondere der Spitzensport.

Und damit möchte ich schon zu einem Thema kommen, das erst vor kurzem angesprochen worden ist, das Bundesnachwuchszentrum, wo ja die Frage im Raum gestanden ist, kommt es oder kommt es nicht. Wobei ich von manchen vernommen habe, es wird nicht kommen. Meine Damen und Herren! Dieses Bundesnachwuchszentrum in St. Pölten, das wird kommen. Und das wird deswegen kommen, weil der NÖ ÖFB schon beschlossen hat, dass im Herbst der Betrieb aufgenommen werden soll.

Und wenn ich jetzt vom NÖ ÖFB spreche, dann auch deswegen, weil ich glaube, dass das letzte Mal einem Mann nicht wirklich jene gebührende Beachtung widerfahren ist, indem man ihn bezeichnet hat als Vertreter der Muppet Show. Das hat mich persönlich sehr betroffen gemacht. Weil ich glaube, gerade dieser Präsident des NÖ ÖFB, des NÖ Fußballbundes, das ist einer, der beweist, wie gesund Sport sein kann. Wohl ist er jetzt schon weit über 70, aber das ist nur sein biologisches Alter. Und jeder, der unseren Präsidenten Brandl kennt, der weiß, da ist noch immer Herz dahinter. Und das braucht man für den Fußball. Da ist noch immer der helle Verstand dahinter den man braucht zum Organisieren. Und ich möchte hier betonen, dieser Präsident Brandl, das ist keineswegs eine Verlegenheitslösung, sondern er ist der NÖ Fußballpräsident, weil er nach wie vor der Beste ist.

Wenn es jetzt die zwei Bundesnachwuchszentren gibt, dann möchte ich auch noch ansprechen die fünf Leistungszentren, die ja fast alle Sportarten abdecken, die es im Großen und Ganzen in Niederösterreich gibt. Wobei ich glaube, dass das ein sehr wichtiger Ansatz ist. Auch der Ansatz, das mit Bildung zu verbinden. Das Paradebeispiel, das ich da anführen will, ist das Bundes-Oberstufenrealgymnasium für Leistungssport in St. Pölten. Wo ich glaube, das sind Ansätze, um wirklich Spitzensportler zu Spitzenleistungen heranzuführen. Wenn sich ein junger Mensch entscheidet, jawohl, ich möchte gern Spitzensport betreiben, ich möchte gern dem Sport einen Teil oder den ersten Teil meines Lebens widmen, dann ist das ein Angebot, wo man sagt, es ist auch notwendig, die schulische Ausbildung dabei nicht zu vergessen. Das ist fünfjährig. Da ist es möglich, intensiv auszubilden und gleichzeitig auch eine medizinische Betreuung zu

haben, sportmedizinisch genauso wie Ernährungstechnik, wie psychologisch. Weil beim Spitzensport wird es nicht mehr so sein, wenn einer talentiert ist, dass er dann mit 16 zu trainieren beginnt. Sondern da muss man Talente erkennen und die müssen frühzeitig gefördert werden. Ohne darauf zu vergessen, dass dieser junge Mensch auch eine Ausbildung braucht für die Zeit, wo er vielleicht einmal nicht mehr im Spitzensport ist bzw. vielleicht auch, wenn er nicht zur Spitze durchstoßt. Und gerade dieses Bundes-Oberstufenrealgymnasium für Leistungssport in St. Pölten, also das ist schon ein Beispiel, wie man es richtig machen kann. Und deswegen möchte ich es hier auch so explizit erwähnen.

Ich möchte aber auch den Sport in einem anderen Zusammenhang noch erwähnen. Sport ist ja nicht nur dazu da, um selbst etwas zu erleben, sondern gerade die Verbindung Sport mit Tourismus. Wenn man sich anschaut, was in Niederösterreich entstanden ist im Rad-, im Mountainbike-Tourismus. Also das ist sehenswert und das ist sicher die beste Verbindung. Oder auch die Skatesplätze, um die neuen Sportarten anzusprechen, die ein lukratives Angebot gerade für jüngere Gasteschichten sind und wo ich glaube, dass gerade in Niederösterreich im Bereich der Skatesplätze sehr, sehr vieles passiert ist.

Und ich habe schon angesprochen, es ist nicht einfach, ein Budget tatsächlich auf die Beine zu stellen in Zeiten wie diesen, wo es immer ein bisschen weniger wird. Und umso befriedigender für mich ist es, wenn ich höre, dass die Dotierung der Landessportschule erhöht wird von 7,8 Millionen auf 9 Millionen. Und die der Leistungszentren von 3,8 auf 5 Millionen. Also da sieht man ein großes Bemühen, ein großes Wollen.

Ich möchte zum Abschluss kommen und möchte sagen, ich glaube, man sollte dem Sport auch von einer anderen Sicht her noch eine Chance geben. Und zwar aus der Sicht der Gesundheit. Wenn sehr viel schon über Sucht diskutiert worden ist. Ich glaube, gerade der Sport ist eine Form der Sucht, die sehr gesund ist. Und die uns sehr willkommen ist. Und deswegen sollten wir diese Form von Sucht und dieses Hinbewegen zum Sport unterstützen wo auch immer wir nur können. Am besten natürlich mit Vorbildern, die Spitzensport betreiben. Und wenn wir Spitzensportler haben, die auch dementsprechende Erfolge haben, dann werden wir auch „Nachahmungstäter“, auch wieder im positiven Sinn des Wortes haben. Und das ist es, was wir uns wünschen: Eine sportlich gesunde Gesellschaft bis ins hohe Alter. Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen, dass Sie mir

so lange so aufmerksam zugehört haben. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. FASAN (*Grüne*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf zunächst zu Resolutionsanträgen des Kollegen Cerwenka anmerken, dass wir ihnen zustimmen werden. Wie wohl ich schon bemerken möchte, dieser Antrag betreffend Dotierung der durch bundesgesetzliche Vorgaben veränderten Rahmenbedingungen im Schulbereich durch den Bund, den könnte man schon auch anders formulieren und könnte sagen: Wenn die Finanzausgleichsverhandlungen gut laufen - und man soll sich dafür einsetzen dass sie gut laufen - dann ist im Rahmen der dabei herausgeholtten Mittel eben entsprechend zu dotieren. Aber dass man jetzt gleich die Verhandlungen sozusagen mit einer Zweckbindung versieht, schon die Verhandlungen selber, also die Verteilung des Steuerkuchens schon mit einer Zweckbindung versieht, das ist für uns nicht ganz lupenrein. Aber nachdem ich gerade keine Lupe bei mir habe werden wir trotzdem diesem Antrag die Zustimmung geben.

Ich möchte beim Kollegen Erber fortsetzen, der meint, Sport ist eine Sucht. So sehe ich das nicht. Sport kann enorm viel bewirken in der Therapie Süchtiger oder mit Süchtigen. Und Sport kann sehr viel bewirken in der Suchtprävention. Als Sucht selber möchte ich ihn nicht bezeichnen. Und ich wäre auch nicht einverstanden damit, wenn Sport zur Sucht wird. Das kann es vielleicht geben, durchaus. Aber Sucht ist in jedem Fall eine Krankheit, die sich auf jeden Fall auch auf Geist und Körper negativ auswirken kann. Und ich weiß nicht, ob das so gemeint war.

Sport als Vorbild selbstverständlich. Sport, oder Spitzensport, wie wir ihn momentan erleben als Vorbild, insbesondere wenn ich, und ich denke, das war gemeint beim Kollegen Erber, mit dieser Big Brother-Sendung vergleichen möchte. Naja, da weiß ich nicht: Wenn ich mir die Hooligans ansehe, die durch Charleroi ziehen und dort eine Spur der Verwüstung hinter sich lassen, dann weiß ich nicht, ob sich Niederösterreich für die Fußball-EM unter diesen Voraussetzungen bewerben soll.

Ich halte das mittlerweile für eine etwas überzogene Veranstaltung, bei der es offensichtlich nicht mehr gelingt, diese Veranstaltung friedvoll abzuwickeln. Und dann muss man sich zumindest

die Frage nach dem Sinn stellen. Vielleicht gelingt es. Und natürlich ist es ja so, dass man diesem Problem auf den Grund gehen muss. Dass man das nicht einfach ähnlich abtun kann wie das Problem mit verummten Demonstranten. Man muss ihm auf den Grund gehen. Man muss diesem Problem auch soziologisch auf den Grund gehen.

Die Frage ist aber dennoch, ob es Sinn macht, unter diesen Voraussetzungen so eine Veranstaltung abzuhalten. Und auch, ob es Sinn macht, ob das in dieser Form als Vorbild zu sehen ist. Fußball allgemein selbstverständlich schon. Wie wohl ich vielleicht für Österreich dazu sagen möchte, Österreich hat eben andere Sportarten, in denen es besser ist. In denen seine Vertreterinnen und Vertreter besser sind, Gottseidank. Da pflichte ich dem Kollegen Keusch bei.

Nun zu einem Kapitel, das ohnehin heute schon vielfach angesprochen wurde und diskutiert wurde: Es ist der Bereich der Erwachsenenbildung. Ich glaube, der Herr Kollege Mag. Schneeberger hat nicht ganz Recht, wenn er meint, Fachhochschulen und Musikschulen sind ein gutes Beispiel für die Tätigkeit der Landesregierung im Bereich der Erwachsenenbildung. Ich sehe das nicht so. Denn ich würde den Kollegen Mag. Schneeberger gerne einladen, zum Beispiel ins Musikschulwerk Wr. Neustadt zu gehen. Er hat da nicht weit. Oder ins Konservatorium. Sich dort anzusehen, wie viele junge Leute sind hier und wie viele machen das tatsächlich im Bereich für Erwachsenenbildung. Und ähnlich ist es mit der Fachhochschule. Natürlich sind die Absolventen der Fachhochschule erwachsen, weil sie nach der Matura dort hingehen. Aber das ist nicht im Sinne der Erwachsenenbildung, im klassischen Sinne gemeint. Sondern das ist Berufsausbildung und nicht Weiterbildung in dem gemeinten Sinne.

Tatsache ist, dass die Erwachsenenbildung in unserem vorliegenden Budget stagniert. Niederösterreich ist im Bundesländervergleich diesbezüglich Schlusslicht. Weiterbildung, nicht nur die „normale“ Bildung - die selbstverständlich auch - aber Weiterbildung ist eine ganz, ganz wichtige wertvolle gesellschaftliche Investition in der Vorbeugung gegen, ich sage es schon, Altersarbeitslosigkeit, häufige Jobwechsel, die es immer wieder gibt. Was wichtig ist und die Bereitschaft, das auch bewältigen zu können, gehört eben ausgebildet. Wir stehen vor einem dynamisierten Arbeitsmarkt, der einfach nicht mehr so ist wie vielleicht noch vor 30 Jahren. Das heißt, die Leute müssen sich im Laufe ihres beruflichen Lebens weiterbilden und umstellen können. Aber ich meine auch, Erwachsenenbildung ist etwas ganz Wichtiges in Bezug auf kulturelle und soziale Aspekte, gesellschaftliche Aspekte.

Es geht nicht nur um die Wirtschaft. Es geht auch um die Gesellschaft! Es geht auch um das Miteinander Leben, das Miteinander Lernen. Es geht auch um den sozialen Aspekt. Und in diesem Sinne meine ich, dass es natürlich gut ist, wenn man hier Qualitätskriterien einführt. Aber ich glaube, dass man auch ganz konkret die Budgetmittel erhöhen sollte. Ich darf Ihnen daher folgenden Abänderungsantrag zur Kenntnis bringen (*liest:*)

„Abänderungsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan zum Verhandlungsgegenstand Ltg. 478/V-8, Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, Gruppe 2, betreffend Erhöhung der Budgetmittel für Erwachsenenbildung.

Weiterbildung ist eine der wichtigsten Maßnahmen zur Weiterentwicklung einer Gesellschaft im kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Leben. Erwachsenenbildung ist eine nachhaltige Investition, die durch ihre präventive Wirkung ein wesentliches Einsparungspotential etwa im Gesundheits- und Sozialwesen ermöglicht. Niederösterreich liegt bei der Förderung der Erwachsenenbildung im Ländervergleich an letzter Stelle. Vor allem im Bereich der Infrastruktur haben viele Einrichtungen einen großen Aufholbedarf.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Budgetansatz 27900 ‚Volksbildung‘ um S 5.000.000,- zu erhöhen, um damit einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung und Entwicklung dieser wichtigen Einrichtungen zu leisten.“

Nun zu etwas ganz besonders Wichtigem, wie ich meine, und zu etwas ganz besonders Profanem. Und zwar sind gemeint die Möglichkeiten für behinderte Kinder in unserem Schulsystem. Das Schulsystem sieht hier sehr, sehr viel vor. Wo wir ein Problem sehen, das ist vielfach der bauliche Bereich. Es gibt viele bauliche Hürden für die Kinder etwa, die einen Rollstuhl benützen oder andere Behinderungen haben, die vielfach hier von den baulichen zu menschlichen Hürden werden. Es ist natürlich wahnsinnig schwer, sämtliche Schulhäuser umzubauen. Was aber vielleicht helfen würde, wäre, wenn man einmal eine Erhebung durchführt, worum handelt es sich. Wie ist die Beschaffenheit tatsächlich. Und ich darf Ihnen daher folgenden Resolutionsantrag zur Kenntnis bringen (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weininger und Mag. Fasan zum Verhandlungsgegenstand LtG. 478/V-8, Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, betreffend Erstellung eines Umsetzungskonzeptes zur Beseitigung baulicher Barrieren in schulischen Einrichtungen.

Immer noch sind Kinder mit körperlichen Behinderungen, insbesondere gehbehinderte Kinder, kaum in der Lage, schulische Einrichtungen vor Ort zu besuchen. Es fehlt in fast allen Pflichtschulen Niederösterreichs an behindertengerechten Schulen, dringend notwendig ist vor allem der Einbau von Liften, Rampen, Aufstiegshilfen und ähnlichen baulichen Maßnahmen.

Häufig müssen Eltern von Kindern mit besonderen Bedürfnissen Sonderschuleinrichtungen (Waldschule) benützen, was letztendlich eine sehr frühe Trennung der Kinder von der eigenen Familie zur Folge hat und ihre Integration in den ‚normalen‘ Alltag nachhaltig behindert.

In den kommenden fünf Jahren sollen einerseits landesweit die Mängel erhoben werden, andererseits ist ein Finanzierungs- und Umsetzungskonzept zu entwickeln, damit Niederösterreichs Schülerinnen und Schüler künftig im Kreis ihrer Familie und in der vertrauten Umgebung ihrer Schulpflicht nachkommen können.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Erhebung von baulichen Barrieren zur Ermittlung des Bedarfs an behindertengerechten Um- und Zubauten in Niederösterreichs Schulen in die Wege zu leiten. Gleichzeitig soll ein entsprechendes Umsetzungs- und Finanzierungskonzept sicherstellen, dass in Niederösterreichs Schulen nach Ablauf der 5-Jahres-Frist auch behinderte Kinder ohne Einschränkung ihrer Mobilität problemlos unterrichtet werden können.“

Ich ersuche Sie um Zustimmung. Es ist ein sehr vorsichtig formulierter Antrag, dem man, glaube ich, ohne weiters beitreten kann.

Und nun darf ich Ihnen zum Abschluss noch etwas mitgeben: Einige Gedanken zum Schulwesen, zum Bildungswesen. Es ist eine sehr, sehr sensible Materie, der Schulbereich. Kinder sind aber auch die sensibelsten Menschen. Und ich habe versucht, den vielleicht gängigsten Trend oder

den bedeutendsten Trend, der in den letzten Jahren auch in unseren Schulen Einzug gehalten hat, ein wenig aufzufangen und zu reflektieren. Ich gestehe, mit literarischer Hilfe eines sehr, sehr interessanten Werkes. „Flimmernde Zeiten, Vom Tempo der Medien“ von Schneider und Geißler, in Stuttgart erschienen. Ich habe versucht, aus diesem Buch einige auf die Schule und auf das Schulwesen umgelegte Thesen zu formulieren, die, wie mir scheint, die mir wichtig sind, um ein gewisses Gleichgewicht diesbezüglich wieder herzustellen.

Erstens: Internet ist kein Schlaraffenland. Das, was wir im Computer sehen, das gibt es nicht wirklich. Es ist virtuell. Es wird den Kindern aber vielfach der Eindruck vermittelt – und junge Leute wechseln das gerne – dass das alles einfach zur Verfügung steht. Die Schule hat dem vorzubeugen! Internet erfüllt keine Wünsche, es weckt sie vielleicht nur. Das Kind muss lernen, damit umzugehen. Kommunikation beschränkt sich nicht auf den Sehnerv allein. Das jetten und mailen alleine ersetzt nicht den Wert, den pädagogischen Wert eines Gespräches. Den Umgang der Menschen miteinander. Man sieht sich nicht. Es gibt keine körperliche Anwesenheit. Nicht einmal bei den demnächst machbaren Videokonferenzen. Dem ist vorzubeugen.

Der Computer isoliert die einzelne Person oder er kann sie isolieren. Natürlich kann der Computer auf der einen Seite den frontalen Unterricht auch auflockern und das frontale Lernen entsprechend erleichtern. Kinder können sich selbständig betätigen. Sie machen das in einem atemberaubenden Tempo und mit einer unglaublichen Routine sodass unsereins oft nur staunen kann. Aber gleichzeitig kann der Computer das soziale Lernen gefährden. Gruppenarbeiten mit Computer sind schon schwieriger und bedürfen einer gewissen Betreuung. Die Pädagogik sollte darauf Rücksicht nehmen. Medien können übersättigen. Sie können überdies zur Sucht werden. Aber selten können sie Wohlbefinden oder Zufriedenheit erzeugen. Ich darf das an einem kleinen Beispiel erläutern.

Es ist heute für Kinder eine Selbstverständlichkeit, gleichzeitig zu telefonieren oder ein SMS zu schicken, auf einen Bildschirm zu schauen und sich eine „Mc Donalds-Semmel“ einzuverleiben. Das sind Dinge, die gleichzeitig passieren. Aber entsprechend ist auch die Beschaffenheit jener Dinge, die Kinder konsumieren: Schnelle kurze Nachrichten, Newsflash, Videoclips, Fastfood. Das sind Dinge, denen man in der Schule zumindest vorbeugen muss. In dem Sinne, dass wir die Kinder zu einer Selbständigkeit erziehen, damit richtig umge-

hen zu lernen. Das heißt nicht, dass wir das ver-teufeln sollen. Aber das heißt, dass wir den Kindern beibringen müssen, mit diesen Trends umzugehen. Vielleicht aber das Wichtigste in diesem ganzen Zusammenhang: Technologiefeindlichkeit nützt nichts. Allgemeinbildung, soziale Kompetenz, solidarisches Handeln und Denken ist wichtig und ist ein wichtiges Gegengewicht zu der sich immer schneller entwickelnden Technologie, mit der die Kinder einen vernünftigen Umgang lernen müssen. Und zwar in Zweierlei einen vernünftigen Umgang. Einerseits natürlich den handwerklich vernünftigen Umgang, andererseits aber auch das entsprechende Bewusstsein diesen Dingen gegenüber, ihnen richtig begegnen zu können. Ein offenes Zuhören ist erforderlich. Und wir müssen bei Kindern die Erkenntnis fördern, dass die Medien nicht bilden. Sondern sie informieren. Gebildet ist immer der Mensch. Letztlich aber: Spaß kann es nicht nur vor dem Bildschirm geben, Spaß kann es auch vor dem Klavier geben, Spaß kann es natürlich auch mit einem Sportgerät geben.

Das sind einige Thesen, die mir wichtig waren. Weil ich glaube, dass sie auch berücksichtigt werden sollten in diesem Schulsystem, das sich so rasant entwickelt. Aber ich glaube, dass wir auch auf diese Werte Wert legen sollten. Auf der <http://www.noe-pflichtschule.at>. *(Beifall bei den Grünen.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Als nächster Redner kommt jetzt der Herr Abgeordnete Haberler anstatt von Herrn Abgeordneten Schimanek, der krank geworden ist und sich entschuldigt hat. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. HABERLER (FPÖ): Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie die Frau Präsidentin schon gesagt hat, in Vertretung des Kollegen Schimanek darf ich zwei Anträge einbringen *(liest:)*

„Resolutionsantrag

des Abgeordneten Haberler zur Gruppe 2 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, Ltg. 478/V-8, betreffend Verbesserung des Sportunterrichtes an Volksschulen.

In Berichten und Stellungnahmen zur Gesundheit der Jugend wird immer wieder aufmerksam gemacht, dass sich der allgemeine Gesundheitszustand dieser Altersgruppe laufend verschlechtert, die körperliche und damit auch die geistige Belastbarkeit sinkt und häufige später daraus resultierende gesundheitliche Schädigungen nachweisbar

sind. Dies findet u.a. seinen Niederschlag in den höheren Kosten für die Behandlung und Rehabilitation etwa von Haltungsschäden oder den Folgen von Fettleibigkeit schon in jungen Jahren, welche immer schwerer zu finanzieren sind. Eine wirksame Maßnahme dagegen wäre neben einer Stärkung des Gesundheitsbewusstseins die vermehrte sportliche Betätigung in allen Bereichen, vor allem aber in der Schule. Gerade der Schulsport trägt wesentlich zur körperlichen Ertüchtigung der Heranwachsenden bei. Eine qualitative Verbesserung der Sportausbildung des Lehrpersonals ist erforderlich, um Haltungsschäden und Schwächen im Bewegungsverhalten von Schülern wirksam vorbeugen zu können. Es muss gewährleistet sein, dass an jeder Volksschule Niederösterreichs zumindest eine Lehrkraft mit fundierter Sportausbildung tätig ist.

Der Gefertigte stellt daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung im eigenen Bereich und beim Bund alle erforderlichen Maßnahmen zu setzen, dass im Sinne einer Hebung des Gesundheitszustandes unserer Schüler die Schulleiter verpflichtet werden, zumindest eine Lehrkraft mit fundierter Sportausbildung im Personalstand zu führen.“

Ich darf dann noch einen Abänderungsantrag einbringen *(liest:)*

„Abänderungsantrag

des Abgeordneten Haberler zur Gruppe 2 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, Ltg. 478/V-8.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Ansatz 26 994 Behinderten- und Versehrten-sport Position Ausgaben Voranschlag 2001 lautet: ATS 400.000,-.

Der Ansatz 26 995 Gesundheits- und Seniorensport Position Ausgaben Voranschlag 2001 lautet: ATS 457.000,-.

Der Ansatz 27 901 Gesellschaft für politische Bildung Position Ausgaben Voranschlag 2001 lautet: ATS 0,00.“

Ich ersuche den Hohen Landtag, diesen beiden Anträgen die Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Jahrmann.

Abg. JAHRMANN (SPÖ): Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Es ist schon bezeichnend, dass sich schon einige Redner vor mir mit dem Thema Erwachsenenbildung beschäftigt haben. Es scheint also allen klar zu sein, wie wichtig dieser Aspekt ist. Und es ist ja auch kaum zu verbergen, dass die gesamte europäische Gesellschaft sich in einer Umwälzung befindet, in einer Übergangsphase zu einer anderen Gesellschaftsform, mit allen Chancen, aber auch mit allen Gefahren. Die Chance auf eine reife, demokratische Gesellschaft mit sozialer Sicherheit und individuellen Gestaltungsräumen für alle Bürger, aber auch die Gefahr der Spaltung der Gesellschaft in Modernisierungsgewinner und Modernisierungsverlierer.

Gefordert ist die Initiative jedes Einzelnen, seine Fachkompetenz zu ergreifen und sich in den Arbeitsmarkt erfolgreich einzubringen. Gefordert ist jeder Einzelne, sich in der Flut von Informationen und komplexen Zusammenhängen Orientierung zu verschaffen, seine persönliche Identität zu stärken und für das Gelingen des gesellschaftlichen Zusammenlebens Verantwortung zu übernehmen. Die sogenannten Schlüsselkompetenzen.

Um der permanenten Weiterentwicklung jene Priorität einzuräumen, die in Zukunft abverlangt werden wird, bedarf es einer lernenden Grundhaltung und der Schaffung einer neuen Lernkultur in unserer Gesellschaft mit effizienten Mitteln des Bildungserwerbes und der Bildungsberatung.

Zusätzlich ist festzustellen, dass das System von Erst- und Grundausbildung zunehmend unter Druck gerät. Es steht vor dem Problem der Verarbeitung wachsender Lernstoffmengen mit Verlängerung der Schul- und Studienzeiten und stößt bereits jetzt an die Grenzen der Finanzierbarkeit. Hinzu kommt die stark sinkende Halbwertszeit des Wissens. In manchen Berufen halbiert sich nach 20 Jahren der Erstausbildung das Wissen bereits nach einem Jahr. Folglich wird ein konsequenter Umbau des bestehenden Bildungssystems unter Verkürzung der Erstausbildung und Stärkung der Weiterbildung erforderlich sein. Aus arbeitsmarktpolitischen Gründen ist diese Tendenz allerdings zur Zeit noch gegenläufig. Die Kernfragen für alle, die bildungspolitische Verantwortung tragen, lauten: Wovon sind die Menschen des ausgehenden 20. Jahrhunderts zutiefst geprägt? Welchen Vorgängen können sie sich ungeachtet ihres persönlichen Wollens nicht entziehen? Worauf also müssen sie eine Antwort finden? Und: Auf welche Weise kann Bildung die Menschen dabei unterstützen, ihr Leben nach ihren Vorstellungen zu bewältigen?

Einige Einflussfaktoren, die die Menschen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert prägen, seien hier angeführt. Umfassender Wertewandel, politische und gesellschaftliche Umbrüche, wachsende Komplexität und die globale Entwicklung in der Wirtschaft und in der Arbeitswelt, rasche Veränderungen der Lebensformen und im Sozialgefüge die Notwendigkeit von persönlicher Flexibilität. Für den Bildungssektor bedeutet dies, dass angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen die bisherige Konzentration auf die Erstausbildung nicht mehr ausreichend ist. Die Notwendigkeit zu permanenten Lernschritten wird inzwischen allgemein betont. Die Europäische Kommission hat diesen Gedanken 1996 etwa in dem Jahr des lebensbegleitenden Lernens aufgegriffen und diesem Thema auch ein Weißbuch gewidmet.

In diesem Zusammenhang darf ich wieder auf das Problem des Bildungsurlaubes hinweisen. Die Einführung eines Bildungsurlaubes würde Arbeitnehmern die Möglichkeit geben, im Rahmen ihrer Dienstverhältnisse eine bestimmte Zeit für Bildungszwecke freigestellt zu werden. Ein Anspruch jedes Arbeitnehmers auf Bildungsurlaub im Ausmaß von etwa fünf Tagen sollte endlich gesetzlich verankert werden! Neben den Kosten stellt die mangelnde Zeit für Weiterbildung einen der Hauptgründe für die Weiterbildungsabstinenz dar. Durch den Bildungsurlaub ergäbe sich die Möglichkeit, diese Zeit von Seiten des Unternehmens zur Verfügung zu stellen, um die berufliche Qualifikation anzupassen oder zu erweitern. Durch gezielte Weiterbildung im Dienstverhältnis wird die Qualifikation des Dienstnehmers laufend aktualisiert. Die Gefahr des Stehenbleibens und damit die Gefahr des Abbaues könnte dadurch vermindert werden. Letztendlich könnte dadurch auch ein Beitrag zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit erbracht werden.

Nun ein Wort zur budgetären Situation des zweiten Bildungsweges. Im NÖ Landeskulturbegriff für Bildung und Wissenschaft von 1997 wird betont, dass die Erwachsenenbildung dem Einzelnen auch im Sinne von Schulen der zweiten Chance die Möglichkeit weiterer Qualifikationen durch den Erwerb von Wissen und Fähigkeiten außerhalb der schulmäßigen Ausbildung bieten muss. Das prinzipielle Bekenntnis zur Bedeutsamkeit der Erwachsenenbildung spiegelt aber keineswegs die finanzielle Ausstattung dieses Systems wider. Ich habe extra den Budgetansatz von 1997 genommen, um hier nicht in Gefahr zu geraten, dass kurzzeitige Schwankungen in diesem Budgetbereich ein falsches Bild aufkommen lassen.

1997 war für Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft 11,4 Milliarden angesetzt. Davon

entfielen auf Erwachsenen- oder auf Volksbildung lediglich 14,7 Millionen. Das sind 0,13 Prozent. Aber viel schlimmer sieht es im Voranschlag für 2001 aus. Der Ansatz für Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft ist zwar auf 12,8 Milliarden gestiegen, auf Volksbildung entfallen aber lediglich 12,3 Millionen. Das sind 0,09 Prozent. Ein Vergleich der finanziellen Zuwendungen für Erwachsenenbildung inklusive öffentliche Büchereien in den einzelnen Bundesländern zeigt allerdings verschiedenes auf. Ich weiß nicht, wo mein Vorredner seine Statistiken hergehabt hat. Ich habe ein etwas anderes Zahlenbild hier aber auch das zeigt keinen hervorragenden Platz für die NÖ Erwachsenenbildung.

An der Spitze liegt etwa Wien mit einer Forderung von über 200,- Schilling pro Einwohner. Weit abgeschlagen folgt dann Salzburg mit etwa 36,- Schilling und Vorarlberg mit etwa 23,- Schilling. Niederösterreich befindet sich mit Tirol, Burgenland und Oberösterreich mit etwa 10,- Schilling am unteren Ende des mittleren Drittels. Schlusslichter sind Steiermark und Kärnten mit etwa 5,- Schilling pro Person.

Neue Belastungen haben zudem in den letzten Jahren zu einer weiteren Einschränkung der finanziellen Möglichkeiten der Erwachsenenbildung geführt. Die Kommunalabgabe, die Einführung von Benützungsgebühren für Schulräume, Werkvertragsregelungen und so weiter, wie sie Kollege Cerwenka schon angeführt hat. Vom Land Niederösterreich zum Beispiel erwartet sich der heute bereits zitierte FEN im Zeitraum des Entwicklungsplanes, nämlich von 1998 bis 2003, eine Verdoppelung der Förderungsmittel auf Budgetbasis 1998. Allerdings, die erste Stufe müsste mindestens eine Erhöhung von 50 Prozent bringen!

Was ich damit sagen will ist folgendes: Ich glaube, dass es heute kaum noch jemanden gibt, der angesichts der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung die Erwachsenenbildung und den sogenannten zweiten Bildungsweg in Frage stellt. Alle politischen Parteien bekennen sich ja auch dazu. Was aber nützen Bekenntnisse, wenn wir den ausbildungs- und weiterbildungswilligen Österreichern kein adäquates brauchbares und ausreichend verfügbares Bildungssystem bieten? Und wir werden dadurch mitschuldig an der Produktion von Modernisierungsverlierern. Wenn die Wirtschaft durch verschiedene Maßnahmen tatsächlich dazu animiert werden soll, mehr Arbeitskräfte einzustellen, dann muss ein effizientes Weiterbildungssystem auch dafür sorgen, dass entsprechend ausgebildete Kräfte am Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Erwachsenen-, Aus- und Weiterbildung muss entsprechend gesetzlich ausgestattet, vor allem aber auch entsprechend finanziell dotiert sein, um solche Aufgaben erfüllen zu können. Sonst bleibt jedes politische Bekenntnis, mag es noch so lautstark vorgebracht werden, ein Lippenbekenntnis. An den Budgetzahlen kann man das am ehesten ablesen. Oder, wie der alte Lateiner sagt: *Hic Rhodus, hic salta!* (*Beifall bei der SPÖ.*)

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Heuras.

Abg. Mag. HEURAS (*ÖVP*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Die vielen Resolutionsanträge könnten einem glauben lassen, dass im Bildungsbereich sehr vieles verbesserungswürdig ist. Natürlich ist manches zu korrigieren und manches zu verbessern. Aber hier sollte grundsätzlich einmal auch festgehalten werden, dass die Tatsache, dass im Schulwesen der Budgetansatz ein Plus von 5,3 Prozent aufweist und der Bereich Sport, Bildung, Kultur gar einen von 12 Prozent, die Bedeutung unterstreicht, die unser Budget und unser Land diesen Bereichen beimisst.

Abgesehen davon, dass, glaube ich, niemand daran zweifelt, dass unser Bildungssystem, das sehr differenziert ist, sich sehr stark an den Schwächen und Stärken des Individuums orientiert, dass es sehr leistungsorientiert ist, zu einem der besten Europas gehört und dass von vielen Staaten in Europa versucht wird, es nachzuahmen, weil wir hier Vorbildwirkung haben. Dazu kommt unser gutes, duales Ausbildungssystem der Lehrlinge, von der hohen Qualität der Fachhochschulen gar nicht zu reden. Ich glaube, wir sind im Bildungsbereich, eine Modellnation. Und natürlich ist auch Niederösterreich ein Vorzeigeland.

Dazu kommt, dass durch unsere hervorragende Einrichtung des Schul- und Kindergartenfonds das Land auch noch versucht, das Umfeld möglichst kindgerecht zu gestalten. Die Atmosphäre für die Kinder auch baulich so zu haben, dass ein möglichst hoher pädagogischer Ertrag zu erzielen und zu erreichen ist. So sieht dieser Fonds zum Beispiel Beihilfen von rund 350 Millionen Schilling vor. Und zudem werden vom Fonds in den nächsten 15 Jahren die Zinsen für Darlehen von rund 3,2 Milliarden Schilling getragen. Derzeit sind 265 Bauvorhaben an 190 Pflichtschulen und 75 Kindergärten mit einem Gesamtbauvolumen von 2,4 Milliarden Schilling eingereicht. Dazu kommen noch 360 Vorhaben von Instandsetzungen an 237

Schulen und 123 Kindergärten mit einem Gesamtvolumen von 230 Millionen Schilling. Auch das zeigt sehr deutlich die Wichtigkeit, die Bedeutung, die das Land Niederösterreich auch dem Umfeld und der pädagogischen Betreuung unserer Kinder und Jugendlichen beimisst.

Ein weiterer Meilenstein ist dadurch gelungen, dass erstmals im Budget 2001 auch ein Ansatz für Musikschulen enthalten ist. Es ist nämlich insofern eine Änderung eingetreten, als in Hinkunft auch Musikschulen, die baulich mit einer Pflichtschule verbunden sind, vom Fonds gefördert werden, was sicherlich sinnvoll ist. Das macht deswegen Sinn, weil man die Infrastruktur unserer Schulen in besonderer Weise besser und effizienter nutzt. Es macht deswegen Sinn, weil man auch am Nachmittag unsere Räume, unsere teure Infrastruktur nutzen kann. Und es macht auch deswegen Sinn, weil unsere Kinder und unsere Jugendlichen in gewohnter Umgebung verstärkt zum Musikunterricht angehalten werden. Und das ist, glaube ich, ein wichtiger und ein weiterer wichtiger Schritt, was die Bildung in Niederösterreich betrifft.

In Zahlen: Es werden 88 Millionen und Zinsen für rund 200 Millionen Schilling zu unterstützen sein. Und derartige Unterstützungen und Beihilfen sind erstmals im Budget 2001 vorgesehen, was, glaube ich, ein Meilenstein in der musikalischen Ausbildung und in der Musikqualität und im Unterricht in unseren Musikschulen und für unsere Kinder ist.

Ich darf vielleicht noch einen Satz zur behindertengerechten Ausführung dieser Bauten sagen. Also mir ist nicht bekannt, dass Zubauten oder Umbauten, die derzeit geschehen, nicht behindertengerecht ausgeführt würden. Und jede Baubehörde und das Land und auch der Fonds legen größten Wert darauf, dass Umbauten und Zubauten in besonderer Weise behindertengerecht ausgeführt werden.

Ich möchte aber noch einmal ganz kurz zum Kindergarten zurückkommen. Es ist heute viel von Integration gesprochen worden. Ich möchte auch hier einige ganz besonders erfreuliche Dinge noch kurz erwähnen, was die Situation in unseren Kindergärten betrifft. Unser Kindergartenwesen ist einzigartig. Wir sind europaweit im Spitzenfeld. Niederösterreich liegt österreichweit ganz ganz vorne, an der Spitze mit unserem Kindergartenmodell, das am Vormittag in der Bildungszeit unseren Kindern einen kostenlosen Zugang zu dieser Einrichtung ermöglicht. Wir leisten damit, glaube ich, einen wichtigen Beitrag für unsere Kinder. Und ich glaube, das ist auch ein wesentlicher familienpoliti-

scher Beitrag und eine Unterstützung unserer Familien und unserer Frauen in der Frage der Entscheidung zwischen Beruf und Familie.

Worum es mir aber hier in besonderer Weise noch geht, das sind die Integrationsmodelle. Da gibt es zwei Gruppen: Die Einzelintegration, die sehr abgestimmt auf das jeweilige Kind in Einzelbetreuung erfolgt mit Stützkräften. Und dann gibt es in zweiter Linie noch die sogenannten HBI-Gruppen. Also die Gruppen, wo drei bis fünf Kinder mit besonderem Förderbedarf in kleinen Gruppen mit maximal 15 Kindern zusammengefasst werden und ganz besonders gut und pädagogisch wertvoll betreut werden von drei Personen: Der Kindergärtnerin, einer Sonderkindergärtnerin mit besonderer Qualifikation und eben der Kindergartenhelferin. Ich glaube, das ist ein Musterbeispiel an Integration. Eine Integration, die besonders bedarfsgerecht ist. Die auf das Kind Rücksicht nimmt und abgestimmt ist auf die Situation des jeweiligen Kindes. Hier werden wir nicht erreichen müssen, Insel der Menschlichkeit zu werden, das sind in Niederösterreich Inseln der Menschlichkeit.

Ich habe daher wenig, mir fehlt das Verständnis, wenn derzeit eine neue Kindergartenumfrage im Laufen ist. Es gab erst vor kurzem eine Umfrage, die uns bescheinigt hat, dass die Eltern, die Gemeinden, die Bürgermeister mit unserem Kindergartenwesen im höchsten Maß zufrieden sind. Diese neue Umfrage, die hier gestartet wurde, trägt meiner Meinung nach bei zur Verunsicherung. Insofern als hier Fragen stehen wie, wollen sie einen Unkostenbeitrag von 200,- Schilling monatlich bezahlen in der Zeit von 7.00 bis 16.00 Uhr, oder: Wollen sie eineinhalb bis dreijährige Kinder im Kindergarten untergebracht haben usw. Ich halte diese Fragestellung derzeit, wo die Zufriedenheit mit unseren Kindergärten bescheinigt worden ist, objektiv festgestellt wurde, für kontraproduktiv. Diese Umfrage trägt bei zur Verunsicherung der Eltern und auch zur Verunsicherung der Gemeinden, der Gemeinderäte und der Bürgermeister. Ich glaube, wir sollten dieses Modell, das sich so bewährt hat, jetzt einmal in Ruhe arbeiten lassen und sollten durch diese Umfrage nicht unnötige Unruhe in unser hervorragendes Kindergartenwesen einfließen lassen.

Abschließend zu den Resolutionsanträgen des Kollegen Cerwenka. Hier werden wir selbstverständlich beitreten, das ist keine Frage, was die beiden ersten Anträge betroffen hat. Was den Antrag zur Erwachsenenbildung betrifft, so möchte ich hier eines festhalten. Hier hat mir gefallen, was der Herr Kollege Mag. Fasan gesagt hat. Die soziale Kompetenz geht uns ab. Wir brauchen einen Kontrapunkt zur EDV, zur einseitigen Kommunikations-

ausbildung. Es sind Schlüsselqualifikationen gefragt wie Teamarbeit, wie Umgang miteinander. Soziale Kompetenzen im kommunikativen Bereich. Auch diese sollten unterstützt und gefördert werden im Rahmen einer vernünftigen Erwachsenenbildung.

EDV-Sprachen werden in den einzelnen WIFI, BFI angeboten. Die Erwachsenenbildung sollte sich ganz besonders auch auf diese Schlüsselqualifikationen beziehen und dort ansetzen, wo wir sie ganz besonders für unser Gemeinwohl und für unsere Gemeinden brauchen.

Zu den Anträgen von Kollegen Mag. Fasan noch ganz kurz was die Erwachsenenbildung betrifft. Natürlich ist das zu begrüßen was hier gefordert wird. Die Frage ist nur, die Bedeckung dieser fünf Millionen, die bleibt offen. Und die zweite Sache, die behindertengerechte Schaffung der Einrichtung in unseren Schulen. Ich habe es vorher schon erwähnt. Man ist bestrebt, alle Umbauten, Zubauten möglichst behindertengerecht zu machen. Ich kenne keinen Fall, wo das derzeit nicht passiert. Und die Forderung von dir wäre meines Erachtens nach ein gewaltig hoher bürokratischer Aufwand. Die Frage ist, ob das nicht auch über die Gemeinden nachzuvollziehen wäre. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Auer.

Abg. AUER (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zu Beginn zwei Bemerkungen. Die eine zur Frau Abgeordneten Mag. Weinzinger bezüglich der Lehrerfortbildung, diese 200.000,- Schilling. Ich möchte nur in Erinnerung rufen, dass für die Lehrerfortbildung der Bund zuständig ist und dass wir bis vor einigen Jahren immer einen Ansatz hatten, der leider dann den Sparmaßnahmen zum Opfer gefallen ist. Und erst seit dem heurigen Jahr, seit dem Budget 2000 gibt es wieder diesen Betrag von 200.000,- Schilling, der in Wirklichkeit dazu dient, an der Pädagogischen Akademie in Baden spezielle für Niederösterreich interessante oder speziell für Niederösterreich bestimmte Themen vielleicht zu besprechen. Und daher ist dieser Ansatz erhalten.

Herr Abgeordneter Heuras! Ich will gar nicht im Detail auf das eingehen, was Sie jetzt zum Schluss gesagt haben bezüglich Kindergarten, Vormittag kostenfrei, am Nachmittag Beitrag. Denn das habe ich beim vorigen Budget vor einem Jahr sehr ausgiebig behandelt. Ich glaube, es ist einfacher, Sie

lesen es dort nach. Nur zu der Umfrage ein paar Sätze. Das ist doch ganz natürlich, und ich würde es jedem empfehlen, bei Einrichtungen immer wieder nachzufragen, ob es in Ordnung ist und funktioniert. Nämlich vor allem bei den Betroffenen. Nämlich nicht bei den Kindergärtnerinnen, nicht ausschließlich bei den Eltern jener Kinder, die den Kindergarten besuchen. Denn dort muss es funktionieren. Denn all jene, die damit nicht zufrieden sind oder das Auslangen finden, die sind natürlich nicht im Kindergarten.

Das heißt, ich muss die Personengruppe jener befragen, die ein Kind vor dem Kindergartenalter, also vor dem Alter von drei Jahren, haben. Das müsste in Wirklichkeit der Schwerpunkt sein. Denn nur so bin ich in der Lage, festzustellen ob Beschwerden, die es natürlich vereinzelt immer wieder gibt, auch stimmen. Ob das Einzelwünsche sind oder ob das mehrere betrifft.

Und mit den Bürgermeistern alleine - auch dafür habe ich voriges Jahr Beispiele gebracht - haben wir schon gar nicht die Antwort oder die Feststellung, dass tatsächlich alles in Ordnung ist. Ist auch ganz klar, denn wenn Mehrkosten vor allem auf die Gemeinden zukommen dadurch, so ist natürlich jedem Bürgermeister recht wenn er um 16.00 Uhr seine Kindergärten zusperrern kann. Weil er sich eine Menge an zusätzlichen Kosten dann erspart. Aber das ist einer der Punkte meiner heutigen Rede.

Meine Damen und Herren! In Niederösterreich sind wir mit Recht stolz darauf, dass wir unser Land flächendeckend mit Kindergärten versorgt haben. Wir haben daher eine neue, ganz andere Aufgabe. Nicht nur zu sagen, wir sind gut, wir sind die Besten, sondern uns anzuschauen, können wir tatsächlich allen diesen grundsätzlichen Aufgaben gerecht werden? Können diese umgesetzt werden? Stimmen die Bedürfnisse, die die Kinder und die Eltern an diese Einrichtung haben und passt die Qualität?

Wenn ich mir so die Aufgaben anschau, die es gibt, und neben den pädagogischen Grundsätzen, die natürlich hervorragend umgesetzt werden, gibt es aber noch andere Aufgaben. Das hängt mit der Selbständigkeit der Kinder zusammen, mit der Vorbereitung auf die Schule, auf das kommende Leben. Und vor allem, und das predige ich schon sehr lange, wünsche ich mir, dass das Erkennen der Konflikte und der richtige Umgang, die Lösung, Konfliktlösung, besser umgesetzt werden könnte.

Wenn ich mir die Vorbereitung auf Schule und das Leben anschau, so wissen wir sehr genau auf

Grund von Untersuchungen und Arbeiten, dass ein möglichst langer Kindergartenbesuch, das heißt über die vollen drei Jahre, sich ausgesprochen positiv auf die Kinder auswirkt. Auf das visuelle und auf die manuellen Leistungen, vor allem aber auf das Kurzzeitgedächtnis, auf die Sprachleistungen und das Sprachverhalten. Und das ist sehr, sehr wichtig für mich und ist in Wirklichkeit die Grundlage für das künftige Leben unserer Kinder. Und daher erwähne ich es wieder ganz besonders: Wir müssten gemeinsam jeder Tendenz, die dahin geht, diese drei Jahre vielleicht auf zwei Jahre zu verkürzen, massiv entgegenwirken.

Das zweite, die Konflikte erkennen und lösen. Da wird für mein Gefühl noch immer viel zu wenig getan. Hier müsste man tatsächlich bei der Aus- und Weiterbildung Schwerpunkte setzen, weil ich glaube, dass in diesem Bereich sehr viel Vorarbeit geleistet werden könnte im Zusammenhang mit dem Abbau von Aggressionen und vor allem im Zusammenhang mit der Vorbeugung vor Gewalt. Wir beschäftigen uns sehr intensiv mit allen Bereichen, die in dieses Thema Gewalt hineinpassen. Und in Wirklichkeit könnten wir hier Immenses leisten in Richtung Vorbeugung vor solchen Dingen.

Und nun zu den Bedürfnissen. Hier ist anzuschauen, welche Bedürfnisse haben die Kinder und haben die Erziehungsberechtigten. Einer der wichtigsten Schritte auf diesem Gebiet für beide war, pro Gruppe eine Helferin zu installieren. Aber genauso wichtig ist es, möglichst nicht allzu viele verschiedene Bezugspersonen für das Kind zu haben und möglichst nicht zu viele Umgebungswechsel an einem Tag. Und daher ist es wichtig, für all jene, die berufstätig sind, dass die Öffnungszeiten der Kindergärten wirklich an die tatsächlichen Bedürfnisse anzugleichen sind. Wir wissen, dass wir es im Gesetz verankert haben. Die Realität schaut allerdings anders aus. Das heißt, die meisten Kindergärten werden zumindest ab 16.00 Uhr geschlossen. Und ab 16.00 Uhr haben auf der einen Seite die Eltern mehr zu zahlen. Und das zweite ist, Mehrkosten für die Gemeinden entstehen. Und daher ist für mich eine der positivsten Erscheinungen in diesem Budget zwei Dinge. Das eine ist zwar selbst nicht im Budget, aber die Auswirkungen: Die Einigung der Gemeindevertreter mit dem Land Niederösterreich, die Mehrkosten von 16.00 Uhr abzudecken, Gemeinden und Land teilen sich diese Mehrkosten 50:50. Um damit es den Gemeinden leichter zu machen, den Kindergartenhalter, wirklich die Öffnungszeiten anzupassen. Und nicht lakonisch zu sagen wenn eine Frau anruft, ja, Sie sind leider die einzige, bis jetzt hat sich sonst noch gar keine gemeldet und daher können wir diesen Kindergarten

nicht länger offen halten. Ich glaube, dass das wirklich sehr, sehr wichtig war.

Ein weiterer Punkt, der sicher nicht alltäglich ist, aber immer wieder kommt, der für mich mehrere Auswirkungen hat, das ist die Sicherheit. Wenn heute eine Frau berufstätig ist, dann braucht sie die Sicherheit, dass ihr Kind tatsächlich den Kindergarten besuchen kann. Und wenn es dann passiert, dass der Kindergarten gesperrt werden muss – nicht, weil eine Epidemie ausgebrochen ist, sondern weil einfach keine Kindergärtnerin zur Verfügung steht – dann ist das für manche berufstätige Frau ein Problem. Ich will nicht sagen tragisch, aber zumindest ein Problem, das ich genau kenne. Denn schon bei Krankheit, wenn das Kind krank ist, muss man überlegen, wer bei dem Kind bleibt. Und wenn dann noch zusätzlich solche Tage kommen, dann kann es für sie, zumindest für Alleinerzieherinnen, ganz besonders tragisch werden.

Ich weiß schon, dass das nicht die Masse ist. Aber ich kenne bei mir im Bezirk einige Gemeinden, wo es nicht nur der Fall sein kann, sondern auch schon war. Und erst dieser Tage vergangene Woche ist wieder in der Zeitung gestanden, dass in der Stadt Baden ein Kindergarten geschlossen werden musste. Jetzt können wir sagen, kann die Gemeinde nicht dafür sorgen, dass eine Kindergärtnerin da ist? Das Land zahlt ja dann ohnehin die Mehrkosten. Nur, so einfach ist das nicht. Man hat nicht sofort, innerhalb von einem Tag, von zwei Tagen eine Kindergärtnerin bei der Hand, die einspringt und den Betrieb aufrecht erhält. Und wenn man sich dann die Ziffern anschaut, so stelle ich fest, auch nichts Neues. Doch verändert wurde bis jetzt noch nichts. Wir haben zwar Springerinnen, aber sehr wenige. Zu Beginn des Kindergartenjahres noch eine erkleckliche Anzahl, aber im Laufe mehrerer Monate kommen diese Springerinnen natürlich auf Fixposten, weil sie bei langfristigen Krankheiten des Stammpersonals Kindergartengruppen übernehmen. Oder einfach einspringen, wenn eine Kindergärtnerin in Karenz geht und sie die Gruppe übernehmen müssen.

Und wenn ich dann lese - nicht aus den Fingern gesogen, sondern vom Bezirkshauptmann festgestellt - dass bei 170 Kindergärtnerinnen, also 170 Gruppen, nur mehr drei bis fünf Springerinnen greifbar sind, und dass die natürlich den Bedarf nicht abdecken können, so denke ich mir schon meinen Teil dazu. Noch dazu wenn ich weiß, wie viele Kindergärtnerinnen ständig auf einen Posten warten. Auf der Warteliste stehen. Und wenn man dann noch dazu weiß, dass eine Kindergärtnerin beim Land NÖ nur dann eine Chance hat, einen Job zu kriegen, wenn sie einen Notendurchschnitt

von 1,0 hat. Man kann sich also vorstellen, wie lange die Warteliste ist, wie groß die Chancen der Kindergärtnerinnen sind, tatsächlich einen Job zu kriegen. Das heißt, wenn wir endlich etwas mehr Springerinnen einsetzen könnten, die genug Beschäftigung finden könnten im Land Niederösterreich, dann, so glaube ich, hätten wir nicht nur die Sicherheit für die Erziehungsberechtigten angeboten, sondern wir hätten gleichzeitig auch wieder jenen vielleicht ein bisschen mehr Hoffnung gegeben, die auf eine Anstellung beim Land Niederösterreich warten.

Nun ein paar Worte zur Qualität. Wir haben in Niederösterreich wirklich bestens ausgebildete Kindergärtnerinnen. Und seit wir auch die Ausbildung für die Helferinnen beschlossen haben, kann sich das nur positiv auf die Qualität auswirken. Die Aufgabenbereiche im Kindergarten werden schließlich immer größer. Sie wissen, wir sind stolz auf die Integration der Kinder im Kindergarten. Die Anzahl der Kinder mit besonderen Bedürfnissen ist ständig im Steigen. Gut ausgebildete Sonderkindergärtnerinnen, die durch ihre tägliche Arbeit vor Ort die Probleme kennen und sich bereit erklärt haben, diese Ausbildung zu machen, hoffen auf eine Chance, hier tätig zu sein. Und diese Chance ist gleich Null in Niederösterreich. Ihre Chance ist kein Job, oder privat, als Vergnügen oder bei privaten Einrichtungen. Meine Damen und Herren! Der Erfolg, den wir durch unsere andauernden Hinweise erzielen konnten: Von 107 Sonderkindergärtnerinnen im Jahr 2000 für das Jahr 2002 112 - eine Steigerung von fünf Personen. Zumindest nach dem Dienstpostenplan. Und das für rund 47.000 Kinder, die im Kindergarten betreut werden!

Aber es kommt noch besser, meine Damen und Herren. In dieser Zahl 112 sind auch noch die 13 interkulturellen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen enthalten. Damit bleiben nur mehr 99 über. Meine Damen und Herren! Wenn man weiß, dass jährlich zwischen 3.000 und 4.000 fremdsprachige Kinder in Niederösterreichs Kindergärten betreut werden, so kann man sich vorstellen, wie gut 13 Beschäftigte auf diesem Gebiet ihre Arbeit erledigen können. Da kann es einen überhaupt nicht wundern, dass große Gebiete in Niederösterreich überhaupt keine Betreuung auf diesem Gebiet haben. Wenn man dann noch weiß, dass es nicht nur fremdsprachige, ausländische Kinder betrifft, sondern es viele Kinder - und es werden auch auf diesem Gebiet immer mehr - gibt, die Sprachschwierigkeiten haben, die Ausdrucksschwierigkeiten haben, die auch eine Betreuung brauchen, so ist das kein Problem für ausländische Kinder, sondern es ist ein generelles Problem auf diesem Sektor. Übrigens, und

das möchte ich schon festhalten, selbst dann, wenn es nur ein Problem für ausländische Kinder wäre, würde ich mich genauso massiv dafür einsetzen!

Es ist also ein Ding der Unmöglichkeit, von 13 eingestellten Betreuerinnen das Land Niederösterreich, wenn man dessen Größe kennt, betreuen zu lassen. So haben wir im Wald- und im Mostviertel und im Weinviertel so gut wie keine Betreuung. Und jetzt hören wir immer Stimmen, die sagen, na kein Wunder, dort brauchen wir sie ja nicht, weil diese Probleme haben wir nur im Süden Niederösterreichs. Auch dazu darf ich Ihnen ein paar Zahlen nennen. Allein im Bezirk Amstetten sind es 170 Kinder, die diese Betreuung brauchen würden. Wien-Umgebung - auch hier gibt es diese Betreuung nicht - 300 Kinder. Es gibt 60 Kinder im Bezirk Gmünd, 50 in Hollabrunn. Und so könnte ich Bezirk für Bezirk bis Waidhofen a.d. Thaya zitieren, wie viele es davon gibt, die nicht einmal die Chance haben, eine derartige Betreuung zu erfahren.

Dazu kommt noch, meine Damen und Herren, dass es manchmal so aussieht, als müsste man eine Ausbildung zum Detektiv haben wenn man überhaupt eruieren will, ob es solche gibt oder nicht gibt. Denn wenn man sich die Personalaufschlüsselung im Dienstpostenplan anschaut, so stellt man zwar fest, wie viele Dienstposten es für Kindergärtnerinnen gibt, und mit einem Sternderl eine Anmerkung, dass es 112 Sonderkindergärtnerinnen gibt. Das weiß man gerade noch, weil das ist so nebenbei herausgefiltert, aber sonst sieht man nichts. Das ist natürlich einfach und bequemer. Denn wenn man es nicht weiß, was soll man dann dazu sagen? Jetzt kann ich sagen, das sind 112 und wofür sind die eingeteilt? Ich habe nach hinten und vorne gerechnet, habe mir das angeschaut, es werden nicht mehr. Ausgenommen sind 12 Betreuerinnen, das sind die Inspektorinnen, die noch zusätzlich dazu kommen. Meine Damen und Herren! Ich stelle daher einen Resolutionsantrag (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Auer und Lembacher zur Gruppe 2 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, Ltg. 478/V-8, betreffend flächendeckende Versorgung mit Interkulturellen Mitarbeitern in den NÖ Kindergärten.

In den niederösterreichischen Kindergärten werden jährlich 3.000 bis 4.000 fremdsprachige Kinder betreut. In diesem Bereich der ‚Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen‘ stellt die Beistellung von Interkulturellen Mitarbeitern ein wesentliches und unverzichtbares Element dar.

Derzeit befinden sich 13 Interkulturelle Mitarbeiter im Dienst. Diese können angesichts der oben angeführten Zahl der zu betreuenden Kinder den Bedarf in keinster Weise abdecken und es steht daher das Kindergartenwesen in diesem Punkt vor großen Problemen. So sind viele Gebiete noch unbetreut, etwa im Wald- und Mostviertel, aber auch im Weinviertel. Nach den derzeitigen Bedingungen wäre eine Aufstockung anzustreben, um eine flächendeckende, dem Bedarf entsprechende Versorgung zu sichern.

Um außerdem eine Klarstellung im Dienstpostenplan des Landes Niederösterreich zu erreichen, müsste in Hinkunft für die Interkulturellen Mitarbeiter eine eigene Position vorgesehen werden. Interkulturelle Erziehung stellt keine ausländer-spezifische Spezialmaßnahme dar, sondern richtet sich gleichermaßen an österreichische und ausländische Kinder.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung eine flächendeckende, dem Bedarf entsprechende Versorgung mit Interkulturellen Mitarbeitern anzustreben und ab dem nächsten Dienstpostenplan die Interkulturellen Mitarbeiter in einer gesonderten Position aufzunehmen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht nur Landesrat Mag. Sobotka, sondern auch Vordredner haben schon darauf hingewiesen, dass Niederösterreich das Land oder ein Land als Insel der Menschlichkeit weiter bleiben soll, aber auch weiter entwickelt werden soll. Und dass vor allem keine Bevölkerungsgruppen oder besser gesagt, Landesrat Mag. Sobotka hat es so gesagt: Bevölkerungsgruppen dürfen nicht zurückbleiben. Ich bitte Sie daher, wenn Sie das ernst gemeint haben, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hofmacher.

Abg. HOFMACHER (ÖVP): Frau Präsidentin! Verehrte Mitglieder des Hohen Hauses! Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport, Wissenschaft, beinhaltet auch das landwirtschaftliche Schul- und Bildungswesen in Niederösterreich. Und in den Ansätzen zum Budget 2001 widerspiegelt sich, dass Niederösterreich in allen Bereichen am besten Weg zur Topregion und auch zum Wirt-

schaftsstandort Nummer 1 ist. Es gilt daher, unsere volle Konzentration neben der Gegenwart vor allem in die Zukunft zu richten. Denn auch eine Neuorientierung im Bereich der Technologie ist unabdingbar. Einfallsreichtum, Flexibilität, alles schneller und besser, das sind Schlagworte, die auch im Bildungswesen Notwendigkeit geworden sind.

Die Ausbildung im landwirtschaftlichen Bereich muss darauf ausgerichtet sein, dass die Bauern nicht nur Lebensmittelproduzenten sind, sondern dass auch deren Bedeutung als Energielieferanten immer mehr zunimmt. Wir, die wir die politische Verantwortung tragen, haben dafür die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Schienen sind bereits verlegt, es kommt nur darauf an, wer schneller darauf fährt.

Durch eine gezielte Ausbildung im landwirtschaftlichen Bereich weiß man, wie ein Unternehmen erfolgreich zu führen ist. Es wird auch für die Mitglieder der EU von großem Interesse sein, die Nummer 1 auf dem Sektor der Bildung im landwirtschaftlichen Bereich kennenzulernen. Ohne überheblich zu sein, das sollen und wollen wir hier in Niederösterreich sein. Und dass die Entwicklung in unserem bäuerlichen Ausbildungsbereich bereits jetzt eine entsprechend positive ist, davon kann man sich im Foyer des Sitzungssaales bei den Informationsständen unserer Fachschulen überzeugen.

Dass auch in diesem Bereich ein entsprechender Umbruch stattgefunden hat und noch stattfindet, möchte ich Ihnen im Nachfolgenden kurz erläutern. Im Rahmen des landwirtschaftlichen Schulwesens wurden bei der Standortqualifizierung für die Umsetzung des Schulkonzeptes 2000 interessante neue Wege beschritten. Erwähnenswert sind vielleicht hier einige Beispiele. Entsprechende Diskussionen gab es in der Vergangenheit auch hier in diesem Hause.

Vielleicht kurz zu Gießhübl. Der für die Aus- und Weiterbildung vorgesehene Standort nahe Amstetten soll mit Hilfe eines privatwirtschaftlichen Trägers ein Kompetenzzentrum rund um die Schweineproduktion erhalten. Hierbei sollen die führenden Firmen aus diesem Bereich genauso eingebunden werden wie die Erwachsenenbildungseinrichtungen, zum Beispiel Landimpulse. Und der wesentliche Vorteil ist, dass eine Synergie zwischen realem Produktionsbetrieb und Ausbildungszentrum entsteht und die Kosten für das Land wesentlich verringert werden können. Auch ein derzeit laufender Umbau bringt langfristig sicher seine Früchte.

Und Gumpoldskirchen, um vielleicht ein weiteres nur zu nennen, ist die Schaffung eines Gemeinschaftsheurigenlokales mit sechs Winzern der Region ermöglicht worden. Hervorragende Qualifikationsmöglichkeiten auch im Bereich der Erwachsenenbildung wurden dadurch wesentlich verstärkt.

Auch in der Fachschule Mistelbach, wo der Schwerpunkt auf Marketing liegt, wo eine Gruppe von zirka 60 Bauern um den Verarbeitungs- und Vermarktungsbereich sich bemüht. Diese Initiative ist signifikant für die Notwendigkeit innerhalb der Landwirtschaft, um die Wertschöpfung für die Landwirtschaft entsprechend zu erhöhen.

Auch ein Paradebeispiel im Ausbildungsbereich ist Pyhra. Und bereits eine fertiggestellte Kooperation. Neben dieser Kooperation finden wir in unserer Schwerpunktschule für Milch und Milchverarbeitung Wesentliches. Hier haben sich drei Landwirte zusammengeschlossen und im Areal der Fachschule einen hochmodernen Gemeinschaftsstall für 150 Kühe errichtet. Das Land NÖ hat hier einen Seminarraum miterrichtet und die Ausbildung erfolgt auf höchstem Niveau. Es ist eine Einrichtung von hoher Attraktivität. Das sieht man auch daran, dass im vergangenen Jahr 5.000 Besucher diese Bildungsstätte besucht haben. Wie interessant und wie effektiv der Weg ist, möchte ich hier kurz anführen. Dies zeigt sich an einem Vergleich mit einer Investition, welche der Bund an seinen agrarischen Ausbildungsstätten tätigt. So wurde um ein Vielfaches des Betrages, der für den Stall in Phyra eingesetzt wurde, in Pitzelstetten in Kärnten ein Stall für 15 Kühe errichtet. Weiters fallen dort noch Personalkosten an, die man sich in der Fachschule Phyra natürlich erspart.

Ein wesentlicher Beitrag in unserer Bildungsstätte Tulln ist der Bereich der Energieversorgung. Dort wird ein Projekt errichtet, mit dem der Gewinn von Energie aus Biomasse vorgezeigt wird. Eine Anzahl privater Abnehmer wird damit versorgt. Auch auf Tullnerbach, wo das Modul 1 für die Pferdewirtschaft, für die ländliche Hauswirtschaft und für die Dorfhelferinnenausbildung an Intensität gewonnen hat, auch darauf möchte ich verweisen.

Diese Auflistung von beispielhaften Projekten in unseren bäuerlichen Bildungsstätten könnte noch lange fortgesetzt werden. Wenn ich an das lebendige oder lebende Webereimuseum in Unterleiten denke oder an den Gemeinschaftsschlachthof in Hohenlehen. Man geht hier im Ausbildungsbereich in den landwirtschaftlichen Fachschulen in Niederösterreich sicherlich den richtigen Weg. Zum ersten, weil wir eine hohe Qualität in der Ausbildung vorweisen können und zum Zweiten, weil die

Frequenz unserer Schüler in unseren Schulen eine dementsprechende ist.

Ich möchte auch noch besonders erwähnen die Aktivitäten im Bereich der landwirtschaftlichen Koordinierungsstelle LAKO. Diese Stabsstelle innerhalb der Abteilung für das landwirtschaftliche Schulwesen liefert immer wieder herausragende Publikationen. Durch die Bemühungen um einen internationalen Wissensaustausch kommen immer wieder Projekte im Rahmen von EU-Programmen zustande, welche nachhaltig die Bildungsarbeit bereichern. Gerade in diesen Zeiten, wo der europäische Geist durch unverständliche Maßnahmen der 14 EU-Partner in Österreich schwer geschädigt wird, ist ein offenes Engagement für Europa gefragt. Und das auch im Bildungsbereich.

Große Bedeutung hat das gesamte landwirtschaftliche Schulwesen. Auch für ein lebenslanges Lernen. Es genügt nicht, wenn ich einen Fachschulabschluss erwerbe und das dann als Ende meiner Ausbildungszeit betrachte. Es ist immer notwendig in der Erwachsenenbildung, auch im bäuerlichen Bereich, dass man die Weiterbildung forciert. Ausgehend von den hier genannten Fakten kann ich feststellen, dass die landwirtschaftlichen Schulen ihre Rolle als Bildungsplattform für den ländlichen Raum in beispielgebender Art erfüllen und damit wesentliche Pflastersteine für unseren Weg unter die Top-Regionen Europas darstellen.

Ich weiß, dass neue Wege oft mühsam sind. Aber an allen Fachschulen gibt es auf Grund des modularen Systems Schwerpunkte, wo es auch und vorwiegend auf den Einfallsreichtum der Verantwortlichen an unseren Bildungsstätten ankommt. Es gilt, aus diesen unternehmerischen Aufgaben, welche das landwirtschaftliche Bildungswesen betreffen, einige Schwerpunkte zu setzen. So ist es zum Beispiel wichtig, dass auch die Landwirte Engagement beweisen. Dass sie Stärke zeigen im unternehmerischen Denken, Handeln. Und dass sie handeln und das Positive zuerst setzen und das Negative hintanstellen. Denn erfolgreiche Unternehmer halten natürlich Ausschau und resignieren nicht. Es gilt weiter, dass sie offen sind gegenüber neuen Technologien. Denn die Entwicklung in der Landwirtschaft fordert uns in diesem Bereich. Man kann es nachvollziehen an der Entwicklung in den letzten Jahren. Und letztlich geht es darum, dass sie Freude mit ihrer Arbeit für eine gesunde Umwelt haben, wo sie Leistungen erbringen und auch eine gute Lebensqualität vorfinden. Der Inhalt des Lehrstoffes unserer Fachschulen ist sicher Garant dafür. Und ich bin überzeugt, dass das Geld, welches hier in die Ausbildung investiert wird, ein gut angelegtes Kapital für die Zukunft ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger. *(Dritter Präsident Ing. Penz übernimmt den Vorsitz.)*

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne)*: Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren!

Ich möchte zuerst ein Missverständnis aufklären, dem offensichtlich der Abgeordnete Mag. Heuras unterlegen ist bezüglich unserem Resolutionsantrag zur Beseitigung baulicher Barrieren in schulischen Einrichtungen. Vielleicht kann ich es „ausdeutschen“, wenn ich es schon nicht vorrechnen muss in dem Fall.

Es ging nicht darum, dass man bei Um- oder Zubauten die baulichen Barrieren entfernt. Sondern es ging darum, eine Erhebung in allen Schulen Niederösterreichs durchzuführen um zu ermitteln, welchen Bedarf es gibt, welche Umbauten oder Zubauten man vornehmen muss, damit an allen Schulen ein behindertengerechter Zugang gegeben ist. Weil wir ja in Niederösterreich nach wie vor damit konfrontiert sind, dass manche Kinder Schulen weit weg von ihrem Wohnort besuchen müssen, weil die ortsansässige Schule völlig ungeeignet ist. Das heißt, ich würde hier ersuchen, den Antrag noch einmal zu überprüfen. Weil ich überzeugt bin, dass es auch im Interesse der ÖVP ist, dass Kinder an ihrem Wohnort in ihrer Familienumgebung bleiben können, dort die Schule besuchen können und man hier entsprechende Um- und Zubauten vornimmt an allen Schulen und nicht nur die neu vorgenommenen Um- und Zubauten überprüft werden.

So viel als Anmerkung dazu. Ich möchte jetzt auf einige Punkte dieser Gruppe 2 noch gesondert eingehen und beginne mit dem Bereich der Lehrerfortbildung, den ich nur noch anspreche. Es wurde ausgeführt von der Frau Abgeordneten Auer, dass es hier ja primär um die PädAk Baden geht. Ich glaube nur, dass es darüber hinaus einen Fortbildungsbedarf gibt. *(Abg. Auer: Nein! Dort werden nur die Kurse abgehalten!)*

Ich glaube, dass gerade Lehrer und Lehrerinnen heute gewachsenen Anforderungen gegenüberstehen. Wenn ich mir vorstelle, dass Lehrerinnen meiner Generation etwa nun sicher auch gewisse Computerkenntnisse sich längst aneignen mussten. Dass es anderen Fortbildungsbedarf in ihren Wissensfächern gibt. Ich halte das für einen wichtigen Bereich. Dass man in die Fortbildung, auch nach längst abgeschlossener Ausbildung deutlich mehr Geld investiert. Und halte daher die 200.000 für schlicht und einfach zu wenig, auch wenn ich schon die Erklärung ... *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ja, der Bund ist zuständig. Auf das Argument komme ich an anderer Stelle dann auch noch. Nichts desto trotz könnte doch das Land, wenn wir schon für Fortbildung, Weiterbildung, Forschung und Zukunftsorientierung angeblich ein Herz haben, hier auch Geld in die Hand nehmen und dafür verwenden!

Ein Bereich, der mir hier auch noch am Herzen liegt, was die schulische Arbeit angeht, ist, und ich möchte es nur kurz erwähnen, ich gehe dann im vorschulischen Bereich näher darauf ein, dass es nicht nur den Regelschulbereich gibt, sondern auch Alternativschulen in Niederösterreich bestehen, die zur Zeit kaum bis gar nicht gefördert werden. Und schließlich noch eine Anmerkung ebenfalls im schulischen Bereich zum Resolutionsantrag des Abgeordneten Haberler zur Verbesserung des Sportunterrichts an Volksschulen. Herr Abgeordneter! Ich glaube, es wäre sehr viel zentraler, hier mal für Platz zu sorgen, damit sich Kinder bewegen können. Das heißt, für entsprechende Turnräume, Turnsäle zu sorgen. Auch im vorschulischen Bereich. Das heißt, in den Kindergärten eine Raumausstattung zu finden. Das heißt eine entsprechende Größe der Räume, in denen sich die Kinder aufhalten und betreut werden oder Bewegungsräume dazu, damit einfach der natürliche Bewegungsdrang und Spieltrieb von Kindern sich ausleben kann. Dann gibt es nämlich sehr viel weniger Probleme später. Das heißt, hier würden wir eindeutig andere Prioritäten setzen und werden dem Antrag nicht zustimmen.

Genauso wenig werden wir Ihrem Abänderungsantrag zustimmen, mit dem Sie die Mittel für politische Bildung streichen wollen. Ich glaube, dass politische Bildung wichtiger denn je ist. Und ich glaube, dass gerade von Ihrer Seite, wenn es in Ihren Reihen immer wieder Menschen gibt, die spontan und versehentlich und angeblich ohne zu wissen, Sprüche der Waffen-SS zitieren, politische Bildung eigentlich ein Gebot der Stunde wäre. *(Beifall bei Abg. Mag. Fasan.)*

Ich habe jetzt ein paar Anmerkungen zum Bereich Forschung und Wissenschaft. Ich habe in meinen Ausführungen in der Generaldebatte bereits angemerkt, dass ich mit den Kürzungen für die Ausgaben im Bereich Forschung und Wissenschaft in keiner Weise einverstanden bin. Ich glaube auch nicht, dass die Einsetzung eines Technologiebeauftragten Viehböck mehr als ein PR-Gag ist. Oder dass damit die einschlägigen Positionierungen Niederösterreichs im Forschungs- und Wissenschaftsbereich wirklich gefördert werden können. Ich glaube, auf Niederösterreich kommen hier wichtige Aufgaben zu, ein eigenes Profil zu entwickeln. Das heißt, nicht so querbeet ein, alles ein bisschen zu

probieren. Ich glaube nicht, dass eine Spezialisierung auf Astronauten und Raumfahrt für Niederösterreich so die wirklich zielführende Positionierung sein wird. Ich glaube aber, dass wir große Chancen haben und dass es viel kreatives Potential in unserem Land gibt. Dass es viele kleine und mittlere Initiativen, Forschergruppen gibt, die etwa im Bereich der Ressourcenschonung spannende Fortschritte vorlegen können. Die aber derzeit kaum Förderung erfahren. Das heißt, ich würde mir hier wünschen, dass deutlich mehr Geld an solche auch zum Teil dezentrale Forschungsbemühungen geht.

Was ich sicher nicht haben möchte - das nur auch ganz klar gestellt, weil ich in den letzten Monaten mir hier nicht mehr so sicher bin, ob ein allgemeiner Konsens noch tragfähig ist - ich möchte keine verstärkten Ausgaben für Gentechnik, für die Gentechnik und die Erforschung ihrer Anwendung im Bereich der Landwirtschaft und der Lebensmittelproduktion. Ich klammere den medizinischen Bereich hier aus. Ich glaube nicht, dass es Sinn macht, hier Millionenbeträge in die Forschung zum Beispiel von Gen-Marillen zu stecken, wenn nicht die Absicht dahinter besteht, damit aus der Forschung dann ins Freiland zu gehen. Und daran habe ich das allergeringste Interesse. Bislang dachte ich, dass es hier einen tragfähigen Anti-Gentechnik-Konsens betreffend Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion gibt, der auch im Interesse der NÖ Bevölkerung ist. Nicht zuletzt Äußerungen im Rahmen der Eröffnung der Ausstellung „Gentechnik pro und contra“ haben mich da etwas stutzig werden lassen. Wenn etwa ein Vertreter des Landesschulrates dort sich klar und deutlich für die Gentechnik in allen Lebensbereichen als Zukunftsbranche der nächsten 100 Jahre ausspricht und sich wünscht, dass alle niederösterreichischen Schulen damit möglichst hautnah in Berührung kommen. Also dieser Art der Forschung sei allerdings eine Absage erteilt.

Ein kleines Detail in diesem Bereich Forschung und Wissenschaft, das ich nicht unerwähnt lassen möchte, ist eine Mittelverschiebung, die es hier offensichtlich gibt. Dass einerseits die Gelder für die Donau-Universität Krems gekürzt werden, und zwar durchaus deutlich um 4 Millionen, während andererseits die Mittel für die NÖ Landesakademie sehr, sehr deutlich aufgestockt werden, fast schon verdoppelt werden von 15 auf 27 Millionen. Steckt dahinter unter Umständen, dass man mit der Donau-Universität Krems nicht ganz so glücklich ist. Weil sie einen anderen Standort als St. Pölten hat? Und dass man lieber die NÖ Landesakademie dotiert, die etwas näher nicht nur am Sitz der Regierung, sondern - manchmal entsteht der Eindruck

- auch an politischen Aktivitäten der Regierungsmitglieder der ÖVP ist. Die Aktivitäten, die hier um diese dramatische Mittelerhöhung durchgeführt werden sollen, sind dem Budget nicht zu entnehmen. Sind auch sonst nicht bekannt. So wie auch wenig darüber bekannt ist, was schon mit den bisherigen 15 Millionen durch die NÖ Landesakademie geleistet oder nicht geleistet wurde. Also hier würde ich mir mehr Transparenz in der Budgetgestaltung und auch mehr Information erwarten.

Ein wichtiger Bereich, der Aufgabe der NÖ Landesakademie sein könnte, ist jener der Erwachsenenbildung. Hier schließe ich mich allen Vorrednern an, die eine zu geringe Dotierung der Erwachsenenbildung und zu wenig Schwergewicht auf Erwachsenenbildung bereits konstatiert haben und möchte es nur um zwei inhaltliche Facetten ergänzen. Ich glaube, dass in Niederösterreich wir zwei Schwerpunkte in der Erwachsenenbildung besonders betonen sollten. Das eine ist der gesamte Bereich der Internet-Technologie, der Telekommunikation, dieses neuen boomenden Marktes, der nicht zuletzt auch für Jobperspektiven interessant ist, aber auch für auf dem Laufenden bleiben im Sinn eines lebensbegleitenden Lernens. Und der zweite Bereich, der übrigens, wenn ich mich jetzt auch richtig erinnere, in irgendeinem der NÖ Leitbilder oder Konzepte steht, dass man gesondert Mädchen und Frauen in der Bildung fördert, was gerade für die Erwachsenenbildung auch gilt, wo es einiges an Aufholbedarf gibt und man sich hier einem Vorrang in der Förderung der weiblichen Bevölkerung verschreibt. (*Abg. Cerwenka: Das passiert automatisch, weil einfach mehr Frauen und Mädchen das Bildungsangebot annehmen!*) Also wann immer ich zum Thema Frauenförderung oder Mädchenförderung höre, es passiert automatisch, ist mein Verdacht sofort riesengroß, egal, ob er berechtigt oder unberechtigt ist. Es würde in keinem Fall schaden, wenn sich das Land in seiner Verantwortung und Kompetenz aktiv Gedanken macht darüber und eine Erhebung anstellt, in welchen Bereichen passiert es vielleicht tatsächlich automatisch - das mag ich hier gar nicht abstreiten - und wo möchte ich es auch noch gezielt fördern. Denn gerade auf dem Arbeitsmarkt zum Beispiel wissen wir, dass Frauen mit neuen Technologien große Qualifikationsrückstände haben. Und das sehe ich als etwas, was noch nicht automatisch passiert. (*Abg. Cerwenka: Sie nutzen die Angebote! Ich habe die Inhalte der Strukturanalyse. Ich kann Ihnen das belegen!*) Sie nutzen die Angebote, gut. Stimmen wir zumindest darüber überein, Herr Abgeordneter Cerwenka, dass es nicht schaden würde, das gezielt anzugehen.

Jetzt noch zu einem letzten Bereich dieser Gruppe, den Kindergärten. Ich kann mich hier in einem weiten Bereich kurz halten, weil ich vielen der Kritikpunkte der Abgeordneten Auer zustimme. Das Einzige, was ich noch immer nicht verstehe, ist, warum damals die SPÖ dem Kindergartengesetz zugestimmt hat angesichts dieser vielen Kritikpunkte. (*Abg. Auer: Ganz einfach, weil es ein gewaltiger Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand war!*)

Den Fortschritt sehe ich bei weitem nicht so. Dafür sehe ich ein paar andere Gründe, warum Sie zugestimmt haben, die aus der politischen Realität dieses Landes stammen. Das, was ich, weil da der Einwurf war, angeblich nicht kenne. Dann darf ich Ihnen doch noch einmal meine drei wichtigsten Kritikpunkte am Kindergartengesetz und damit an der Kindergartenversorgung, die wir haben, servieren. Das eine ist, ich halte es für völlig unsinnig, pädagogisch unsinnig, die Vormittagsbetreuung und die Nachmittagsbetreuung inhaltlich so auseinander zu nehmen, dass alle Erziehungsanteile am Vormittag zusammengepfercht sind und am Nachmittag nichts mehr passiert. Die Kritik ist an sich bekannt. Ich wiederhole sie hier. Was auch eine Folge ist, auch das ist bekannt, ich wiederhole es, damit Sie merken, ich kenn' das Kindergartengesetz ja doch und ich kenne sogar die Realität der Kindertagesituation in Niederösterreich, ist, dass wir infolge der kostenpflichtigen Nachmittagsbetreuung einen deutlichen Anteil an Abgängen haben, wo es keine Kindergartenplätze in manchen Gemeinden mehr gibt, wie schon geschildert, und in Summe das Kindergartengesetz dazu geführt hat, dass weniger Nachmittagsbetreuungsplätze angeboten werden oder, offiziell heißt es, nachgefragt sind.

Und schließlich die mangelnde zeitliche Flexibilität der Kindergärten, die im Kindergartengesetz auf dem Papier versucht wurde festzuschreiben, die in der Realität alles andere als existent ist. Dazu eine Anmerkung: Wenn man eine Million fest schreibt für Nachmittagsbetreuung in den Kindergärten, dann gibt es da auch wieder die berühmten zwei Möglichkeiten. Entweder man braucht nicht mehr Geld, weil die Gemeinden sehr großzügig sind und selbst sehr viel zuschießen, damit Nachmittagsbetreuung im Kindergarten angeboten werden kann, auch nach 15.00 Uhr, vielleicht sogar nach 16.00 Uhr. Von allem, was ich von Gemeindevertretern bislang gehört habe, ist das eher nicht der Fall. Wenn man dann glaubt, mit einer Million das Auslangen zu finden, dann ist entweder der Sparstift hier am Werk gewesen. Oder aber es ist bereits eine Vorwegnahme der Realität, dass nämlich von vorneherein viele Eltern eine Nachmittagsbetreuung sich schon abgeschminkt haben, weil es

in ihrer Gemeinde in den letzten Jahren immer wieder Schwierigkeiten gegeben hat.

In jedem Fall halte ich hier einiges für verbesserungsbedürftig. Vor allem auch vor einem Hintergrund. Und das steht ja im Budget auch deutlich ausgewiesen. Es gab in den letzten Jahren die Kindergartenmilliarde, aus der Niederösterreich für verschiedene Betreuungsformen für Vorschulkinder Mittel lukriert hat. Nicht nur für den Kindergarten ausbau, sondern vor allem auch für jene Bereiche, die ja ursächlich Aufgabe des Landes gewesen wären. Zum Beispiel für die Absicherung oder die finanzielle Förderung von elterninitiierten Kindergruppen. Hier hat man eine ganze Zeit lang die Aufgabe des Landes an Bundesfinanzgeber wie das AMS oder das Frauenministerium und die Kindergartenmilliarde abgeschoben. Bei beiden gibt es jetzt Einbußen, die Kindergartenmilliarde scheint im Budget als Einnahmequelle gar nicht mehr auf - korrekterweise, weil keine vereinbart ist. Aber ich frage mich, was passiert denn mit den Zuwendungen an die Kinderbetreuungseinrichtungen, die damit jetzt nicht mehr gegeben sind? Die auch in diesem Budgetvorschlag nirgends abgesichert sind, soweit man es erkennen kann. Und was heißt das für die elterninitiierten Kindergruppen, die in den letzten Jahren mit großem Engagement dort, wo es Betreuungslücken gab, eigene Initiativen aufgebaut haben? Die noch dazu die öffentliche Hand einen Klacks kosten zur Zeit.

Wenn ich mir anschau, dass seitens Gemeinde und Land gemeinsam schon in einen Betreuungsplatz in einer Kindergruppe tausend Schilling fließen, während mehrere tausend Schilling bis zu – da gehen dann die Rechnungen auseinander – zwischen 7.000,- bis 12.000,- Schilling pro Kindergartenplatz und Monat aufgewendet werden, dann gibt es da eine eklatante Diskrepanz, wo wir die alte Forderung erneuern, dass es hier eine Angleichung geben sollte. Damit es überhaupt mal die Kindergruppen noch gibt, die ja wieder einmal gefährdet sind, möchte ich einen Resolutionsantrag einbringen (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan zum Verhandlungsgegenstand LtG. 478/V-8, Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, betreffend Absicherung von elterninitiierten Kindergruppen.

Niederösterreich weist in manchen Bereichen noch Defizite in der Kinderbetreuung auf, insbesondere was die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren bzw. flexible Betreuungszeiten und –formen

angeht. Während u.a. die Betreuungsform ‚Tagesmütter, bzw. Tagesväter‘ in den letzten Jahren erfolgreich ausgebaut wurde, waren andere Kinderbetreuungsformen wie elterninitiierte Kindergruppen auf ein Rückgreifen auf Bundesmittel angewiesen. Dabei kamen neben AMS-Förderungen vor allem auch Mittel aus der sogenannten ‚Kindergartenmilliarde‘ zum Einsatz.

Da die Sicherung der Kinderbetreuung eine ur-sächliche Landesangelegenheit darstellt, ist das Land Niederösterreich aufgerufen, eine vielfältige, den verschiedenen Bedürfnissen und Vorstellungen von Kindern und Eltern entsprechende Angebotspalette von Kinderbetreuungseinrichtungen und –formen sicherzustellen.

Elterninitiierte Kindergruppen sind ein wichtiger Bestandteil dieser Angebotspalette und zeichnen sich durch ein hohes Ausmaß an Eigenleistungen und elterlichem Engagement für eine qualitativ hochstehende Betreuung aus. Gleichzeitig sind die elterninitiierten Kindergruppen derzeit und nicht zuletzt aufgrund der gekürzten oder unsicheren Bundesmittel die in ihrem Fortbestand gefährdetste Form der Kinderbetreuung in Niederösterreich. Wenn es schon schwierig scheint, diese Form der Kinderbetreuung ebenso auszubauen wie andere, so muss es doch wenigstens gelingen, die vorhandenen elterninitiierten Kindergruppen in ihrer Existenz zu sichern.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen des Kinderbetreuungsangebotes in Niederösterreich im Sinne einer vielfältigen Angebotspalette für eine strukturelle Absicherung der derzeit bestehenden elterninitiierten Kindergruppen Sorge zu tragen und ihre Ausweitung anzustreben.“

Ich würde Sie ersuchen, im Interesse der betroffenen Gruppen, Kinder und Eltern diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. Und ich darf vielleicht auch gleich beantworten, warum ich ihn bei Punkt 2. und nicht bei Punkt 4. einbringe. Das war ja immer wieder die Debatte, wo gehört das hin. Ich glaube, dass die Kindergruppen als institutionelle Form der Kinderbetreuung den Kindergärten zumindest annähernd gleichgestellt und zumindest vom Budgetansatz gleich behandelt werden sollten. Daher bring ich ihn hier unter Gruppe 2 ein. Das ist eine Überlegung und nicht nur ein Vorseilen, wie wir es bei anderen Resolutionen in der Gruppe 1 ja schon gesehen hatten. Ich ersuche Sie, diesem Anliegen zuzustimmen und bin im Übrigen der Mei-

nung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratierform und fehlt eine echte Kontrolle. (*Beifall bei den Grünen.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Wie man sieht, war es vorschnell, die Debatte über Kinderbetreuung dadurch abubrechen, dass man die vielen im Ausschuss liegenden Anträge einfach eben durch einen sehr nichtssagenden erledigt hat. Es kommen die ersten Anträge wieder. Wir werden diese Debatte wieder aufnehmen müssen. Darauf freue ich mich. Zu diesem letzten von der Frau Kollegin Mag. Weinzinger gestellten Antrag: Unsere Ansicht ist bekannt. Wir sind der Meinung, dass die Frage der Kinderbetreuung umfassend gelöst werden muss. Und zwar in Form einer Verlagerung zu einer Subjektförderung zum Kind. Unser Modell des Kinderbetreuungsgeldes ist für uns nach wie vor verbindlich. Wir werden deswegen hier also nicht zustimmen.

Zu den anderen eingebrachten Anträgen: Ich werde jene begründen, warum wir sie ablehnen. Der Antrag des Abgeordneten Cerwenka betreffend Dotierung der durch bundesgesetzliche Vorgaben veränderten Rahmenbedingungen im Schulbereich durch den Bund. So, wie Sie es hier haben, ist es natürlich grundsätzlich vernünftig. Wenn vom Bund Vorgaben gemacht werden, dann muss auch das Geld zur Verfügung gestellt werden. Aber grundsätzlich, erfahre ich aus vielen Gesprächen mit Lehrern und auch aus eigener Wahrnehmung, ist es in den letzten Jahren zu einer Flut von Schulversuchen gekommen, die eingeführt wurden, teilweise wieder aufgehoben wurden, die sich zum guten Teil auch nicht bewährt haben. Die große Verunsicherungen bei Lehrern, Eltern und auch Schülern bewirkt haben. Ich bin der Meinung, dass man eigentlich einen Antrag in die Richtung stellen müsste, sich zu überlegen, ob Schulversuche überhaupt sinnvoll sind. Und sich in der Zahl der Schulversuche ein bisschen verknappen müsste. Dieses Hü und Hott in der Bildungspolitik ist unserer Meinung nach nicht richtig.

Zum Antrag Cerwenka, Nowohradsky betreffend Bindung der Förderungsmittel des Landes für Erwachsenenbildung an Qualitätskriterien: Das klingt so, wie es sich anhört, ja recht gut. Ich befürchte nur, wenn man das genau durchdiskutiert, würde vielleicht herauskommen, dass die kleineren Volkshochschulen diesen Qualitätskriterien nicht genügen können. Man hat das bei den Musikschu-

len ja schon gesehen und erlebt. Ich würde hier vorsichtig sein! Ich würde hier keinen Schnellschuss wagen. Es wäre schade, würden die kleineren Institutionen dann ins Gras beißen. (*Abg. Cerwenka: Wir machen das schon im Eigenbereich! – Abg. Nowohradsky: Wir haben eigene Qualitätskriterien!*)

Zum Antrag der Abgeordneten Auer und Lembacher betreffend interkulturelle Mitarbeiter an Kindergärten: Wir sind der Meinung, dass der Integration von Kindern fremder Sprache besser damit gedient wird, wenn man ein Schwergewicht auf die sprachliche Vorbereitung legt. Und für uns ist das auch eine grundsätzliche Frage. Man hat hier zwei Möglichkeiten vorzugehen: Entweder es kommt zur Integration oder zu einer Umwandlung Österreichs in eine multikulturelle Gesellschaft. Und ich verstehe eigentlich nicht ganz, warum Sie sich hier so entschieden haben, meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP. Wir stehen voll und ganz zur Integration, lehnen aber jeden Schritt in Richtung Österreich soll eine multi-kulturelle Gesellschaft werden ab. So werden wir diesem Antrag nicht zustimmen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zu den Resolutionsanträgen, die wir zu dieser Gruppe einbringen. Es ist schon vielfach erwähnt worden, dass für die Frage des Standortes die Ausbildung ein wichtiger Punkt ist. Auch wir haben festgestellt, dass die Erwachsenenbildung in Niederösterreich zu gering dotiert ist. Und ich erlaube mir, einen Resolutionsantrag einzubringen (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Rosenkranz und Haberler zur Gruppe 2 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, Ltg. 478/V-8, betreffend Erwachsenenbildung im Bundesland Niederösterreich.

Weiterbildung ist eine der bedeutendsten Maßnahmen zur Absicherung des Wirtschaftsstandortes geworden. Doch darf diese nicht nur im wirtschaftlichen Zusammenhang gesehen werden, sie hat auch enorme gesellschaftliche und kulturelle Bedeutung. Im Voranschlag des Landes Niederösterreich ist der Ansatz 27900 mit ATS 12,300.000,- dotiert. Diese Summe ist im Vergleich zu den anderen Bundesländern sehr gering. Die Verwendung der Mittel sollte in eine Basisförderung der Erwachsenenbildungseinrichtungen und in eine Subjektförderung der Teilnehmer geteilt werden.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, der Erwachsenenbildung verstärkt Bedeutung zuzumessen, materiell und immateriell in höherem Ausmaß zu unterstützen und den Budgetansatz höher zu dotieren.“

Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

Wichtig für Bildung ist auch das Recht, frei die Schule zu wählen. Das ist bei Bundesschulen eine Selbstverständlichkeit, bei Pflichtschulen ist das nicht so. Wir haben schon einmal in einer früheren Budgetdebatte diese Frage, ob nämlich jedes Kind die Schule seiner Neigung besuchen kann, auch wenn es eine Pflichtschule ist, diese Debatte haben wir schon einmal durchgeführt. Wir haben uns damals vor allem auf die Sporthauptschulen bezogen. Und dort ist es ja dann auch gelungen, die Sprengelteilung so zu gestalten, dass mittlerweile jeder in einem Sprengel für eine Sporthauptschule, also jeder, der in einem Sprengel, der auch eine Sporthauptschule beinhaltet, wohnt, eben jede Sporthauptschule besuchen kann.

Das ist aber nach wie vor nicht so für die Hauptschulen mit anderen Schwerpunkten, speziell Musik-, Informatik-, Integrations-, Fremdsprachen-Hauptschulen. Und wir wollen nach dem Vorbild der Sprengelverordnung für Sporthauptschulen eine Sprengelteilung für die anderen Schwerpunktschulen. Ich stelle deswegen den Resolutionsantrag (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Rosenkranz zur Gruppe 2 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, Ltg. 478/V-8, betreffend Sprengelteilung für Volks- und Hauptschulen.

Die Schulautonomie und Schwerpunktbildung im Pflichtschulbereich, sowie die Hauptschulreform hat in einigen NÖ Gemeinden zu einem Wettbewerb um Schüler geführt. Die entstandenen Musik-, Fremdsprachen-, Informatik-, Integrations-, Sport- oder berufsbildenden Hauptschulen veranlassen viele Eltern, ihre Kinder nicht in die Hauptschule ihres Heimatortes zu schicken. Will nun ein Kind eine sprengelfremde Schule innerhalb des Verwal-

tungsbezirkes besuchen, müssen Bezirksschulrat, Bürgermeister und die Bezirkshauptmannschaft ihre Zustimmung erteilen. Möchte der Schüler eine Schule in einem fremden Verwaltungsbezirk besuchen, muss zusätzlich noch der Landesschulrat und die Landesregierung eingeschaltet werden, was einen relativ großen Verwaltungsaufwand und für die betroffenen Eltern bürokratische Hürden mit sich bringt.

Nicht zuletzt müssen Eltern, die ihren Kindern eine neigungskonforme Ausbildung angedeihen lassen wollen, den entsprechenden Schulerhaltungsbeitrag bezahlen, weil ihre Wohnsitzgemeinde bei sprengelfremdem Schulbesuch nicht dafür aufkommt.

Auch nach Auffassung der Volksanwaltschaft widerspricht ein zwischen einer beitragspflichtigen Gemeinde und den Unterhaltsverpflichteten abgeschlossener Vertrag der Schulgeldfreiheit, welche auch beim Besuch sprengelfremder öffentlicher Pflichtschulen besteht. Für den Bereich der Sport Hauptschulen wurde bereits eine entsprechende Verordnung erlassen.

Die Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit gewährleistet ist, dass jeder NÖ Pflichtschüler seinen Neigungen entsprechende Schultypen kostenfrei besuchen kann.“

Es ist mir bewusst, dass das vom Verwaltungstechnischen her vielleicht einige Überlegungen braucht. Auf der anderen Seite ist das Prinzip der freien Schulwahl so wichtig, dass wir meinen, dass man hier Überlegungen anstellen muss. Und es ist außerdem auch ein gewisser Vorteil, wenn zwischen den einzelnen Schulen ein Wettbewerb entsteht. Denn jede Schule müsste sich dann eben anstrengen, ihre Schüler zu halten. Und das könnte dem Niveau unserer Schulen nur gut tun.

Eine Sache, die auch ein bisschen diejenigen, die die Verwaltung organisieren müssen, betreffen wird. Aber ich glaube, auch hier sollte man sich die Mühe machen, es den Familien zu erleichtern. Wir haben das Kindergartengesetz in dieser Hinsicht novelliert, dass zur Aufnahme in den NÖ Kindergarten Kinder jener Familien berechtigt sind, in denen das Kind und ein Elternteil in der jeweiligen Gemeinde Hauptwohnsitz-gemeldet sind. Wir haben das gemacht vor allem in Bezug auf die Wiener

Umlandgemeinden, weil eben der Besuch in niederösterreichischen Kindergärten wesentlich günstiger ist als in Wien. Daran möchte ich auch nicht rühren. Denn ich sehe ein, Kindergarten ist Landessache. Und warum sollen wir unser Budget beanspruchen, während andere hier keine so großen Auslagen für ihre Familien machen. Aber ich meine doch, dass es innerhalb Niederösterreichs hier ein bisschen flexibler gehandhabt werden sollte. Und stelle daher folgenden Resolutionsantrag (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Rosenkranz zur Gruppe 2 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, Ltg. 478/V-8, betreffend Novellierung des NÖ Kindergartengesetzes.

Die Aufnahmevoraussetzungen für den Besuch eines öffentlichen Kindergartens sind im § 16 geregelt.

§ 16 (2) lautet: Aufnahmevoraussetzung ist grundsätzlich, dass das Kind und mindestens ein Elternteil (Erziehungsberechtigter) den Hauptwohnsitz in der Gemeinde haben.

Im Hinblick darauf, dass viele Kinder im Anschluss an den Kindergartenbesuch bis zur Rückkehr der Eltern bzw. der Erziehungsberechtigten aus der Erwerbsarbeit von Großeltern oder anderen Angehörigen betreut werden, wäre eine flexiblere Handhabung der Aufnahmebedingungen für Familien, die ihren Hauptwohnsitz in Niederösterreich haben, von Vorteil.

Die Gefertigte stellt daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, binnen angemessener Frist dem NÖ Landtag im Sinne der Antragsbegründung einen Vorschlag zur Novellierung des NÖ Kindergartengesetzes zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Ich glaube, es würde nur ein bisschen Mühe kosten und es wäre den Eltern und vor allem auch den Großeltern oder unterstützenden Angehörigen sehr damit gedient, wenn sie die für die Betreuung des Kindes günstigste Variante wahrnehmen können. Und ich bitte Sie daher hier um Ihre Zustimmung. (*Beifall bei der FPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Herr Klubobmann Sacher.

Abg. SACHER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Meine zweite Wortmeldung wird eine sehr kurze sein und ich möchte mich mit einem Steckenpferd so wie schon seit vielen Jahren beschäftigen. Mit einer allerdings sehr wesentlichen Einrichtung, die in Zukunft eine sehr deutliche Erweiterung und einen Ausbau erfahren wird, nämlich mit der Bildungseinrichtung der Donau-Universität.

Wir können uns alle noch sehr gut erinnern als der vormalige Landeshauptmann Siegfried Ludwig in den Medien mit dem Slogan präsent war, die Niederösterreicher sollten die Möglichkeit haben, in Niederösterreich ein Hochschulstudium zu absolvieren. Das war der Startschuss für die Diskussion über die Landesakademie und über die nunmehrige Donau-Universität. Natürlich war diese Vision nicht ganz – und ich meine es jetzt nicht böse – ernst zu nehmen. Denn es ist natürlich nie das Ziel gewesen, eine Volluniversität in Niederösterreich mit allen Fakultäten, die man sich nur denken kann, zu errichten. Ganz im Gegenteil! Was hier daraus geworden ist, ist eine Spezialbildungsstätte, eine postgraduale Ausbildungsstätte, aber die mittlerweile erster Güte.

Und in der nächsten Zeit, in den nächsten vier bis fünf Jahren wird diese Donau-Universität einen ganz wesentlichen Ausbauschub erleben. Und ich möchte die Befriedigung darüber zum Ausdruck bringen. Die Donau-Universität ist ein wichtiger Bestandteil der universitären Landschaft in Österreich mittlerweile geworden, deren Bedeutung nunmehr auch massiv aufgewertet wird. Wir wissen, dass vor kurzem die NÖ Landesregierung beschlossen hat, dass die Errichtung eines Universitätszentrums für Weiterbildung sowie der Ausbau der Donau-Universität zu einem Bildungszentrum vom Land NÖ massiv gefördert werden soll. Das Investitionsvolumen für den Ausbau und die Erweiterung beträgt nicht weniger als 495 Millionen Schilling.

Dieses wichtige Ausbauprojekt, und darauf möchte ich schon hinweisen, ist zurückzuführen auf eine Vereinbarung, die mit der heute schon auch so oft geschmähten früheren Bundesregierung, vor allem aber mit dem Wissenschaftsminister Einem und mit Landeshauptmann Dr. Pröll koordiniert worden ist, akkordiert worden ist. Das war am 2. November des Vorjahres noch, als diese Vereinbarung zwischen dem Land Niederösterreich und dem Bund geschlossen worden ist. Wir sind natürlich froh, dass die nunmehrige ressortverantwortliche Bundesministerin dazu steht und diese Vereinbarung auch gemeinsam mit dem Land zur Umsetzung gelangt.

Die Maßnahmen, die bei der Donau-Universität in Krems zu treffen sein werden, umfassen die Neuerrichtung einer Universitätsbibliothek. Eine sehr wichtige Einrichtung, die vor allem auch im elektronischen Bereich eine neuartige Form von Bibliothek sein wird. Es ist auch vorgesehen, einen größeren Vortragssaal zu errichten. Der jetzt bestehende, es ist ja das ehemalige Gebäude einer Tabakfabrik, ist natürlich von seinen baulichen Voraussetzungen für Vorträge und größere Veranstaltungen nicht optimal geeignet.

Ebenso soll natürlich auch eine, wie es zu einer Universität gehört, Mensa errichtet werden. Und selbstverständlich sollen die räumlichen Kapazitäten für eine Erweiterung in Richtung eines Bildungszentrums mit Fachhochschule genutzt werden. Für die nicht so Eingeweihten darf ich sagen, dass die Fachhochschule oder der Fachhochschulstudiengang für Tourismus- und Freizeitwirtschaft bzw. für Exportwirtschaft derzeit in Krems, in der Innenstadt im Piaristenkloster untergebracht wird, wo Ausbaumöglichkeiten nicht gegeben sind. Es bietet sich die einzigartige Möglichkeit, Freiräume in der Nachbarschaft der Donau-Universität in Zukunft zu nutzen. Und der Flächenbedarf für diese Erweiterung wird mindestens 10.000 m² betragen, so dass hier wirklich eine entsprechende Kapazität genutzt werden kann.

Natürlich wird es in Zeiten wie diesen auch zusätzliche Pkw-Abstellplätze geben müssen, an die 200 werden hier geplant. Man muss ja wissen, dass es sich hier nicht um Studenten im üblichen Sinne handelt, sondern um Studierende, die bereits eine postgraduale Ausbildung auf sich nehmen. Die zum Teil aus der Wirtschaft kommen und die doch andere Ansprüche haben.

Für Ausbau und Sanierung der vorhandenen Restflächen der Donau-Universität werden 132 Millionen Schilling veranschlagt. Und die Neubaumaßnahmen, die, ich wiederhole, in den nächsten fünf Jahren zu setzen sein werden, betragen 363 Millionen Schilling.

Um zu unterstreichen, wie erfolgreich diese Bildungseinrichtung mittlerweile geworden ist, möchte ich darauf hinweisen, dass 1999 es 680 Studierende an der Donau-Universität gegeben hat. Im Wintersemester 1999/2000 stieg die Anzahl der Studierenden bereits auf 1.152. Die Prognosen für die nächsten fünf Jahre für das Jahr 2005 gehen in Richtung von 2.700 Studierenden, die an der Donau-Universität eine Fortsetzung ihrer Ausbildung finden werden. Damit hat die DUK wie wir sie nennen seit ihrer Gründung die Kapazitätsgrenze erreicht. Eine Weiterentwicklung ist ohne

umgehende Erweiterungsmaßnahmen nicht mehr möglich. Ich darf sagen, dass ich mich als Kremser Mandatar und auch als Bildungspolitiker darüber sehr freue und dass unsere gemeinsamen Bemühungen betreffend des Erhalts der Donau-Universität nun Erfolg zeigen.

Es war nämlich nicht immer so klar, dass dieses Kind der neuen Universitätslandschaft in Österreich auch wirklich ein gewolltes ist. Und es haben manche davon auch sozusagen nichts hören wollen. Mittlerweile funktioniert diese Aus- und Weiterbildungsstätte hervorragend. Und es hat sich also der Einsatz, und es hat sich auch die Hoffnung bezahlt gemacht und alle Visionen sind eingetreten. Die beschlossenen Ausbaumaßnahmen untermauern die Wichtigkeit dieser Einrichtungen.

Einige wenige Sätze noch, weil ich mich ja sonst wiederholen würde: Es kommt ja jedes Jahr bereits bei der Budgetdebatte, aber auch bei sonstigen Debatte im Landtag zum Ausdruck, wie stolz wir in Niederösterreich sind auf unsere Fachhochschullandschaft. Es sitzen hier Mandatäre aus allen Regionen, die sich hier sozusagen mit eingebunden fühlen. Jeder kann einen Teilerfolg für sich verbuchen. Ob das nun Wiener Neustadt ist oder ob das St. Pölten ist oder Krems ist oder Hollabrunn oder Wieselburg, wo wir Fachhochschulstudiengänge eingerichtet haben. Es ist nur eines bemerkenswert: Ich habe am vergangenen Freitag bei einer Sponsionsfeier in Krems dabei sein können. Und das Interessante ist, und das möchte ich dem Hohen Landtag schon berichten, dass die Studenten an den Fachhochschulen außer, möchte ich fast sagen, wenigen aus nah, viele aus fern kommen. Bei dieser Sponsion in Krems zum Beispiel war ein einziger Studierender aus Krems, der hier seinen Magister FH entgegennehmen durfte. Alle 37 anderen kamen zum Teil aus allen Bundesländern, aber auch aus dem näheren und ferneren Ausland. Und was hier das Besondere war, dass alle diese Studenten einfach international bereits verankert sind.

Es erfolgt der Unterricht zum Beispiel bei Exportmanagement oder Tourismus in Englisch, in einer Fremdsprache. Die Damen und Herren haben zumindest zwei Auslandssemester. Und es war faszinierend zu hören, dass rund um die Welt diese Auslandssemester absolviert worden sind. Ob das jetzt Australien oder Hawaii oder Los Angeles oder sonst etwas war, die Weltoffenheit und die Erfahrung dieser jungen Menschen ist beeindruckend. Und manche von ihnen sprechen bis zu vier, fünf Sprachen. Und das war ebenfalls ein beeindruckendes Erlebnis.

Das ist es ja auch, was wir an Aufholbedarf in Niederösterreich im Besonderen haben. Das gilt auch für Wr. Neustadt, wo vor allem die Technologie einen Hort erhalten hat. Vor kurzem fand die ECO-PLUS Jahrestagung an der Fachhochschule in Wr. Neustadt statt und da konnte man sich überzeugen, wie großartig Wr. Neustadt funktioniert. Es ist die erste Fachhochschule, die den Vollstandort erreicht hat, weil sie bereits 2000 Studierende zählt.

In diese Richtung schlägt auch die Entscheidung des Landes Niederösterreich, eine Fachhochschulgesellschaft zu gründen. In dem Sinne, dass sie sich hier Bildungsgesellschaft nennt. Ich weiß, und wir haben uns da auch, und das sage ich ganz offen, ursprünglich sehr skeptisch gezeigt, dass die Gesellschaft eine Koordinations- und Vernetzungsfunktion haben soll, aber sicher keine Kontroll- oder Aufsichtsfunktion. Denn da haben nun einmal die Standorte – und ich gehe von Wr. Neustadt oder St. Pölten aus – wirklich so aktiv und selbständig investiert und kreativ dort sich entwickelt, dass es bei Gott keiner aufgepfropften Gesellschaft bedürfte. Wenn diese Gesellschaft aber die Koordinations- und Vernetzungsrolle gut wahrnimmt, dann kann es für die Kommunikations- bzw. Bildungsaktivitäten in Niederösterreich nur von großem Vorteil sein.

Ähnlich sollte sich auch eine gute Kooperation zwischen Landesakademie und Donau-Universität entwickeln. Und ich kann nur aus persönlichen Gesprächen berichten, dass die Leitung der Donau-Universität mit Dozent Fröhlich an der Spitze hier allergrößtes Interesse daran hat mit der Landesakademie zu kooperieren. Stichwort Kooperation: Das wirkt sich auch bereits in der Praxis aus. Ich kann Ihnen ein Beispiel eines hervorragenden Bildungstransfers berichten. Wir haben gerade das RIZ Niederösterreich-Nord in Errichtung. Es steht bereits im Rohbau, es ist in der Endausbauphase, wird in wenigen Monaten seinen Betrieb aufnehmen. Und alle Unternehmungen, die in dieses RIZ NÖ-Nord einziehen werden, kommen aus dem Umkreis der Wissenschaft und der Forschung der Donau-Universität und auch aus dem Privatbereich. Es wird hier zum Beispiel Hightech auf dem Sektor der Medizintechnik, der Biomedizin entwickelt und produziert werden. Das ist ein ganz typisches Beispiel, wie Niederösterreich erfolgreich seine Bildungs- und Forschungspolitik in die Praxis umsetzen kann. Ich hoffe nur, dass wir alle zum Beispiel dieses Dialyse-Gerät, das da am RIZ NÖ-Nord von einem Wissenschaftler der Donau-Universität entwickelt, produziert werden soll, hoffentlich nicht brauchen werden. Sondern dass es zum Einsatz kommt in der Medizin dort, wo Bedarf besteht.

Sehr geehrte Damen und Herren! Zum Abschluss also zu diesem Sektor höhere Bildung Universität, Forschung, das Budget des Jahres 2001 setzt den richtigen Weg fort. Und ich darf klar sagen, dass es nie genug sein kann. Dass wir hoffen, dass das auch verstärkt ist. Aber mit diesem nahezu 500 Millionen Schilling-Paket für die Donau-Universität geht Niederösterreich sicher seinen richtigen Weg. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Moser.

Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Vieles wurde zum Thema Bildungspolitik bereits diskutiert. Thema Schulwesen, Wissenschaft, Forschung, Bereich Sport und ähnliches mehr. Ich möchte zunächst einmal festhalten, dass gerade zum Thema Kindergärten, wenn hier angesprochen wurde von der Frau Abgeordneten Auer, dass die Bürgermeister sich danach sehnen, dass ab 16.00 Uhr möglichst niemand mehr in den Kindergarten kommt und hier sozusagen bezüglich des Geldes aufgepasst wird, dann muss ich eines klarstellen: Ich glaube, man darf nie alles verallgemeinern. Die überwiegende Anzahl der Bürgermeister sind sehr verantwortungsvoll, sehr verantwortungsbewusst und legen großen Wert darauf, bestmögliche Bildungszeit, Betreuungszeit und ein bestmögliches Angebot in der Kinderbetreuung unseren Familien und damit unseren Kindern zu ermöglichen. Ich glaube, das muss einmal klar festgestellt werden.

Zum Zweiten. Die Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger hat angesprochen bezüglich der Nachmittagsbetreuung, dass hier Wünsche geäußert werden und ähnliches mehr. Ich glaube, dass wir ein maßgeschneidertes Kindergartengesetz haben, und wir in Niederösterreich die Einzigen sind österreichweit, die den Kindergarten in der Bildungszeit kostenfrei anbieten. Darüber hinaus glaube ich, dürfte das Wort bedarfsgerecht in dem Vokabular der Frau Mag. Weinzinger offensichtlich nicht vorkommen. Denn ich meine, dass hier ein sehr bedarfsgerechtes Angebot für jene Familien, Eltern gegeben wird, die es wirklich brauchen. Und ich meine vor allem, dass sich viele Gemeinden danach sehnen würden, hätten sie auch nachmittags den entsprechenden Bedarf. Weil damit ja verbunden ist, dass die entsprechenden Arbeitsplätze in diesem Gebiet, in dieser Gemeinde auch tatsächlich gegeben sind.

Ich möchte auch ein Weiteres hier feststellen, das offensichtlich auch unbemerkt bleibt. Die Gemeinden leisten einen großen Beitrag dazu, indem

in der überwiegenden Anzahl der Gemeinden Niederösterreichs eine freiwillige Leistung der Gemeinden zum Kindergartenkindertransport erbracht wird. Das ist keine Pflichtaufgabe der Gemeinde sondern das sehen die Bürgermeister und die Gemeindevertreter als eine Selbstverständlichkeit: Den Eltern zum Ersten einmal dabei behilflich zu sein, den Kindergartentransport zu organisieren, damit ihr berufliches Leben auch besser bewältigt werden kann, und andererseits auch eine entsprechende Hilfestellung durch die Gemeinden. Ich glaube, wenn man schon die Frage der Kindergärten diskutiert, dann geht es auch einmal darum – und ich weiß schon, die Leistungen können nie genug sein und ausreichend – dann glaube ich, ist es einmal erforderlich, auch die bestehenden Leistungen der Gemeinden hier in den Vordergrund zu stellen.

Zum Zweiten meine ich, dass die Budgetgestaltung in diesem Ansatz auch deutlich zeigt, dass eine positive Entwicklung im Bereich der Bildung und Ausbildung hier im Land Niederösterreich auch für die kommende Periode vorgesehen ist. Wir sind hier gerade im Bereich der Ausbildung ein Top-Land geworden. Unser Bildungssystem kann sich mit dem internationalen Bereich innerhalb Europas und darüber hinaus nicht nur vergleichen, sondern wir sind in vielen Bereichen in diesem Angebot tatsächlich Spitze.

Wenn der Pflichtschulbereich mit über 1.000 Pflichtschulen, 649 Volksschulen, 263 Hauptschulen, 34 Polytechnische Schulen und 96 Sonderschulen doch ein Bildungsangebot darstellt, das im Pflichtschulbereich die Aufgabe sehr gut löst. Da geht es darum, dass ich auch durchaus aus der Sicht der Gemeinden aufzeigen möchte, dass das Verhältnis zwischen Gymnasium und Hauptschule vor allem in den Gemeinden sich so auswirkt, dass der Bund durchaus hier stärker zur Kassa gebeten werden sollte. Denn wenn insgesamt von den Pflichtschülern ab der 4. Volksschule 74 Prozent eine Hauptschule besuchen und 24 Prozent eine AHS-Unterstufe, dann geht es darum, dass diese 74 Prozent der Schüler und insgesamt auch diese Schulen, zur Gänze von den Gemeinden, durchaus mit Unterstützung des Schul- und Kindergartenfonds, aber von den Gemeinden finanziert werden. Ich glaube, dass im Finanzausgleich es auch notwendig sein wird, den Bund stärker auf seine Aufgabe aufmerksam zu machen und hier mit einzubeziehen.

Oder ein zweites Beispiel: Wir haben in Niederösterreich 48 allgemein bildende höhere Schulen, 37 Bundesschulen, 11 Privatschulen. Etwa ein Viertel davon sind Privatschulen. Bei den technisch

gewerblichen Lehranstalten der mittleren und höheren Lehranstalten haben wir 20 an der Zahl, 12 davon als Privatschulen. Also knapp die Hälfte. Bei den höheren Schulen für wirtschaftliche Berufe insgesamt 30 Schulen, 14 davon privat. Also auch etwa die Hälfte. Das heißt, es geht darum, dass bei den Privatschulen der private Schulträger den Sachaufwand und die Investitionskosten zu tragen hat. Was in der Folge natürlich heißt, dass bei mittleren und höheren Lehranstalten beim privaten Schulbesuch oder beim Besuch einer privaten Schule Schulgeld zu bezahlen ist. Im öffentlichen Bereich kann dieses kostenfrei angeboten werden. Ich meine, dass der Bund auch im Privatschulbereich stärker zur Mitverantwortung und Mitfinanzierung herangezogen werden sollte. Es gibt hier europaweit sehr viele Beispiele, wo auf Grund der Schülerzahl oder Klassenzahl nach einem Schlüssel auch Beiträge für den Sachaufwand in den Privatschulen insbesondere im mittleren und höheren Schulbereich gegeben werden. Ich meine damit, dass diese Partnerschaft zwischen Bund und dem Schulwesen in den jeweiligen Ländern durchaus intensiviert werden sollte und der Bund hier stärker mit eingebunden werden muss. Dieses Thema wird selbstverständlich im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich auch zur Sprache kommen.

Herr Kollege Sacher hat die Donau-Universität angesprochen. Eine großartige Einrichtung in Niederösterreich. Wir freuen uns, dass damals unter Landeshauptmann Ludwig die erste Initiative gesetzt wurde, diese Universität als einzige postgraduale Weiterbildung dieses Niveaus österreichweit hier in Niederösterreich zu situieren. Ich glaube, es ist unserem Landeshauptmann zu verdanken, dass er den Vorstoß unternommen hat, den weiteren Ausbau dieser Donau-Universität mit Standort Krems hier in Niederösterreich nicht nur abzusichern, sondern so voranzutreiben, dass – es wurde angesprochen – etwa eine halbe Milliarde Schilling dank dieser Initiative von Landeshauptmann Dr. Pröll hier zur Investition gelangt. Denn die wachsende Konkurrenz der Wirtschaft erzeugt ganz einfach einen entsprechenden Leistungsdruck. Daher ist es notwendig, wirklich entsprechend gut ausgebildete und bestqualifizierte Leute diesem Bereich zur Verfügung zu stellen.

Und wir freuen uns, dass diese Donau-Universität von entsprechenden Persönlichkeiten aus unserem Bundesland und darüber hinaus besucht wird und damit diese Bildungseinrichtung, möchte ich sagen, international einen besonderen Stellenwert hat.

Zu den Fachhochschulen: Auch diese eine Einrichtung, die sich bestens bewährt hat. In der acht-

jährigen Tätigkeit des Fachhochschulrates konnte erreicht werden, dass es mittlerweile insgesamt 20 Erhalter und 55 Fachhochschulstudienlehrgänge gibt. Und dass hier eine Bündelung der Interessen und Bündelung der Kräfte, vor allem im Hinblick auf eine Vernetzung des Angebotes, durchaus ein richtiger Weg ist. Wenn Herr Abgeordneter Mag. Fasan gemeint hat, dass es hier nicht um Erwachsenenbildung geht, sondern ausschließlich um Jugend, dann würde ich meinen, beides ist erforderlich. Selbstverständlich die Ausbildung einmal grundsätzlich der Jugend, durchgehend bis hin zur Fachhochschule. Aber ich glaube, das Wesen dieser Fachhochschulen ist vor allem jenes und im Bildungsangebot insgesamt, dass wir eine große Durchlässigkeit haben in unserem Bildungssystem, die jedem, auch dem berufstätigen Menschen es ermöglicht, hier in einen weiteren Bildungsweg einzusteigen.

Von den angebotenen Fachhochschulen finden wir in Krems das exportorientierte Management, das Touristikmanagement für Freizeit, Wirtschaft und ähnliches mehr, oder Management ländlicher Raum in Wieselburg, in Wr. Neustadt mit Präzisions-, System- und Informationstechnik und Telekommunikation und Medien. Vieles könnte man hier noch anführen. Ich glaube, wir werden hier in Niederösterreich ganz bedeutend durch diesen Bereich der universitären Einrichtung und der Fachhochschulen besonders betreut. Ich glaube, wir können stolz sein, in Niederösterreich ein Bildungsangebot zu haben, das auf einer zeitgemäßen Basis steht. Wobei durchaus hier anzumerken ist, dass in den verschiedensten Bereichen die Partnerschaft mit der privaten und gewerblichen Wirtschaft noch intensiviert werden sollte.

Ich glaube, dass dieses Bildungsangebot für Niederösterreich eine Stärke für die Zukunft darstellt. Ich darf nur eines berichten: Als die Firma Nordex sich in Niederösterreich angesiedelt hat, war einer der wesentlichen Gründe der Betriebsansiedlung jener, dass wir ein ausgezeichnetes Bildungsangebot haben. Das heißt, durch ein entsprechendes Bildungsangebot wird ganz einfach Niederösterreich in seiner Standortqualität exzellent verbessert. (*Beifall bei der ÖVP.*) Und hier gilt es weiterzuarbeiten. Selbstverständlich leben wir in einer virtuellen Welt, wo Internet und ähnliches seine Bedeutung hat. Aber ich meine, dass darüber hinaus zwar der Informationsbereich wesentlich ist, aber unsere Bildungseinrichtungen den Faktor für die Zukunft im Bereich der Aus- und Weiterbildung in einer durchlässigen Form darstellen sollen. Ich meine daher, dass im Budgetansatz dazu ein Signal gesetzt wird mit der Ausweitung dieses Ansatzes, dass wir im Bereich der Bildung und For-

schung hier Akzente für die Zukunft setzen können. In diesem Sinne werden wir diesem Abschnitt die Zustimmung geben. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Cerwenka das Wort.

Abg. CERWENKA (SPÖ): Herr Präsident! Ich nehme zu den Resolutionsanträgen Stellung betreffend Abänderungsantrag auf Erhöhung der Budgetmittel für Erwachsenenbildung. Wäre an sich verlockend, dem zuzustimmen, aber, Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger, Sie haben selbst in Ihrem Generaldebattenbeitrag den Budgetvollzug in Frage gestellt. Das wäre natürlich ein Beitrag hierfür, dass der Budgetvollzug nicht gegeben ist, so, wie auch beim nächsten Abänderungsantrag.

Resolutionsantrag betreffend Erstellung eines Umsetzungskonzeptes zur Beseitigung baulicher Barrieren in schulischen Einrichtungen. Ich möchte nur sagen, auch mit körperlichen Einschränkungen, sprich Gehbehinderung, ist es in vielen Fällen durch Engagement möglich, den Besuch in der heimatlichen Schule zu gewährleisten. Ich habe ein Beispiel in unserer Hauptschule. Das zweite Problem ist es, dass das in erster Linie den Schulerhalter betrifft und damit die NÖ Gemeinden. Und daher haben die Gemeindevertreterverbände ein Wort mitzusprechen. Und drittens müssten alle Schulen in Niederösterreich umgebaut werden, weil diese Erhebung nur eine Momentaufnahme darstellen kann und man nicht weiß, ob nicht im nächsten, im übernächsten Jahr dort oder da ein Fall auftritt. Damit kann man sich das eigentlich sparen. Man müsste das in allen NÖ Schulen machen. Was durchaus sinnvoll ist. Aber ich glaube, im Zuge der Neubauten müssen wir über eine Generation dahin kommen, die Lösungen zu finden.

Das nächste ist der Resolutionsantrag des Abgeordneten Haberler zur Verbesserung des Sportunterrichts an Volksschulen. Ich weiß, dass die Freiheitlichen ein Faible für den Sportunterricht haben. Wir haben das letzte Mal gemeinsam die Turnstunden für die Volksschulen beschlossen. Der Abgeordnete Dkfm. Rambossek hat noch im Wiener Landhaus, kann ich mich erinnern, ich glaube 1995 in diese Richtung einen Antrag eingebracht. In dem Fall ist es ein Problem, dass man nicht einen Bereich alleine herauspicken kann. Sondern das würde schlussendlich bedeuten, dass man im Volksschulbereich das Fachlehrersystem wie in den Sekundarstufen einzuführen hätte. Damit müsste man das Gleiche machen für Englisch, andere Gegenstände, Deutsch, Mathematik etc. Man kann nicht eine Maßnahme herauspicken. Das wäre ein Aufbrechen von Strukturen. *(Unruhe bei Abg.*

Marchat.)

Ja, aber das hat auch mit Chancen der Jugend zu tun. Bitte, die Scheuklappen beiseite! Wenn, dann betrachten wir das ganze Schulsystem und nicht nur jenen Teil der genehm ist. Ich bin schon dafür, dass etwas passiert in dem Bereich. Aber darüber muss man sich an der richtigen Stelle unterhalten.

Das nächste ist der Abänderungsantrag mit den Änderungen bei den Ansätzen für Behinderten- und Versehrten-sport und für Gesundheits- und Seniorensport. Eine Aufstockung ist sehr gut. Aber wir sind der Meinung - das ist jetzt meine sechste Budgetdebatte, das ist ja nicht neu mit der politischen Bildung, mit der Gesellschaft für politischer Bildung - wir sind der Meinung, dass politische Bildung wichtig ist. Wenn die Freiheitlichen das anders sehen, dass es anscheinend besser ist, wenn die politische Bildung dieser Komponente fehlt, so sei ihnen das unbenommen. Aber wir haben dazu eine andere Einstellung.

Das nächste ist der Resolutionsantrag der Abgeordneten Rosenkranz und Haberler betreffend Erwachsenenbildung im Bundesland Niederösterreich. Da geht es darum, das oberösterreichische Modell zu kopieren mit Objektförderung, Subjektförderung. Ich bin in der Rede darauf eingegangen. Bei der Summe, die in Niederösterreich für die Erwachsenenbildung ausgeschüttet wird oder gefördert wird, könnte das entweder für manche Träger der Erwachsenenbildung existenzbedrohend sein, weil dann die Struktur der Trägerschaft in Frage gestellt werden könnte finanziell. Oder es würde auf der anderen Seite eine derart marginale Subjektförderung nach sich ziehen, dass das nicht sehr viel Sinn macht. Ich glaube, es ist besser, dass wir schauen, a la longe eine höhere Dotierung zu bekommen. Und dann ist sicher das Splitting zwischen Objekt- und Subjektförderung eine sinnvolle Sache. Bis dahin würde ich es dem Träger überlassen.

Der Resolutionsantrag betreffend Sprengel-einteilung für Volks- und Hauptschulen. Da muss man sich dessen bewusst sein, wenn man jetzt die Schwerpunktschulen hernimmt, wir wissen, worauf unser Schulsystem hinausläuft. Dass das Auswirkungen auf die Gesamtstruktur der Schulen nach sich zieht. Das geht los von den Schulerhaltern, von den Gemeinden über eine gänzliche Änderung der Verkehrsstruktur. Das würde vieles nach sich ziehen. Und wäre eigentlich der erste Keil zu einer totalen Sprengelauflösung. Wenn man sagt, man braucht keine Schulsprengel, dann kann man sich sicher politisch darüber unterhalten, aber da muss man all die Folgewirkungen mit einplanen. Und da sind vorher umfassende Gespräche notwendig.

Daher werden wir diesen Resolutionsanträgen bzw. Abänderungsanträgen unsere Zustimmung verweigern. (*Beifall bei der SPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Auer.

Abg. AUER (*SPÖ*): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ein paar Worte zum Antrag 24 bezüglich Absicherung von elterninitiierten Kindergruppen. Auf den ersten Blick müsste ich sofort zustimmen. Ich habe nicht vom Inhalt her ein Problem, von der grundsätzlichen Aussage. Aber so wie er da liegt, kann ich auch nicht zustimmen. Ich werde es zu begründen versuchen.

Wir haben am 13. April 2000 einen Antrag beschlossen, wo zumindest in weiten Bereichen die Absicherung der bestehenden Kindergruppen gewährleistet ist. Ich habe gesagt, in weiten Bereichen. Ich könnte mir etwas anderes vorstellen. Die Kindergartenmilliarde ist keine Kindergartenmilliarde. Das ist nur ein Wort. Aber diese Kinderbetreuungsmilliarde ist für die Errichtung eben nicht der Kindergärten sondern der Kleinkindgruppen und der Horte vorgesehen. Auch hier gibt es bereits Gespräche und Übereinkommen, wenn auch noch keine Beschlüsse. Wir hoffen alle und wir wollen massiv erreichen, dass der Bund diese Kinderbetreuungsmilliarde auch noch 2001 und darüber hinaus zur Verfügung stellt. Man kann das noch nicht genau sagen, weil das Budget noch nicht beschlossen ist. Aber es gibt Gespräche darüber. Sollte das nicht der Fall sein, dass man die Errichtung dieser Einrichtungen eventuell - ich sage jetzt dazu, was noch nicht beschlossen ist - über den Schul- und Kindergartenfonds mitfinanzieren könnte.

Das ist der eine Bereich. Ich sehe mich daher oder die Fraktion, der Klub der Sozialdemokratischen Abgeordneten außer Stande - vielleicht war die Zeit etwas zu kurz - grundsätzlich zu diesem Antrag Ja zu sagen. Ich tu mir auch schwer Nein zu sagen. Ich kann mich aber nicht der Stimme enthalten. Es ist nur so, dass in der vorliegenden Fassung der Klub nicht zustimmen kann. Wir möchten uns in Ruhe diesen Inhalt wirklich gerne anschauen. Und ich hoffe, dass wir in Gesprächen zwischen den Fraktionen und mit den vorhandenen Dingen, die vielleicht beschlossen sind, besprochen sind, eine Regelung erzielen, die für alle Fraktionen, auch für Sie, akzeptabel ist. Und die wir alle gemeinsam beschließen können.

Zum Resolutionsantrag 27; Novellierung des NÖ Kindergartengesetzes. Der § 16 (2) den haben wir alle Kommunalpolitiker begrüßt und waren heilfroh, dass dieser Paragraph aufgenommen wurden und im Kindergartengesetz so verankert ist. Aus zwei Überlegungen: Das eine ist, wir haben tatsächlich flächendeckend die Kindergärten anzubieten. Und es ist eigentlich nicht notwendig und auch in der Praxis nie notwendig gewesen, dass Kinder, wenn die Eltern ebenfalls den Hauptwohnsitz in Niederösterreich haben, in einer anderen Gemeinde den Kindergarten besuchen. Das war dann, wenn einem vielleicht die Nase der Tante nicht gepasst hat oder aus verschiedenen anderen Überlegungen war das immer ein Wunschgedanke. Aber genauso wie wir es in den Pflichtschulen nicht haben, weil es dadurch schwer berechenbar wird, wo tatsächlich die Kinder dann den Kindergarten besuchen. Ich will nicht sagen, dass eine Völkerwanderung entsteht oder irgend etwas, aber es wird schwierig. Ich habe festgestellt, dass vielmehr etwas anderes eingetreten ist: Dass Kinder, deren Eltern in Wien beheimatet sind, nachdem Wien ja mitten in Niederösterreich liegt, sehr viele Eltern, Tanten und Onkeln in Niederösterreich haben und die Kinder den Kindergarten in Niederösterreich besucht haben. Und nicht deswegen, weil sie keine andere Möglichkeit in Wien haben, weil sie ausschließlich von den Großeltern betreut werden, sondern ausschließlich deshalb, weil einfach in Niederösterreich der Besuch günstiger ist. Und ich glaube, das kann kein Grund sein. Weil genau das war der Grund, warum wir den § 16 im NÖ Kindergartengesetz aufgenommen haben. Und wir werden daher auch diesen Antrag ablehnen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. FASAN (*Grüne*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ganz kurz zu den Resolutionsanträgen. Die drei Anträge von dem Kollegen Cerwenka und Nowohradsky bzw. Heuras haben wir schon behandelt. Im Folgenden noch eine kurze Anmerkung zum Antrag des Kollegen Haberler bezüglich Sportunterricht an den Volksschulen. Welche Lehrkräfte? Welche fundierte Sportausbildung? Die gibt es nicht! Das gibt es nicht. Es gibt eine Volksschullehrerausbildung. Also man kann nicht irgendeine herausnehmen und irgendeine fiktive Ausbildung in den Raum stellen, die gar nicht existiert. Daher können wir dem nicht zustimmen. (*Unruhe bei der FPÖ.*)

Du kannst einen Resolutionsantrag stellen, dass man eine Sportlehrerausbildung für Volksschüler machen soll. Aber nicht einen Resolutionsantrag, der die Direktoren verpflichtet, dass fundierte Lehrkräfte angestellt werden, die es gar nicht gibt. (*Abg. Waldhäusl: Was wir machen, das überlässt du aber schon in Zukunft uns!*)

Das kannst du machen. Aber nicht von der verkehrten Seite. Ihr macht die Maschekseite, meine lieben Freunde! (*Abg. Haberler: Das ist Haarspalterei!*)

Nein, meine Damen und Herren von der FPÖ! Entschuldige oftmals! Das ist keine Haarspalterei um dagegen sein zu wollen. Ich bin selber ausgebildeter Sporterzieher. Es geht mir nicht darum, gegen Sport an Schulen zu sein. Aber ich kann nicht Direktoren zu etwas verpflichten wollen, was es gar nicht gibt. Das steht aber hier drinnen: Die Landesregierung wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zu setzen, dass die Direktoren verpflichtet werden. Wenn ihr wenigstens beantragt hättet, es soll eine spezielle Sportausbildung geben. Dann hätten wir noch darüber diskutieren können ob das sinnvoll ist, alle anderen Ausbildungen gleich lässt, zusammenzufassen und nur Sport extra zu machen. Auch darauf wäre ich wahrscheinlich nicht eingegangen. Weil entweder macht man Fachbereiche, wie der Kollege Cerwenka gesagt hat, oder man erlässt eine gesamte pädagogische Ausbildung für Sportlehrer. Auf diese Art und Weise kann man es nicht machen.

Das Nächste ist die Frage der politischen Bildung. Das hat die Kollegin Mag. Weinzinger schon beantwortet. Dem Antrag bezüglich flächendeckende Versorgung mit interkulturellen Mitarbeiterinnen in Kindergärten werden wir zustimmen.

Zur Ablehnung unseres Antrages bezüglich der Absicherung von elterninitiierten Kindergruppen von Seiten der Kollegin Auer: Es hat uns ja nicht überrascht, liebe Frau Kollegin Auer, dass es Ihnen schwer fällt auf der einen Seite, aber dass Sie letztlich doch nicht zustimmen können auf der anderen Seite. Wie wohl, mit der Zeit es zu begründen, das können wir nicht so ganz nachvollziehen. Es hat ja vom Inhalt her einen durchaus sehr, sehr ähnlichen Antrag gegeben, den wir schon einmal gestellt haben. Da war genügend Zeit. Da war sogar so viel Zeit, dass die Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop die Frau Landesrätin Votruba damals eindringlichst überzeugen konnte oder überzeugen wollte offensichtlich, dass die SPÖ diesem Antrag von uns nicht zustimmen kann. Also mit Zeit hat das eigentlich nichts zu tun.

Erwachsenenbildung im Bundesland Niederösterreich, ein Antrag der Kollegin Rosenkranz. Da

haben wir einen irgendwie konkreteren Antrag. Hier wollen wir konkreter sein, weil wir einen konkreten Budgetvorschlag machen. Die Sprengelteilung für Volks- und Hauptschulen sehen wir so, wir werden dem zustimmen. Denn es geschieht ja in Wahrheit ohnedies. Es werden ja immer wieder von den Gemeinden, von den Schulerhaltern Anträge beschlossen, dass dieser sprengelfremde Schulbesuch ermöglicht wird. Und bezüglich der Novellierung des Kindergartengesetzes: Da ist es eben auch so. Auch das unterscheidet uns von der SPÖ, dass eben wir eine gesamte Reform gerne hätten. Das war auch der Grund, warum wir dem Kindergartengesetz in der vorliegenden Fassung nicht zugestimmt haben, nicht zustimmen wollten. Weil wir eben eine gesamte Reform anstreben und keine Detailreform, wie sie hier vorliegt.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Die Rednerliste ist erschöpft. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin Abg. ROTH (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Es wird darauf verzichtet. Zur Abstimmung liegt vor die Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft. Hiezu liegen zwei Abänderungsanträge und 10 Resolutionsanträge vor. Ich lasse zunächst über die Abänderungsanträge des ordentlichen Teiles, des außerordentlichen Teiles, dann über die Gruppe selbst und zum Schluss über die gestellten Resolutionsanträge abstimmen.

(*Nach Abstimmung über den Abänderungsantrag der Abg. Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Erhöhung der Budgetmittel für Erwachsenenbildung:*) Das ist die Stimmenminderheit. Der Antrag ist abgelehnt! (*Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ.*)

(*Nach Abstimmung über den Abänderungsantrag des Abgeordneten Haberler zur Gruppe 2 betreffend die Ansätze 26 994, 26 995 und 27 901:*) Ich stelle fest, das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt! (*Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne.*)

Ich bitte die Frau Berichterstatterin, nunmehr den Antrag zur Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil, zu stellen.

Berichterstatterin Abg. ROTH (ÖVP): Ich stelle den Antrag, die Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 12.853,626.000,- Schilling und Ein-

nahmen von 10.378,904.000,- Schilling sowie im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von 177,841.000,- Schilling und Einnahmen von 345.000,- Schilling zu genehmigen. Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Abstimmung durchzuführen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: *(Nach Abstimmung über Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil, in Erfordernis und Bedeckung:)* Ich stelle fest, das ist die Stimmenmehrheit. Der Antrag ist angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ, Grüne.)*

Wir kommen nun zur Abstimmung über die gestellten Resolutionsanträge. Zunächst lasse ich abstimmen über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Cerwenka und Mag. Heuras betreffend finanzielle Gleichstellung von Integrationslehrern mit Klassenlehrern. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Ich stelle die Einstimmigkeit fest. Der Antrag ist somit angenommen!

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Cerwenka und Mag. Heuras betreffend „Dotierung der durch bundesgesetzliche Vorgaben veränderten Rahmenbedingungen im Schulbereich durch den Bund“. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist die Stimmenmehrheit. Der Antrag ist angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne; Ablehnung FPÖ.)*

Wir stimmen weiters ab über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Cerwenka und Nowohradsky betreffend „Bindung der Förderungsmittel des Landes für Erwachsenenbildung an Qualitätskriterien“. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Ich stelle fest, das ist die Stimmenmehrheit. Der Antrag ist angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne; Ablehnung FPÖ.)*

Ich lasse über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weininger und Mag. Fasan betreffend „Erstellung eines Umsetzungskonzeptes zur Beseitigung baulicher Barrieren in schulischen Einrichtungen“ abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt! *(Zustimmung Grüne, FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ.)*

Ich lasse über den Resolutionsantrag des Abgeordneten Haberler betreffend „Verbesserung des Sportunterrichtes an Volksschulen“ abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne.)*

Ich lasse über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Auer und Lembacher betreffend „flächendeckende Versorgung mit Interkulturellen Mitarbeitern in den NÖ Kindergärten“ abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Ich stelle fest, das ist die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne; Ablehnung FPÖ.)*

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weininger und Mag. Fasan betreffend „Absicherung von elterninitiierten Kindergruppen“. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt! *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ.)*

Wir kommen zur Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Rosenkranz und Haberler betreffend „Erwachsenenbildung im Bundesland Niederösterreich“. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne.)*

Ich lasse über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Rosenkranz betreffend „Sprengeteilung für Volks- und Hauptschulen“ abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ, Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ.)*

Wir kommen zur Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Rosenkranz betreffend „Novellierung des NÖ Kindergartengesetzes“. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne.)*

Ich ersuche die Berichterstatterin, Frau Abgeordnete Roth, zur Gruppe 3, Kunst, Kultur, Kultus, ordentlicher Teil, zu berichten.

Berichterstatterin Abg. ROTH (ÖVP): Die Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, beinhaltet die Aufwendungen für Bildende Künste, Musik und darstellende Kunst, Schrifttum und Sprache, Heimatpflege, Rundfunk, Presse und Film, sonstige Kulturpflege und Kultus. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 842,260.000,- Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 23,630.000,- Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 1,53 Prozent.

Ich bitte, die Debatte einzuleiten.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich danke für die Berichterstattung. Wir kommen zur Debatte und ich erteile Frau Abgeordneter Mag. Weinzinger das Wort.

Abg. Mag. WEINZINGER (*Grüne*): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Die Kulturdebatte beginnt ja ein bisschen so wie die Abschiedssymphonie aufhört wenn ich mir die gelichteten Reihen anschau. Und es stimmt ... auf Seite der ÖVP. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Und in der Tat, auch ich tu mir, ehrlich gestanden, schwer, wie man eine Kulturdebatte nicht nur unter diesen Rahmenbedingungen führt. Wie man eine Kulturdebatte führt in einem Land, wo maßgebliche Vertreter Kultur hauptsächlich als die Erhaltung und Pflege von Kunstschatzen und Traditionen definieren. Oder wo die Aufregung um Kultur geschehen sich reduziert auf Aufregung um die Veranstaltungen des Herrn Nitsch. Und zwar nicht deswegen, weil man darüber diskutiert, ob Nitsch nicht in seinen künstlerischen Entwicklungen steckengeblieben ist und seit 20 Jahren sich einigermaßen wiederholt, sondern wo der Aktionismus der Sechziger Jahre offenbar schon unter zeitgenössische Kunst und Kultur fällt. Oder eine Kulturdebatte unter Rahmenbedingungen eines Kulturkonzeptes, das Kultur fast nur noch ökonomisch definiert und betrachtet und noch mal diskutiert über Auslastungen und Kostenbeiträge, aber weniger über inhaltliche Orientierungen.

Die Kulturdebatte in einem Land, wo der Landeshauptmann höchst persönlich die literarische Auseinandersetzung um die wohl launige Bemerkung ergänzt hat, er selber hätte in seinem ganzen Leben nur ein einziges Buch gelesen, und das nicht ganz und in Zeiten. Wo diese launige Bemerkung des Landeshauptmannes nun zum Mainstream und zum Hype wird, wenn Zlatko, Big Brother und ihre Definition von Shakespeare jetzt trendig geworden sind.

In Zeiten, in denen unbotmäßige Kulturschaffende mit den Streichen von Förderungen bedroht werden, wie vor kurzem in Salzburg geschehen, seit wir eine neue Bundesregierung haben. Und wo die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur das eine oder andere Mal ohne allzu große und breite Aufregung auf Fragen wie „Lieben sie Kunst oder Kultur, oder Jelinek, Peymann und Co.“ reduziert wird. In diesen Rahmenbedingungen, bei diesem Interesse, das ich im Saal feststelle zum Thema Kulturpolitik, zumindest zu meinen Ausführungen, frage ich mich, wo bleiben da tatsächliche Anliegen der Kultur?

Das, worum es dabei geht aus meiner Sicht, ist, lebendige, intensive Auseinandersetzung mit unserer Gesellschaft zu fördern, kulturell aufzuarbeiten, auch zu provozieren, aufregende, junge Künstler in jeder Hinsicht aufregend zu fördern und Rahmenbedingungen vorzugeben, dass es ein intensives Kulturleben geben kann. Tatsächlich schaut die Realität wie mir auch dieser Sitzungssaal vermittelt deutlich anders aus. Und auch das Budget vermittelt mir wenig Perspektiven, dass man meiner Definition von regem Kulturleben im nächsten Jahr sich annähern kann. Wir haben einerseits am Festspielhaus nur als Teil, wo ein großer Anteil Musikbereich ist, aber wo unter zeitgenössischer Musik, ich glaube, zuletzt einmal Konstantin Wecker noch umstritten war. Ich glaube, Muthspiel ist nach der Ära Deppe nicht mehr aufgetreten. Phänomene wie Fluxus sind vermutlich nicht einmal bekannt.

Was wir haben ist ein hoher, unausgewogener Anteil für darstellende Kunst, für Festspiele, für alles, was man irgendwie, ich sage polemisch eröffnen kann. Was etwas repräsentiert. Während die anderen Bereiche, Schrifttum oder Sprache zum Beispiel, kaum vorkommen. Ich vergleiche es nur von den Zahlen her, weil es wird ja immer wieder erklärt, das Budget ist in Zahlen gegossene Politik.

Was sagt mir dieses Budget, wenn die darstellende Kunst und die Festspiele gemeinsam an die 450 Millionen Schilling haben? Für Schrifttum und Sprache gibt es genau drei Millionen. Das ist auch so die Ausstattung einer Bibliothek des Landes mit einem einzigen Band Karl May. Was sagt es mir, wenn ich mir die personellen Weichenstellungen anschau, die es gegeben hat in letzter Zeit? Wenn ein Renald Deppe vom Festspielhaus mehr unfreiwillig als freiwillig geht? Wenn jetzt ein Kralitz seinen Abgang von den Donaufestspielen vollzieht? Also was geht da auf der personellen Ebene vor sich wenn es zu solchen Umwälzungen innerhalb kurzer Zeit immer wieder kommt?

Und wenn ich mir letzten Endes anschau, wofür es die Steigerungen, die der Budgetposten ja vorsieht, wofür die vorgesehen sind, dann ist das im Wesentlichen der große Brocken Musikschulgesetz, der einen Mehraufwand bedeutet und erfordert. Und dann gibt es große Brocken für Heimatpflege und Ausstellungen. Völlig zu kurz kommt alles, was zeitgenössische Kultur angeht, alles was junge Künstler und Künstlerinnen in Niederösterreich angeht.

Nur ein kleiner Vergleich. Die zeitgenössische Musik hat im Budget 2001 das große Glück, fast verzehnfacht zu werden. Von 150.000,- Schilling

auf eine Million. Eine Million im Vergleich zu 115 Millionen im anderen Musikbudget, Musikförderung. Oder wenn ich mir anschau die Literaturförderung, ohnehin schon „mickrigst“ mit drei Millionen. Und zum Glück haben wir jetzt endlich ein Literaturhaus in Niederösterreich, dafür werden aber die Mittel für zeitgenössische Literatur auf genau null Schilling budgetiert. Das heißt, man hat halt ein bisschen verschoben: Zeitgenössische Kultur bleibt auf der Strecke und ist jetzt in der freien Gestaltung des Literaturhauses, wie weit es dort noch wahrgenommen wird.

Meine Bedenken habe ich auch was die Ausstellungspraxis angeht. Wir haben das auch im Rahmen der Kulturkonzept-Debatte schon ausführlich kritisiert, mit welchem Ausstellungsrastrer man hier herangeht. Dass das im Wesentlichen kulturhistorische bis historisierende, aber nicht unbedingt immer zeitgemäß angebundene Ausstellungen sind. Und ich möchte an dieser Stelle vielleicht über eine geplante Ausstellung kurz reflektieren. Weil ich denke, da gibt es noch Veränderungsmöglichkeiten im Konzept. Wenn für die Schallaburg eine Tibet-Ausstellung geplant ist, so befürchte ich gemeinsam mit vielen Bekannten in der „Safe Tibet“ oder anderen Interessensvereinigungen, dass man dabei einer folkloristischen Darstellung mit leicht esoterischen Anklängen des alten Tibet Rechnung tragen wird, aber auf das moderne und real existierende Tibet mit seinen Problemen nicht eingeht. Dass das heutige Tibet ausgeblendet wird, was vermutlich auch logische Konsequenz der NÖ Außenpolitik wäre. Wenn man einerseits versucht, mit China besser ins Geschäft zu kommen wird es andererseits im Rahmen der Schallaburg-Ausstellung vermutlich kein Eingehen auf die modernen Probleme Tibets und die Menschenrechtssituation dort geben. Ich lasse mich aber gerne vom Gegenteil überzeugen. Ich werde das Entstehen der Ausstellung sicher mit großem Interesse verfolgen.

Letztens: Was gibt es für Jugendliche im Kulturbereich? Außer dem allgemeinen Angebot, das alle anderen haben, nicht zusätzlich. Jugendkultur, ein Kulturangebot, sowohl auf größerer zentraler Ebene als auch dezentral lässt dieser Budgetvoranschlag völlig vermissen so wie Jugendkultur auch im NÖ Kulturkonzept keinen Stellenwert besitzt. Jugendkultur sollte unserer Meinung nach aber ein wesentlicher Bestandteil einer jungen, innovativen Szene vom Kunstschaffenden sein.

Was ich unter jung und innovativ meine? Nur ein Beispiel: Und vielleicht hat der eine oder andere, der diese Anregung mitverfolgt, auch Lust, im Internet nachzuschauen. Ich empfehle die erste Kärntner Kurzschlussbehandlung als Beispiel dafür,

was Kultur auch sein könnte, wenn man es ein bisschen weniger behäbig und weniger etabliert betrachtet.

Ein Bereich, der für Jugendliche relevant ist und den wir in einem Resolutionsantrag mit behandeln ist jener des Kinoangebotes, wo wir in Niederösterreich eine Ausdünnung der Programm-Kinos sondergleichen in den letzten Jahren erlebt haben, was in engem Zusammenhang steht mit dem Absterben von Ortskernen und der Verlagerung von Einkaufszentren aller möglichen Einrichtungen an die Stadtränder, unter anderem Multiplex-Kinos an die Stadtränder. Dabei kommt allerdings der Bereich des Programmkinoangebots, das heißt, die Filmauswahl etwas unter die Räder. Wir meinen, es wäre wichtig, Programmkinos für die gesamte Bevölkerung, vor allem aber für die Jugend in den Ortskernen zu bewahren und Jugendkultur verstärkt zu fördern. Und ich darf daher folgenden Resolutionsantrag einbringen (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan zum Verhandlungsgegenstand Ltg. 478/V-8, Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, betreffend Kulturförderung für Programmkinos und Jugendkultur.

Ein attraktives regionales Kulturangebot und reges dezentrales Kulturleben sollte auch eine große Breite besitzen und die unterschiedlichsten kulturellen Aktivitäten sowie verschiedene Bevölkerungsgruppen umfassen. Lücken lassen sich in Niederösterreich dabei unter anderem in der Jugendkultur und bei der Kinokultur feststellen. So wie es weitgehend an einem flächendeckenden Angebot mit Jugendzentren fehlt, lässt sich auch ein Mangel an Veranstaltungszentren und –möglichkeiten für Jugendliche und an spezifischen Jugendkultur-Veranstaltungen feststellen. Damit bietet Niederösterreich kulturinteressierten Jugendlichen einerseits und einer eigenständigen Entfaltung von Jugendkultur andererseits zu wenig Möglichkeiten.

Ein Bereich, der für Jugendliche wie für viele mehr von besonderem Interesse ist, ist ein anspruchsvolles Kinoprogramm, wie es üblicherweise – und häufig angepasst an die regionalen Publikumsinteressen – von Programmkinos geboten wird. Die Zahl der Programmkinos ist aber rückläufig, da sie durch das Absterben der Ortszentren und die boomenden Megaplex-Zentren an den Stadträndern unter enormen Druck geraten. Nur in manchen Orten wird durch Filmclubs oder andere private Initiativen ein Ausgleich für Filminteressierte geschaffen.

Zur Sicherung eines ansprechenden und regional gestreuten Kulturangebotes für Jugendliche wie Filminteressierte sollten im Sinne einer ‚Standortattraktivierung‘ Niederösterreichs geeignete Maßnahmen gesetzt werden.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- bei der Umsetzung der Budgetbereiche Kulturförderung, kulturelle Regionalisierung und Dorf- bzw. Stadterneuerung im Jahr 2001 besonderes Augenmerk auf die Förderung von Jugendkultur und Programmkinos zu legen,
- ein eigenes Programm zur Förderung der Jugendkultur in Niederösterreich zu erarbeiten und bei der Erstellung des Voranschlages 2002 budgetär zu bedecken sowie
- Initiativen zur Sicherung des Bestands an Programmkinos in Niederösterreich zu setzen.“

Ich würde Sie dringend ersuchen, dieser inhaltlichen Ergänzung zum Kulturteil des Budgets die Zustimmung zu geben und damit auch Ihrer Zustimmung Ausdruck zu verleihen, dass Kultur nicht nur aus Museen und großen Festspielen oder Ausstellungen besteht, sondern weit darüber hinaus reichen sollte.

Da es noch ein gesondertes Problem in kulturellen Einrichtungen, vor allem den großen Zentralhäusern in Niederösterreich gibt, darf ich noch einen zweiten Resolutionsantrag einbringen (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan zum Verhandlungsgegenstand LtG. 478/V-8, Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2001, betreffend Erstellung eines Förderprogrammes zur Beseitigung baulicher Barrieren in Kulturstätten.

Die öffentliche Hand ist in jüngster Zeit bemüht, durch nachträglichen Einbau von Liften, Rampen, Aufstiegshilfen und ähnlichen baulichen Maßnahmen alle Kulturstätten des Landes Schritt für Schritt barrierefrei zu machen, um den Menschen den Besuch und die Benützung dieser Stätten zu ermöglichen. Private Besitzer von Kulturstätten oder Gemeinden sind oft aus finanziellen Gründen nicht in der Lage, aus den laufenden Förderungen diese Maßnahmen zu treffen. Anderer-

seits ist es ein von der Bevölkerung breit mitgetragenes Bedürfnis, allen Bürgerinnen und Bürgern, auch jenen, die mobilitätsbehindert sind, die volle Teilnahme am kulturellen Leben dieses Landes zu ermöglichen.

Ein Zeitraum von fünf Jahren scheint geeignet, um einerseits landesweit die Mängel zu erheben und ein Förderprogramm sowie Umsetzungsmaßnahmen zur Beseitigung etwaiger Barrieren sowie den Einbau von Behindertentoiletten zu verwirklichen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Förderprogramm betreffend Kulturstätten, die sich nicht im Besitz des Landes befinden und die auf Grund baulicher Barrieren nicht von mobilitätsbehinderten Menschen besucht werden können, zu erstellen. Dieses Förderprogramm soll gewährleisten, dass nach einem Zeitraum von fünf Jahren alle diese Kulturstätten barrierefrei benützt werden können.“

Ich hoffe auch hier auf Ihre Zustimmung. Zumindest auf Zustimmung zu einem Zugang zu den bestehenden Kultureinrichtungen. Denn ich befürchte, dass ich wenig Zustimmung ernte dafür, dass wir das kulturelle Angebot in Niederösterreich ausweiten, modernisieren und verjüngen möchten. Ich kann mich leider nicht wirklich umfassend für die rege Aufmerksamkeit bedanken. Aber ich möchte zum Schluss wie üblich anmerken: Im Übrigen bin ich der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle. (*Beifall bei den Grünen.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Jahrmann.

Abg. JAHRMANN (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich hoffe, dass ich mit meinen Ausführungen dem gestrengen Blick der Frau Kollegin Mag. Weinzinger genüge. Ich möchte sie trotzdem bringen. Frau Kollegin! Ich habe ein echtes Problem damit, wie Sie Ihre Kritik hier anlegen. Sie meinen, Kultur bestünde in erster Linie aus Dingen, die man eröffnen kann oder die sich eröffnen lassen. Und meinen damit im Hintergrund, Kultur wird zur Stimmenmaximierung verwendet und missbraucht. Wenn ich Ihre heutigen Wortmeldungen nicht nur in diesem Kapitel Revue passieren lasse, so kann ich nirgends oder kaum positive Kritikansätze feststel-

len. Das heißt, Sie sehen sich als einzige und klassische Oppositionspartei hier herinnen. Und nützen daher Ihre Rolle auch zur Stimmenmaximierung. Deshalb haben Sie keine Legitimation, das den anderen Parteien anzukreiden! (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP.*)

Meine heutige Wortmeldung befasst sich mit Kunst und Kultur als Teil der Gesellschaftsentwicklung. Alle Zukunftsforscher stimmen darin überein, dass Kunst und Kultur in der sich entwickelnden Informationsgesellschaft eine zunehmend wichtige und augenscheinliche Rolle spielen werden. Und zwar eine wichtigere als in der auslaufenden Industriegesellschaft.

Abgesehen von den zahlreichen Definitionen der Begriffe Kunst und Kultur ist eines immer sicher: Mit Kunst ist immer das Schöpferische, die schöpferische Entwicklung und das schöpferische Potential des Menschen verknüpft. Und unter Kultur ist immer das zu verstehen, was die Gesellschaft gemeinschaftlich im idealistischen Sinne an Lebensbedingungen, Verhaltensweisen und Lebensformen hat oder erreichen will. Beides, Kunst und Kultur ergeben sich aus einem offenen Prozess, der durch bestimmte Maßnahmen auf kurze oder lange Sicht beeinflussbar und steuerbar wird. Daher steht die Kunst und die Kultur immer in einem besonders kritischen oder beeinflussten Verhältnis, in einer ständigen politischen Dimension, in einer ständigen Diskussion.

Mit der elektronischen Revolution kommen auf Kunst und Kultur neue Aufgaben zu. Indem sie die Lebensqualität bedingen, werden sie künftig genutzt und gebraucht, im beruflichen, mehr aber noch im sogenannten täglichen Leben. Als Ausgleich zur Technisierung und Ökonomisierung, zur Freizeitgestaltung, zur Vermenschlichung des Berufes, zur Vervollständigung der Persönlichkeit, zur Identitätsfindung usw. Es ist daher immer notwendig, oder man sollte besser sagen, es war zu allen Zeiten notwendig, Tradition und Innovation derart in Einklang zu bringen, dass nicht auswüchsige oder populistische Ideen und Ideologien die bestehende Gesellschaft gefährden.

Die neue Informationsgesellschaft muss von den materialistischen Denkweisen und Wertesystemen der Industriegesellschaft weg zu einem neuen Menschenbild kommen. Aus einem ganz einfachen Grund: Sie darf sich von den fantastischen Aussichten der Technologie nicht überrumpeln lassen und sie darf nicht den Technokraten zum neuen Leitbild machen. Kunst und Kultur haben daher in der sich entwickelnden Informationsgesellschaft eine besondere, neue Aufgabe als

Lebenshilfe zur Findung der Persönlichkeit, zur Gestaltung des Berufslebens, zur Freizeitgestaltung, aber auch zu neuen Berufen im Dienstleistungssektor. Dies wird bestimmte Konsequenzen haben müssen. Nämlich zum Beispiel die Vermittlung von Kunst und Kultur als Bildungsziel. Die wichtigste und beste Förderungsmaßnahme wäre die Vermittlung von Kunst und Kultur in allen Schultypen und vor allem natürlich in allen Schuljahren. Die ästhetische Bildung muss als Lern- und Lehrprinzip in unserem Schulsystem durchgehend vorhanden sein. Diese Bildungsmaßnahme gerät nämlich immer mehr unter den Druck der sogenannten ökonomisch wichtigeren Lerngebiete, die ich heute in meiner ersten Rede bereits angeführt habe.

Was kann und sollte nun das Land oder das Budget dazu beitragen? Erstens: Kurz- und mittelfristig die Förderung der Ästhetisierung der Bildung durch neue Bildungsinhalte, eventuell durch legislative Vorgaben im Lehrplan, durch neue Wege in der Aus- und Fortbildung der Lehrer. Zweitens: Förderung der Ästhetisierung bereits im Vorschulbereich, im Kindergarten und dann vor allem im Pflichtschulbereich durch konkrete bauliche innenarchitektonische und vor allem durch entsprechende unterrichtsstützende Maßnahmen wie Unterrichtsmedien, Kunst im Haus, Schulgalerien, Workshops und ähnlichem. Und schließlich Nutzung aller landeseigenen und vom Land betriebenen Institutionen, die die Ästhetisierung und die Bildung anbieten können. Zu denken ist beispielsweise an das neue Landesmuseum, die Landesgalerie, die Landesbibliothek usw., die besonders im Hinblick auf die pädagogische Sichtweise neu-, um- und ausgestaltet werden sollten.

Eine weitere Konsequenz ist die Kunst als Teil der Lebensqualität. Kunst darf künftig nicht als individuelle Einzelleistung, sie muss als Teil der gesellschaftlichen Identität gesehen werden. Dies bedingt, dass die Kunst und die Künstler von der Gesellschaft quasi als Dienstleistung und als Dienstleister gesehen werden. Als Mitgestalter ihres Lebensraumes und ihrer Lebensqualität, die man zu vielen Anlässen in Anspruch nehmen kann.

Es muss gelingen, die Kunst nicht allein als Förderungsinstitution zu sehen, sondern als Angebot gewissermaßen für einen Konsumenten. Der ästhetisch ausgebildete Mensch sollte, plakativ ausgedrückt, am Kunstmarkt nach Angebot und Nachfrage seine Lebensqualität suchen und sie erwerben. Dies wird natürlich nicht zur Einstellung der öffentlichen Förderungen führen können, die jetzigen Förderungsverpflichtungen für die zeitgenössische Kunst jedoch sicherlich finanziell entlasten.

Was kann man hier oder was kann hier das Land und das Landesbudget beitragen? Es sind vier Punkte meiner Ansicht nach: Förderung durch Organisation und Koordination. Der Weg, landesweite und regionale Veranstaltungen und künstlerische Großprojekte über Zweite zu fördern soll weiter beschritten und ausgebaut werden. In einem gesunden Maß müssen aber die individuellen Künstlerförderungen erhalten bleiben. Letzteres könnte beispielsweise im verstärkten Ausmaß durch Stipendien erfolgen. Die Ausgewogenheit bei der Förderung aller Bereiche der Kunst und zwischen den produzierenden und reproduzierenden Künstlern sowie die Freiheit der künstlerischen Gestaltung, aber auch die Kontrolle der verwendeten Fördermittel muss gegeben sein. Die Förderungen müssen der vorhin genannten Ästhetisierung und damit der Hebung der persönlichen Identifikation und der Steigerung der Lebensqualität dienen. Dürfen daher nicht einer Gruppe, einer Elite, die die Kunst bestimmt, vorbehalten bleiben.

Zweitens: Mitgestaltung des Lebensraumes durch öffentliche Aufträge. Dies geht von der Gestaltung der dinglichen Welt im unmittelbaren Lebensbereich über die architektonische Ausgestaltung der Häuser bis hin zur Gestaltung von Siedlungen und Landschaften.

Drittens: Verstärkte Einbringung von Institutionen, Vereinen, Firmen, Privatpersonen in die Kunstförderung und durch gezielte Ideen finanzielle und organisatorische Unterstützung. Beispielsweise Förderungen für Stiftungen, Schenkungen im Kunstbereich, Mitorganisation von künstlerischen Veranstaltungen und ähnlichem.

Und schließlich legislative Maßnahmen und Schritte im eigenen und übergeordneten Verwaltungsbereich. Beispielsweise durch zielgerichtete Förderung oder steuerliche Bevorteilung, indem die Beschäftigung mit Kunst und Kultur als Abschreibeposten anerkannt wird. Dies deshalb, weil diese wichtig für die berufliche Tätigkeit gesehen wird. Oder beispielsweise die steuerliche Absetzung von Schenkungen oder Ankäufen von Kunstobjekten zum Zeitwert.

Zusammenfassend ist festzustellen, Kultur und Kunst sollten durch eine Bildungsreform der Ästhetisierung gehobene Formen der Lebensgestaltung in der künftigen Informationsgesellschaft bewirken. Vor allem die zeitgenössische Kunst bringt einen wesentlichen Beitrag zur Ästhetisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse und soll von der Gesellschaft als Dienstleistung für die Lebensqualität anerkannt werden.

Die öffentliche Hand sollte weiterhin durch Förderungen der Kunst einen Beitrag zur Entwicklung, Hebung, Gestaltung des kulturellen Selbstverständnisses leisten, diese Aufgaben jedoch möglichst durch gezielte und kontrollierte Unterstützung an Zweite weitergeben. Insofern haben wir auch mit budgetären Mitteln darauf Einfluss zu nehmen, dass nicht der Technokrat, sondern der Ästhet zum Leitbild einer künftigen Gesellschaft wird. In der sowohl Technologie, aber auch Kunst und Kultur in einem ausgewogenen Verhältnis ihren Platz haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Hofbauer.

Abg. Ing. HOFBAUER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Kapitel 3 des Budgets mit dem Begriff Kunst, Kultur und Kultus ist eines der erfreulichsten Kulturbudgets der letzten Jahre und auch ein wunderbares Kapitel im heurigen Budget. Der Ansatz des Jahres 2001 orientiert sich im Wesentlichen am Kulturförderungsgesetz 1996 und am Landeskulturbudgetkonzept 2000. Die inhaltlichen und budgetären kulturpolitischen Zielsetzungen werden damit konsequent umgesetzt.

Sowohl die zentralen Einrichtungen einer Landeshauptstadt als auch die zahlreichen Institutionen und Initiativen in den einzelnen Landesvierteln werden gleichrangig behandelt und entsprechend unterstützt. Das Kulturbudget wird schrittweise im Rahmen der Umschichtungsmöglichkeiten erhöht und erreicht im Jahre 2001 mit einem Betrag von 906 Millionen Schilling einen neuen Höchstbetrag. Er liegt um 13,7 Prozent über dem Vorjahresansatz und weist daher eine deutliche Steigerung auf. Dazu treten noch Infrastrukturinvestitionen insbesondere im Bereich der Donau-Universität Krems, welche durch Sonderfinanzierungen sichergestellt werden. Weitere Schwerpunkte im heurigen Kulturbudget sind der Bildungsbereich, insbesondere im Bereich der Donau-Universität, der Fachhochschulen und der Musikschulen sowie die Weiterentwicklung des kulturellen Angebotes in allen Landesvierteln.

Ich hätte Frau Kollegin Mag. Weinzingler gerne eingeladen, sich nach ihrer Kritik, die sie hier ausgesprochen hat, vielleicht einmal ein Konzert von zeitgenössischen jungen Künstlern im Stift Eisgarn anzuhören oder ein Abschlusskonzert einer Musikschule zu besuchen. Dann würde sie vielleicht auch erfahren, welche Leistungen hier unsere jungen

Künstler in Niederösterreich erbringen und die Kritik würde dann vielleicht etwas anders aussehen. *(Beifall bei der ÖVP, Abg. der SPÖ und FPÖ.)*

Jeder Schilling, der im Kulturbereich investiert wird, kommt nicht nur der immateriellen Bildung und Geisteshaltung zugute, sondern auch ganz handfest dem Tourismus, der Imagebildung unseres Landes sowie zahlreichen kleineren und mittleren Betrieben, die im Wesentlichen auch die Grundstruktur für unsere Wirtschaft darstellen.

Ich möchte mich im zweiten Teil kurz auch mit dem Kulturbezirk in St. Pölten beschäftigen. Der Kulturbezirk in St. Pölten, wir haben ja schon sehr oft im Hohen Landtag über den Bau, die Planung, die Umsetzung diskutiert, mit seinen Bereichen des Festspielhauses, der Bibliothek, des Archivs, der Shedhalle als auch des Landesmuseums zählen über Österreich hinaus zu einem der ambitioniertesten Projekte in Sachen Kunst und Kultur. Der letzte Baustein, das NÖ Landesmuseum wird im Jahr 2002 bis 2003 fertig sein und dann auch seiner Bestimmung übergeben werden können. Die Architekten Katzberger, Hollein und Kada haben mit dem Kulturbezirk St. Pölten und Niederösterreich dem kulturellen Bereich überregionale Bedeutung beigetragen und geschaffen. Dazu wurde auch eine österreichweit anerkannte und vorbildliche privatwirtschaftliche Betriebsform aufgebaut, die durch professionelle Controlling-Mechanismen eine optimale Kostenstruktur garantiert. Auch in diesem Bereich laden wir gerne andere Bundesländer und andere Institutionen ein, sich unserem Vorbild anzuschließen.

Auch eine Auslastung von über 80 Prozent und ein Abgang von nur 31 Millionen Schilling bedeutet für das Festspielhaus in St. Pölten eine hervorragende Platzierung, weit abgehoben von vergleichbaren anderen österreichischen Anbietern. Ich erlebe es selbst, und Sie wahrscheinlich auch, wenn Sie mit Gästen durch den Kulturbezirk oder in das Festspielhaus gehen, welche Begeisterung nicht nur den Experten, sondern auch den einfachen Landsleuten aus dem Gesicht abzulesen ist, wenn sie das, was hier in Niederösterreich geschaffen wurde, erleben dürfen.

Die Schaffung der NÖ Kulturwirtschaftsgesellschaft, die für die wirtschaftliche Betreuung von Festspielhaus, Bühne im Hof, Landesmuseum, Kunsthalle Krems und Donaufestival zuständig ist, hat es geschafft, die Synergien zusammenzufassen und auch Kostenwahrheit herzustellen. Gerade dieses Modell findet bereits hohe Aufmerksamkeit und wird wahrscheinlich auch in den anderen Bundesländern Nachahmung finden. Niederösterreich hat dabei wiederum Pionierarbeit geleistet.

Ein dritter Teil, der mich vom Kulturbudget her bewegt, ist die Initiative der Viertelsfestivals. Bereits seit zwei Jahren wird dieses Projekt sehr intensiv betrieben und wir werden im Jahr 2001 das erste Viertelsfestival im Waldviertel erleben. Die Zielsetzungen sind, das kulturelle Angebot im unmittelbaren und im eigenen Lebensbereich zu erfassen, die Präsentation der vielfältigen künstlerischen und kulturellen Leistungen der Regionen in den Regionen darzustellen, die Unterstützung der autonomen Realisierung von selbständig in den Landesvierteln entwickelten Projekten sowie die Unterstützung der von den vielen Freiwilligen geleisteten Engagements im Kulturbereich. Und letztendlich auch die Schaffung von zumindest temporären Arbeitsplätzen. Das Land Niederösterreich wird im nächsten Jahr für das erste Viertelsfestival einen Betrag von 7 Millionen Schilling zur Verfügung stellen. Und ich freue mich bereits als Vertreter des Waldviertels, wenn ich hier die vielen Initiativen sehe, die im Hinblick auf das kommende Festival gesetzt werden.

Die Leistungen des Bundes, der Gemeinden und vor allem auch der zahlreichen Einzelpersonlichkeiten werden den Gesamtbetrag von 7 Millionen mit Sicherheit aber verdoppeln oder vermehrfachen. Ich glaube, dass das Kulturbudget auch die Fortsetzung der maximalen Förderung des kulturellen und künstlerischen Lebens in Niederösterreich gewährleistet und dass damit auch ein sehr wichtiger Beitrag für die positive Gesamtentwicklung unseres Bundeslandes gegeben ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Haberler.

Abg. HABERLER (FPÖ): Hoher Landtag! In Vertretung unseres Kultursprechers Hans Jörg Schimaneck darf ich kurz zu diesem Tagesordnungspunkt der Gruppe 3 Stellung nehmen. Ich darf mich aber ein bisschen der Kollegin Mag. Weinzinger widmen. Denn Aufmerksamkeit im Saal, liebe Frau Kollegin, kann man nicht erzwingen. Und ähnlich sollte man es bei der Kultur halten. Denn man kann nicht erzwingen oder verordnen, dass sich die Gesellschaft, die Bevölkerung, einzelne Menschen mit Kultur beschäftigen. Und man kann es ihnen auch nicht aufzwingen. Sondern man kann Kultur als Angebot verstehen. Das soweit zu Ihren Ausführungen. Was ich schon einmal von freiheitlicher Seite ganz klar feststellen möchte. Denn die Freiheit der Kunst bedeutet auch, dass sich die Leute, die es sich anhören wollen, anhören können, aber nicht anhören müssen. Oder anschauen können, nicht aber anschauen müssen, wie Sie das offenbar verordnen wollen. *(Beifall bei der FPÖ und Präs. Mag. Freibauer.)*

Darum geht es nämlich auch. Nur, was dieses Kulturbudget aussagt, wird von unserer Seite her schon mit etwas Besorgnis beobachtet. Wir haben in diesem Land für viele wichtige Dinge kein Geld. Haben heute schon gesprochen über Kinderbetreuung. Da gibt es eine Studie, die besagt, dass der Kinderbetreuungsscheck problemlos in Niederösterreich zu finanzieren wäre. Kostenpunkt 350 Millionen Schilling oder etwas mehr. Und wenn man sich anschaut, was das Kulturbudget 2001 verschlingen wird, so sind es um ganze 130 Millionen mehr als bisher. Das heißt, die angedrohte Kulturmilliarde wird langsam aber sicher in diesem Bundesland Wahrheit. Sie nimmt langsam aber sicher Konturen an, während in anderen Bereichen, ich habe schon einen genannt, auch etwa in der Sicherheit, was mein Kollege heute schon angeführt hat, der Sparstift angesetzt wird. Genau dort, wo es die Gesellschaft notwendig hätte. Genau dort, wo wir für die Existenz dieses Landes das Geld brauchen würden, gibt es kein zusätzliches Geld. In jenen Bereichen allerdings, wo manches Liebling bedient wird, Nitsch ist ja heute schon gefallen von der Kollegin Mag. Weinzinger, um dies nur zu nennen, dort hat man das Geld in Hülle und Fülle. Dort erhöht man um 13 oder mehr Prozent, die es in Wirklichkeit sind, das Budget fürs nächste Jahr.

Wir Freiheitliche, ich darf es kurz machen, stehen dafür, ich habe es schon gesagt, Freiheit der Kunst statt Subvention und damit gewisse Künstler am Gängelband der Politik zu halten. Was uns noch besonders am Herzen liegen würde, wäre eine wirkliche Förderung von Nachwuchskünstlern. Aber, und ich habe es schon erwähnt, ganz, ganz wichtig in Zukunft, dass man in wichtigen Bereichen, wo es in der Gesellschaft um die Existenz geht, in Zukunft mehr Geld hat. Und in der Kultur könnte man den einen oder anderen Schilling auf jeden Fall einsparen. Eine Erhöhung um über 13 Prozent ist keineswegs gerechtfertigt. Ich stelle daher den Resolutionsantrag (*liest:*)

„Resolutionsantrag

des Abgeordneten Haberler zur Gruppe 3 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr, Ltg. 478/V-8, betreffend Förderung von Nachwuchskünstlern.

Die bestehenden Kulturförderungsprogramme kommen vorwiegend den bereits etablierten Künstlern zugute. Jungen Talenten ist es auf Grund ihrer finanziellen Situation sehr oft nicht möglich, an ein breiteres Publikum heranzutreten. Damit möglichst viele junge Menschen in unserem Land Auftritts- oder Ausstellungsmöglichkeiten bekommen,

sollte eine neue Richtlinie vorgelegt werden, die insbesondere den Auftritt von niederösterreichischen Nachwuchskünstlern fördert. Insbesondere bei diversen vom Land NÖ geförderten Veranstaltungen sollten auch junge niederösterreichische Künstler stärker forciert werden. Ebenso sollte im Ausstellungsbereich darauf geachtet werden, dass speziell niederösterreichische Jungkünstler gefördert werden.

Der Gefertigte stellt daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung Richtlinien zu erlassen, damit die vorhandenen Mittel aus der Kulturförderung verstärkt jungen, talentierten niederösterreichischen Nachwuchskünstlern zur Verfügung gestellt werden.“

Auf Grund der Tatsache, dass dieses Budget weit überhöht ist und auf Grund vieler Ansätze, die in die falsche Richtung weisen, werden wir Freiheitliche diesem Budgetpunkt nicht zustimmen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Leichtfried.

(*Präsident Mag. Freibauer übernimmt den Vorsitz.*)

Abg. Mag. LEICHTFRIED (*SPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Der Zugang der FPÖ zur Kultur, das wissen wir, ist ein ganz besonderer. Immer wieder hört man den Namen Nitsch. Ich höre sonst wenig davon. Beim Kulturbudget einzusparen, erscheint mir sonderbar. Wir sind hier etwas anderer Meinung.

Österreich und besonders auch Niederösterreich sind reich an Kunst- und Kulturschätzen, die es als kulturelles Erbe zu bewahren gilt. Gleichzeitig aber gilt es, zeitgenössischer Kultur und Kulturschaffenden jene Rahmenbedingungen zu geben, die diesen eine Entfaltungsmöglichkeit frei jeglicher Regulierung und Beeinflussung ermöglicht.

Kultur sozusagen als wichtige Verbindungsschnur zwischen Tradition auf der einen Seite und Innovation auf der anderen Seite. Ich erachte es auch so wie hier schon mehrmals gesagt wurde für besonders wichtig, zeitgenössische Kultur, Jugendkultur im weitesten Sinne und kulturelle Regionalisierung mit mehr Freiräumen auszufüllen.

Natürlich hat die Budgetierung die Vorsorge dafür zu treffen und darf nicht nur unter ökonomischer Betrachtung erfolgen. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass im Kulturbereich zu wenig Geld ausgegeben wird und mehr Geld notwendig wäre. Mir erscheint aber auch der Antrag von der Kollegin Mag. Weininger, die gleich für das Jahr 2001 und 2002 Vorschläge erstattet, etwas zu weit gegriffen, muss ich ganz ehrlich sagen. Wo wir uns doch derzeit im Jahr 2000 und damit für das Budget 2001 bewegen.

Mein eigentliches Thema ist bitte Musikschulen und Musikpflege. Und ich möchte dieses Thema nur sehr kurz streifen auf Grund der fortgeschrittenen Zeit. Das Musikschulgesetz, das am 24. Juni 1999 beschlossen wurde, hat das alte Musikschulgesetz, das 1990 erlassene, abgelöst. Und ein Jahr nach diesem Beschluss sind die notwendigen Vorbereitungen und Überleitungen für das Schuljahr 2000/2001 abgeschlossen und ein neues Kapitel NÖ Musikschulen kann beginnen. Wenn wir uns nochmals die wesentlichen Zielsetzungen ganz kurz in Erinnerung rufen, wissen wir, dass der erste Punkt und wichtigste war, einmal eine Strukturreinigung unter gleichzeitiger Sicherung eines flächendeckenden Angebotes an Musikschulen zu erreichen. Und zweitens eine Qualitätssteigerung, verbunden mit einer gerechteren Förderung. Wobei sich die Förderung vor allem an der Ausbildungsqualität der unterrichtenden Lehrer orientiert. Je besser ausgebildet die Lehrer sind, umso höher wird die Förderung für den Musikschulträger sein. Eine wie ich meine längst fällige Lösung, da damit gewisse Benachteiligungen von Standorten, die ihre Lehrer auch früher bereits ausbildungskonform eingestuft hatten und damit höhere Kostenbelastungen zu tragen hatten, wegfallen.

Nach wie vor bedauern wir Sozialdemokraten, dass die Forderung nach Einteilung in Standard- und Regionalmusikschulen und an der Spitze mit einem Konservatorium nicht durchgesetzt werden konnte. Eine Chance für das Musikland Niederösterreich wurde, wie ich meine, damit nicht genützt. Die derzeitige vorhandene Einteilung in Standard- und Regionalmusikschulen wirkt sich nicht bei den Förderungen aus, stellt aber vielleicht ein Qualitätskriterium dar und ich hoffe, nicht nur eine Prestigesache.

Durch den vorliegenden Musikschulplan wurde Niederösterreich in sechs Musikschulregionen eingeteilt, die Zusammenarbeit mit den Trägergemeinden bzw. Verbänden wurde dabei gesucht und in Viertelsgesprächen dann nach Lösungen gesucht. Bei diesen Viertelsgesprächen wurde den Musikschulträgern mitgeteilt, dass das Stundenkontingent

um 4.000 bis 5.000 Wochenstunden, bezogen auf das Schuljahr 1998/99, reduziert werden muss, was natürlich für viele gewisse Ängste mit sich brachte. Vergleicht man aber nach Ablauf der Gespräche die im Entwurf vorgegebene Wochenstundenzahl mit der endgültig verhandelten, so kann man feststellen, dass eine gewisse Flexibilität bei der Fachabteilung und ihren sehr freundlichen Verhandlerinnen vorhanden war und man auf Entwicklungen der letzten Jahre, Neuerschließungen zusätzlicher Gebiete, Gründung von Gemeindeverbänden und vor allem auf die Gefährdung eines Standortes bei vorgeschlagener Reduzierung Rücksicht genommen hat. Das heißt, es ist letztendlich ein Schritt geglückt bei diesem Musikschulgesetz, das oft auch hart kritisiert wurde, der ein wichtiger, ein richtiger Schritt gewesen ist. Dem aber der eine oder andere sicherlich in Zukunft noch folgen wird müssen. Dass das Ganze relativ gut ausgegangen ist, hängt oft damit zusammen, dass es eine Erhöhung der Budgetansätze von 180 Millionen auf 216 Millionen gegeben hat, wovon 212 Millionen zur Gänze den Trägergemeinden bzw. den Verbänden zufließen werden.

Ganz kurz noch zur Musikpflege. Auch hier in der Musikpflege wurden die budgetären Ansätze ganz wesentlich verändert, von 65 Millionen auf 112 Millionen. Mir ist das zwar nicht ganz klar, warum das hier erfolgt ist, der Budgetansatz 2000 ist sehr niedrig gewesen mit den 65 Millionen, der Rechnungsabschluss 1999 bedeutend höher. Und ich nehme an, dass hier wiederum korrigiert worden ist. Meine Damen und Herren! In diesen Bereich fallen auch die vielen Blasmusikkapellen. Österreich und besonders Niederösterreich ist bekannt für seine vielen Blaskapellen. Gemeinden, die etwas auf sich halten, haben zumindest eine Blasmusikkapelle.

Leonard Bernstein, der große unvergessene Dirigent hat Musik als einen Traum der Menschheit beschrieben und Musik als Ausdruck des Bewusstseins ausgedrückt in Tönen und Noten. Und dieser Traum kostet natürlich Geld. Wir sind daher der Meinung, dass in diesem Bereich eben ausreichende Budgetmittel zur Verfügung gestellt gehören. Wir sind aber auch der Meinung, dass wir diesem Budgetbereich unsere Zustimmung erteilen werden.

Ich darf meine kurze Rede beenden mit einer kurzen Bemerkung: Es hat heute am Beginn geheißen, wir sollen uns kritisch auseinandersetzen mit dem Budgetentwurf. Wir sollen dabei fair bleiben. Es soll auch eine politische Auseinandersetzung sein. Und ich darf gerade beim Kapitel Kultur vielleicht folgende Bemerkung anbringen. Es geht auch

um eine Kultur in unserer Verbalität, in unserer Ausdrucksweise. Und es tut mir sehr leid, Herr Klubobmann Mag. Schneeberger, ich habe Sie immer als einen sehr fairen Partner bisher geschätzt, dass Sie folgendes heute gemacht haben, was ich hier nicht mit Kultur, sondern eher ein bisschen mit Nicht-Kultur bezeichnen möchte. Sie haben die Kultur im Umgang mit den politisch Andersdenkenden ein bisschen verletzt. Sie haben vor allem Kultur im Umgang mit einem Partner nicht ganz fair geführt. Sie haben in der Generaldebatte jenen, um bei ihrem Bild zu bleiben, wie Sie gesprochen haben, mit der Mannschaft, unseren Trainer vielleicht ein bisschen oder sicher sehr untergriffig behandelt. Ich sage, er ist nicht unser Trainer, sondern er ist unser Kapitän. Und ich kann Ihnen garantieren, dass die Mannschaft vollkommen einig hinter diesem Kapitän steht und wir uns dessen bewusst sind, dass er der Beste für uns ist. Und ich glaube, dass es ist nicht Sache des politischen Gegners und des politischen Partners ist, sich mit dem Kapitän der anderen Mannschaft auseinander zu setzen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und ich möchte noch eine kurze Bemerkung anführen. Es ist auch nicht Kultur wenn Sie glauben, dass die ÖVP die einzige Partei ist, die ein patriotisches Herz hat und als einzige für Niederösterreich arbeitet. *(Abg. Mag. Schneeberger: Das habe ich nicht gesagt!)*

Sie haben das gesagt! Lesen Sie es dann nach. Lesen Sie es nach! Ich behaupte bitte, dass wir Sozialdemokraten, aber nicht nur wir, sondern viele in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten sowohl für Niederösterreich als auch für dieses Land sehr viel geleistet haben und das Herz nicht nur für Niederösterreich, sondern für Österreich am richtigen Fleck haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Präsident Ing. Penz.

Abg. Präs. Ing. PENZ (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es scheint auf dieser Erde Orte, Regionen zu geben, die mit einem besonderen Genius loci ausgestattet sind und begnadet sind. Der ermöglicht, dass sie sich zu Brennpunkten des kulturellen Lebens entfalten. Dieser Genius loci ist aber nur das schlummernde Talent, das geweckt werden will. Er ist das Kapital, mit dem an der Börse des Geistes spekuliert werden muss, damit es Dividenden bringt. Der Genius loci braucht also wache Bürger, die ihn wecken. Er bedarf der Pflege. Culturare, aus dem sich Kultur ableitet, heißt ja pflegen. Und diese Pflege braucht Rahmenbedingungen in jedem Gemeinwesen. Ob das in der Familie ist, in der Ge-

meinde, in einem Land, die diese Entfaltung des Geistes auch ermöglichen.

Niederösterreich ist mit einem solchen Genius loci begnadet. Und er konnte sich auch entfalten, weil er dafür auch die Voraussetzungen gefunden hat. Menschen nämlich, die ihre Heimat lieben und sich von der Schönheit ihrer Heimat zum Gestalten von Schönerem herausfordern haben lassen.

Sie haben in Europa eine der schönsten und interessantesten Kulturlandschaften im umfassenden Sinn des Wortes geschaffen. Niederösterreichs Schlösser und Burgen, seine Kirchen und Dome und seine neun großen Stifte. Die Bürgerhäuser in den Kernen unserer Märkte und Städte, die Bauernhäuser, bei deren Errichtung nicht nur wirtschaftliche Zweckmäßigkeit, Stilgefühl und Verbundenheit mit der Natur eine Allianz eingingen, sind in Stein gewordene Zeugnisse dafür, dass unser Land nie nur der kulturelle Hinterhof Wiens gewesen ist. Vielleicht hat unser Land viel zu lange so etwas wie eine gemeinsame niederösterreichische Identität nicht gehabt. Das hinderte aber nicht die Entfaltung kultureller Identität in den jeweiligen Regionen.

Eine der kulturellen Visitenkarten im musikalischen Bereich sind die NÖ Tonkünstler. Aber darüber hinaus widmet sich das Gros der mehr als 17.300 Vereine, in denen sich Niederösterreichs Bürger engagieren, der Pflege und Entfaltung der Musik. Und daher, sehr geehrte Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger, ist Ihre Feststellung nicht nur von Oberflächlichkeit, sondern auch von Intoleranz geprägt und auch nicht mehr als eine Fußnote wert in meiner Bemerkung. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

Unser Land hat drei Stadttheater mit alter Tradition; in St. Pölten, Baden und Berndorf. Doch auch immer mehr Laien erobern die Bretter, die die Welt bedeuten. Sie stellen sich erfolgreich den Werken der Weltliteratur, wie etwa die Melker Theaterröhle, das Waldviertler Hoftheater oder die Weikendorfer Sommerspiele. Aus regionalen Initiativen ist eine Vielfalt von Festivals und Festspielen und Konzertzyklen entstanden und nicht wenige haben längst internationales Niveau erreicht, wie das Waldviertler Kammermusikfestival im Stift Altenburg. Andere sind dabei, sich einen Ruf aufzubauen wie die Gottfried von Einem-Tage in Maissau, La Donna Musica in Groß Siegharts und viele andere mehr. Niederösterreich hat 572 Bürgermeister, aber weit mehr Museumskustoden, die über 700 Museen und Sammlungen ehrenamtlich betreuen. Und ich glaube, wir sollten auch heute an dieser Stelle diesen Persönlichkeiten ein aufrichtiges Danke für ihre Ehrenamtlichkeit sagen. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

Wesentlich zur Schaffung einer kulturellen Identität in Niederösterreich haben die großen Landesausstellungen in unseren Stiften und Schlössern, die 14 NÖ Theatersommer-Gemeinden, die Kunsthalle Krems, die blau-gelbe Galerie in Wien, das NÖ Kulturforum und die Impulse durch Ausstellungen zeitgenössischer bildender Kunst in unseren Bezirkshauptmannschaften beigetragen.

Das Kulturbudget 2001 garantiert die Fortführung der kulturellen Highlights in unserem Land. Es trägt aber auch der Tatsache Rechnung, dass regionales Kulturleben zum Markenzeichen Niederösterreichs wurde. Die Mittel für kulturelle Regionalisierung werden daher 2001 von 10 auf 18 Millionen Schilling aufgestockt.

Hohes Haus! Der große deutsche Regisseur und Intendant August Eferding hat in einer Rede zum Europäischen Kulturforum erklärt: Kultur ist keine Zutat. Kultur ist der Sauerstoff einer Nation. Und die kulturelle Atmosphäre in Niederösterreich wird längst auch von den Kritikern in den überregionalen Medien als wohltuend und interessant befunden. Großes Echo hat etwa die heurige Landesausstellung „Das verlorene Paradies“ im Stift Melk gefunden. Und wer in den letzten Tagen die Kulturseiten unserer Zeitungen durchblättert, stieß auch auf hohes Lob der Kritiker über das Donaufestival, das am Wochenende in Krems startete. Sicher haben wir hier auch eine Neugierde für den Kulturbesuch in unserem Land geweckt.

Niederösterreich hat also seine Kulturszene und gehört zur Kulturszene. Und Niederösterreich ist Kulturszene. Ist doch vor allem längst der Sprung über die Grenzen unseres Landes hinaus zu den Nachbarn in die Welt gelungen. Grenzüberschreitend, weltumspannend war von Anfang an das NÖ Donaufestival angelegt. Und Kultur weltweit bietet auch das Programm des NÖ Festspielhauses im Kulturbezirk dieses neuen Regierungsviertels. Mit diesem Haus, mit der Übersiedlung von Landesregierung und Landesparlament nach St. Pölten wurden in unserem Land auch neue kulturpolitische Impulse gesetzt.

Das Land bleibt zwar nach wie vor der größte Kulturinvestor, doch als Kulturverwalter tritt es zurück. Festspielhaus, Kunsthalle Krems und viele andere mehr werden von privaten Managements geführt. Und es sichert der Kultur damit den notwendigen Freiraum. Es garantiert weitere wirtschaftliche Unabhängigkeit durch den Gewinn von Sponsoren und es bietet auch die Förderung des Landes und das notwendige Sicherheitsnetz.

Aber wie frei, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist Kultur und welche Aufgabe hat Kultur überhaupt? Diese alte Diskussion entzündete sich nicht nur heute, sondern auch an dem Experiment des deutschen Aktionskünstlers Christoph Schlingensief bei den Wiener Festwochen. Er wollte mit seinem Abschubcontainer vor der Oper und fremdenfeindlichen Parolen für den menschenfeindlichen Umgang bestimmter politischer Gruppierungen in Österreich mit Fremden hellhörig machen. Das Experiment ging in die Binsen, weil Schlingensief den Eindruck erweckte, ganz Österreich sei fremdenfeindlich. Und kurz vor dem Gipfel in Feira hat er unserem Land sicher einen Bären dienst erwiesen.

Der Psychoanalytiker und Philosoph Erich Fried, Frau Abgeordnete Mag. Weininger, der sicher Ihnen näher steht als mir, verwies in seiner Rede vor dem ersten österreichischen Schriftstellerkongress 1981 auf die therapeutische Wirkung, die Kultur für die einzelnen Menschen, aber auch für die Gesellschaft haben kann. Er erklärte in seiner Rede, dass durch den Kampf der Kultur gegen Entfremdung und Abstumpfung in der Gesellschaft als Nebenprodukt auch politische Kritikfähigkeit und besserer politischer Instinkt entstehen kann. Politischer Instinkt, den haben nicht alle, das wissen wir. Politischer Instinkt kann aber Kritik nicht zum Selbstzweck erheben. Kultur kann aber durch ihre Kritikfähigkeit zum Gewissen der Gesellschaft werden, wenn sie dadurch Impulse für ein Umdenken und für einen Neubeginn vermittelt.

Kulturpolitik aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf sich nicht nur auf das Zuweisen von Förderungen beschränken. Sie darf den Wert kultureller Aktivität nicht allein am Applaus des Publikums messen. Kulturpolitik muss ein Klima und einen Boden aufbereiten, das sensibel macht für das Abstumpfen gegenüber verbaler Gewalt und Menschenverachtung. Nehmen wir die Warnung von August Eferding, den ich heute schon zitiert habe, ernst, der gesagt hat, wo Kultur wegbricht, wird Platz frei für die Gewalt.

Hohes Haus! Unsere beiden Kulturreferenten, Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll und Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop, haben in Niederösterreich ein kulturelles Klima geschaffen, in dem Kultur zur Atmosphäre geworden ist. In der Lebensqualität wachsen kann. In einem Land, in dem über dem Bemühen, eine Musterregion des Fortschrittes und des Wohlstandes zu schaffen, nicht darauf vergessen wurde, Impulse für das Entstehen politischer Kultur zu setzen. Denn Nieder-

österreich soll nicht nur eine Top ten-Region in der Europäischen Region werden, sondern Niederösterreich soll als Insel der Menschlichkeit erhalten bleiben und Mitmenschlichkeit zur Kultur gemacht werden. In diesem Sinne danken wir sehr herzlich für diesen Ansatz im Kulturbudget und werden diesem gerne die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Die Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin Abg. ROTH (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zur Abstimmung liegt vor die Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, und drei Resolutionsanträge. Ich werde zunächst über die Gruppe selbst und dann über die Resolutionsanträge abstimmen lassen. Ich bitte nun die Berichterstatterin, den Antrag zur Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, ordentlicher Teil, zu stellen.

Berichterstatterin Abg. ROTH (ÖVP): Ich stelle den Antrag, die Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 842,260.000,- Schilling und Einnahmen von 23,630.000,- Schilling zu genehmigen. Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Abstimmung durchzuführen.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: *(Nach Abstimmung über Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, ordentlicher Teil in Erfordernis und Bedeckung:)*

Gegenstimmen? Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ, Grüne.)*

Wir kommen nun zu den drei Resolutionsanträgen. Zuerst zum Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzingler und Mag. Fasan betreffend Kulturförderung für Programmkinos und Jugendkultur. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Dieser Antrag ist abgelehnt! Er hat nicht die Mehrheit gefunden. *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ.)*

Dann der Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzingler und Mag. Fasan betreffend Erstellung eines Förderprogrammes zur Beseitigung baulicher Barrieren in Kulturstätten. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Danke. Dieser Antrag ist abgelehnt! Er hat nicht die Mehrheit gefunden. *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ.)*

Und schließlich der dritte Resolutionsantrag, jener des Herrn Abgeordneten Haberler, betreffend Förderung von Nachwuchskünstlern. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Danke. Der Antrag ist abgelehnt! Er hat nicht die Mehrheit gefunden. *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne.)*

Ich unterbreche die Verhandlungen über den Voranschlag des Landes für das Jahr 2001. Die nächste Sitzung des Landtages findet morgen, den 20. Juni 2000, um 9.00 Uhr statt. Die Beratungen über den Voranschlag werden mit der Spezialdebatte zur Gruppe 4 fortgesetzt. Die Sitzung ist geschlossen. *(Ende der Sitzung um 22.10 Uhr.)*